



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 11.12.2007
KOM(2007) 803 endgültig
TEIL II

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN EUROPÄISCHEN RAT

**Strategiebericht zur erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung:
Eintritt in den neuen Programmzyklus (2008-2010)**

Das Tempo der Reformen beibehalten

Bewertung der nationalen Reformprogramme

Erläuterung zu der Statistiktabelle und den Schaubildern

Der statistische Anhang umfasst eine kurze Liste der 14 ausgewählten Strukturindikatoren, die aus dem Europäischen Statistischen System stammen, wo möglich, mit geschlechtsspezifischer Unterteilung.

Die vollständige Datenbank der Strukturindikatoren, in der Daten und Metadaten über die EU-Mitgliedstaaten, die Beitritts- und Kandidatenländer, die USA, Japan sowie die EFTA-Länder enthalten sind, ist über die entsprechende Eurostat-Website öffentlich zugänglich unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/structuralindicators>. Die 14 Indikatoren werden für die einzelnen Mitgliedstaaten in einer Tabelle und zwei Schaubildern präsentiert.

Kurze Liste der 14 ausgewählten Indikatoren

<i>BIP pro Kopf in KKS</i>	Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kaufkraftstandards (KKS) (EU-27 = 100)
<i>Arbeitsproduktivität je Beschäftigten</i>	BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je Beschäftigten im Vergleich zu EU-27 (EU-27 = 100)
<i>Beschäftigungsquote</i>	Erwerbstätige Personen im Alter von 15-64 Jahren im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse
<i>Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger</i>	Erwerbstätige Personen im Alter von 55-64 Jahren im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse
<i>Bruttoinlandsausgaben für FuE</i>	Bruttoinlandsausgaben für FuE in Prozent des BIP
<i>Bildungsstand der Jugendlichen</i>	Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss
<i>Vergleichende Preisniveaus</i>	Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-27 = 100)
<i>Unternehmensinvestitionen</i>	Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors in Prozent des BIP
<i>Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers</i>	Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist
<i>Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten</i>	Variationskoeffizient regionaler (NUTS Ebene 2) Beschäftigungsquoten innerhalb der Länder
<i>Langzeitarbeitslosenquote</i>	Anteil der Langzeitarbeitslosen (12 Monate und mehr) an den gesamten Erwerbspersonen

Gesamtemissionen Treibhausgasen	von	Index der Treibhausgasemissionen und Zielvorgaben gemäß Kyoto-Protokoll / Entscheidung des Rates für den Zeitraum 2008-2012 (Basisjahr = 100)
Energieintensität Wirtschaft	der	Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsverbrauch an Energie und dem BIP (zu konstanten Preisen, 1995 = 100), ausgedrückt in Kilogramm Rohöleinheiten pro 1000 Euro
Güterverkehrsvolumen Verhältnis zum BIP	im	Index des innerstaatlichen Güterverkehrsvolumens im Verhältnis zum BIP, gemessen in Tonnenkilometern/BIP (zu konstanten Preisen, 1995 = 100)

* Indikatoren geschlechtsspezifisch unterteilt.

Die Tabelle

In der länderspezifischen Tabelle sind Daten des jeweiligen Landes sowie der EU-27-Durchschnitt für den Zeitraum 2000, 2003-2006 aufgeführt. Folgende „Flags“ werden in den Datentabellen verwendet:

b	Zeitreihenbruch	f	Prognose
e	Geschätzter Wert	:	Nicht verfügbar
p	Vorläufiger Wert	-	Nicht relevant

Die Schaubilder

Die 14 Indikatoren sind in zwei Schaubildern dargestellt, und zwar im Vergleich zu dem Wert für EU-27¹, so dass zu erkennen ist, in welchen Bereichen der betreffende Mitgliedstaat besser oder schlechter als der EU-Durchschnitt abschneidet.

Der Indikator „Armutgefährdung“ misst die relative Armut in einem bestimmten Land, und der EU-27-Durchschnitt wird als nach Bevölkerung gewichteter Durchschnittswert der nationalen Werten errechnet. Ein Vergleich der nationalen Werte mit dem EU-27-Durchschnitt dürfte daher schwierig zu interpretieren sein und könnte ein anderes Resultat vermitteln, als wenn man die Armutgefährdungsquoten anhand eines gemeinsamen Schwellenwerts berechnete. Während der Anpassung der Datenproduktion aller Mitgliedstaaten an die neue EU-SILC-Verordnung (gültig ab 2005) wurden die Indikatoren aus nationalen Quellen gewonnen, die nicht vollends harmonisiert waren. Die Errechnung der Indikatoren erfolgt auf der Grundlage einer Einkommensdefinition, bei der bis zum Jahr 2007 unterstellte Mieteinnahmen und Hypothekenzinszahlungen ausgeklammert sind.

Für die Darstellung in Schaubildern wurden die Indikatoren in zwei Gruppen unterteilt:

- Erstes Schaubild: Indikatoren, für die steigende Werte einen positiven Trend anzeigen (d. h. wenn ein Wert von über 100 im Vergleich zu EU-27 eine relativ gute Leistung darstellt);

¹ Werte im Schaubild = Aktueller nationaler Wert / Aktueller Wert für EU-27 * 100.

- zweites Schaubild: Indikatoren, für die fallende Werte einen positiven Trend anzeigen (d. h. wenn ein Wert von unter 100 im Vergleich zu EU-27 eine relativ gute Leistung darstellt).

Die Schaubilder veranschaulichen außerdem die zwei vorrangigen Ziele der EU, d. h. bis zum Jahr 2010 einen Anteil von 3 % der Ausgaben für Forschung und Entwicklung und eine Gesamtbeschäftigungsquote von 70 % zu erreichen. Ebenso wie beim Vergleich der Indikatoren mit dem EU-Wert wurden die Zielvorgaben in eine Verhältniszahl umgewandelt, die die EU-Ziele mit dem tatsächlichen EU-27-Wert des Jahres 2006 oder des letzten verfügbaren Jahres) vergleicht.

Datenquellen

Alle Indikatoren wurden am 19. November 2007 der Eurostat-Datenbank entnommen. Die Informationsquelle ist Eurostat, außer im Falle der „Treibhausgasemissionen“ (Europäische Umweltagentur und Europäisches Themenzentrum für Luft und Klimawandel) und der „Bruttoinlandsausgaben für FuE“ (Eurostat und OECD).

Der Europäische Rat hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Ziele für die Beschäftigungsquote und den Anteil der Bruttoinlandsausgaben für FuE am BIP festzulegen. Die auf diese Anforderung hin gesteckten nationalen Ziele sind in der Tabelle dargestellt und wurden den jeweiligen Nationalen Reformprogrammen entnommen. Die Mitgliedstaaten haben sich möglicherweise noch weitere ähnliche Ziele gesteckt.

Erläuterung zu Abkürzungen

EU-27: Europäische Union (27 Länder)

Eurozone: Eurozone (13 Länder für alle Jahre)

Belgien

1. Im Jahr 2006 erreichte das Wirtschaftswachstum in Belgien 2,8 % und im Jahr 2007 kann mit einer vergleichbaren Wachstumsrate gerechnet werden. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 8,2 % im Jahr 2006 auf rund 7,5 % im Jahr 2007 sinken und läge damit geringfügig über der Durchschnittsquote in der Eurozone. Die Beschäftigungsquote im Jahr 2006 betrug 61 %. Sie wird im Jahr 2007 voraussichtlich steigen, bleibt aber - insbesondere bei älteren Menschen - weit unter dem EU-Durchschnitt. Die Arbeitsproduktivität gehört zu den höchsten in der EU und wird sich voraussichtlich entsprechend der durchschnittlichen Steigerung in der Eurozone entwickeln. Nach einem Haushaltsüberschuss von 0,4 % des BIP im Jahr 2006 dürfte das Haushaltsergebnis für 2007 ein geringfügiges Defizit aufweisen. Der Anteil der Verschuldung am BIP bleibt tendenziell rückläufig.
2. Die Wirtschaftspolitik konzentriert sich auf die Eindämmung der Arbeitskosten, um den Arbeitsmarkt zu beleben und Innovationen zu fördern. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, liegt den Lohnverhandlungen eine alle zwei Jahre von den Sozialpartnern auf nationaler Ebene vereinbarte indikative Lohnnorm zugrunde; die zuletzt vereinbarte Lohnnorm deckt den Zeitraum 2007-2008 ab und berücksichtigt die Entwicklungen in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Die Maßnahmen zur weiteren Senkung der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit müssen mit den Haushaltszielen - Abbau des noch immer hohen Schuldenstands und Vorbereitung auf die mit der Bevölkerungsalterung einhergehenden Kosten - in Einklang gebracht werden. Mit einer Kombination von beschäftigungsfördernden Strategien und Maßnahmen zur Senkung der öffentlichen Ausgaben könnten die mittelfristigen Wachstumsaussichten und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessert werden. Die Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen auf den Dienstleistungsmärkten (u. a. in einigen netzgebundenen Wirtschaftszweigen) und die Durchführung von Reformen zur Innovationsförderung dürften der Wachstumsdynamik neue Impulse verleihen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Aus dem belgischen Umsetzungsbericht geht im Großen und Ganzen hervor, dass Belgien bei der Umsetzung seines Nationalen Reformprogramms 2005 (NRP) im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt hat. Das Reformtempo hat sich offensichtlich im letzten Jahr etwas verlangsamt, da die gegenwärtige föderale Regierung seit den Wahlen im Juni 2007 nur als geschäftsführende Regierung fungiert. Bei einem Fortbestehen dieser Situation dürften die noch anstehenden notwendigen Maßnahmen mit Verzögerung durchgeführt werden, was das Erreichen der für 2008 festgesetzten Ziele gefährden könnte.
4. Insgesamt gesehen konnten im Hinblick auf die beiden vom Rat abgegebenen länderspezifischen Empfehlungen einige Fortschritte erzielt werden. Belgien hat Anstrengungen unternommen, um die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit weiter zu verringern, dennoch liegt sie immer noch weit über dem EU-Durchschnitt. Es wurden auch Schritte unternommen, um die regionalen Unterschiede bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zu verringern, allerdings wurden sie nicht in eine

umfassende wirtschaftliche Strategie eingebunden und die Unterschiede vergrößern sich.

5. In den anderen Bereichen, auf die sich Belgien entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates konzentrieren sollte, wurden im Zeitraum 2005-2007 einige Fortschritte erzielt, aber das Reformtempo hat sich im Jahr 2007 verlangsamt. Die meisten Ergebnisse sind bei der Senkung der Emissionen zu verzeichnen.
6. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu der Schlussfolgerung gelangt, dass Belgien eine Reihe von Maßnahmen ergriffen hatte, um den auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates vereinbarten Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen (FuE und Innovation, Rahmenbedingungen für Unternehmen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Energiepolitik) nachzukommen. Seitdem sind einige Fortschritte bei den meisten bis Ende 2007 zu erfüllenden Verpflichtungen erzielt worden, allerdings sind die Fortschritte im Bereich Flexicurity nur begrenzt.
7. In dem Umsetzungsbericht werden die für die Mitgliedstaaten der Eurozone abgegebenen Empfehlungen behandelt. Belgien hat beim Wettbewerb im Dienstleistungssektor einige Fortschritte erzielt, allerdings müssen im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen noch legislative Maßnahmen getroffen werden. In den Bereichen Solidität der öffentlichen Finanzen, Kündigungsschutz, Mobilität der Arbeitskräfte und Entwicklung eines in sich schlüssigen „Flexicurity“-Ansatzes sind nur begrenzte Fortschritte zu verzeichnen. Die Haushaltslage ist in Belgien viel besser als im Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Eurozone.
8. Konsultationen und Maßnahmen werden fortgesetzt, damit die Zuständigkeit für das NRP verstärkt auf föderale und regionale Regierungsinstanzen und auf die Sozialpartner übergeht. Die föderale Regierung Belgiens zieht auch regionale Behörden zur Abfassung des Berichts heran. Die Sozialpartner werden ausführlich konsultiert und geben Empfehlungen zu Politikbereichen, zu einigen Umsetzungsmaßnahmen und zur Berichterstattung ab. Die Verknüpfung zwischen der politischen Steuerung der Umsetzung des NRP und den Strukturfondsprogrammen ist eng. Die Mittel aus den EU-Strukturfonds werden in zufrieden stellender Weise der Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, der Förderung von Innovationen und der Nutzung des unternehmerischen Potenzials gewidmet.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

9. Belgien hatte von 2000 bis 2004 einen ausgeglichenen Haushalt. Für 2005 war ebenfalls ein ausgeglichener Haushalt geplant; doch führte die außergewöhnliche und einmalige Übernahme der Schulden der Eisenbahngesellschaft SNCB zu einem Defizit von 2,3 % des BIP. Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss 2006 belief sich auf 0,4 % des BIP und lag über dem im NRP verankerten Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, allerdings waren darin einmalige einkommenssteigernde Maßnahmen im Umfang von circa 0,8 % des BIP eingeschlossen. Für 2007 war ein Haushaltsüberschuss von 0,3 % des BIP prognostiziert worden, tatsächlich dürfte

sich aber ein geringfügiges Defizit ergeben, da die geschäftsführende Regierung viele einmalige Maßnahmen, die ursprünglich mit 0,5 % des BIP veranschlagt waren, nicht durchführen kann. Sollte es auf politischer Ebene keine Änderungen geben, dürfte das erwartete Defizit im Zeitraum 2008-2009 geringfügig auf 0,4 % des BIP ansteigen. Die gegenwärtige geschäftsführende Regierung verfügt nicht über die notwendigen Befugnisse, um den Anstieg des öffentlichen Defizits in Schach zu halten. Der Anteil der Verschuldung am BIP wird sich weiterhin verringern, und im Jahr 2007 dürfte er sich auf 84,6 % des BIP gegenüber den Ende 2004 verzeichneten 94,2 % belaufen.

10. Der Rat empfahl Belgien, sich weiterhin um die Konsolidierung der Haushaltspolitik zu bemühen und gleichzeitig die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit auf das durchschnittliche Niveau der Nachbarländer zu senken, indem vor allem die Tätigkeit von Geringqualifizierten entlastet wird. Nach der im Jahr 2001 beschlossenen und im Jahr 2006 voll umgesetzten Einkommensteuerreform werden weitere Steuererleichterungen im Bereich der Erwerbseinkommen folgen; in diesem Zusammenhang sind insbesondere eine pauschale Kürzung der Einkommensteuer in der Flämischen Region, eine Erhöhung des festen abzugsfähigen Betrags für berufliche Ausgaben und zusätzliche Steuerentlastungen für Hochqualifizierte, Schichtarbeit, Nachtarbeit und Überstunden vorgesehen. Allerdings bleibt die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit über dem EU-Durchschnitt. Zudem reichen die Maßnahmen offensichtlich nicht aus, den Geringqualifizierten genügend Anreize für die Aufnahme einer Arbeit zu geben oder die Beschäftigungsquote bei älteren Menschen wesentlich zu verbessern.
11. Der Rat betonte auch, dass die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen müsste. Belgien hatte in den letzten Jahren eine Reihe von entsprechenden Maßnahmen getroffen, einschließlich der Einrichtung eines speziellen Fonds zur Absicherung der Altersgrundsicherung („Silver Fund“) und des Generationenpakts. Im Jahr 2007 richtete Belgien einen Fonds für die Zukunft der Gesundheitsfürsorge ein, um die mit der Bevölkerungsalterung einhergehenden medizinischen Kosten aufzufangen. Diese Maßnahmen sind lediglich eine erste Reaktion auf die großen haushaltspolitischen Herausforderungen, mit denen sich Belgien aufgrund der Bevölkerungsalterung, insbesondere angesichts des niedrigen effektiven Ruhestandsalters, konfrontiert sieht. Ob Belgien diese Herausforderung bewältigen kann, hängt entscheidend davon ab, dass weiterhin hohe Primärüberschüsse erzielt werden und der Anstieg der gesamtstaatlichen Primärausgaben einer strikten Kontrolle unterliegt. Die in Verbindung mit der Bevölkerungsalterung erwarteten Ausgaben sind für den Zeitraum 2006 bis 2030 von 3,5 % auf 4,4 % des BIP nach oben revidiert worden. Da außerdem mit einer Verschlechterung der Haushaltslage in 2007 gerechnet wird, können sich zusätzliche strukturelle Haushaltsmaßnahmen als notwendig erweisen. Diese wären durch wachstums- und produktivitätsfördernde Reformmaßnahmen zu ergänzen, welche auch das System der sozialen Sicherheit und die Produkt- und Arbeitsmärkte umfassen sollen.
12. Zwischen 2005 und 2007 hat Belgien in Zusammenhang mit den in seinem NRP aufgeführten makroökonomischen Herausforderungen einige Fortschritte erzielt. Das Land hat die länderspezifischen Empfehlungen und die besonders zu beachtenden Punkte in gewissem Umfang berücksichtigt, muss aber weitere Anstrengungen

unternehmen; die fraglichen Empfehlungen und besonders zu beachtenden Punkte bleiben daher weiterhin relevant.

Mikroökonomische Politik

13. Belgien ergriff in 2007 einige neue Maßnahmen, gleichzeitig setzte es bereits eingeleitete Initiativen fort, um seine mikroökonomischen Probleme zu lösen. Auf einem FuE-Forum kamen Akteure aller staatlichen Ebenen mit Vertretern des privaten Sektors zusammen, um die Schwächen Belgiens im FuE-Bereich zu erörtern und Empfehlungen abzugeben, damit der in der jüngsten Vergangenheit festgestellten rückläufigen Tendenz bei den Investitionen Einhalt geboten wird. Bereits bestehende Initiativen wie beispielsweise steuerliche Anreize für FuE wurden ausgebaut, und die Ausgaben der öffentlichen Hand für FuE wurden erhöht. Dennoch liegen die öffentlichen Investitionen in FuE weiterhin erheblich unter dem EU-Durchschnitt.
14. Die Durchführung von IKT-Maßnahmen wird fortgesetzt und die föderale Regulierungsbehörde sollte jetzt bei der Analyse des Breitbandmarktes Fortschritte erzielen. Die Defizite bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften, einschließlich der Umsetzung des EU-Aktionsplans für Finanzdienstleistungen, sind erheblich abgebaut worden. Allerdings sind drei wichtige Richtlinien bisher nur teilweise und das Maßnahmenpaket für das öffentliche Auftragswesen überhaupt nicht umgesetzt worden. Gegenwärtig wird daran gearbeitet, den Zeitaufwand für die Gründung eines Unternehmens von 26 Tagen auf drei Tage zu verringern. Die Bemühungen um Vereinfachung sind fortgesetzt und die institutionellen Strukturen für eine wirksamere Regulierung verbessert worden, es wurde jedoch kein Ziel für den Abbau des Verwaltungsaufwands festgelegt. Am Runden Tisch ausgearbeitete Vorschläge zur Verbesserung der Rechtsvorschriften könnten zu einer Belebung des Wettbewerbs führen, besonders im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen, in dem legislative Maßnahmen noch erforderlich sind. Die Wettbewerbsbehörden sollten sich aktiver für eine Stärkung des Wettbewerbs, vor allem in den netzgebundenen Industrien, einsetzen.
15. Der Rat hatte hervorgehoben, dass Belgien der Verbesserung des Wettbewerbs auf den Gas- und Strommärkten und der Festlegung weiterer Strategien und Maßnahmen zum Emissionsabbau besondere Aufmerksamkeit widmen muss. Die von der föderalen Regierung und den Regionen getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, vor allem nicht, um die Marktmacht der etablierten Betreiber zu neutralisieren. Der Spotmarkt für Strom wurde ausgeweitet, aber um effizient zu sein, müssen weitere Verbindungskapazitäten ausgebaut werden, damit das Problem der Engpässe an den Grenzen gelöst werden kann. Der Liberalisierung des Privatkundenmarktes im Jahr 2007 war nur ein Teilerfolg beschieden, vor allem in Brüssel waren nur wenige Fortschritte zu verzeichnen. Die Präsenz der etablierten Betreiber in den Übertragungs- und Verteilungsnetzen ist immer noch hoch. In Wallonien kontrollieren die etablierten Betreiber fast alle Verteilungsnetze. In einer vor kurzem gefällten Entscheidung in einer Kartellrechtssache ging es um Bedenken infolge des wettbewerbsfeindlichen Verhaltens der etablierten Betreiber auf dem Gasmarkt. Es müssen verstärkt Maßnahmen getroffen werden, um dafür zu sorgen, dass die Regulierungsinstanzen unabhängig sind und über einen klaren Auftrag sowie über ausreichend Personal verfügen, damit gewährleistet wird, dass die Betreiber der Übertragungs- und Verteilungsnetze und die etablierten Betreiber einer wirksamen

Regulierung unterliegen. Die marktrelevanten Vorschriften und ihre Auswirkungen auf die Markttransparenz müssen überprüft werden, um den Marktzutritt neuer Wirtschaftsteilnehmer zu erleichtern.

16. Belgien traf 2007 die richtigen Maßnahmen, um die Emissionen weiter zu senken und dürfte seine Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll einhalten. Finanzielle Anreize wurden eingeführt, um eine weitere Steigerung der Energieeffizienz zu bewirken; einige Emissionsrechte werden im Ausland gekauft werden. Es werden allerdings noch weitere Maßnahmen benötigt, um das Ziel der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien zu erreichen.
17. Belgien hat zahlreiche Maßnahmen erfolgreich durchgeführt, um den in dem NRP genannten mikroökonomischen Prioritäten nachzukommen. Es hat gute Fortschritte bei der besseren Rechtsetzung und der Verringerung des Zeitaufwands für Unternehmensgründungen erzielt. Eine in sich schlüssige Politik im FuE-Bereich mit einer besseren Koordinierung auf allen staatlichen Ebenen ist notwendig, damit Belgien Umfang und Wirkung der öffentlichen Finanzierung von FuE erhöhen und seine Zielvorgabe von 3 % des BIP im FuE-Bereich erreichen kann. Der besonders zu beachtende Punkt „Wettbewerb auf den Gas- und Strommärkten“ wurde nicht in ausreichendem Umfang berücksichtigt und daher bleiben zahlreiche Herausforderungen bestehen. Dagegen wurde der besonders zu beachtende Punkt „Senkung der Emissionen“, angemessen berücksichtigt und ist nicht länger relevant.

Beschäftigungspolitik

18. Seit 2005 hat Belgien wichtige Initiativen in den Bereichen längerer Verbleib im Erwerbsleben, Qualität des Bildungswesens und Rechte und Pflichten der Bezieher von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung auf den Weg gebracht. Dennoch bleiben die Beschäftigungsquote insgesamt (61,0 %) sowie die Beschäftigungsquoten bei Frauen (54,0 %) und älteren Arbeitnehmern (32,0 %) weit hinter den EU-Zielen zurück, sie weichen immer mehr von den Durchschnittsquoten anderer Mitgliedstaaten ab. Besonderes Augenmerk ist auf die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit an die Arbeitsmarkterfordernisse zu richten. Im Zeitraum 2005-2007 werden bei der Umsetzung der verschiedenen Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen auf dem belgischen Arbeitsmarkt unterschiedliche Fortschritte verzeichnet.
19. Der Rat empfahl Belgien, weitere Maßnahmen zu treffen, um die regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungslage zu verringern. Regionale Behörden haben die Empfehlungen in gewissem Umfang aufgegriffen. Die Datenübermittlung zwischen den verschiedenen öffentlichen Arbeitsverwaltungen hat sich verbessert, und Informationen über offenen Stellen werden nun systematisch ausgetauscht. Die regionalen öffentlichen Arbeitsverwaltungen intensivieren auch den Sprachunterricht und bemühen sich in verstärktem Maße um ein aktives Follow-up der Arbeitssuchenden. Dennoch haben sich die regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungslage noch vergrößert. Eine umfassende Strategie entsprechend dem Flexicurity-Ansatz sollte die politischen Maßnahmen, die für eine Verbesserung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt getroffen werden, unterstützen.

20. Der Rat betonte auch, dass sich Belgien bemühen muss, die Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern und benachteiligten Gruppen anzuheben. Neue Maßnahmen verbessern den Übergang von der Schule ins Berufsleben, aber eine in sich schlüssige Jugendstrategie muss noch ausgearbeitet werden. Zur Förderung des längeren Verbleibs im Erwerbsleben setzt Belgien nach und nach viele der im Generationenpakt 2005 vereinbarten Maßnahmen um. Es wurden Schritte unternommen, um die Anpassungsfähigkeit an die Arbeitsmarkterfordernisse zu verbessern; dazu zählen Diversifizierungsstrategien, individuelles Coaching und aktive Arbeitsmarktstrategien, die sich auf ältere Arbeitnehmer und benachteiligte Gruppen konzentrieren. Weitere Steuerentlastungen im Niedriglohnbereich könnten zu einer besseren Integration der Betroffenen in das Erwerbsleben beitragen. Diese Maßnahmen sind notwendig, damit Belgien auf die Herausforderungen reagieren kann, mit denen es sich in diesem Bereich konfrontiert sieht.
21. Die jüngsten politischen Initiativen orientieren sich am Flexicurity-Ansatz; Belgien versucht, soziale Sicherheit und aktive Arbeitsmarktpolitik wieder miteinander in Einklang zu bringen. Insgesamt gesehen wird der Flexicurity-Ansatz in Belgien nicht in vollständig integrierter Weise verfolgt. Projekte zur Bekämpfung der Segmentierung der Arbeitsmärkte kommen über das Stadium der Konzipierung nicht hinaus. Obwohl in dem NRP betont wird, wie wichtig es für Belgien ist, dass die Programme für lebenslanges Lernen verstärkt in Anspruch genommen werden, um mehr Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, müssten mehr Möglichkeiten für lebenslanges Lernen, insbesondere im Rahmen betriebsinterner Schulungen, geboten werden.
22. Zwischen 2005 und 2007 hat sich Belgien - teilweise mit Erfolg - bemüht, die Maßnahmen durchzuführen, die geeignet sind, um die in seinem NRP festgeschriebenen Verpflichtungen in der Beschäftigungspolitik zu erfüllen. Einige Fortschritte sind in Zusammenhang mit der länderspezifischen Empfehlung zu den regionalen Unterschieden zu verzeichnen. Ein erstes wichtiges Maßnahmenpaket ist geschnürt worden, um die Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern und benachteiligten Gruppen anzuheben, aber die Durchführung dieser Maßnahmen muss überwacht werden, um festzustellen, ob weitere Schritte erforderlich sind. Belgien braucht eine umfassende Arbeitsmarktstrategie, um die Entwicklungen auf seinem Arbeitsmarkt landesweit zu verbessern; die Kommission hält daher eine Empfehlung in diesem Sinne für angebracht.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht des belgischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
24. Belgien hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 gute Fortschritte erzielt. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen sind einige Fortschritte festzustellen.

25. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in gewissem Umfang aufgegriffen wurden, allerdings müssen weitere Reformmaßnahmen getroffen werden. Auch in den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge Aufmerksamkeit verdienen, sind einige Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
26. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Belgien folgende positive Entwicklungen erkennen: Erfolge beim Emissionsabbau und vielversprechende Ergebnisse in Verbindung mit dem Beratungs und Überwachungssystem für Arbeitslose.
27. Die Bereiche im Nationalen Reformprogramm Belgiens, denen höchste Priorität eingeräumt werden muss, sind die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit bei gleichzeitiger Intensivierung der Haushaltskonsolidierung und die Verbesserung der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund wird Belgien empfohlen:
- weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit auf das durchschnittliche Niveau der Nachbarländer zu senken, indem vor allem die steuerliche Belastung der gering qualifizierten Arbeitnehmer reduziert wird, wobei die nachhaltige Konsolidierung des Haushalts aber unbedingt fortgesetzt werden muss;
 - sich auf Regierungsebene verstärkt dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer umfassenden Strategie und unter Anwendung eines integrierten Flexicurity-Konzepts die Entwicklung auf seinem Arbeitsmarkt verbessert wird, die Beschäftigungsquote angehoben wird, die regionalen Unterschiede verringert werden und die Teilnahme an Programmen im Bereich lebenslanges Lernen erhöht wird.
28. Außerdem muss Belgien folgende Schwerpunkte setzen: vollständige Umsetzung der Strategie zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, einschließlich Ausgabendrosselung, Haushaltsüberschüsse und kontinuierlicher Abbau der Staatsverschuldung; schnellstmögliche Durchführung von Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs auf den Gas und Strommärkten, einschließlich des Einsatzes unabhängiger und effizienter Regulierungsbehörden und zusätzlicher Maßnahmen in Bezug auf die Betreiber von Übertragungs- und Verteilungsnetzen; viel stärkeres Engagement für die Förderung von FuE und Innovation, indem vor allem Umfang und Wirksamkeit der öffentlichen Investitionen erhöht werden und eine koordinierte Politik auf allen Ebenen entwickelt wird; Fortsetzung der Strategien zur Anhebung der Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern und benachteiligten Gruppen, Überwachung der Auswirkungen dieser Strategien und erforderlichenfalls weitere Maßnahmen zur Eingliederung der Betroffenen ins Erwerbsleben.

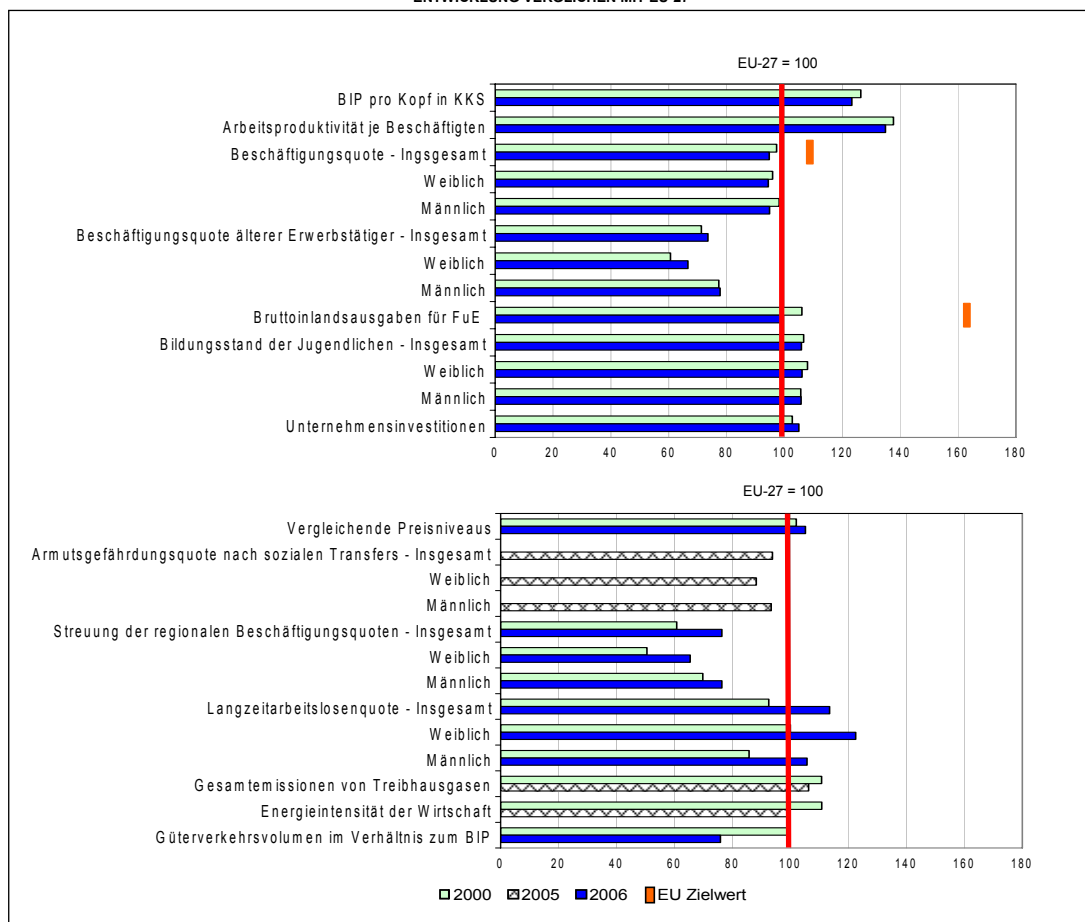
TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

BELGIEN

	BE						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	126.4	123.5	124.5	124.4	123.3		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	137.7	134.4	135.6	135.2	134.9		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						70.0*				70.0
	Insgesamt	60.5	59.6	60.3	61.1	61.0	62.2	63.4p	64.4p	
	Weiblich	51.5	51.8	52.6	53.8	54.0	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	69.5	67.3	67.9	68.3	67.9	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
	Insgesamt	26.3	28.1	30.0	31.8	32.0	36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	16.6	18.7	21.1	22.1	23.2	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	36.4	37.8	39.1	41.7	40.9	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		1.97	1.88	1.87	1.84	1.83	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
	Insgesamt	81.7	81.2	81.8	81.8	82.4	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	85.6	84.6	84.8	85.3	85.6	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	78.0	77.9	78.9	78.4	79.1	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		102.0	106.5	105.7	105.1	105.2	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		18.9	17.1	18.0	18.6	19.1	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
	Insgesamt	13.0	15.0b	15.0	15.0	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	14.0	16.0b	16.0	15.0	:	:	17.0e	:	
	Männlich	12.0	14.0b	14.0	14.0	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
	Insgesamt	7.9	7.7	8.7	8.4	8.7	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	10.1	9.1	10.7	10.5	10.6	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	6.7	6.9	7.2	6.8	7.1	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	3.7	3.7	4.1	4.4	4.2	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	4.6	4.2	4.7	5.0	4.9	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	3.0	3.3	3.7	3.8	3.7	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		100.4	100.8	100.5	97.9	:	90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		236.1	217.4	207.4	205.7	:	213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		98.0	95.0	89.3	83.7	80.9e	99.1e	105.4e	106.7e	

* Nationaler Zielwert: 70% frühestmöglich

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Bulgarien

1. Bulgariens BIP-Wachstumsrate lag in den letzten zehn Jahren bei durchschnittlich 4 % und beschleunigte sich seit 2004 auf über 6 % jährlich. Das BIP pro Kopf erreichte somit 2006 37,1 % des EU-Durchschnitts, ist aber nach wie vor eines der niedrigsten in der EU. Die Erwerbsquote stieg zwar von 2001 49,7 % auf 2006 58,6 %, liegt aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote, die im Jahre 2001 noch 19,5 % betragen hatte, sank 2006 auf 9 % und wird 2007 voraussichtlich weiter auf unter 8 % sinken. Die makroökonomischen Ungleichgewichte haben sich in den letzten Jahren deutlich verstärkt und äußerten sich in steigenden Außenhandelsdefiziten und zunehmendem Inflationsdruck. Außerdem hat sich der Arbeitsmarkt seit 2006 verknappt, was zu einer Lohnsteigerung von ca. 20 % in den ersten drei Quartalen 2007 führte, die deutlich über der Produktivitätssteigerung liegt.
2. Am 1. Januar 2007 ist Bulgarien der EU beigetreten. Seine Wirtschaft wächst stark, zeigt aber Zeichen der Überhitzung mit einem hohen und steigenden Außenhandelsdefizit, zunehmendem Arbeitskräftemangel, starken Lohnsteigerungen auch bei öffentlichen Bediensteten und einer raschen Zunahme der Kreditaufnahme, was zu Inflationsdruck geführt hat. Die Herausforderung für Bulgarien besteht darin, diesen makroökonomischen Schwächen weiter durch eine straffe Haushaltspolitik und eine Beschleunigung der Strukturreformen zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit zu begegnen. Die Stärkung der Verwaltungskapazität ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der Strukturreformen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Da das bulgarische nationale Reformprogramm (NRP) im März 2007 vorgelegt wurde, stützt sich die Bewertung der Kommission vor allem auf die Qualität der Konzepte sowie auf erste Schritte zur Umsetzung. Das NRP bezeichnet fünf Hauptherausforderungen für den Zeitraum 2007-2009: Wahrung der makroökonomischen Stabilität; Infrastruktur; Verbesserung der Rahmenbedingungen der Unternehmen; Verbesserung der Qualität des Humankapitals und Aktivierung des Arbeitskräfteangebots durch ein Flexicurity-Konzept. Außerdem wird im NRP darauf hingewiesen, dass die Verwaltungskapazität in sämtlichen Bereichen gestärkt werden muss.
4. Im NRP werden die wichtigsten Herausforderungen richtig erkannt. Auch Prioritätensetzung und Reihenfolge sind stimmig. Zu Recht wird die Stärkung der Verwaltungskapazität als eine unbedingte Voraussetzung angesehen, Fortschritte in anderen vorrangigen Bereichen zu erzielen. Das NRP ist operationell aufgebaut. Für jede Priorität werden die geplanten Maßnahmen, Aktionen, Ziele, erforderlichen Haushaltsmittel, zuständigen Dienststellen und Zeitrahmen auf der Grundlage einer eindeutigen Problemanalyse kurz beschrieben. In einigen Bereichen werden jedoch kaum konkrete politische Maßnahmen aufgeführt; dies betrifft insbesondere die Stärkung der Verwaltungskapazität und den Bürokratieabbau. Der Durchführungsbericht enthält hierzu nicht genügend zusätzliche Informationen.

5. Obwohl bisher einige Fortschritte erzielt werden konnten, wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Bulgariens noch durch eine schwache Verwaltung behindert. Die Korruption beeinträchtigt nach wie vor die Rahmenbedingungen der Unternehmen sowie den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und deren Qualität. Deutliche Verbesserungen in diesen Bereichen sind dringend erforderlich. In diesem Zusammenhang hat Bulgarien einen Bericht über die Durchführung des Aktionsplans im Rahmen der Strategie für transparente Verwaltung und Korruptionsvorbeugung und -bekämpfung vorgelegt. Fortschritte werden durch das Kooperations- und Kontrollverfahren von der Kommission überprüft.
6. 1998 wurde zwar eine Verwaltungsreform verabschiedet, die Auswirkungen sind aber noch nicht erkennbar. Das NRP und der Umsetzungsbericht enthalten nur Maßnahmen allgemeiner oder technischer Art zur Stärkung der Verwaltungskapazität. Es wird nicht auf die Notwendigkeit eingegangen, eine umfassende Personalpolitik zu entwickeln, um der hohen Fluktuation der Führungskräfte zu begegnen, die Unabhängigkeit des öffentlichen Dienstes zu stärken und die Vergütung und Karriereentwicklung stärker an die Leistung zu binden.
7. Außerdem ist es zwar richtig, dass Bulgarien im NRP Prioritäten setzt und sich auf nur 5 Politikbereiche konzentriert, denen es sich vordringlich widmen muss, aber diese Prioritäten schlagen sich nicht ausreichend in den geplanten Maßnahmen zur Stärkung der Verwaltungskapazität nieder. Dieser Schwäche könnte abgeholfen werden, wenn der Tatsache Rechnung getragen wird, dass die Verwaltungskapazität vor allem in den Ministerien (und Regulierungsbehörden) gestärkt werden muss, die für die Ausarbeitung und Durchführung politischer Maßnahmen in den fünf vorrangigen Bereichen zuständig sind.
8. Im NRP sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen, um den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 in den prioritären Bereichen Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie nachzukommen. Dazu gehört die Einrichtung zentraler Anlaufstellen für Unternehmensgründungen, aber es sind größere Anstrengungen erforderlich, um eine angemessene Vereinfachung sicher zu stellen. Verschiedene Projekte zur Heranbildung von unternehmerischer Kompetenz wurden eingeleitet, aber ihre Tragweite ist begrenzt.
9. Die politische Eigenverantwortung für das NRP ist stark. Es gibt einen nationalen Lissabon-Koordinator auf politischer Ebene, und Premierminister und Ministerrat kontrollieren die Fortschritte vierteljährlich. Die Konsultation der Interessengruppen, des Parlaments und der Sozialpartner war intensiv. Es wird wichtig sein, diesen Dialog in der Phase der Umsetzung fortzuführen. Eine intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit wird der Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung des NRP sein. Die Erreichung des letztendlichen Ziels des NRP – Einholen der übrigen EU-Staaten durch solides Wachstum und Erhöhung der Erwerbsquote – wird davon abhängen, dass ein starkes politisches Engagement während der Umsetzungsphase aufrecht erhalten wird.
10. Bulgarien wird im Zeitraum 2007-2013 6,852 Mrd. EUR aus den Strukturfonds erhalten. Die Verbindungen zwischen den Prioritäten des NRP und den Struktur- und Kohäsionsfondsprogrammen sind ziemlich eng. Bulgarien muss sich weiter auf strategische Prioritäten und realistische Ziele konzentrieren, wobei die aus den

Strukturfonds geförderten Aktivitäten die politischen Entwicklungen im Rahmen des NRP ergänzen und nicht ersetzen. Um die effiziente Mittelaufnahme und Durchführung der Kohäsionspolitikprogramme zu gewährleisten, muss die Verwaltungskapazität auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene weiter verstärkt werden.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

11. Die Wahrung der makroökonomischen Stabilität im Rahmen der Currency-Board-Regelung durch eine straffe Haushaltspolitik, welche die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erhält, und weitere Strukturreformen werden im bulgarischen NRP zu Recht als eine entscheidende Herausforderung bezeichnet. Das NRP zeigt Ehrgeiz hinsichtlich der mittelfristigen Haushaltsüberschüsse (zwischen 1,5 % und 2 % des BIP), könnte aber bezüglich der Beschleunigung der Strukturreformen ehrgeiziger sein.
12. Das Leistungsbilanzdefizit erhöhte sich vor allem aufgrund des kräftigen Anstiegs der Inlandsnachfrage und insbesondere der Investitionen in der ersten Hälfte 2007 auf ca. 19 % des BIP. Dies hat zusammen mit einem beschleunigten Lohnanstieg und steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreisen dazu beigetragen, dass die jährliche Inflation im September 2007 auf über 10 % anstieg. Trotz vergleichsweise niedriger Erwerbsquoten haben zunehmende Verknappungen und Qualifizierungslücken auf dem Arbeitsmarkt zu einer erheblichen Beschleunigung des Lohnanstiegs geführt. Obwohl Bulgarien einen Haushaltsüberschuss anstrebt, ist die Tragfähigkeit seines Wachstumspfad durch zunehmende makroökonomische Ungleichgewichte und die sich abzeichnende konjunkturelle Überhitzung gefährdet. Die Strukturreformen müssen beschleunigt werden, um die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, während an einer straffen Haushalts- und Einkommenspolitik festgehalten wird, um die Inlandsnachfrage zu drosseln.
13. Der Umsetzungsbericht bestätigt das Festhalten an hohen mittelfristigen Haushaltsüberschüssen und an der Vermeidung einer prozyklischen Lockerung der Haushaltspolitik. Die Haushaltspolitik wurde in den letzten Jahren gestrafft, so dass der Haushaltsüberschuss 2007 voraussichtlich 3 % des BIP erreichen wird. Angesichts des zunehmenden Außenhandelsdefizits und der Inflation ist es von entscheidender Bedeutung, an dieser straffen Haushaltspolitik festzuhalten. Wegen des Lohnanstiegs im öffentlichen Dienst im Jahre 2007 und eines voraussichtlichen Anstiegs der Mindestlöhne um über 20 % im Jahre 2008 wird es zur Kontrolle der Inflation und zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit wichtig sein, dass die Lohnpolitik des öffentlichen Dienstes zur Lohnmäßigung beiträgt. Außerdem wird die Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Ausgaben für die Stärkung des Wachstumspotenzials ebenfalls wichtig sein. Die Vorlage des Haushalts 2008 auf Programmbasis und die geplanten Kontrollen der öffentlichen Ausgaben, insbesondere im Gesundheitswesen und in der Bildung, sind in diesem Zusammenhang wichtige positive Schritte.
14. Die demographische Entwicklung Bulgariens ist eine Herausforderung für die langfristige Tragfähigkeit seiner Finanzen. Um die erwarteten negativen

Auswirkungen auf den Haushalt zu begrenzen, wird im NRP eine Fortsetzung der Renten- und Gesundheitsreform für notwendig erachtet. Zur Stütze der gesetzlichen Altersversorgung wurde ein demographischer Rücklagefonds gebildet, aber die entsprechenden Rechtsvorschriften müssen noch verabschiedet werden. Außerdem wurden die Renten 2007 entgegen den geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Rentenindexierung zweimal um 10 % erhöht. Der Verzicht auf solche Ad-hoc-Maßnahmen wäre wichtig, um die langfristige Tragfähigkeit zu sichern. Nach einigen Verzögerungen wurde der Entwurf einer nationalen Gesundheitsstrategie ausgearbeitet, der eine Erhöhung der staatlichen Gesundheitsausgaben vorsieht, aber durch konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz ergänzt werden muss.

15. Kurz gefasst wird die Beibehaltung einer straffen Haushalts- und Einkommenspolitik bei gleichzeitiger Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Ausgaben und Beschleunigung der Strukturreformen zur Minderung des Drucks auf den Arbeitsmarkt, zur Verbesserung der Qualifizierung und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Produkt- und Dienstleistungsmärkte entscheidend sein, um externe Ungleichgewichte und den Inflationsdruck einzudämmen.

Mikroökonomische Politik

16. Im NRP wird auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen und die Modernisierung der Infrastruktur als mikroökonomische Herausforderungen hingewiesen. Die Kommission stimmt diesen Prioritäten zu. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen sowie der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieversorgungsinfrastruktur und die Öffnung der netzgebundenen Märkte und des Dienstleistungssektors wird ein integriertes politisches Konzept erfordern.
17. Im NRP wird auf einige Maßnahmen eingegangen, die aber eher allgemeiner Art sind, um die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern, wie eine bessere Regulierungsagenda, die Einführung einer Folgenabschätzung für neue Gesetze, ein neues elektronisches Handelsregister, einheitliche Formulare für Zahlungen an den Grenzen und eine zentrale Anlaufstelle für alle Verwaltungsebenen. Diese Maßnahmen sind zwar zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung, aber die Fortschritte sind vor dem Hintergrund einer fortgesetzten Überregulierung, langer Genehmigungsfristen, sehr langer Fristen für die Beilegung vertraglicher und rechtlicher Streitfälle und der fortbestehenden Korruption zu sehen. Neben der Umsetzung der Agenda für eine bessere Gesetzgebung sind weitere dringende Strukturmaßnahmen erforderlich, um die Zahl der Genehmigungen und die Zeit für ihre Erteilung zu reduzieren und mehr Transparenz und Rechtsmittel einzuführen. Diese Maßnahmen können dazu beitragen, dass die Verwaltung den Bürgern und Unternehmen bessere Dienste erweist. Auch die Gerichtsverfahren müssen transparenter gestaltet werden. Die Einführung zentraler Anlaufstellen und elektronischer Verfahren und anderer Verpflichtungen aus der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie muss als Gelegenheit zur Verschlinkung von Verfahren genutzt werden.
18. Im NRP wird die Bedeutung von FuE im größeren Zusammenhang der Innovation anerkannt und eine Reihe von Problemen aufgeführt, die sich vor allem auf das begrenzte Engagement der Unternehmen in FuE-Tätigkeiten beziehen. Konkrete Maßnahmen, um das Kernproblem anzugehen - die Reform der öffentlichen

Forschungsbasis - stehen noch aus, und Bulgarien muss noch ein Ziel für die FuE-Intensität festlegen. Um langfristige Produktivitätssteigerungen zu gewährleisten, ist es wichtig, private FuE-Investitionen zu fördern und die öffentliche FuE zu reformieren, damit sie effizienter und an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst wird. Dies sollte durch eine Intensivierung des Wettbewerbs um Fördermittel und die Konzentration auf wenige Prioritäten erreicht werden. Eine bessere Synergie zwischen Bildung und FuE-Politik ist ebenfalls erforderlich.

19. NRP und Umsetzungsbericht verweisen nachdrücklich auf die Bedeutung der IKT, insbesondere die Entwicklung des elektronischen Behördenverkehrs und der Breitbandinfrastruktur, um den Übergang zu einer Wissensgesellschaft zu erleichtern. Im NRP wird eine Reihe von Initiativen allgemein beschrieben, von denen die meisten durch Investitionen der Strukturfonds gefördert werden und der Verbesserung von Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieversorgungsinfrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit dienen, aber die beschränkte Verwaltungskapazität wird unterschätzt. Die Managementstrukturen für die Durchführung von Projekten, die den gesamten Projektzyklus umfassen, insbesondere die Beurteilung der Durchführbarkeit des Projekts, die Projektgestaltung, Ausschreibung und Beschaffungsstrategien und das Management des Projekts/der Arbeiten, müssen weiter gestärkt werden. Dringende Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Personalausstattung, die Unabhängigkeit und das reibungslose Funktionieren der Regulierungsbehörden zu gewährleisten und den Wettbewerb in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen und insbesondere im Telekommunikationsbereich durch die rasche und effektive Umsetzung des EU-Rechts zu stärken.
20. Bulgarien würde von einem integrierten Ansatz im mikroökonomischen Bereich profitieren. Die Auswirkungen der Politik sind unklar, da ein solcher Ansatz fehlt. Die geplanten Schritte zum Abbau der Bürokratie und somit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen, sind nicht ausreichend, um den Herausforderungen zu begegnen.

Beschäftigungspolitik

21. Als Folge des raschen Wachstums, der kräftigen Zunahme des Arbeitsplatzangebots, der Abwanderung und des Qualifizierungsdefizits in bestimmten Wirtschaftszweigen steht Bulgarien einem zunehmenden Arbeitskräftemangel gegenüber. Die Erwerbsquote ist dennoch nach wie vor niedrig und die strukturelle Arbeitslosigkeit relativ hoch, so dass im Prinzip noch eine große ungenutzte Arbeitskräftereserve vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund wird die Erschließung des Arbeitskräfteangebots zusammen mit der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer durch besseren Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung im NRP zu Recht als eine der Hauptprioritäten bezeichnet.
22. Die Arbeitsmarktpolitik konzentriert sich derzeit auf die Aktivierung benachteiligter Gruppen und die verstärkte Alphabetisierung geringqualifizierter Personen. Das nachhaltige Wirtschaftswachstum ist gefährdet, wenn nicht weitere Maßnahmen zur Verwirklichung eines integrierten aktiven arbeitsmarktpolitischen Ansatzes getroffen werden. Bisher wurden trotz erster Maßnahmen nur begrenzte Fortschritte bei der Reform und Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik erzielt, da Beschäftigungsprogramme vorwiegend bezuschusste niedrig qualifizierte

Arbeitsplätze schaffen, die wenig dazu beitragen die Beschäftigungschancen der Arbeitnehmer durch Weiterbildung zu verbessern. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um die Wirksamkeit, Effizienz und Angemessenheit der aktiven Politik zu bewerten, zu analysieren und zu verbessern. Eine nachhaltigere und stärker integrierte Politik ist notwendig, um Menschen durch mehr Gelegenheiten für eine berufliche Bildung und eine weitreichendere Beschäftigungspolitik für Jugendliche, die den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben erleichtert, zu ermutigen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen und in Arbeit zu bleiben. Den Roma sollte besondere Aufmerksamkeit gelten. Der Stärkung der Kapazität der Arbeitsämter zur Umsetzung der Politik und angemessenen Arbeitsvermittlung sollte ebenfalls eine hohe Priorität beigemessen werden. Der Umsetzungsbericht sieht keine weiteren Maßnahmen zur Ausweitung der Kapazität der Arbeitsagentur und zur Verbesserung ihrer Effizienz, einschließlich ihrer Aufgaben bei der Vermeidung der Arbeitslosigkeit, vor.

23. Bulgarien steht vor erheblichen Herausforderungen hinsichtlich der finanziellen Effizienz und Qualität des Bildungssystems. Weitere Schritte sollten unternommen werden, um das System der allgemeinen und beruflichen Bildung zu reformieren und die Abstimmung der vermittelten Kenntnisse auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts sicher zu stellen, einschließlich der Schaffung eines zuverlässigen Arbeitsmarktbeobachtungssystems. Um der immer noch hohen Schulabbruchquote zu begegnen, sollte Bulgarien einen integrierten politischen Ansatz anwenden, der sich stärker auf wegen ihres sozialen oder geographischen Hintergrunds gefährdete Schüler konzentriert, wie insbesondere Roma. Eine umfassende und kohärente Strategie für ein lebenslanges Lernen sollte verabschiedet und umgesetzt werden, um die Teilnehmerzahlen zu erhöhen und die Arbeitgeber zu ermutigen, in die Aus- und Weiterbildung zu investieren.
24. Die vor kurzem verabschiedeten Gesetzesänderungen sind erste Schritte zur Einführung eines Flexicurity-Konzepts in Bulgarien, aber ein integrierter Ansatz muss weiterentwickelt werden und Sozialpartner in allen Politikbereichen einbeziehen, insbesondere im Bereich des lebenslangen Lernens, wo ihre Rolle bisher schwach war. Flexiblere vertragliche Regelungen und die Senkung der hohen Zahl der Schwarzarbeiter können dazu beitragen, das Arbeitskräfteangebot weiter zu erhöhen. Durch die Verpflichtung zur Registrierung von Arbeitsverträgen und die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge konnten einige Fortschritte bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit erzielt werden. Weitere Anstrengungen sind jedoch erforderlich, um die Verwaltungskapazität der Gewerbeaufsichtsbehörden zu stärken und die Einhaltung der Vorschriften zu verbessern.
25. Insgesamt hat Bulgarien erste Fortschritte auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik erzielt. Trotz der derzeit sinkenden Arbeitslosigkeit muss Bulgarien jedoch einen integrierteren und besser abgestimmten Ansatz zur Erhöhung der Beschäftigung in der regulären Wirtschaft für alle verfolgen, die Abstimmung zwischen Kenntnissen und Arbeitsmarktbedarf sicherstellen und das Qualifizierungspotenzial der Arbeitskräfte anheben.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

26. In Anbetracht des bulgarischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung seines nationalen Reformprogramms durch die Kommission und unter Berücksichtigung

der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

27. Insgesamt konzentriert sich das nationale Reformprogramm auf die richtigen Herausforderungen, aber in einigen Bereichen fehlt es an konkreten und substantiellen Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der Verwaltungskapazität. Darüber hinaus fehlt es im nationalen Reformprogramm an Maßnahmen zum dringend notwendigen deutlichen Abbau von Bürokratie, damit die Rahmenbedingungen für Unternehmer dynamischer und wettbewerbsfähiger werden. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte ist es für Bulgarien besonders wichtig, die Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zu beschleunigen, um mittel- und langfristig die notwendigen Bedingungen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu schaffen.
28. Zu den Stärken des nationalen Reformprogramms gehören eine klare Problemanalyse, das Setzen der richtigen Prioritäten und ihre zeitliche Staffelung sowie eine starke Eigenverantwortung der Beteiligten. Wichtige Vorkehrungen für eine genaue Kontrolle der Fortschritte auf höchster politischer Ebene wurden getroffen. Diese dürften sich als wirksames Instrument erweisen, um eine rasche und wirksame Umsetzung des nationalen Reformprogramms zu gewährleisten. Das nationale Reformprogramm wird darüber hinaus unterstützt durch eine straffe Finanzpolitik, die eine solide Grundlage bildet, um die notwendigen Strukturreformen zur Gewährleistung eines langfristigen Wachstums zu beschleunigen.
29. Die Punkte im nationalen Reformprogramm Bulgariens, denen höchste Priorität beigemessen werden muss, und bei denen die haushaltspolitischen Auswirkungen der Maßnahmen sowie die Einzelheiten zu den Überwachungs- und Evaluierungsverfahren deutlich herausgestellt werden sollten, sind Verwaltungskapazität; makroökonomische Ungleichgewichte, Bürokratie sowie Funktionieren des Arbeitsmarktes. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Bulgarien:
 - die Verwaltungskapazität umgehend stärkt, mit dem besonderen Schwerpunkt auf zentralen Regierungsfunktionen, wozu auch Regelungsbehörden und das Justizwesen gehören,
 - das zunehmende Leistungsbilanzdefizit und den Inflationsdruck eindämmt, insbesondere durch eine straffe Haushaltspolitik, wodurch die Qualität der öffentlichen Ausgaben verbessert und Lohnzurückhaltung gefördert wird, damit die Lohnentwicklung dem Produktionswachstum entspricht,
 - rasch substanzielle Maßnahmen ergreift, um die Bürokratie abzubauen und die Verfahren zu verkürzen, damit die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden (insbesondere für KMU und zur Erleichterung von Unternehmensgründungen), was ebenfalls zur Korruptionsbekämpfung beiträgt,
 - die Qualität des Arbeitskräfteangebots und die Erwerbsquote durch eine wirksamere und effizientere Arbeitsmarktpolitik erhöht, und das Bildungssystem weiter reformiert, um das Qualitätsniveau so anzuheben, dass es dem Arbeitskräftebedarf besser entspricht, und die Schulabbrecherquote gesenkt wird.

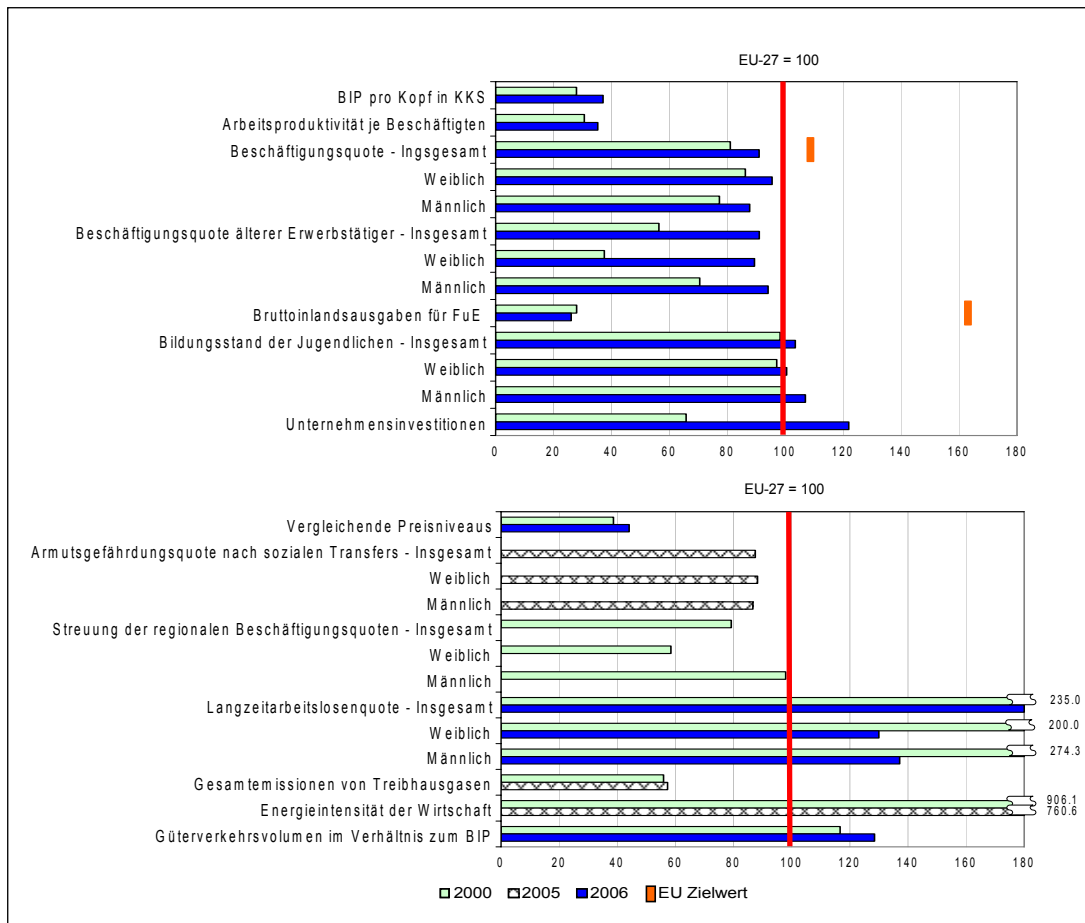
30. Außerdem muss Bulgarien im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: weitere Maßnahmen zur Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, insbesondere gegenüber möglichen Risiken im Hinblick auf die Angemessenheit und Tragfähigkeit der Ruhegehälter, Schaffung der notwendigen Vorbedingungen für einen starken Wettbewerb in netzgebundenen Wirtschaftszweigen, Ausarbeitung einer integrierten FuE- und Innovationspolitik, die insbesondere auf die Reform des öffentlichen FuE-Systems gerichtet ist, wobei die öffentliche Unterstützung für FuE - auf der Grundlage einer Zielvorgabe für die FuE-Beihilfeintensität im Jahr 2010 - auf eine stärker wettbewerbsorientierte, auf Schwerpunktbereiche gerichtete Finanzierung verlagert wird, Bekämpfung der Schwarzarbeit durch Stärkung der institutionellen Kapazität zur Durchführung von Untersuchungen und zur Gewährleistung der Rechtsdurchsetzung, sowie die Vollendung der Strategie für lebenslanges Lernen.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

BULGARIEN

	BG						EU27				
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	27.9	32.6	33.6	35.2	37.1		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	30.6	33.4	33.5	34.1	35.3		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote						61.0 (2009)				70.0	
Insgesamt	50.4	52.5	54.2	55.8	58.6		62.2	63.4p	64.4p		
Weiblich	46.3	49.0	50.6	51.7	54.6		53.7	56.2p	57.2p		
Männlich	54.7	56.0	57.9	60.0	62.8		70.8	70.8p	71.6p		
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	20.8	30.0	32.5	34.7	39.6		36.9	42.3p	43.5p		
Weiblich	10.3	21.0	24.2	25.5	31.1	27.4	33.5p	34.8p			
Männlich	33.2	40.5	42.2	45.5	49.5	47.1	51.5p	52.6p			
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.52	0.50	0.50	0.49	0.48	:	1.86e	1.84e	1.84e	3.0	
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	75.2	76.3	76.1	76.5	80.5		76.6	77.4	77.8		
Weiblich	77.0	77.3	77.5	77.1	81.1		79.3	80.1	80.7		
Männlich	73.4	75.4	74.9	75.9	80.0		73.8	74.7	74.8		
Vergleichende Preisniveaus	38.7	40.7	41.7	42.4	44.1		100.0	100.0	100.0		
Unternehmensinvestitionen	12.1	16.6	17.6	20.0	22.2		18.4	17.8	18.2		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	14.0	14.0	15.0	14.0	:		16.0e	:			
Weiblich	15.0	16.0	17.0	15.0	:		17.0e	:			
Männlich	13.0	12.0	13.0	13.0	:		15.0e	:			
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	10.3	6.8	7.0	7.1	:		13.0	11.9	11.4		
Weiblich	11.7	8.8	8.9	8.0	:		20.0	16.8	16.2		
Männlich	9.4	5.8	5.9	7.0	:		9.6	9.7	9.3		
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	9.4	8.9	7.2	6.0	5.0		4.0	4.1p	3.7p		
Weiblich	9.2	8.6	7.0	6.0	5.2		4.6	4.5p	4.0p		
Männlich	9.6	9.2	7.3	6.1	4.8		3.5	3.8p	3.5p		
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	50.7	52.7	52.2	52.8	:		90.7	92.1	:		
Energieintensität der Wirtschaft	1931.1	1769.2	1595.3	1582.4	:		213.1	208.1	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	115.6	127.1	138.4	147.9	137.1		99.1e	105.4e	106.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Tschechische Republik

1. Die jährliche Wachstumsrate der tschechischen Wirtschaft lag 2005 und 2006 bei 6,4 % des BIP. Für 2007 wird mit einem Wachstum von knapp 6 % gerechnet. Auch 2008 und 2009 soll das Wachstumspotenzial von 5 % nahezu erreicht werden. Das Pro-Kopf-BIP beträgt derzeit 79 % des EU-Durchschnitts. Dieses hauptsächlich durch die heimische Nachfrage bedingte starke Wirtschaftswachstum hat sich mit einer geschätzten Beschäftigungsrate von 68 % im Jahr 2007 positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Arbeitslosenquote ging 2007 auf unter 6% zurück und soll den Schätzungen zufolge bis Jahr 2009 auf 5 % absinken. Trotz sinkender Zahlen bleibt der Anteil der Langzeitarbeitslosen jedoch auf einem hohem Niveau.
2. Nun kommt es darauf an, weitere Strukturreformen zu unternehmen, in deren Mittelpunkt die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Aufstockung des Humankapitals und eine aktive Beschäftigungspolitik zur Behebung des Missverhältnisses zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage stehen sollten. Hohe Wachstumsraten schaffen gute Voraussetzungen für eine weitere Haushaltskonsolidierung und eine Umlenkung der Ausgaben zu Wachstum fördernden Tätigkeiten. Die Staatsverschuldung ist zwar mit rund 30 % des BIP relativ gering, doch wird mit einem steten Anstieg infolge der alternden Bevölkerung und der Struktur des Renten- und Gesundheitssystems gerechnet, der die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in der Tschechischen Republik erheblich gefährden könnte.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Der Bericht zeigt insgesamt gewisse Fortschritte bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 mit einem leichten Aufwärtstrend im Jahr 2007.
4. Die an die Tschechische Republik gerichteten Empfehlungen des Rates wurden bis zu einem gewissen Grad aufgegriffen. So wurden Maßnahmen ergriffen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch eine Reform des Renten- und Gesundheitssystems zu verbessern. Der Empfehlung im Bereich von Forschung und Entwicklung wurde teilweise entsprochen. Die beschäftigungspolitischen Maßnahmen sowie die Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich stellen wichtige Schritte dar, auch wenn die bisherigen Bemühungen fortgesetzt werden müssen.
5. In den anderen Bereichen, auf die sich die Tschechische Republik nach Meinung des Rates konzentrieren sollte, fällt die Bilanz gemischt aus. Gute Fortschritte wurden bei der Entwicklung eines kohärenten Konzepts zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen gemacht. Es wurden Maßnahmen in die Wege geleitet, die sich an die ältere Erwerbsbevölkerung richten, und die regionalen Unterschiede sind leicht zurückgegangen. Dies ist aber noch nicht ausreichend. Obwohl die Arbeitslosigkeit unter benachteiligten Gruppen abgenommen hat, bleibt bei der Eingliederung Benachteiligter in den Arbeitsmarkt, der Vereinbarkeit von

Familie und Beruf und der Verringerung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen noch viel zu tun.

6. Im ihrem letztjährigen Fortschrittsbericht hatte die Kommission unterschiedliche Fortschritte der Tschechischen Republik bei der Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 in den vorrangigen Bereichen Wissen, Unternehmenspotenzial, Beschäftigung und Energie festgestellt. Seither wurden in Bezug auf den Großteil der für Ende 2007 eingegangenen Verpflichtungen weitere Maßnahmen mit unterschiedlichem Erfolg ergriffen.
7. Die Tschechische Republik führt Anhörungen durch und unternimmt relativ große Anstrengungen, damit sich Regierung und Sozialpartner stärker mit dem NRP identifizieren. Die Verantwortung für die Koordinierung, Ausarbeitung und Evaluierung des Umsetzungsberichts liegt beim Staatsministerium für Europäische Angelegenheiten, das von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unterstützt wird. Die Konsultationen erstrecken sich noch auf andere Akteure, doch müssen insbesondere die Regionen und Kommunen noch stärker in die Umsetzung des Programms eingebunden werden. Der Umsetzungsbericht bietet einen guten Überblick und enthält einen genauen Zeitplan. Die Umsetzung des NRP und die Programme der Struktur- und Kohäsionsfonds sind recht eng miteinander verknüpft. Die Zuweisung von Mitteln aus den Strukturfonds für Wachstums- und Beschäftigungsziele wird in zufriedenstellender Weise gehandhabt.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Die Tschechische Republik hat im Zeitraum 2005-2007 bei der Bewältigung ihrer makroökonomischen Probleme Teilerfolge erzielen können. Was die Haushaltskonsolidierung betrifft, so wird das Haushaltsdefizit 2007 voraussichtlich auf 3,4% des BIP ansteigen. Ursache hierfür sind hauptsächlich die steigenden Sozialausgaben (die geschätzte 1% des BIP ausmachen), die nicht durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Im September 2007 wurde ein Maßnahmenpaket zur mittelfristigen Verbesserung der haushaltspolitischen Stabilität auf den Weg gebracht, das Ausgabenkürzungen vorsieht, die den Einnahmenverzicht mehr als wettmachen sollen. Auf der Einnahmenseite ist die Einführung einer pauschalen Einkommensteuer von 15 % ab 2008, die schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer von 24 % auf 19 % bis 2010, die Anhebung des ermäßigten MwSt-Satzes von 5 % auf 9 % und die Einführung neuer Ökosteuern geplant. Durch das Paket verschiebt sich die Steuerlast von den direkten zu den indirekten Steuern. Auf der Ausgabenseite soll durch Einschnitte bei den obligatorischen Ausgaben die Flexibilität der öffentlichen Haushalte zugunsten einer wachstumsfördernden Ausgabenpolitik erhöht werden. Insgesamt gesehen sollen das Reformpaket und der Haushalt 2008 das Defizit im nächsten Jahr auf 2,9 % des BIP drücken.
9. Der Rat empfahl der Tschechischen Republik, Maßnahmen zu ergreifen, um das Renten- und Gesundheitssystem zu reformieren. Geplant ist eine Rentenreform, die eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 65 sowie die Einführung einer reinen Kapitaldeckungssäule vorsieht. Die Gesundheitsreform ist ebenfalls in Arbeit; die Krankenversicherungsunternehmen sollen in Aktiengesellschaften (joint stock

companies) umgewandelt werden, um sie transparenter zu machen und den Wettbewerb zwischen den Gesundheitseinrichtungen zu verbessern. Mit dem Stabilitätspaket wurden Zuzahlungen für medizinische Versorgungsleistungen eingeführt. All dies sind nützliche Schritte in die richtige Richtung.

10. Die Tschechische Republik ist mit ihren Maßnahmen zur Erfüllung der makroökonomischen Vorgaben ihres NRP teilweise erfolgreich gewesen. Im September 2007 wurden neue Maßnahmen verabschiedet, die zur kurz- und mittelfristigen Haushaltskonsolidierung beitragen sollen. Langfristig werden jedoch noch weitere Anstrengungen nötig sein. Für die geplante Rentenreform sollte ein konkreter Zeitrahmen vorgegeben werden, der eine möglichst rasche Umsetzung ermöglicht, damit die Tschechische Republik auf die negativen Folgen der Bevölkerungsalterung für die öffentlichen Finanzen und das wirtschaftliche Wachstumspotenzial vorbereitet ist.

Mikroökonomische Politik

11. Im Zeitraum 2005-2007 wurden wichtige Schritte unternommen, um das Unternehmensumfeld zu verbessern. 2007 wurden die größten Fortschritte im ordnungspolitischen Bereich erzielt, wohingegen der Fortschritt auf anderen Gebieten, z.B. bei den elektronischen Behördendiensten, bescheidener ausfiel. Zu beachten ist auch die rechtzeitige Umsetzung und wirksame Anwendung der EU-Rechtsvorschriften.
12. Der Rat empfahl der Tschechischen Republik, die FuE-Ausgaben zu erhöhen und die Art ihrer Verwendung zu optimieren. Die FuE-Ausgaben der öffentlichen Hand sollen 2007 steigen; dadurch erhöhen sich die Chancen für die Tschechische Republik, die Zielvorgaben des NRP zu erreichen. Die größte Herausforderung besteht jetzt darin, die Ausgaben so zu verwenden, dass sie Wirkung zeigen. Abgesehen davon sind die FuE-Aufwendungen des privaten Sektors von 0,66 % des BIP im Jahr 2004 auf 0,88% im Jahr 2006 gestiegen. Der private Anteil beläuft sich jetzt auf 57 % der gesamten FuE-Ausgaben. Zusätzlich zu den Ausgabensteigerungen hat die tschechische Regierung zugesagt, die FuE-Ausgaben gezielter einzusetzen und mehr Mittel aus den Strukturfonds für FuE zu verwenden. Ferner sollen die Investitionen in eine Innovationsinfrastruktur, die die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Forschungsträgern fördert, gesteigert werden. Konkretere Maßnahmen sind nötig, um zu verhindern, dass ein Personalmangel im Forschungsbereich entsteht.
13. Nach Ansicht des Rates muss sich die Tschechische Republik außerdem auf folgende Bereiche konzentrieren : Verbesserung des Patentwesens und des Schutzes geistigen Eigentums, Beschleunigung des Fortschritts in der Informations- und Kommunikationstechnologie, Erfüllung der Zielvorgaben beim Abbau der Verwaltungslasten für Unternehmen, weiterer Ausbau des Zugangs zu Finanzmitteln für innovative Unternehmen, Aufbau von Verbindungen zwischen Unternehmen in ausländischem und heimischem Besitz und Integration der Heranbildung zu unternehmerischem Denken in die Lehrpläne.
14. Bei den europäischen Patenten befindet sich die Tschechische Republik im Rückstand, während bei den nationalen Patenten die Ergebnisse gut sind. Ein Problem ist nach wie vor die effektive Durchsetzung der Rechte an geistigem

Eigentum. Die Verbreitung der IKT nimmt zu, wobei die Strukturfonds eine wichtige Quelle für Investitionen waren. Mehrere Rechtsakte im Bereich der elektronischen Behördendienste und der elektronischen Kommunikation müssen jedoch zügiger verabschiedet und umgesetzt werden. Ein ernstes Hindernis für effiziente elektronische Behördendienste ist die unzureichende Vernetzung zwischen den Datenbanken der Behörden, und auch die relativ geringe Nutzung der IKT durch die Bürger erfordert Abhilfe. Die Strategie „intelligente Verwaltung“ liefert einen kohärenten Ansatz zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen; ihr Ziel ist eine 20 %ige Verringerung der Verwaltungslasten. Die Reaktion auf die Herausforderungen ist gut, aber es sind noch weitere Reformen nötig.

15. Trotz vermehrter Inanspruchnahme der EU-Fonds fehlen immer noch Mittel für Innovationen, wodurch die Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte und Dienstleistungen gehemmt wird. Deshalb ist die weitere Förderung des Risikokapitalmarktes wichtig. Gute Fortschritte wurden bei der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen ausländischen und heimischen Unternehmen erzielt, wiederum vor allem durch Mittel aus den Strukturfondsprogrammen. Die tschechische Regierung ist sich der wirtschaftlichen Bedeutung der KMU bewusst. Im Jahr 2006 nahm sie einen Plan zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen 2007-2013 an. Es ist jedoch nicht ganz klar, welchen unmittelbaren Nutzen die KMU hieraus ziehen und welche Bereiche hauptsächlich durch den Plan gefördert werden sollen. Ausführlichere Informationen zu den Kernelementen der KMU-Förderung wären wünschenswert. Die Heranführung an unternehmerisches Denken hat zwar in die Bildungsrahmenprogramme Eingang gefunden, doch ist die Verbreitung dieser Programme begrenzt. Auch die Anstellung des ersten Beschäftigten muss durch entsprechende Maßnahmen noch vereinfacht werden.
16. Die Tschechische Republik ist mit ihren Maßnahmen zur Erfüllung der mikroökonomischen Vorgaben ihres NRP teilweise erfolgreich gewesen. Deutliche Fortschritte sind bei der Förderung einer besseren Rechtsetzung zu verzeichnen, weshalb dieser Punkt nach Ansicht der Kommission künftig außer Acht gelassen werden kann. Gewisse Fortschritte wurden in Bezug auf die Empfehlung im Bereich Forschung und Entwicklung und die kritischen Bereiche („points to watch“) geistiges Eigentum, IKT, Bereitstellung von Mitteln für Innovationen und Heranziehung zu unternehmerischem Denken gemacht. Hier gilt es jetzt, das Reformtempo zu erhöhen. Die Kommission ist daher der Ansicht, dass die länderspezifische Empfehlung und die „points to watch“ ihre Gültigkeit behalten.

Beschäftigungspolitik

17. Das kontinuierliche Wirtschaftswachstum hat dazu beigetragen, die Beschäftigung in der Tschechischen Republik anzuheben. Die Beschäftigungsquote nähert sich jetzt – außer bei den älteren Arbeitnehmern - den Zielen für 2008 an. Die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ist trotz abnehmender Tendenz jedoch nach wie vor hoch.
18. Der Rat empfahl der Tschechischen Republik, den Beschäftigungsschutz einschließlich der einschlägigen Rechtsvorschriften und der Steuer- und Sozialleistungssysteme weiter zu modernisieren, die Effizienz und die Gerechtigkeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und insbesondere deren Fähigkeit, auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes zu reagieren, zu verbessern,

Anreize zu schaffen, in die Ausbildung insbesondere von älteren Arbeitnehmern und Geringqualifizierten zu investieren, und das Angebot an Hochschulbildung stärker zu diversifizieren.

19. Um die Arbeitsorganisation flexibler zu gestalten, trat im Januar 2007 ein neues Arbeitsmarktgesetz in Kraft. Der Aspekt des Beschäftigungsschutzes bei unbefristeten Verträgen wurde allerdings nicht behandelt. Die angekündigte Einführung von Obergrenzen bei den Beiträgen zur Sozial- und Krankenversicherung ist ein positiver Schritt zur Verringerung der Lohnnebenkosten. Strengere Bedingungen für den Empfang von Arbeitslosengeld und Sozialleistungen haben die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen verringert, doch diese Maßnahmen mit einer wirksameren aktiven Arbeitsmarktpolitik einhergehen. Die Verschmelzung der Arbeits- und Sozialverwaltung ist im Gange und dient dazu, die Kohärenz und Effizienz der Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu verbessern. Im Rahmen der Haushaltsreform wurde eine Reform des Sozialleistungssystems beschlossen, die die Anreize, eine Beschäftigung aufzunehmen, weiter erhöhen soll. Die grundlegende Reform des Bildungssystems wird fortgesetzt. Derzeit werden die Lehrpläne für Schulen der Grund- und Sekundarstufe überarbeitet. Die Zahl der Teilnehmer an tertiären Bildungsveranstaltungen nimmt zu wie auch das Lehrangebot, vor allem in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern. Es wurde eine umfassende Strategie für lebenslanges Lernen auf den Weg gebracht, die den Zugang zu Fortbildungsmaßnahmen erweitert und den Schulen Anreize gibt, in der Erwachsenenbildung tätig zu werden. Begrenzt sind die Fortschritte hingegen bei den Anreizen, die dazu führen sollen, dass der Einzelne und die Arbeitgeber stärker in die Fortbildung investieren. Die genannten Maßnahmen sind nützliche Schritte in die richtige Richtung, bedürfen aber noch der Ergänzung.
20. Der Rat sah überdies auf folgenden Gebieten Handlungsbedarf: bessere Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt, Abbau regionaler Unterschiede in der Beschäftigung, Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Abbau des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern und Durchführung der Strategie für den längeren Verbleib im Erwerbsleben. Obwohl die Gesamtarbeitslosigkeit abnimmt, müssen weitere Anstrengungen unternommen und Ressourcen freigesetzt werden, um benachteiligten Gruppen, vor allem Behinderten und Geringqualifizierten, zu helfen. Die Situation der Roma verdient weiterhin Beachtung. Zusätzliche Maßnahmen zur Verringerung der regionalen Unterschiede wurden nicht ergriffen. Ein Beitrag zur Reduzierung des starken Lohngefälles zwischen den Geschlechtern bestand darin, Frauen durch die Flexibilisierung des Mutterschaftsurlaubs finanzielle Anreize zu bieten, um rasch auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, muss diese Maßnahme durch eine Ausweitung des Kinderbetreuungsangebots ergänzt werden. Nötig ist jetzt eine rasche Umsetzung der Strategie, um ältere Arbeitnehmer länger im Erwerbsleben zu halten.
21. Der Tschechischen Republik gelingt es teilweise, das Flexicurity-Konzept in einen Gesamtzusammenhang einzubetten. Unbefristete Arbeitsverträge sind nach wie vor die Norm. Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik stehen nicht genügend Mittel zu Verfügung, weshalb sie auch nicht so effektiv ist, wie sie sein könnte; Maßnahmen der Erwachsenenbildung werden nach wie vor nur wenig in Anspruch genommen. Es wurden allerdings verschiedene Maßnahmen zur stärkeren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und zur Modernisierung des sozialen Sicherungssystems umgesetzt.

Ein breites Spektrum an Reformmaßnahmen wird gerade auf den Weg gebracht, um die verschiedenen Ebenen des Bildungssystems stärker an den Arbeitsmarktbedürfnissen auszurichten.

22. Insgesamt gesehen hat die Tschechische Republik bei den Maßnahmen zur Verwirklichung der beschäftigungspolitischen Vorgaben seines NRP Teilerfolge erzielen können. Die Fortschritte der Tschechischen Republik in den besonderen Problembereichen – stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bessere Integration von Randgruppen in den Arbeitsmarkt und Verbesserungen im Bildungsbereich – fielen im Zeitraum 2005-2007 unterschiedlich aus. Die länderspezifische Empfehlung und die Punkte, die besondere Beachtung verdienen, wurden bis zu einem gewissen Grad aufgegriffen. Nach Ansicht der Kommission ist die Tschechische Republik mit ihren bisher ergriffenen Maßnahmen nur in begrenztem Maße auf die Herausforderungen auf den betreffenden Gebieten eingegangen. Jetzt kommt es darauf an, das Reformtempo zu erhöhen.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht des tschechischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
24. Die Tschechische Republik hat bei der Umsetzung ihres nationalen Reformprogramms im Zeitraum 2005-2007 gewisse Fortschritte erzielt. Das gleiche gilt in Bezug auf die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen.
25. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in gewissem Umfang aufgegriffen wurden. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind gewisse Fortschritte festzustellen.
26. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für die Tschechische Republik folgende positive Entwicklungen erkennen: die kohärente Strategie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Reformen, durch die sichergestellt werden soll, dass sich Arbeiten lohnt, die Überarbeitung der Lehrpläne für Schulen der Grund- und Sekundarstufe, die Steigerung der Zahl der Teilnehmer an tertiären Bildungsgängen und die Einigung auf eine Strategie für lebenslanges Lernen.
27. Die Tschechische Republik muss folgenden Bereichen in ihrem nationalen Reformprogramm höchste Priorität einräumen: Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft, Einhaltung der Zusagen in Bezug auf die öffentlichen FuE-Ausgaben und effizienterer Einsatz der Mittel, mehr Sicherheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, Verbesserung der Effizienz und Chancengleichheit in der allgemeinen und beruflichen Bildung und Steigerung der Teilnehmerzahl an lebensbegleitenden Fortbildungsmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund wird der Tschechischen Republik empfohlen,

- die angekündigte Rentenreform unverzüglich umzusetzen und die geplante Gesundheitsreform anzugehen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu verbessern,
- die Zielvorgaben für die öffentlichen FuE-Ausgaben zu erfüllen und die Mittel effizienter einzusetzen, vor allem durch Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Universitäten und öffentlichen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Bereitstellung des erforderlichen FuE-Personals,
- den Kündigungsschutz und die Kündigungsschutzbestimmungen im Rahmen eines umfassenden Flexicurity-Konzepts weiter zu modernisieren, die Effizienz und Chancengleichheit in der allgemeinen und beruflichen Bildung zu verbessern und deren Inhalte stärker am Arbeitsmarktbedarf auszurichten, Anreize für Investitionen in die Fortbildung vor allem für ältere Arbeitnehmer und Geringqualifizierte zu schaffen und das Angebot an tertiären Bildungsgängen stärker zu diversifizieren.

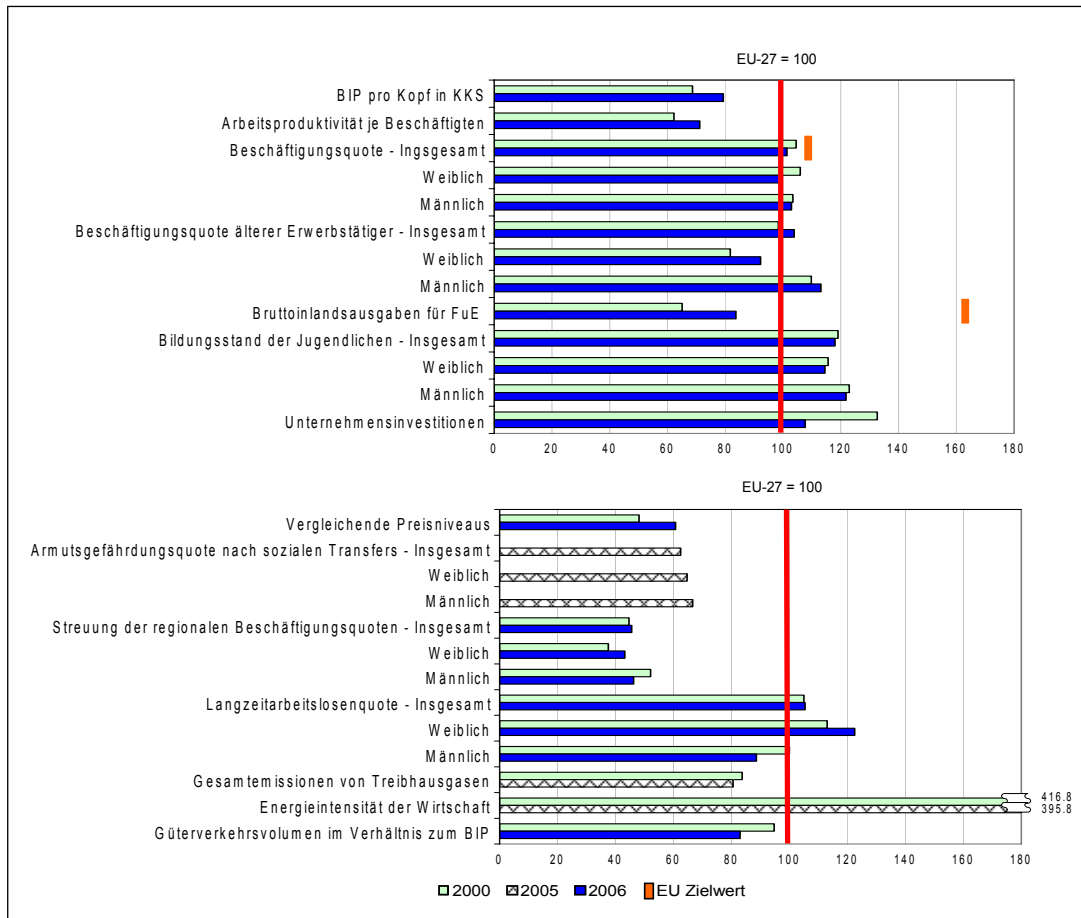
28. Außerdem muss die Tschechische Republik während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums, Beschleunigung der Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie, u.a. durch Schaffung und Überwachung eines funktionierenden Rechtsrahmens für elektronische Behördendienste, leichter Zugang zu Finanzmitteln für innovative Unternehmen, insbesondere durch den Ausbau des Risikokapitalmarktes, verstärkte Heranbildung zu unternehmerischem Denken, bessere Eingliederung benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt, Verringerung regionaler Unterschiede, bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben, Abbau geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede und Umsetzung der Strategie für eine längere Verweildauer im Erwerbsleben.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

TSCHECHISCHE REPUBLIK

	CZ						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	68.7	73.7	76.1	77.0	79.3		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	62.2	66.5	68.6	69.3	71.2		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						66.4 (2008)				70.0
Insgesamt	65.0	64.7	64.2	64.8	65.3		62.2	63.4p	64.4p	
Weiblich	56.9	56.3	56.0	56.3	56.8		53.7	56.2p	57.2p	
Männlich	73.2	73.1	72.3	73.3	73.7		70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger						2.06				3.0
Insgesamt	36.3	42.3	42.7	44.5	45.2		36.9	42.3p	43.5p	
Weiblich	22.4	28.4	29.4	30.9	32.1		27.4	33.5p	34.8p	
Männlich	51.7	57.5	57.2	59.3	59.5		47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.21	1.25	1.25	1.41	1.54		1.86e	1.84e	1.84e	
Bildungsstand der Jugendlichen										
Insgesamt	91.2	92.1	91.4	91.2	91.8		76.6	77.4	77.8	
Weiblich	91.7	91.5	91.8	91.1	92.4		79.3	80.1	80.7	
Männlich	90.7	92.8	91.0	91.3	91.1		73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus	48.1	54.5	54.9	58.1	60.7		100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen	24.4	22.1	21.0	20.1	19.6		18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
Insgesamt	:	:	:	10.0b	:		:	16.0e	:	
Weiblich	:	:	:	11.0b	:		:	17.0e	:	
Männlich	:	:	:	10.0b	:	:	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	5.8	5.8	5.6	5.5	5.2		13.0	11.9	11.4	
Weiblich	7.5	7.4	6.6	6.7	7.0		20.0	16.8	16.2	
Männlich	5.0	4.9	5.1	4.8	4.3		9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote	4.2	3.8	4.2	4.2	3.9		4.0	4.1p	3.7p	
Weiblich	5.2	5.0	5.3	5.3	4.9		4.6	4.5p	4.0p	
Männlich	3.5	2.9	3.4	3.4	3.1		3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	75.9	75.2	75.0	74.2	:		90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft	888.4	891.2	874.4	823.4	:		213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	93.9	98.7	92.5	83.0	88.5		99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Dänemark

1. Dänemark kann sowohl bei Wachstum und als auch bei der Beschäftigung gute Ergebnisse vorweisen. Besonders das BIP ist in den letzten Jahren, getragen durch den Verbrauch der Privathaushalte und einen boomenden Immobilienmarkt, stark gewachsen (2005 und 2006 über 3 %). Inzwischen wird das Wachstum jedoch durch den Arbeitskräftemangel gebremst. Nach einem raschen Anstieg der Beschäftigung hat die Arbeitslosigkeit Mitte 2007 mit 3,3 % einen Rekordtiefstand erreicht, die niedrigste Quote in Dänemark seit 30 Jahren und der niedrigste Stand von allen EU-Ländern. Die Beschäftigungsquote lag 2006 mit 77,4 % in keinem EU-Land höher als in Dänemark; die Produktivitätsraten und die Arbeitszeit bewegen sich in der Nähe des EU15-Durchschnitts.
2. Die öffentlichen Finanzen wurden mit Blick auf die Bevölkerungsalterung weiter konsolidiert und das Sozialversicherungswesen wurde reformiert. Die strukturelle Arbeitslosigkeit wurde durch Arbeitsmarktreformen im Rahmen des Flexicurity-Konzepts reduziert. Angesichts der bereits hohen Beschäftigung kann das Arbeitskräfteangebot besonders durch eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine stärkere Erwerbstätigkeit der älteren Bevölkerung, der Zuwanderer und deren Nachkommen verbessert werden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt hat Dänemark bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) zwischen 2005 und 2007 sehr gute Fortschritte erzielt. Nachdem in der ersten Jahreshälfte 2006 sehr viele Maßnahmen ergriffen wurden, nahm das Reformtempo im letzten Jahr etwas ab. Insgesamt war der Fortschritt aber dennoch gut. Im August 2007 legte Dänemark den Plan „Dänemark 2015“ vor, in dem die mittelfristigen Ziele und Voraussetzungen für einen langfristig gesunden Staatshaushalt umrissen sind. Der Plan sieht auch Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitskräfteangebots, zur Steigerung der Effizienz des öffentlichen Sektors und für öffentliche Investitionen vor. Gleichzeitig wurde eine Verbesserung der Qualität bei den öffentlichen Dienstleistungen vorgeschlagen. Außerdem sollen die Lohnsteuern 2008 und 2009 schrittweise gesenkt werden.
4. Für Dänemark wurden keine länderspezifischen Empfehlungen abgegeben, doch verdienen nach Meinung des Rats folgende Aspekte besondere Aufmerksamkeit: mittelfristige Erhöhung des Arbeitskräfteangebots, Verwirklichung der vorgeschlagenen Reformen des Wettbewerbsrechts, Verbesserung der Funktionsweise der Strom- und Gasmärkte, Emissionsreduzierungsstrategien und -maßnahmen, Reform der Grund- und Sekundarschulbildung und Erhöhung der Zahl der Absolventen weiterführender Schulen und Hochschulen. Im letzten Jahr wurden in diesen Bereichen gute Fortschritte erzielt, insbesondere bei der Reform des Wettbewerbsrechts. Noch immer gilt die Verbesserung des Arbeitskräfteangebots als Schwerpunkt, doch die meisten angekündigten Maßnahmen wurden bisher noch nicht umgesetzt. Im Bereich des Energieverbands ist noch nicht viel geschehen. Im Bildungsbereich wurden verschiedene Initiativen ergriffen, doch ist noch nicht klar, ob diese ausreichen. Die Überlegungen, mit welchen Maßnahmen die

Treibhausgasemissionen gesenkt werden können, sind größtenteils abgeschlossen; jetzt müssen die Maßnahmen noch verabschiedet und umgesetzt werden.

5. In ihrem jährlichen Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass Dänemark die auf dem Frühjahrsgipfel 2006 des Europäischen Rates gefassten Beschlüsse zu den spezifischen Bereichen für vorrangige Maßnahmen (Wissen und Innovation, Erschließung des Unternehmenspotenzials, Beschäftigung und Energie) insgesamt gut umgesetzt hat. Seitdem wurden gute Fortschritte bei den meisten Verpflichtungen für Ende 2007 erzielt.
6. Die Konsultationen aller Ebenen der Regierung und der Sozialpartner und Anstrengungen zur Förderung von deren Identifikation mit dem NRP verdienen nach wie vor Anerkennung. Der Lissabon-Koordinierungsausschuss mit Vertretern verschiedener Ministerien und Interessengruppen wird zu dem dänischen Beitrag gehört. Der Umsetzungsbericht enthält eine breite Palette von Initiativen, die zwischen 2005 und 2008 umgesetzt werden sollen, darunter Initiativen und Beiträge der Sozialpartner und Interessengruppen zum Lissabon-Prozess. Mit Beginn der neuen Programmplanungsperiode für die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds wurden gleichzeitig auch Gebietsreformen durchgeführt, wodurch die Umsetzung des NRP und der Programme der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds besser miteinander koordiniert werden konnten. Die Mittel aus den Strukturfonds sollen hauptsächlich für Wachstums- und Beschäftigungsziele eingesetzt werden.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Dänemark bereitet sich erfolgreich auf die makroökonomische Herausforderung der Bevölkerungsalterung vor und kann eine solide Haushaltsplanung vorweisen. Eckpfeiler der mittelfristigen Finanzplanung sind die Preis- und Wechselkursstabilität und die hohe Beschäftigungsquote. Kernstück der Politik ist der Plan „Dänemark 2015“, der auf einen dauerhaft soliden Haushalt abzielt. Die Haushaltsüberschüsse sollen beibehalten werden, gleichzeitig sollen aber die Ausgaben der öffentlichen Hand proportional zum BIP-Wachstum angehoben werden. Die Einfrierung der Steuern wird beibehalten, wodurch die Gebietskörperschaften gezwungen sind, ihre Ausgaben zu begrenzen. Längerfristig sind neue Initiativen zur Erhöhung der Beschäftigung nötig, wobei die derzeitige Arbeitszeit auf keinen Fall weiter abnehmen darf. Diese Initiativen müssen jetzt umgesetzt werden, um die Ziele erreichen zu können.
8. Im Allgemeinen kommt Dänemark mit seinem NRP seinen makroökonomischen Verpflichtungen nach. In den Jahren 2005 bis 2007 wurden sehr gute Fortschritte erzielt.

Mikroökonomische Politik

9. Dänemark hat zwischen 2005 und 2007 gute Fortschritte bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung folgender mikroökonomischer Herausforderungen erzielt: Verbesserung des Wettbewerbs in bestimmten Sektoren, Effizienzsteigerung

im öffentlichen Dienst, Ausbau der Wissensgesellschaft, umweltpolitische Nachhaltigkeit und Energie sowie Förderung des Unternehmertums.

10. Auch bei der systematischen Ermittlung von Sektoren mit Wettbewerbsproblemen und entsprechenden Abhilfemaßnahmen sind weiterhin gute Fortschritte zu verzeichnen. Zudem wurden neue Initiativen zur Verbesserung der Fusionskontrolle, Kartellbekämpfung und Durchsetzung der Regeln für das öffentliche Auftragswesen eingeleitet.
11. Dänemark ist nach wie vor beim Ausbau der Wissensgesellschaft in der Spitzengruppe der EU-Länder. In der Forschung und Entwicklung sowie im Bereich von Innovationen wurde im Zeitraum 2005-07 der angekündigte Fortschritt erreicht. Der 2006 verabschiedete Haushaltsrahmen für FuE wurde konkreter, so dass das Ziel einer Erhöhung der öffentlichen FuE-Investitionen auf 1 % des BIP bis zum Jahr 2010 realistischer geworden ist. Es wurden verschiedene Initiativen zur FuE- sowie Innovationsförderung im privaten Sektor eingeleitet. Dänemark ist bei der Verbreitung der Breitbandtechnologie und der Verwendung der digitalen Signatur führend. Ein Schwerpunkt der Politik ist weiterhin die Integration von IKT-Systemen und die Standardisierung. Zur Steigerung der Effizienz des öffentlichen Sektors ist ein Paket von Vorschlägen vorgesehen, von denen einige wenige inzwischen angenommen sind. Die meisten müssen jedoch noch verabschiedet und umgesetzt werden. Nach der Strukturreform und den Gebietsreformen auf kommunaler und regionaler Ebene, die mit Übergangsproblemen einhergingen, wird es jetzt darum gehen, in naher Zukunft Effizienzgewinne zu erzielen.
12. Das bereits attraktive Unternehmensumfeld Dänemarks wird noch weiter verbessert. So wird die Expansion von Unternehmen gefördert und der Verwaltungsaufwand abgebaut. Angestrebt wird eine 25-prozentige Verringerung. Die zentrale Anlaufstelle für Existenzgründungen wurde in Form eines rein internetgestützten Systems eingerichtet, das eine umgehende Registrierung eines Unternehmens über das Internet ermöglicht. Ab Januar 2008 soll auch die MwSt-Nummer über das Online-System eingetragen werden können. In sämtlichen Grund- und Sekundarschulen sollen Kurse zur Erziehung zu unternehmerischer Initiative eingeführt werden. Auch werden KMU jetzt zu Gesetzgebungsvorschlägen besser konsultiert und kommen leichter an öffentliche Aufträge heran. Die Verwaltungskosten wurden im Zeitraum 2001-2006 um 9,7 % gesenkt.
13. Auf mikroökonomischer Ebene regte der Rat an, dass die geplante Reform des Wettbewerbsrechts durchgeführt wird und dass für die konsequente Wahrnehmung der neuen wettbewerbsrechtlichen Befugnisse durch die zuständigen Behörden gesorgt wird. Außerdem seien weitere Energieverbundmaßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise der Strom- und Gasmärkte sowie die Entwicklung weiterer Politiken und Maßnahmen zur Senkung der Emissionen wünschenswert.
14. Bei der Verbesserung der kartellrechtlichen Wettbewerbsvorschriften wurden gute Fortschritte erzielt. In der Novelle des Wettbewerbsgesetzes vom Juli 2007 wurde eine neue Kronzeugenregelung eingeführt. Außerdem werden die Befugnisse der dänischen Wettbewerbsbehörde erweitert. Das neue System muss sich jetzt in der Praxis bewähren. Die Kommission wird den Fortschritt bei der Anwendung des neuen Systems weiter beobachten.

15. Dänemark hatte schon vor einiger Zeit Maßnahmen zur Verbesserung des Energieverbunds ergriffen. Die Kapazität des dänisch-deutschen Stromverbunds wurde um 15 – 20 % ausgebaut. Über eine weitere Kapazitätserhöhung wird derzeit verhandelt. Eine dänische Ost-West-Verbindung ist im Bau und wird ab 2010 voll genutzt werden können. Der dänisch-norwegische Verbund soll ausgebaut werden. Zwar ist der Energiesektor mit der allmählichen Liberalisierung der Märkte wettbewerbsfreundlicher geworden, doch werden zur besseren Marktintegration noch weitere Maßnahmen zum Ausbau der Strom- und Gasverbundkapazität ergriffen werden müssen.
16. Dänemark hat eine sehr gute Umweltschutzbilanz vorzuweisen, besonders hinsichtlich Energieintensität, Strom aus erneuerbaren Energiequellen und Umwelttechnologien. Im Jahr 2007 wurden verschiedene Maßnahmen im Bereich Klimaschutz, Verkehr, Luftverschmutzung und Abfallentsorgung vorgeschlagen. Außerdem liegt die umfassende Energiestrategie 2025 zur Verabschiedung bereit. Die geplanten Maßnahmen Dänemarks zur Erreichung der Kyoto-Ziele sind im dänischen Plan zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zusammengestellt. Der Plan ist jedoch in Teilen noch zu unspezifisch, konkrete Emissionsreduzierungsmaßnahmen müssen noch festgelegt werden.
17. Dänemark ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um die meisten mikroökonomischen Vorgaben seines NRP zu erfüllen. Im Wettbewerbsbereich wurden gute Fortschritte erzielt. Die Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen stehen größtenteils fest und auch bei den Energieverbundmaßnahmen schreitet die Arbeit voran.

Beschäftigungspolitik

18. Dänemark hat das Lissabon-Ziel für die Beschäftigungsquote bereits erreicht und auch sehr gute Ergebnisse bei anderen Beschäftigungsindikatoren vorzuweisen. Mit der Vereinbarung über die Reform des Sozialstaats (2006) soll das Land durch die stufenweise Erhöhung des Rentenalters ab 2019 langfristig auf die Bevölkerungsalterung vorbereitet werden. Kurz- und mittelfristige Maßnahmen fehlen jedoch. In den letzten Jahren hat sich das Arbeitskräfteangebot durch eine Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitszeit und der Erwerbsquote der jüngeren und älteren Bevölkerung sowie der Zuwanderer verbessert. Bei den Jugendlichen ist die Erwerbsquote von 68,1 % im Jahr 2005 auf 72,6 % im Jahr 2007 bei einem Gesamtanstieg von 79,8 % auf 80,3 % gestiegen. Die Arbeitszeit wurde zwischen 2005 und 2006 insgesamt um 2,2 % erhöht. Zwischen 2005 und 2007 hat Dänemark bei der beschäftigungspolitischen Herausforderung der Verbesserung des Arbeitskräfteangebots Fortschritte gemacht. Der Arbeitskräftemangel bleibt dennoch sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor problematisch.
19. Nach Dafürhalten des Rates sind auch gezielte Maßnahmen zur mittelfristigen Verbesserung des Arbeitskräfteangebots bis 2015 erforderlich, darunter weitere Initiativen für Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung und zusätzliche Maßnahmen zur Einbindung älterer Arbeitnehmer und Zuwanderer in den Arbeitsmarkt. Mit dem Plan „Dänemark 2015“ und mit weiteren Maßnahmen soll das Arbeitskräfteangebot um das Äquivalent von rund 8 000 Vollzeitstellen erweitert werden. Dänemark möchte darüber hinaus bis 2015 rund 20 000 zusätzliche Arbeitsstellen schaffen und die Arbeitszeit im Durchschnitt mindestens auf dem

derzeitigen Niveau halten. Die dänische Regierung hat jüngst Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsanreize, zur Stellenvermittlung für Arbeitslose, Beschleunigung der Bildungsreform, Verbesserung der Beschäftigungsquote unter der älteren Bevölkerung und den Zuwanderern und zur Förderung der Zuwanderung ergriffen. Es ist noch weiterer Spielraum für Anreize gegen das Ausscheiden älterer Arbeitnehmer in den Vorruhestand vorhanden. Die Kommission ist der Meinung, dass die Bilanz Dänemarks insgesamt positiv ist, dass jedoch weitere Anstrengungen in diesem Bereich erforderlich sind, da die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt bleiben wird.

20. Auch hielt der Rat einen Ausbau der vorhandenen gezielten Maßnahmen zur Verbesserung der Grund- und Sekundarschulbildung und zur Erhöhung der Zahl der Absolventen weiterführender Schulen und von Hochschulen für erforderlich, wenn sich die beschlossenen ehrgeizigen Ziele mit den bisherigen Maßnahmen nicht erreichen lassen. Es wurden verschiedene Initiativen ergriffen, darunter die Verbesserung der Lehrerausbildung, Lernzielkontrollen und Bewertungen ab der zweiten Grundschulklasse, die Verkürzung der Ausbildungsdauer durch eine Prämie bei Aufnahme eines Hochschulstudiums innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss einer weiterführenden Schule und der Ausbau des betriebswirtschaftlichen Unterrichts für Schüler. Die öffentlichen Bildungsausgaben waren mit 7,9 % des BIP im Jahr 2005 so hoch wie in keinem anderen EU-Land. Wichtig ist, dass mit diesen Investitionen auch eine Qualitätsverbesserung erzielt wird, die in einer Kosten-Nutzen-Rechnung nachgewiesen werden kann. Zur Erreichung der ehrgeizigen bildungspolitischen Ziele müssen die vorhandenen Initiativen wirksam umgesetzt und bewertet und erforderlichenfalls durch zusätzliche Maßnahmen ergänzt werden.
21. Der dänische Arbeitsmarkt zeichnet sich aus durch eine enge Zusammenarbeit der Sozialpartner und der Regierung in den vier Flexicurity-Bereichen. Flexible vertragliche Vereinbarungen, die Einstellungen und Entlassungen leicht machen, sind kombiniert mit einer hohen Arbeitslosenunterstützung, die eine gute Absicherung bietet. Das stete Bemühen zur Verbesserung der aktiven Arbeitsmarktstrategien und eine verbesserte Strategie für lebenslanges Lernen sorgen dafür, dass sich der Arbeitsmarkt an die sich wandelnde Wirtschaft anpassen kann. Das dänische Flexicurity-Modell wird ständig angepasst, indem neue Anreize zur Einbindung möglichst vieler Arbeitsfähiger in das Erwerbsleben geschaffen werden. Die Sozialpartner werden voll in die Konzipierung sämtlicher sie betreffender Politiken einbezogen.
22. Insgesamt gesehen haben sich die Maßnahmen Dänemarks zur Verwirklichung der beschäftigungspolitischen Vorgaben seines NRP als erfolgreich erwiesen. In den Bereichen, die besonderer Aufmerksamkeit bedurften, wurden gute Fortschritte erzielt, doch sind weitere Initiativen und Durchführungsmaßnahmen erforderlich. Die Kommission ist daher der Meinung, dass diese Punkte weiterhin im Auge zu behalten sind.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht des dänischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission

und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

24. Dänemark hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 sehr gute Fortschritte erzielt. Auch bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen sind in den vier vorrangigen Bereichen die Fortschritte als gut zu bewerten.
25. In den Bereichen, die der Rat als besonderer Aufmerksamkeit bedürftig eingestuft hat, sind dem Umsetzungsbericht zufolge gute Fortschritte zu verzeichnen.
26. Der Umsetzungsbericht Dänemarks lässt folgende positive Entwicklungen erkennen: das umfassende Gesamtkonzept für die Planung und Umsetzung von Reformen in Verbindung mit einer tragfähigen langfristigen Finanzplanung und der aktiven Mitwirkung der Beteiligten.
27. Bei der weiteren Umsetzung des nationalen Reformprogramms muss Dänemark insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: Fortsetzung der Energieverbundmaßnahmen, damit die Strom- und Gasmärkte reibungsloser funktionieren können, mittelfristige Verbesserung des Arbeitskräfteangebots und Verlängerung der Arbeitszeiten einschließlich weiterer Anreize zur Erwerbstätigkeit und zusätzliche Maßnahmen zur Einbindung älterer Arbeitnehmer, Immigranten und deren Nachkommen in den Arbeitsmarkt, kostenwirksamer Ausbau von Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung in Grundschulen und weiterführenden Schulen und zur Erhöhung der Zahl der Absolventen weiterführender Schulen oder Hochschulen gemäß den beschlossenen ehrgeizigen Zielen.

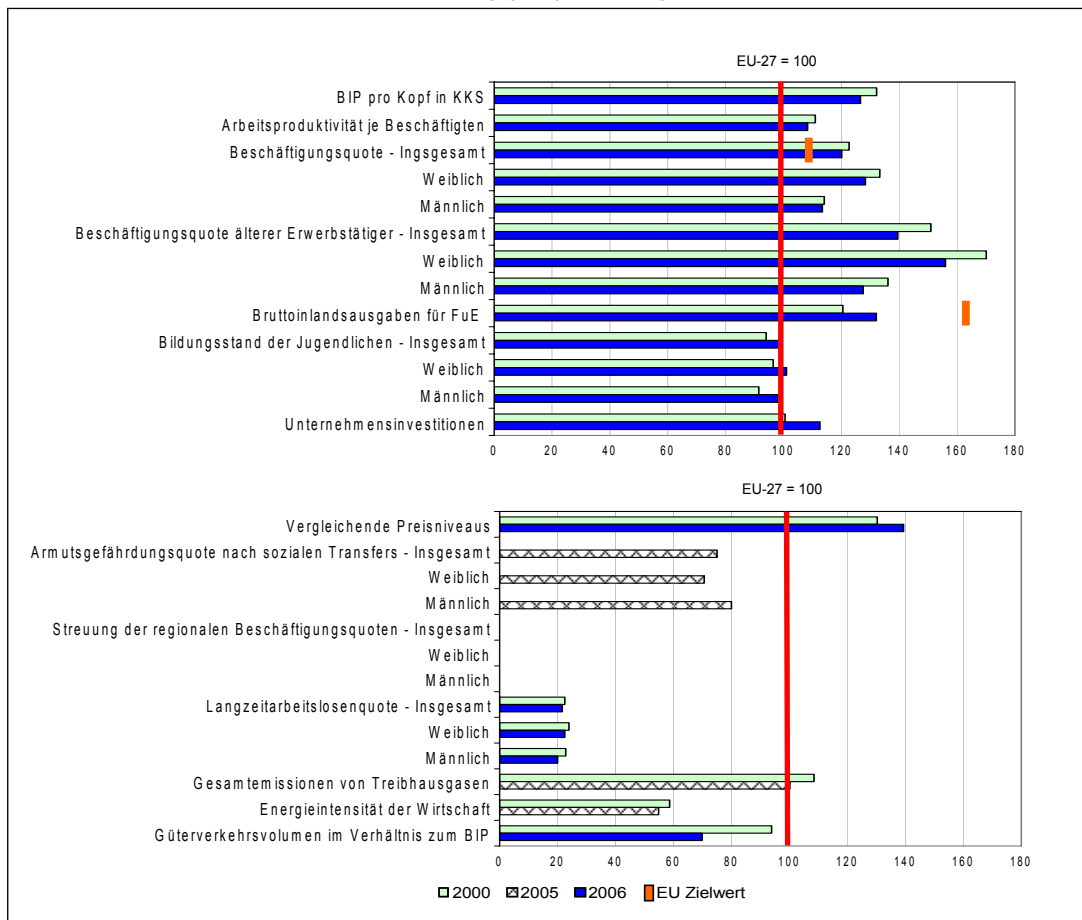
TEIL IV: SCHAUILLDER UND STATISTISCHE DATEN

DÄNEMARK

	DK						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	132.2	124.7	124.5	126.3	126.6		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	111.0	106.4	106.8	108.5	108.4		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						:	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Insgesamt	76.3	75.1	75.7	75.9	77.4				
	Weiblich	71.6	70.5	71.6	71.9	73.4		53.7p	56.2p	57.2p
	Männlich	80.8	79.6	79.7	79.8	81.2		70.8p	70.8p	71.6p
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							36.9	42.3p	43.5p	
	Insgesamt	55.7	60.2	60.3	59.5	60.7				
	Weiblich	46.6	52.9	53.3	53.5	54.3		27.4	33.5p	34.8p
	Männlich	64.1	67.3	67.3	65.6	67.1		47.1	51.5p	52.6p
Bruttoinlandsausgaben für FuE		2.24	2.58	2.50	2.45	2.43	3.0	1.86e	1.84e	1.84e
Bildungsstand der Jugendlichen										
	Insgesamt	72.0	76.2b	76.2	77.1	77.4		76.6	77.4	77.8
	Weiblich	76.5	78.5b	78.1	80.5	81.5		79.3	80.1	80.7
	Männlich	67.5	73.8b	74.3	73.8	73.4		73.8	74.7	74.8
Vergleichende Preisniveaus		130.3	141.1	139.6	140.1	139.4		100.0	100.0	100.0
Unternehmensinvestitionen		18.5	17.7	17.6	18.7	20.5		18.4	17.8	18.2
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers*										
	Insgesamt	:	12.0b	11.0	12.0	:		16.0e	:	
	Weiblich	:	12.0b	11.0	12.0	:		17.0e	:	
	Männlich	:	11.0b	11.0	12.0	:		15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten							13.0	11.9	11.4	
	Insgesamt	-	-	-	-	-				
	Weiblich	-	-	-	-	-		20.0	16.8	16.2
	Männlich	-	-	-	-	-		9.6	9.7	9.3
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	0.9	1.1	1.2	1.1	0.8		4.0	4.1p	3.7p
	Weiblich	1.1	1.0	1.3	1.2	0.9		4.6	4.5p	4.0p
	Männlich	0.8	1.2	1.1	1.1	0.7		3.5	3.8p	3.5p
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		98.4	107.0	98.4	92.2	:		90.7	92.1	:
Energieintensität der Wirtschaft		125.0	126.1	121.1	114.1	:		213.1	208.1	:
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		93.0	87.9	87.5	84.3	74.6		99.1e	105.4e	106.7e

* Alternative Berechnung für Dänemark mit einer Einkommensdefinition einschließlich unterstellter Mieteinkünfte und Zinszahlungen für Hypotheken: 2003 10.0b, 2004 10.0 und 2005 10.0

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Deutschland

1. In der ersten Hälfte des Jahrzehnts verlief das BIP-Wachstum in Deutschland schleppend, bevor es 2006 auf 2,9 % anstieg. Für 2007 wird ein leichter Rückgang auf 2,5 % erwartet. Das Pro-Kopf-BIP dürfte in diesem Jahr 119 % des EU-Durchschnitts erreichen. Die Beschäftigungsquote lag 2006 insgesamt bei 67,5 %; bei den älteren Arbeitskräften stieg die Quote von 45,4% im Jahr 2005 auf 48,4% im Jahr 2006 und liegt damit über dem EU-Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote wird den Schätzungen zufolge von 10,3 % im Jahr 2006 auf 8,1 % im Jahr 2007 fallen.
2. Deutschland hat als exportorientiertes Hochtechnologieland von der Globalisierung profitiert und sich trotz zunehmenden Wettbewerbs im internationalen Vergleich behaupten können. Sein Wachstumspotenzial wird trotz des jüngsten Aufschwungs jedoch nach wie vor durch eine relativ hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und einen schleppenden Produktivitätszuwachs gebremst. Um Wachstum und Beschäftigung neu zu beleben, muss Deutschland diese strukturellen Engpässe beseitigen, ohne dabei die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu gefährden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Der Bericht 2007 zeigt, dass trotz insgesamt guter Fortschritte bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 der Reformprozess fortgesetzt werden muss.
4. Deutschland hat die Empfehlungen des Rates aufgegriffen. So wurden bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen gute Fortschritte erzielt, während bei der Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit und der Schaffung von mehr Wettbewerb bei den Dienstleistungen die Bilanz gemischt bzw. eher bescheiden ausfällt.
5. In den Bereichen, die Deutschland auf Empfehlung des Rates besonders beachten sollte („points to watch“), sind gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Am größten waren die Fortschritte bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, den Existenzgründungen und der Anstellung des ersten Beschäftigten. Beim Vergaberecht, den Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerb im Schienenverkehr und der Förderung des lebensbegleitenden Lernens und der beruflichen Erwachsenenbildung blieben die Ergebnisse hingegen hinter den Erwartungen zurück.
6. Alles in allem gute Fortschritte erzielte Deutschland bei der Erfüllung der vom Europäischen Rat vom Frühjahr 2006 vereinbarten spezifischen Zielvorgaben in den prioritären Bereichen Wissensgesellschaft, Unternehmertum und Energie, während bei den Beschäftigungsmöglichkeiten für vorrangige Gruppen die Bilanz nicht ganz so positiv ausfällt. In seinem Umsetzungsbericht führt Deutschland näher aus, wo es Anstrengungen unternimmt, um den Empfehlungen für die Eurozone insgesamt nachzukommen. Hierzu gehören unter anderem Maßnahmen, mit denen die Qualität der öffentlichen Haushalte und der Systeme der sozialen Sicherung verbessert werden soll.

7. Zum NRP und zum Umsetzungs- und Fortschrittsbericht sind verschiedene Bundesministerien, der Bundestag, die Landesregierungen und die Sozialpartner konsultiert worden. Der Umsetzungsbericht 2007 enthält jedoch keine haushaltstechnischen Details zu den Reformen. Es besteht eine starke Verknüpfung des NRP mit den Programmen der Strukturfonds: 81 % der für das Ziel „Wettbewerbsfähigkeit“ (betrifft den größten Teil Westdeutschlands) und 71 % der für das Ziel „Konvergenz“ (betrifft Ostdeutschland und Lüneburg) bestimmten Mittel kommen Lissabon-Zielen zugute.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Das nationale Reformprogramm 2005-2008 sieht eine der wesentlichen Aufgaben Deutschlands darin, die öffentlichen Finanzen tragfähig zu machen. Seit 2005 ist die Rentenreform gut vorangekommen; zu der Reform gehörte auch die Förderung einer Zusatzrente, die für eine sozialverträgliche Absicherung im Alter sorgen soll. Das gesetzliche Rentenalter wird ab 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Dadurch soll die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte weiter verbessert werden. Außerdem wurde ein Vorschlag zur Reform der Pflegeversicherung angenommen, der eine regelmäßige Anpassung der Ausgaben vorsieht. Zu diesem Zweck sollen die Beitragssätze angehoben werden. Kapitaldeckungselemente sind entgegen der Ankündigung im NRP nicht vorgesehen.
9. Der Rat empfahl Deutschland, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu verbessern und die Gesundheitsreform umzusetzen. Die Haushaltslage hat sich merklich gebessert: Betrug das Defizit im Jahr 2005 noch 3,4% des BIP, bewegt es sich 2007 auf einen ausgeglichenen Haushalt zu. Dies ist auf die Reformpolitik und die Konjunkturerholung zurückzuführen, durch die die Steuereinnahmen über das Mehraufkommen aus der Erhöhung des MwSt-Normsatzes hinaus gestiegen sind. Die Haushaltspolitik nutzte die Konjunkturbedingungen aus, um den mittelfristigen Zielen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein Stück näher zu kommen. Die Staatsverschuldung, die derzeit noch über 60% des BIP liegt, geht allmählich zurück. Eine qualitative Verbesserung der öffentlichen Haushalte brachte die Senkung der Lohnnebenkosten 2007 durch Verringerung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die teilweise durch die MwSt-Erhöhung finanziert wurde. Die Wirkung dieser Maßnahme wurde durch die Heraufsetzung der Beitragssätze zur Kranken- und Rentenversicherung teilweise wieder aufgehoben. Durch die Unternehmenssteuerreform, die 2008 in Kraft tritt, werden die Körperschaftsteuersätze gesenkt. Die Finanzierung erfolgt teilweise über eine Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage.
10. Die seit 2005 durchgeführten Reformen im Gesundheitswesen haben die Kosten zumindest vorübergehend gedämpft, wobei zu den Auswirkungen der Reform von 2007 noch keine konkreten Erkenntnisse vorliegen. Für die gesetzlichen Krankenkassen ist dadurch möglich geworden, mit einzelnen Anbietern Verträge abzuschließen, die von der Regelversorgung für gesetzlich Versicherte abweichen. Hieraus könnten sich Anreize für eine effizientere Inanspruchnahme medizinischer Versorgungsleistungen ergeben. Der Wettbewerb im Gesundheitswesen könnte

zunehmen, weil die Krankenkassen jetzt bei ambulanten Gesundheitsdienstleistungen von den kollektiv vereinbarten Vergütungen abweichen dürfen. Die Kernmaßnahme der Reform, der Gesundheitsfonds, der das System der freien Festsetzung der Beitragssätze durch die Krankenkassen ersetzt, tritt 2009 in Kraft.

11. Zwischen 2005 und 2007 wurden bei der Bewältigung der makroökonomischen Herausforderungen gute Fortschritte erzielt. Wichtig ist jetzt, den Reformschwung beizubehalten und die bisherige Haushaltskonsolidierung zu sichern. Zu diesem Zweck sollen in der laufenden zweiten Phase der Föderalismusreform auch Änderungen in den Finanzbeziehungen vorgenommen werden. Ebenso muss aufmerksam verfolgt werden, ob die Gesundheitsreform den erhofften Nutzen bringt. Alles in allem wurden, was die Empfehlungen zum mittelfristigen Haushaltsziel und zur Qualität der öffentlichen Finanzen für die Länder der Eurozone betrifft, gute Fortschritte erzielt.

Mikroökonomische Politik

12. Die im NRP ausgewiesenen mikroökonomischen Schlüsselherausforderungen sind: Förderung der Wissensgesellschaft, funktionierende Märkte und Wettbewerbsfähigkeit, Verbesserung des Unternehmensumfeldes und ökologische Innovation. Der geplante Ausbau der Wissensgesellschaft ist gut vorangekommen. Seit 2005 wurden mehrere Initiativen gestartet, die das Innovationspotenzial stärken sollen. Dabei wird vor allem eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und die Bereitstellung von Wagniskapital angestrebt. Die Zahl der Hochschulabsolventen in Ingenieur- und Naturwissenschaften und die Mobilität von Forschern muss jedoch noch weiter zunehmen. Der Bund selbst hat einen erheblichen Beitrag zum Erreichen des 3 %-Ziels bei den FuE-Ausgaben geleistet; über den Beitrag der Länder und der Privatwirtschaft fehlen nähere Angaben. Die Bekämpfung des Klimawandels und die Förderung erneuerbarer Energien haben gute Fortschritte gemacht. Es wurde ein nationaler Allokationsplan für den Emissionshandel angenommen und das Biokraftstoffquotengesetz in Kraft gesetzt und es wurden Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden ergriffen.
13. In Bezug auf das Funktionieren der Märkte und die Wettbewerbsfähigkeit hat Deutschland seit 2005 Fortschritte gemacht. Es wurde viel getan, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, vor allem durch Abbau von Bürokratie, die um 25 % verringert werden soll. Insgesamt gesehen hat Deutschland im Zeitraum 2005-2007 bei der Bewältigung der Herausforderungen im mikroökonomischen Bereich, vor allem was die Förderung der Wissensgesellschaft und von ökologischen Innovationen betrifft, gute Fortschritte gemacht.
14. Der Rat empfahl Deutschland, die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten zu verbessern. Bis heute sind jedoch die restriktiven Vorschriften über reglementierte Gewerbe und Berufe nicht gelockert worden. 2006 wurde dem traditionellen Telekommunikationsbetreiber zur Auflage gemacht, Wettbewerbern einen diskriminierungsfreien Bitstrom-Zugang auf der Vorleistungsebene zu gewähren und ihnen ein Standardangebot zu unterbreiten. Die praktische Umsetzung geht jedoch zu langsam voran, wobei es wichtig ist, die neuen Telekommunikationsmärkte nicht von einer Ex-ante-Regulierung auszunehmen.

15. Der Rat kam überdies zu dem Schluss, dass sich Deutschland auf folgende Bereiche konzentrieren müsse: Verbesserung der öffentlichen Vergabeverfahren und der Rahmenbedingungen für Wettbewerb im Schienenverkehr sowie bei den Gas- und Stromnetzen, Beschleunigung von Unternehmensgründungen und Vereinfachung der Anstellung des ersten Beschäftigten. In dem letzten Punkt wurden gute Fortschritte erzielt. Deutschland hat seine Anstrengungen verstärkt, um die Vorlaufzeit und den Kostenaufwand bei Existenzgründungen zu reduzieren, wird aber bis Ende 2007 noch keine flächendeckende Versorgung mit zentralen Anlaufstellen vorweisen können. Im Schienenverkehr sowie bei den Strom- und Gasnetzen hat der Wettbewerb leicht zugenommen, wobei im Schienenverkehr die Umsetzung der geplanten Entbündelungsmaßnahmen für noch mehr Wettbewerb sorgen könnte. Einige grundlegende Elemente des entsprechenden Gesetzesentwurfes stoßen jedoch auf Widerstand. Im Bereich der Gas- und Stromnetze hat Deutschland die EG-Vorschriften umgesetzt. Ein Problem bleiben jedoch die hohe Marktkonzentration, fehlende Transparenz und die vertikale Marktabschottung. Das Gesetzgebungsverfahren zur Vereinfachung des komplexen Vergaberechts ist 2007 nicht weiter vorangekommen, auch wenn an dem Gesetzentwurf derzeit gearbeitet wird. Nach dieser gemischten Bilanz ist es nach Ansicht der Kommission nun wichtig, das Reformtempo zu beschleunigen.
16. Deutschland hat teilweise Maßnahmen ergriffen, um die mikroökonomischen Vorgaben seines NRP zu erfüllen. Die für die gesamte Eurozone geltende Empfehlung, den Wettbewerb zu stärken, wurde nur bis zu einem gewissen Grad beherzigt. Dies trifft insbesondere auf den Telekommunikationssektor, die freien Berufe und das öffentliche Beschaffungswesen zu. Die Vereinfachung des komplexen Vergaberechts ist 2007 nicht weiter vorangekommen und bedarf daher besonderer Aufmerksamkeit. Einige der Kernprobleme wurden erfolgreich angegangen, vor allem im Bereich der Unternehmensgründungen und der Anstellung des ersten Beschäftigten.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen

17. Die zentrale beschäftigungspolitische Herausforderung war die Anpassung an den demografischen Wandel. Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den Jahren 2005-2007 und insbesondere der Beschäftigungssituation von älteren Arbeitnehmern sind auf bessere Konjunkturbedingungen, moderate Lohnabschlüsse und die Reformen zurückzuführen, die unternommen wurden, um Anreize für die Aufnahme einer Beschäftigung und die Verlängerung des Erwerbslebens zu verstärken. Die Bilanz bei der Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit ist gemischt. Die Langzeitarbeitslosigkeit lag 2006 trotz rückläufiger Tendenz immer noch bei 5,5 % (und damit über dem EU-Durchschnitt von 3,7 %), wobei sich die Schere zwischen der Arbeitslosenquote unter den gering qualifizierten Erwerbsfähigen und der Gesamtarbeitslosenquote weiter öffnet.
18. Der Rat empfahl Deutschland, gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit vorzugehen, indem es Geringqualifizierten durch besseren Zugang zu Qualifikationen den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht, die geplanten Steuer- und Sozialreformen weiter vorantreibt, effektivere Arbeitsvermittlungsdienste für Langzeitarbeitslose einrichtet und die berufliche Integration von jungen Menschen verbessert.

19. 2006 flossen 31 % der Haushaltsmittel, die für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zugunsten von Empfängern einer Grundsicherung bereitgestellt wurden, in so genannte Arbeitsgelegenheiten und lediglich 15 % in Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen. In der Frage der angekündigten umfassenden Reform der Steuer- und Sozialgesetzgebung wurde bisher noch keine Einigung erzielt. Die Effizienz der Arbeitsvermittlung für arbeitslose Grundsicherungsempfänger bereitet nach wie vor Probleme. Die speziell auf die Verbesserung der Beschäftigungssituation junger Menschen gerichteten Reformbemühungen sind hingegen verstärkt worden. Der Ausbildungspakt, der das Ausbildungsplatzangebot vergrößern soll, wurde verlängert und mit ehrgeizigen Zielen versehen. Ein betriebliches Qualifizierungsprogramm für Jugendliche, die bei der Ausbildungsplatzsuche Probleme haben, wurde in ein reguläres arbeitsmarktpolitisches Instrument überführt. Die Eingliederungsquote von jugendlichen Arbeitslosengeld II-Empfängern lag 2006 bei 32,4%, wohingegen die allgemeine Eingliederungsquote 18,4% betrug. Diese Maßnahmen konnten auch deshalb greifen, weil sie durch den positiven Konjunkturverlauf unterstützt wurden. Deutschland hat die Empfehlung somit zum Teil aufgegriffen.
20. Kinderbetreuung und lebensbegleitendes Lernen waren zwei weitere Bereiche, in denen der Rat einen Handlungsbedarf feststellte. 2007 gab Deutschland als neues Ziel im Bereich der Kinderbetreuung aus, dass bis 2013 für 30 % aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen sollen (2006 lag dieser Wert bei 14 %). Überdies sollen Eltern einen gesetzlichen Anspruch auf einen Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein Finanzierungskonzept zugunsten der Kommunen, die dieses Ziel umsetzen sollen, verabschiedet. Deutschland hat damit auf geeignete Weise reagiert. Im Bereich des lebenslangen Lernens hat sich die Bundesregierung auf Eckpunkte verständigt, um Anreize zu schaffen, damit die Beschäftigten in ihre eigene Weiterbildung investieren. Hingegen wurden noch keine konkreten Schritte unternommen, um Anreize für Arbeitgeber zu schaffen, sich daran zu beteiligen. Nach Ansicht der Kommission müsste hier noch mehr getan werden.
21. Deutschland hat das Flexicurity-Konzept zwar aufgegriffen, es aber noch nicht genügend in ein Gesamtkonzept eingebettet. Zwar gibt es viele verschiedene Formen von Arbeitsverträgen, doch bleibt der Arbeitsmarkt zweigeteilt zwischen Erwerbstätigen und denjenigen, die außerhalb des Arbeitsmarktes stehen. Im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird nur ein geringer Teil der Mittel für Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Die deutschen Behörden setzen vielmehr schwerpunktmäßig auf die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten. Was das lebensbegleitende Lernen angeht, so nimmt die Zahl der Beschäftigten, die sich beruflich weiterbilden, ab. Das Steuer- und Sozialleistungssystem führt dazu, dass immer mehr Menschen einer gering entlohnten Teilzeitbeschäftigung nachgehen und gleichzeitig eine Grundsicherung erhalten. Die Sozialpartner werden im Allgemeinen an der Gestaltung und Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik beteiligt.
22. Insgesamt gesehen hat Deutschland einige, aber noch nicht alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um den beschäftigungspolitischen Vorgaben seines NRP und der Empfehlungen für die Länder der Eurozone nachzukommen. Angegangen werden muss das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, vor allem durch eine bessere Eingliederung gering qualifizierter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt. Der

demografische Wandel erfordert zudem mehr Investitionen in die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht des deutschen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
24. Deutschland hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 gute Fortschritte erzielt. Dies gilt auch für die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rats 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.
25. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in gewissem Umfang aufgegriffen wurden. So kam die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen gut voran, während beim Wettbewerb im Dienstleistungsbereich und bei der Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit geringere Erfolge zu verzeichnen sind. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind gewisse Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt auch die speziell an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
26. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Deutschland folgende positive Entwicklungen erkennen: Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Förderung von Spitzenforschung und Innovation, Fortschritte bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und konsequent verfolgter Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.
27. Die Bereiche im nationalen Reformprogramm, denen höchste Priorität eingeräumt werden muss, sind der Wettbewerb bei den Dienstleistungen und die strukturelle Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund wird Deutschland empfohlen,
 - den Wettbewerbsrahmen bei Dienstleistungen zu verbessern, indem die restriktiven Vorschriften für reglementierte Gewerbe und Berufe weiter gelockert und die Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge verbessert werden und indem die neuen Telekommunikationsmärkte nicht von der Regulierung ausgenommen werden und der Bitstrom-Zugang auf der Vorleistungsebene wirksam reguliert wird;
 - gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit vorzugehen, indem der im nationalen Reformprogramm vorgezeichnete Reformkurs beibehalten wird, wobei ein besonderes Augenmerk der Eingliederung von Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt gelten sollte; im Rahmen des Flexicurity-Konzepts sollte dabei der Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen verbessert, die geplante Reform des Steuer- und Sozialleistungssystems umgesetzt und die Arbeitsvermittlungsdienste für langzeitarbeitslose Arbeitslosengeld II-Empfänger effizienter gestaltet werden.

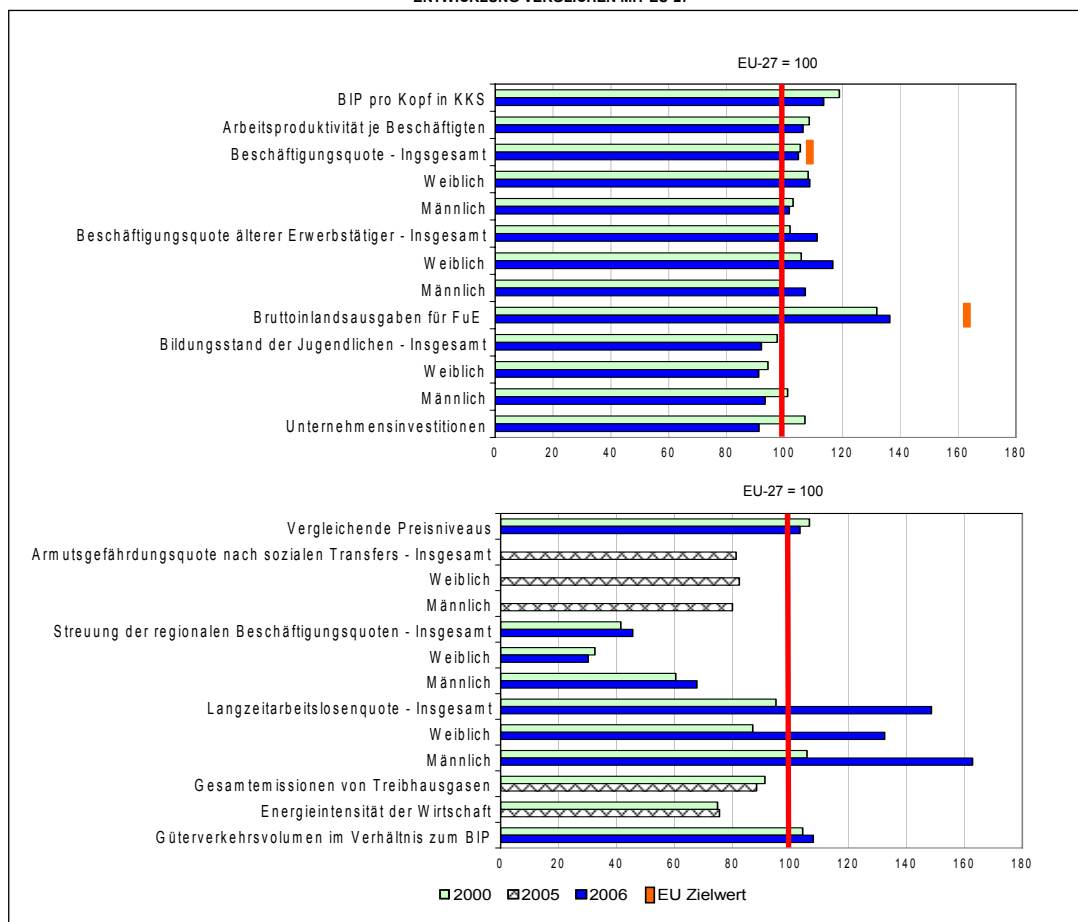
28. Außerdem muss Deutschland im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch striktes Festhalten an der bisherigen Konsolidierung, auch im Rahmen der derzeitigen Reformüberlegungen zu den Finanzstrukturen innerhalb des föderalen Systems, und durch genaue Beobachtung der Auswirkungen der Gesundheitsreform mit dem Ziel, das Ausgabenwachstum zu drosseln und die Effizienz der Gesundheitsversorgung zu erhöhen, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wettbewerb im Schienenverkehr und bei den Gas- und Stromnetzen, wo aufgrund der hohen Konzentration nach wie vor nicht genügend Wettbewerb gegeben ist, Fortsetzung der Einrichtung zentraler Anlaufstellen für Existenzgründer und Verkürzung der Existenzgründungsverfahren sowie Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rahmen der geplanten Maßnahmen im Bereich des lebenslangen Lernens.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

DEUTSCHLAND

	DE						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	119.0	117.1	116.1	114.6	113.6		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	108.6	108.5	107.5	106.7	106.4		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						:				70.0
	Insgesamt	65.6	65.0	65.0	66.0p	67.5p	62.2	63.4p	64.4p	
	Weiblich	58.1	58.9	59.2	60.6p	62.2p	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	72.9	70.9	70.8	71.3p	72.8p	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
	Insgesamt	37.6	39.9	41.8	45.4p	48.4p	36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	29.0	31.6	33.0	37.5p	40.6p	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	46.4	48.2	50.7	53.5p	56.4p	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		2.45	2.52	2.49	2.48	2.51	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
	Insgesamt	74.7	72.5	72.8	71.5b	71.6p	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	74.8	73.4	74.2	72.5b	73.5p	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	74.6	71.6	71.5	70.4b	69.8p	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		106.6	106.1	104.7	103.8	103.3	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		19.7	16.3	16.1	16.0	16.6	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
	Insgesamt	10.0	:	:	13.0b	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	11.0	:	:	14.0b	:	:	17.0e	:	
	Männlich	10.0	:	:	12.0b	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
	Insgesamt	5.4	5.9	6.0	5.6	5.2	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	6.5	5.7	5.8	5.0	4.9	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	5.8	6.9	7.3	7.0	6.3	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	3.8	4.6	5.5	5.7p	5.5p	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	4.0	4.5	5.2	5.3p	5.3p	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	3.7	4.7	5.7	5.9p	5.7p	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		82.7	83.6	83.2	81.3	:	90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		159.7	161.0	159.6	157.0	:	213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		103.3	103.2	109.4	111.0	115.1	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Estland

1. Die Wirtschaft Estlands ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Die Wachstumsrate lag 2005-2006 bei über 10 %, für 2007 wird eine Rate von 8 % erwartet. Wachstumsmotoren waren der Verbrauch und die Investitionen. Die umfangreichen Mittel aus dem Ausland, die Einkommensteuersenkungen und die raschen Lohnerhöhungen leisteten ebenfalls einen Beitrag dazu. Das anhaltend starke Wirtschaftswachstum hat jedoch zu stärkeren Ungleichgewichten in Form einer steigenden Inflation, einem zunehmend angespannten Arbeitsmarkt und einem wachsenden Zahlungsbilanzdefizit geführt. Die Beschäftigungsquote betrug 2006 68,1 %, während die Arbeitslosigkeit Schätzungen zufolge 2007 auf unter 5 % sinken wird. Wegen der zunehmenden Spannungen auf dem Arbeitsmarkt lagen die Erhöhungen der Reallöhne erheblich über den Produktivitätssteigerungsraten, was die Inflation anheizte und die Wettbewerbsfähigkeit besonders in den Wirtschaftssegmenten mit geringen Qualifikationsanforderungen erodiert hat. In jüngster Zeit kam es zu der erhofften Abschwächung der Inlandsnachfrage.
2. Infolge des Entstehens vieler neuer Arbeitsplätze und des schnellen Rückgangs der Arbeitslosigkeit mangelt es in manchen Sektoren nun an Arbeitskräften, was den Aufholprozess weiter erschwert. Weitere Strukturreformen könnten dem Ressourcenengpass entgegenwirken und ein nachhaltiges produktivitätsgestütztes Wachstum fördern. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, darunter die Reform des Arbeitsrechts, würden zu einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit und Begrenzung der Lohnerhöhungen beitragen. Auch eine entschlossenerere Wettbewerbspolitik würde dem Inflationsdruck entgegenwirken. Um die Wettbewerbsfähigkeit stärken zu können, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert und die Investitionen in FuE und Innovation erhöht werden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt geht aus dem Umsetzungsbericht Estlands für 2007 hervor, dass bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) zwischen 2005 und 2007 sehr gute Fortschritte erzielt wurden. Das Fortschrittstempo hat sich offenbar im letzten Jahr leicht verlangsamt.
4. In der Wettbewerbspolitik, der Beschäftigungspolitik und der Bildungspolitik, Bereiche, denen dem Rat zufolge Aufmerksamkeit geschenkt werden musste, wurden einige Fortschritte erzielt. Am größten waren die Fortschritte in der FuE- und der Innovationspolitik. Hingegen hat sich bei der Reform des Arbeitsrechts und der Umsetzung einer Strategie für lebenslanges Lernen wenig getan.
5. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass Estland die nötigen Maßnahmen ergriffen hatte, um die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie zu erfüllen. Seitdem wurden gute Fortschritte bei der Umsetzung der meisten Verpflichtungen für Ende 2007 erzielt.

6. Die Konsultationen und die Anstrengungen zur Förderung der Identifikation mit dem NRP waren auf gesamtstaatlicher Ebene gut, sind aber auf regionaler Ebene noch verbesserungsfähig. Zum Umsetzungsbericht selbst fand eine besondere Anhörung in Form eines Seminars mit den Stakeholdern und einer webgestützten Befragung statt. Zur Koordinierung des Lissabon-Prozesses wurde eine ministerienübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, in der die Sozialpartner und wissenschaftliche Experten vertreten sind. Das NRP ist eng mit den Strukturfondsprogrammen verknüpft, was von grundlegender Bedeutung ist, weil ein erheblicher Teil der im NRP aufgeführten Tätigkeiten mit Mitteln aus dem Strukturfonds finanziert werden. Die im Umsetzungsbericht veranschlagten Haushaltsmittel beinhalten auch die Zuschüsse aus dem Strukturfonds.
7. Im April 2007 schloss die neue Regierung eine Koalitionsvereinbarung für 2007-2011. Angesichts des Endes des Lissabon-Zyklus 2005-2007 beschloss Estland, sein Reformprogramm lediglich um solche Maßnahmen zu ergänzen, mit denen sich die im NRP 2005 vorgesehenen Ziele erreichen lassen.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Wichtigste makroökonomische Ziele der Regierung sind makroökonomische Stabilität, Tragfähigkeit der Finanzen, binnenwirtschaftliches Gleichgewicht und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz. Eine Erhöhung der Beschäftigungsquote gilt als Voraussetzung für ein weiterhin starkes Wirtschaftswachstum und für einen steigenden Lebensstandard.
9. Im Umsetzungsbericht heißt es, dass eine vorsichtige Finanzpolitik für die makroökonomische Stabilität im Rahmen der Currency-Board-Regelung, die die estnische Krone an den Euro knüpft, ausschlaggebend ist. Der Staatshaushalt hatte in den letzten Jahren Überschüsse zu verzeichnen (3,6 % des BIP im Jahr 2006). Die Inflation lag 2007 jedoch bei über 6 % und soll 2008 noch weiter steigen. Die Löhne sind in letzter Zeit fast doppelt so stark gestiegen wie die Arbeitsproduktivität. Das Zahlungsbilanzdefizit ist 2006 auf 16 % des BIP angestiegen, wobei die Defizitquote 2007 leicht zurückgehen soll. Diese Entwicklungen sind jedoch im Zusammenhang mit einem raschen Aufholprozess mit der gesamten EU zu sehen, der sich auf massive Kapitalzuflüsse aus dem Ausland stützt. Angesichts eines seit 2005 über der Potenzialrate liegenden BIP-Wachstums war es zu begrüßen, dass jetzt Haushaltsüberschüsse (anstatt eines ausgeglichenen Haushalts) angestrebt werden, auch wenn die finanzpolitischen Ziele noch ehrgeiziger sein könnten, um mittelfristig eine Verminderung der Kerninflation und der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte erreichen zu können. Was die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen anbelangt, so haben die Haushaltsüberschüsse einen weiteren Abbau der bereits niedrigen Staatsverschuldung ermöglicht, die Ende 2006 bei 4 % des BIP lag und 2007 voraussichtlich auf unter 3 % des BIP fallen wird. Die jüngsten Rentenerhöhungen lagen jedoch über den gesetzlich festgelegten Sätzen. Ein in November 2007 vom Parlament verabschiedetes Reformpaket sieht eine großzügigere Indexierung der Renten vor, was einen Anstieg der Ausgaben für die Alters- und Gesundheitsvorsorge erwarten lässt.

10. Die Ausrichtung der im NRP vorgeschlagenen makroökonomischen Strategien und Maßnahmen vor allem auf Stabilität und langfristige Nachhaltigkeit ist insgesamt gesehen angemessen. Allerdings weisen bestimmte Elemente der Steuerpolitik Estlands darauf hin, dass die steuerlichen Anreize (z. B. die Senkung der Einkommensteuer) und die Haushaltsstrategie (eine Erhöhung der Ausgaben, auch für Löhne und Renten) eine Haushaltskonsolidierung erschweren könnten. Der Finanzpolitik wird es in naher Zukunft möglicherweise nicht gelingen, den Inflationsdruck zu senken und das Zahlungsbilanzdefizit zu verringern, obgleich sich die Lage seit 2006-2007 in diesen Punkten entspannt hat. Auch wäre eine vorsichtige Haushaltspolitik angesagt, um bei einer deutlichen Konjunkturabschwächung genügend Handlungsspielraum zu haben. Schließlich müssen zur Eindämmung der Inflation und zur Verhinderung der Erosion der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unbedingt Anstrengungen zur Anpassung des Arbeitsmarktes unternommen werden und muss gewährleistet werden, dass die Lohnerhöhungen nicht über der Produktivitätssteigerung liegen.
11. Insgesamt hat Estland teilweise die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die makroökonomischen Verpflichtungen in seinem NRP zu erfüllen. Durch angemessene Strukturreformen und eine entschlossene Finanzpolitik muss jetzt mehr für die makroökonomische Stabilität und zur Inflationsbekämpfung getan werden.

Mikroökonomische Politik

12. Als wichtigste Faktoren für ein anhaltendes starkes Wirtschaftswachstum und für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit hat Estland die FuE und die Innovation herausgestellt. In diesen Bereichen wurden zwischen 2005 und 2007 gute Fortschritte erzielt.
13. Der Rat stellte in folgenden Bereichen einen Handlungsbedarf fest: Setzen klarer Prioritäten und bessere Zusammenarbeit im Hinblick auf eine wirksamere Verwendung der FuE- und Innovationsausgaben, entschlossenere Bemühungen um die Umsetzung der FuE-Ergebnisse in innovative Dienste und Produkte, Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen und eine entschlossene Umsetzung der geplanten offensiven Wettbewerbspolitik. Die neue Strategie „wissensbasiertes Estland“ für 2007-2013 stellt auf eine langfristige systematische Entwicklung von Schwerpunktmaßnahmen in der FuE und Innovation ab, wozu auch die Strukturfondsmittel verwendet werden sollen. Die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien wurde verbessert und vor kurzem wurde der Koordinierungsausschuss für die FuE- und Innovationsstrategie eingerichtet. Dank der nachhaltigen Investitionen konnte die FuE-Intensität von 0,93 % des BIP im Jahr 2005 auf 1,14 % im Jahr 2006 gesteigert werden. Maßnahmen zum Ausbau von Kompetenzzentren wurden ergriffen, was zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Unternehmen führen dürfte. Die Entwicklung des Humankapitals, darunter die Verbesserung des Wissenschaftler- und Ingenieurangebots, bleibt eine wichtige Herausforderung. Zurzeit wird an einer neuen Geldbußenerlass- und Kronzeugenregelung gearbeitet, die 2008 eingeführt werden soll. Davon verspricht man sich eine Eindämmung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht sowie eine wirksame Bestrafung von Kartellen. Nachdem die Zusammenarbeit zwischen der Wettbewerbsbehörde und den Aufsichtsbehörden der verschiedenen Sektoren verbessert wurde, wurden diese Behörden im September 2007 durch einen Rechtsakt der Regierung zusammengelegt.

14. Im Zeitraum 2005-2007 hat Estland verschiedene wichtige Initiativen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds – auch der rechtlichen Rahmenbedingungen - eingeleitet. Die Instrumente für eine bessere Rechtsetzung wurden weiterentwickelt. Außerdem wurde ein Aktionsplan zur Vereinfachung des Rechtsrahmens verabschiedet. Zielvorgaben für die Reduzierung des Verwaltungsaufwands gibt es allerdings noch nicht. Estlands Initiativen im Bereich elektronischer Behördendienste tragen zur weiteren Verminderung des Verwaltungsaufwands in Unternehmen bei. Notare haben die Funktion von zentralen Anlaufstellen für Unternehmensgründungen übernommen. Ein Unternehmen kann inzwischen in weniger als einer Woche und über das Internet sogar in wenigen Stunden gegründet werden. Zur Erleichterung des Zugangs von Unternehmen zu den nötigen Finanzierungsmitteln wurde im Dezember 2006 der Estnische Entwicklungsfonds eingerichtet. Was die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen anbelangt, so wurde die Einführung neuer landesweiter Lehrpläne auf 2009 verschoben, wodurch sich auch die bessere Ausrichtung des Bildungssystems auf diesen Bereich verzögert.
15. Im Umweltschutz waren begrenzte Fortschritte zu verzeichnen. Mit dem Energiesparprogramm soll die Energieeffizienz erhöht werden. Die hohe Energieintensität der Wirtschaft ist nach wie vor problematisch. Durch die Novelle des Elektrizitätsmarktgesetzes wird jetzt die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen gefördert. Neben dem neuen Gesetz für die öffentliche Auftragsvergabe wurden allgemeine Leitlinien und Instrumente zur Förderung einer umweltverträglichen Beschaffungspolitik entwickelt.
16. Im Allgemeinen hat Estland im mikroökonomischen Bereich gute Fortschritte vorzuweisen. Die Schwachstellen im Bereich Wettbewerb und FuE/Innovation wurden teilweise behoben. Die Prioritätensetzung und die Koordinierung zwischen den Ministerien in Sachen FuE- und Innovationspolitik funktioniert inzwischen zwar besser, doch sollten dahingehend weitere Anstrengungen unternommen werden, dass die FuE-Ergebnisse für konkrete Innovationen genutzt werden, das Angebot an Wissenschaftler verbessert wird, die Kluft zwischen Hochschulen und Unternehmen geschlossen wird und die neue Geldbußenerlass- und Kronzeugenregelung weiterentwickelt wird.

Beschäftigungspolitik

17. Im NRP wurde die Beschäftigung als eine der großen Herausforderungen bezeichnet. Konkret geht es darum, die Beschäftigungsquote zu erhöhen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu senken und das Qualifikationsniveau durch Weiterbildungsmaßnahmen zu verbessern. Die Beschäftigungsquote ist in den letzten Jahren in allen Altersgruppen stark gestiegen. 2006 verzeichnete sie mit 5,4 % den höchsten Anstieg im EU-Vergleich. Besonders kräftig war der Anstieg bei den Frauen. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist bei der Beschäftigungs- und der Arbeitslosenquote gering und nimmt noch weiter ab. Jedoch ist das Lohngefälle hoch. Die Arbeitslosigkeit nimmt ab und das auch bei den am stärksten benachteiligten Gruppen. Viele der geplanten beschäftigungspolitischen Maßnahmen wurden umgesetzt. Die strukturelle Arbeitslosigkeit muss noch weiter vermindert und die Nichterwerbstätigen und Langzeitarbeitslosen müssen stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden werden, damit das Fachkräfteangebot steigen kann.

18. Im Bereich der Beschäftigung muss sich Estland nach Meinung des Rates auf die Reform des Arbeitsrechts und die Stärkung aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen sowie die Anhebung des Qualifikationsniveaus der Arbeitnehmer durch Bildungsreformen und lebenslanges Lernen konzentrieren. Die im NRP angekündigte Reform des Arbeitsrechts blieb aus, was die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen an ein sich wandelndes Wirtschaftsumfeld erheblich einschränkt. Im Umsetzungsbericht wurden auch keine Fortschritte bei der Förderung flexibler Vertragsvereinbarungen erwähnt. Zur Verbesserung der Hochschulbildung und Berufsausbildung wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Jedoch wurden verschiedene wichtige Rechtsakte, wie neue Lehrpläne für die Grundschule und die Oberstufe des Sekundarbereichs, noch nicht beschlossen. Ebenso fehlen neue Finanzierungsmodelle für das Bildungssystem insgesamt und für die Erwachsenenbildung. Nur ein geringer Anteil der Erwachsenen nimmt an Maßnahmen des lebenslangen Lernens teil. Die am stärksten benachteiligten Gruppen fallen aus dem derzeitigen System ganz heraus. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik gab es mehrere Neuerungen. Der Anteil der Arbeitslosen, die an aktiven Arbeitsmarktprogrammen teilnehmen, ist jedoch nach wie vor sehr gering. Daher sollte das Augenmerk mehr auf die Effizienz von aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gerichtet werden. Wie gut das Reformpaket greift, kann nicht festgestellt werden, weil es zurzeit kein Beobachtungs- und Beurteilungssystem für den Arbeitsmarkt gibt. Nach Ansicht der Kommission hat Estland daher nur teilweise die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Probleme in diesen Bereichen zu lösen.
19. Estland hat kein Gesamtkonzept in Sachen Flexicurity. Bei der Entwicklung von Strategien standen jedoch einzelne Flexicurity-Maßnahmen im Mittelpunkt. Zwar wurde das System der sozialen Sicherheit, die aktive Arbeitsmarktpolitik und der Bereich des lebenslangen Lernens teilweise reformiert, doch müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktflexibilität und zur Förderung flexibler Arbeitsformen noch entwickelt werden. Die Sozialpartner werden teilweise in bestimmte Flexicurity-Komponenten einbezogen, die allgemein schwache Einbindung der Sozialpartner beschränkt sich jedoch hauptsächlich auf die gesamtstaatliche Ebene, sie erfolgt nicht auf Ebene der Sektoren und der Unternehmen.
20. Insgesamt gesehen hat Estland manche der erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um den beschäftigungspolitischen Vorgaben seines NRP nachzukommen. Die Schwachpunkte im Bereich Beschäftigung wurden teilweise angegangen, bei der Reform des Arbeitsrechts wurden jedoch keine Fortschritte erzielt. Die Reformen müssen jetzt beschleunigt durchgeführt werden. Besonders die Flexibilität des Arbeitsmarktes muss schnell erhöht werden. Auch bedarf es weiterer Anstrengungen zur Verbesserung des Qualifikationsniveaus der Arbeitnehmer durch die Umsetzung von Maßnahmen des lebenslangen Lernens und effizientere aktive Arbeitsmarktmaßnahmen.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

21. In Anbetracht des estnischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

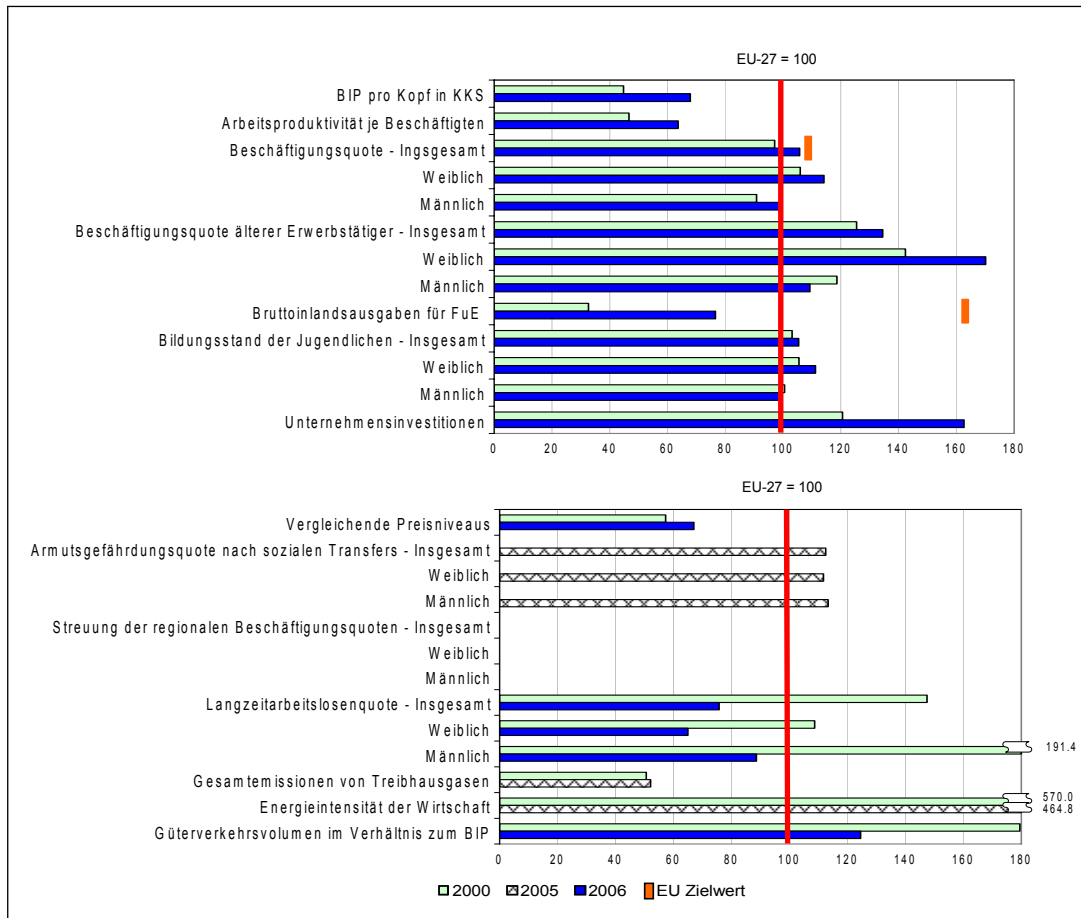
22. Estland hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 sehr gute Fortschritte erzielt. Dies gilt auch für die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.
23. Was die Bereiche anbelangt, die der Rat als besonderer Aufmerksamkeit bedürftig eingestuft hat, so zeigt der Umsetzungsbericht, dass teilweise entsprechende Maßnahmen ergriffen wurden, nämlich in den Bereichen Wettbewerbspolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik. Am weitesten ist die Umsetzung in den Bereichen FuE- und Innovationspolitik fortgeschritten. Bei der Reform des Arbeitsrechts sind hingegen keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen.
24. Der Umsetzungsbericht Estlands lässt folgende positive Entwicklungen erkennen: Einführung einer ehrgeizigen systematischen FuE- und Innovationsstrategie, die auf lange Sicht angelegt ist; Maßnahmen zur Erleichterung von Existenzgründungen und zur finanziellen Unterstützung innovativer KMU; eine deutliche Verbesserung der Beschäftigungsquote und Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulbildung und Berufsausbildung.
25. Der Bereich im estnischen nationalen Reformprogramm, dem höchste Priorität eingeräumt werden muss, ist die Beschäftigung, da bei der Arbeitsrechtsreform kaum Fortschritte erzielt wurden.
26. Estland muss bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: Verbesserung der makroökonomischen Stabilität und Inflationsbekämpfung durch Strukturreformen und konsequente steuerpolitische Maßnahmen, entschlossenere Bemühungen um die Umsetzung der FuE-Ergebnisse in innovative Dienste und Produkte, Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen, Einführung der neuen Geldbußenerlass und Kronzeugenregelung und Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in der Wettbewerbspolitik, Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Erhöhung des Fachkräfteangebots durch eine umfassende Strategie des lebenslangen Lernens, die auf den Bedarf des Arbeitsmarktes zugeschnitten ist, dringliche Modernisierung des Arbeitsrechts durch Förderung flexibler Arbeitsformen, um Engpässe am Arbeitsmarkt abzubauen.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

ESTLAND

	EE						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	44.8	54.6	57.0	62.8	67.9		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	46.7	54.4	56.9	61.5	63.7		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						70.0				70.0
	Insgesamt	60.4	62.9	63.0	64.4	68.1	62.2	63.4p	64.4p	
	Weiblich	56.9	59.0	60.0	62.1	65.3	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	64.3	67.2	66.4	67.0	71.0	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
	Insgesamt	46.3	52.3	52.4	56.1	58.5	36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	39.0	47.3	49.4	53.7	59.2	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	55.9	58.9	56.4	59.3	57.5	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.61	0.77	0.86	0.93	1.41	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
	Insgesamt	79.0	81.5	80.3	82.6	82.0	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	83.7	85.1	87.5	87.6	89.8	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	74.2	77.9	73.2	77.6	74.1	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		57.3	62.0	62.8	64.3	67.0	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		22.2	27.5	28.0	27.0	29.6	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
	Insgesamt	18.0	18.0	20.0b	18.0	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	19.0	20.0	21.0b	19.0	:	:	17.0e	:	
	Männlich	17.0	17.0	19.0b	17.0	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
	Insgesamt	-	-	-	-	-	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	-	-	-	-	-	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	-	-	-	-	-	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	5.9	4.6	5.0	4.2	2.8	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	5.0	4.4	4.4	4.2	2.6	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	6.7	4.8	5.6	4.2	3.1	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		45.9	50.1	49.2	48.0	:	90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		1214.8	1179.1	1096.2	966.9	:	213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		177.9	150.6	159.0	152.4	132.9	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Irland

1. Das reale Pro-Kopf-BIP Irlands ist im Zeitraum 2005-2007 weiter rapide gestiegen und erreichte im Jahr 2006 143 % des EU-Durchschnitts. Auch die Beschäftigungsquote hat weiter zugenommen, und die Arbeitsproduktivität lag, obschon sich ihr Wachstum erheblich verringert hat, noch deutlich über dem EU-Durchschnitt. In den Jahren 2005 und 2006 stiegen die Verbraucherpreise schneller als in der Eurozone (durchschnittlich 2,4 % jährlich in Irland gegenüber 2,2 % in der Eurozone). Vor allem wegen der höheren Inflation bei den Dienstleistungspreisen wird sich dieser Unterschied voraussichtlich im Jahr 2007 noch vergrößern (auf durchschnittlich 2,8 % jährlich in Irland gegenüber 2,0 % in der Eurozone).
2. Größtes inländisches Risiko für die irische Wirtschaft wird der Wohnungsbausektor sein, der nach Erreichen seines Höchststands im Jahr 2006 rapide eingebrochen ist und wohl noch weiter und schneller als erwartet zurückgehen wird. Die sich verschlechternden außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen im Zusammenspiel mit einer realen Wechselkursaufwertung ein großes Risiko für die Ausfuhren dar. Da sich die Situation bei den öffentlichen Finanzen mittelfristig verschlechtern dürfte, sollte die Fähigkeit der irischen Wirtschaft, sich an ein niedrigeres, aber ausgewogeneres Wachstum anzupassen, durch eine umsichtige Prioritätensetzung bei den Staatsausgaben und durch Förderung von Reformen zur Steigerung des Produktivitätswachstums mittels Ausweitung des Sachkapitals und des Humankapitals und durch Minderung des Inflationsdrucks verbessert werden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt gehen aus dem irischen Durchführungsbericht für 2007 sehr gute Fortschritte bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 hervor. Das Tempo des Fortschritts ist im letzten Jahr gleich geblieben.
4. Zu Irland wurden keine länderspezifischen Empfehlungen abgegeben. In den Bereichen, auf die Irland sich den Schlussfolgerungen des Rates konzentrieren sollte, wurden im allgemeinen gute Fortschritte gemacht. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass Irland einige Fortschritte bei der Verwirklichung der spezifischen, auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen Wissen, Unternehmenspotenzial, Beschäftigung und Energie erzielt hatte. Seitdem wurden bei den meisten Verpflichtungen für Ende 2007 gute Fortschritte erzielt.
5. Im Durchführungsbericht wird zwar nicht spezifisch auf die Empfehlungen für die Länder der Eurozone eingegangen, aber es hat unlängst einige Entwicklungen auf diesem Gebiet gegeben. Da sich die Haushaltsposition Irlands besser entwickelt hat, als es das mittelfristige Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspakts vorsah, war die sich auf die Haushaltskonsolidierung beziehende Empfehlung für die Länder der Eurozone für den Zeitraum 2005-2007 nicht relevant. Nichtsdestoweniger sollte Irland seinen Haushaltsplan 2007 strikt einhalten, um die Verschlechterung der

Strukturbilanz im Jahr 2007 zu begrenzen und im Falle eines Abschwungs angemessenen Handlungsspielraum zu haben.

6. Nach wie vor werden umfangreiche Konsultationen durchgeführt und große Anstrengungen unternommen, um auf zentraler und lokaler Verwaltungsebene sowie bei den Sozialpartnern die Identifizierung mit dem NRP zu fördern. Die neue Generation der von der EU kofinanzierten Strukturfondsprogramme Irlands, auf die 85 % aller für Lissabon-Tätigkeiten vorgesehenen Finanzmittel entfallen, ergänzt den neuen nationalen Entwicklungsplan Irlands effizient bei der Umsetzung der Lissabon-Agenda. Die Strategie für den Zeitraum 2007-2013 konzentriert sich auf folgende Themen: Förderung von Innovation, Wissen und Unternehmenspotenzial in den Regionen, Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Attraktivität und Vernetzung, Höherqualifizierung der Arbeitskräfte sowie verstärkte Integration und Aktivierung Außenstehender.
7. Im Juni 2007 hat eine neue irische Regierung ihr Amt angetreten. Der irische Durchführungsbericht 2007, in dem die wichtigsten im Rahmen des NRP angestrebten Ziele bekräftigt werden, stellt darauf ab, den erfolgreichen sozialen Partnerschaftsprozess aufrecht zu erhalten. Die Kommission stimmt dieser Prioritätensetzung zu und begrüßt die Fortsetzung des Prozesses. Eine große Herausforderung bleibt das Ungleichgewicht zwischen der Region „Southern and Eastern“ und der Region „Border, Midland and Western“ insbesondere in einigen für die künftige Wettbewerbsfähigkeit des Landes wichtigen Bereichen.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Im Zeitraum 2005-2007 wurden bei der Verwirklichung der von Irland ermittelten makroökonomischen Herausforderungen (u.a. Aufrechterhaltung stabiler makroökonomischer Rahmenbedingungen, tragfähige öffentliche Finanzen, geringe Inflation sowie vorrangige staatliche Investitionen in wirtschaftliche und soziale Infrastrukturen und sonstige wachstumsfördernde Ausgaben) gute Fortschritte erzielt. Diese waren nicht zuletzt die Folge der in diesem Zeitraum erwirtschafteten Haushaltsüberschüsse und der Veröffentlichung des nationalen Entwicklungsplans, in dem klare Prioritäten für die staatlichen Infrastrukturinvestitionen gesetzt werden. Begrenzt waren hingegen die Fortschritte bei konkreten Maßnahmen, um die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, die erwarteten finanziellen Belastungen, die aufgrund des Alterns der Bevölkerung auf lange Sicht auf sie zukommen werden, zu stemmen.
9. Der Rat hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich vorrangig mit der Entwicklung im Wohnungsbausektor und der Rentenreform zu befassen. Aus dem Durchführungsbericht und dem unlängst veröffentlichten *Pre-Budget Outlook* (eine aktuelle mittelfristige Wirtschaftsprognose) geht hervor, dass die Behörden die Entwicklungsaussichten im Wohnungsbausektor und die damit verbundenen Folgen für die gesamte Wirtschaft fest im Blick haben. So wird im *Pre-Budget Outlook* unter anderem darauf hingewiesen, dass es aufgrund der rückläufigen Produktion und Beschäftigung im Bausektor alternative Wachstumsquellen zu finden gilt, die die Wirtschaft vorantreiben können.

10. Die irische Regierung hat Mitte Oktober ein Grünbuch zur Rentenpolitik veröffentlicht, in dem die Ziele der Rentenpolitik vorgestellt und mögliche Reformmaßnahmen erörtert werden. Die Sozialpartner und interessierte Kreise werden in dem Grünbuch eingeladen, ihren Standpunkt zu den Reformplänen darzulegen. Die Reform verfolgt folgende allgemeine Ziele: Verbesserung der Alterssicherung und des Rentenzugangs durch Modernisierung des Rentensystems, Angemessenheit der Leistungen und langfristige finanzielle Tragfähigkeit. Das Grünbuch geht von der Überlegung aus, dass das bestehende System keine Zukunft hat, wenn keine Änderung an der allgemeinen Politik vorgenommen wird, und dass es für den Fortbestand des Rentensystems einer Kombination von Maßnahmen zur Finanzierung bzw. Minderung der erwarteten Finanzierungslücke bedarf. Die diesbezügliche Konsultierung wird voraussichtlich noch bis zum Sommer 2008 laufen, so dass mit Entscheidungen über konkrete Reformmaßnahmen nicht vor der zweiten Jahreshälfte 2008 zu rechnen sein dürfte. Das Grünbuch ist ein willkommener und wichtiger politischer Fortschritt, nennt jedoch keine konkreten Reformmaßnahmen.
11. Allgemein ist es Irland gelungen, die makroökonomischen Verpflichtungen aus seinem NRP zu erfüllen. Angesichts der Gefahr, dass sich die Aktivität auf dem Wohnungsbausektor stärker als erwartet abschwächt, bleibt dieser dem besonderen Augenmerk empfohlene Punkt relevant. In der Rentenpolitik sollten die irischen Behörden nach Abschluss der Konsultierung rasch konkrete Maßnahmen festlegen und durchführen. Auch dieser dem besonderen Augenmerk empfohlene Punkt bleibt somit relevant.

Mikroökonomische Politik

12. Im vergangenen Jahr hat Irland gute Fortschritte bei der Umsetzung der im NRP vorgesehenen mikroökonomischen Maßnahmen erzielt. Ebenso wurden im Gesamtzeitraum 2005-2007 gute Fortschritte bei der Umsetzung der politischen Strategien zur Bewältigung der mikroökonomischen Herausforderungen, vor denen Irland steht, erzielt (Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Infrastruktur, der Rechtsetzung und der sozialen Eingliederung, Steigerung der Investitionen und der Effizienz im FuE-Bereich, Ermutigung zu mehr Innovation und Unternehmertum sowie nachhaltige Entwicklung).
13. Der Rat kam zu dem Schluss, dass sich Irland auf weitere Schritte zur Senkung der Emissionen und auf die Festlegung eines bis 2010 zu verwirklichenden Zwischenziels für die Investitionen in Forschung und Entwicklung konzentrieren sollte. Die im April 2007 bekannt gegebene Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels im Zeitraum 2007–2012 sieht konkrete Maßnahmen vor, mit denen Irland seinen im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingegangenen Verpflichtungen für den Zeitraum 2008-2012 nachzukommen gedenkt, und besagt, wie sich Irland mit diesen Maßnahmen für die Zeit nach 2012 aufstellen will. Laut den Prognosen werden die irischen Emissionen im Rahmen der bestehenden Politik, mittels der Kyoto-Mechanismen und durch den Einsatz von Kohlenstoffsenken auf einen leicht unter dem Kyoto-Ziel liegenden Wert zurückgeführt werden können. Da im Jahr 2005 lediglich 6,8 % der Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt wurden und dieser Prozentsatz nur langsam zunimmt, ist es bis zur Erreichung des für 2010 gesetzten Ziels von 15 % noch ein relativ weiter Weg. Zudem erfolgen nur geringe Investitionen in die Erforschung und Entwicklung von sauberer erneuerbarer

Energie. Allerdings erhofft man sich von dem unlängst eingeführten Preistarifverfahren für die Energieeinspeisung, das Anreize für einen verstärkten Rückgriff auf erneuerbare Energie bietet, günstige Anlagebedingungen; zusammen mit weiteren politischen Maßnahmen sollen so günstige Voraussetzungen für die Verwirklichung des für das Jahr 2010 angestrebten Ziels geschaffen werden.

14. Irland hat gute Fortschritte bei der Erfüllung des bis 2013 zu verwirklichenden Ziels bei den Forschungsinvestitionen gemacht, wenngleich insbesondere für das Jahr 2010 noch keine Zwischenziele festgelegt worden sind. Der Anteil der Bruttoausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP stieg von 1,10 % im Jahr 2002 auf 1,32 % im Jahr 2006. Fast 60 % der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung werden von den Unternehmen getätigt. Die Strategie für Wissenschaft, Technik und Innovation bildet einen angemessenen Rahmen für einen Spitzenforschungsbereich, bei dem das Schwergewicht auf die Hochschulbildung und die Verbindungen zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen gelegt und das Engagement einheimischer Unternehmen im FuE-Bereich verstärkt wird. Bedenken bestehen allerdings hinsichtlich der regionalen Ausgewogenheit bei der Umsetzung der Strategie. In diesem Jahr hat es eine Reihe von bemerkenswerten neuen Initiativen gegeben, so die Einführung eines Innovationsgutscheinsystems sowie einer Zuschussregelung für Zentren für Wissenschaft, Ingenieurwesen und Technologie und eine neue Runde von Risikokapitalfinanzierungen.
15. In den meisten vorrangigen KMU-Bereichen hat Irland im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet. Im Durchführungsbericht werden abgesehen von dem Punkt „Einstellung erster Mitarbeiter“ alle KMU-Prioritäten angesprochen. Im Vergleich zu den anderen EU-Ländern schneidet Irland auf diesem Gebiet gut ab. Die Unternehmensgründungsverfahren sind relativ schnell (in der Regel ist es möglich, binnen einer Woche ein Unternehmen zu gründen), wenngleich eine weitere Vereinfachung möglich wäre. Auch der Zugang der KMU zum Beschaffungswesen ist noch verbesserungsfähig, wenngleich hier mit der im Mai 2007 erfolgten Veröffentlichung eines Konsultationsdokuments bereits ein erster Schritt getan wurde. Um eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, werden mittlerweile parallel zur Reform des Gesetzesrechts routinemäßige Folgenabschätzungen vorgenommen, und es laufen Maßnahmen zur Reduzierung der Verwaltungslast, wenngleich Irland diesbezüglich noch kein konkretes Ziel festgelegt hat. Auf dem Gebiet der IKT-Politik macht Irland zwar Fortschritte, hat jedoch in einigen Bereichen des Punktes „Informationsgesellschaft“ noch Nachholbedarf. Der angekündigte Aktionsplan zur Wissensgesellschaft, von dem erwartet wird, dass er in Übereinstimmung mit der i2010-Initiative der EU stehen wird, wird von entscheidender Bedeutung für das Erreichen weiterer Fortschritte sein. Bei der Umsetzung von EU-Vorschriften hat sich Irland verbessert. Allerdings sieht sich Irland einer überdurchschnittlichen Zahl von Vertragsverletzungsverfahren gegenüber.
16. Allgemein ist es Irland gelungen, die mikroökonomischen Verpflichtungen aus seinem NRP zu erfüllen. Es sind geeignete Maßnahmen zur Emissionsreduzierung ergriffen worden, so dass auf diesen Punkt nach dem Dafürhalten der Kommission kein besonderes Augenmerk mehr gelegt werden braucht. Es gilt nunmehr das diesbezügliche Konzept weiterzuverfolgen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Auch sind gute Fortschritte bei der Verwirklichung der bis 2013 zu erreichenden FuE-Ziele Irlands aufgezeigt worden, wenngleich für das Jahr 2010 weder ein Ziel vorgegeben worden noch eine Ausgabenschätzung erfolgt ist, weshalb

dieser dem besonderen Augenmerk empfohlene Punkt nach Meinung der Kommission weiterhin relevant bleibt.

Beschäftigungspolitik

17. Irland hat im Zeitraum 2005-2007 eine gute Arbeitsmarktbilanz vorzuweisen: Die Beschäftigungsquoten haben die betreffenden EU-Ziele fast erreicht oder gar übertroffen, das Beschäftigungswachstum einschließlich einer Zuwanderung beträchtlichen Ausmaßes konnte aufrechterhalten werden, und die Arbeitslosenquoten zählen nach wie vor zu den niedrigsten in der EU. Im Allgemeinen wurden im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte bei der Umsetzung der politischen Strategien zur Bewältigung der wichtigsten Arbeitsmarktherausforderungen (Aufrechterhaltung einer hohen Beschäftigungsquote und einer niedrigen Arbeitslosenquote sowie Sicherstellung eines angemessenen Arbeitskräfteangebots gemäß dem irischen NRP von 2005) erzielt, wenngleich die Heranbildung von hoch qualifizierten, anpassungsfähigen Arbeitskräften einschließlich der Schwerpunktleistung auf das lebensbegleitende Lernen eine immens wichtige Aufgabe bleibt.
18. Der Rat hat befunden, dass Irland sich im Beschäftigungsbereich auf folgende Punkte konzentrieren sollte: raschere Fortschritte bei der Erhöhung der Erwerbsquote (u.a. durch Aufbau einer umfassenden Infrastruktur für die Kinderbetreuung) und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die Integration von Migranten in Arbeitsmarkt und Gesellschaft mit besonderer Gewichtung der Unterstützung älterer und gering qualifizierter Arbeitskräfte.
19. Irland hat einige kleinere Pilotvorhaben auf den Weg gebracht, um das vorbeugende Konzept, mit denen schon wirksam auf die Bedürfnisse der registrierten Arbeitslosen eingegangen werden konnte, auf andere Bevölkerungsgruppen auszudehnen. Damit soll insbesondere die Beschäftigungsquote bei Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen und anderen nicht erwerbstätigen Gruppen erhöht werden; allerdings ist kein konkreter Zeitplan für die Umsetzung vorgesehen. Das nationale Programm für Investitionen in die Kinderbetreuung im Zeitraum 2006-2010 läuft weiter, und für 2008 wurde ein Förderprogramm für die Kinderbetreuung angekündigt. Letzteres soll Familien mit geringem Einkommen bei der Finanzierung der Betreuung ihrer Kinder unterstützen, denn Kinderbetreuung ist in Irland nach wie vor vergleichsweise teuer.
20. Es ist ein Minister mit spezifischer Zuständigkeit für die Integrationspolitik ernannt worden, und für das Jahr 2008 ist die Einsetzung einer Taskforce „Integration“ geplant, aber es wurden noch keine konkreten Maßnahmen in Bereichen wie dem Sprachunterricht ergriffen.
21. Die Ernennung eines für die Überwachung eines koordinierten Konzepts für das lebensbegleitende Lernen zuständigen Ministers ist insofern ein willkommener Fortschritt, als Irland auf diesem Gebiet noch Nachholbedarf gegenüber vielen anderen Mitgliedstaaten der EU hat. Die im März 2007 bekannt gegebene nationale Qualifikationsstrategie bis zum Jahr 2020 enthält ehrgeizige Ziele in Bezug auf die Höherqualifizierung, den Sekundarschulabschluss und den Übergang zur dritten Stufe des irischen Bildungssystems, aber es wurde noch kein ausführlicher Plan zu ihrer Umsetzung entwickelt, und es muss sich auch erst noch herausstellen, ob diese

Maßnahme ausreicht, um die Quote für die Teilnahme am lebensbegleitenden Lernen (7,5 % im Jahr 2006) auf das EU-Ziel von 12,5 % zu steigern.

22. Irland wendet ein alles in allem integriertes „Flexicurity“-Konzept an. Die Segmentierung von Qualifikationen stellt ein Problem dar, das von der Regierung als solches erkannt worden ist. Die nationale Qualifikationsstrategie stellt auf eine umfangreiche Höherqualifizierung der Arbeitskräfte und eine Steigerung der gegenwärtig unter dem EU-Durchschnitt liegenden Beteiligung am lebensbegleitenden Lernen ab. Aktive Arbeitsmarktprogramme erweisen sich in der Regel als wirksames Mittel. Die Sozialpartner sind in vollem Umfang beteiligt, und die meisten Entwicklungen in diesem Bereich sind das Ergebnis des auf einen Konsens ausgerichteten Ansatzes des geltenden Sozialpartnerschaftsabkommens „Towards 2016“.
23. Allgemein hat Irland bei der Erfüllung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen aus seinem NRP Teilerfolge aufzuweisen. Irland hat die seinem besonderen Augenmerk empfohlenen Punkte in diesem Bereich teilweise angegangen, doch es ist erforderlich, für die Schlüsselbereiche (u.a. Aktivierung, Integration und lebensbegleitendes Lernen) klare Zeitpläne aufzustellen, damit die Reformen schneller voranschreiten.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

24. In Anbetracht des irischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
25. Irland hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 sehr gute Fortschritte erzielt. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen sind in den vier vorrangigen Bereichen gute Fortschritte zu verzeichnen.
26. In den Bereichen, die der Rat als besonderer Aufmerksamkeit bedürftig eingestuft hat, sind dem Umsetzungsbericht zufolge gute Fortschritte zu verzeichnen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt jedoch nicht ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
27. Eine der Stärken des nationalen Reformprogramms und seiner Umsetzung ist die umfassende und kohärente nationale Strategie Irlands. In dem Dokument wird zudem darauf hingewiesen, dass die im Rahmen des Lissabon-Prozesses erfolgende Prioritätensetzung bei spezifischen Maßnahmen überaus nützlich ist und eine zentrale Rolle sowohl bei der Bewältigung der mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen als auch bei der Nutzung der mit ihr verbundenen Chancen spielt.
28. Während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms sollte Irland folgenden Punkten Priorität einräumen: raschere Fortschritte bei der Formulierung konkreter Maßnahmen zur Rentenreform, Festlegung eines bis 2010 zu verwirklichenden Zwischenziels für die Investitionen in Forschung und Entwicklung, raschere Fortschritte bei der Erhöhung der Erwerbsquote (u.a. durch Aufbau einer

umfassenden Infrastruktur für die Kinderbetreuung), Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die Integration von Migranten in Arbeitsmarkt und Gesellschaft mit besonderer Gewichtung der Unterstützung älterer und gering qualifizierter Arbeitskräfte sowie sorgfältige Überwachung der sich auf das kurz- und mittelfristige Wachstum auswirkenden Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt.

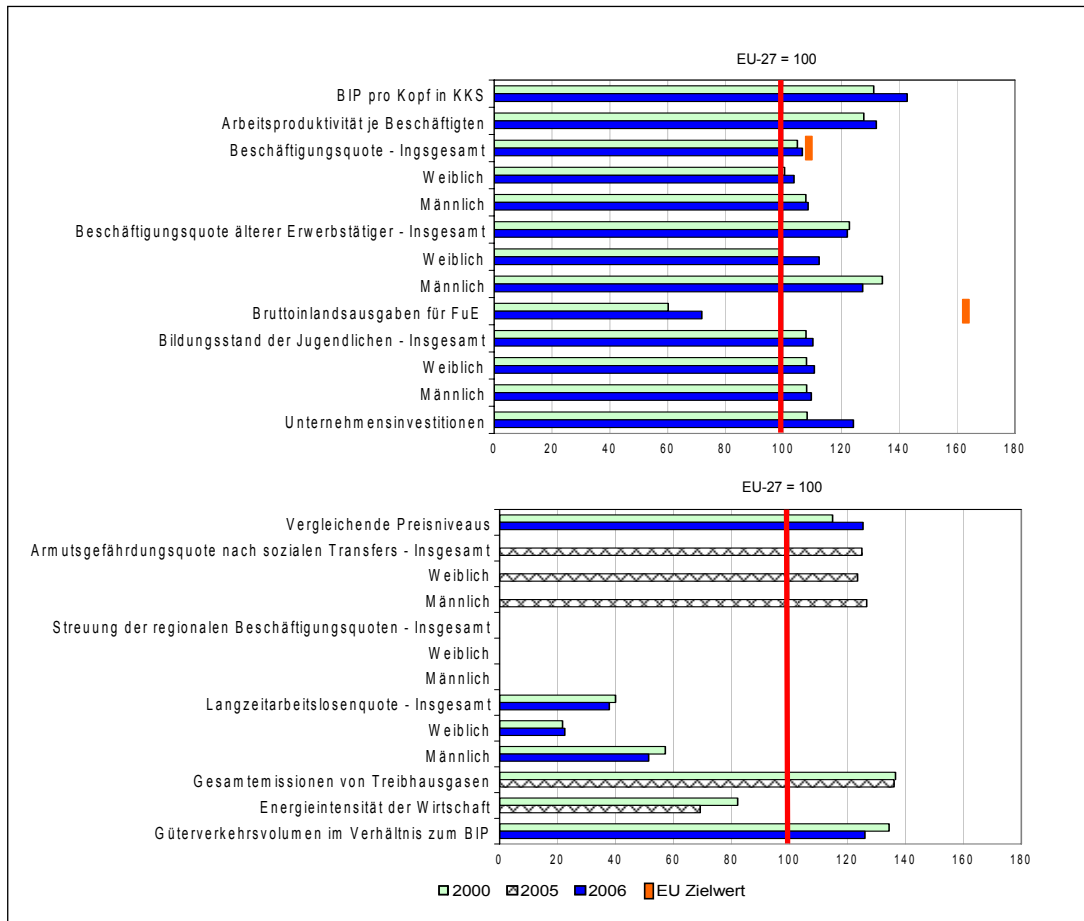
TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

IRLAND

	IE						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	131.2	141.1	142.4	144.0	142.8		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	127.8	135.1	134.9	133.8	132.1		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						:				70.0
	Insgesamt	65.2	65.5	66.3	67.6	68.6	62.2	63.4p	64.4p	
	Weiblich	53.9	55.7	56.5	58.3	59.3	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	76.3	75.2	75.9	76.9	77.7	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
	Insgesamt	45.3	49.0	49.5	51.6	53.1	36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	27.2	33.1	33.7	37.3	39.1	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	63.2	64.6	65.0	65.7	67.0	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE						*				
Bildungsstand der Jugendlichen										3.0
	Insgesamt	82.6	85.1p	85.3p	85.8p	85.7	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	85.6	88.5p	88.4p	88.9p	89.3	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	79.7	81.6p	82.3p	82.6p	82.0	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus										
Unternehmensinvestitionen										
	Insgesamt	114.9	126.4	125.6	124.9	125.4	100.0	100.0	100.0	
	Weiblich	19.9	18.5	20.0	22.6	22.6	18.4	17.8	18.2	
Arbeitsgefährdungsquote nach sozialen Transfers						:				
	Insgesamt	20.0	20.0b	21.0	20.0	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	21.0	21.0b	23.0	21.0	:	:	17.0e	:	
	Männlich	19.0	19.0b	19.0	19.0	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten						-				
	Insgesamt	-	-	-	-	-	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	-	-	-	-	-	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	-	-	-	-	-	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	1.6	1.5	1.6	1.5	1.4	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	1.0	1.0	1.0	0.8	0.9	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	2.0	1.9	2.0	1.9	1.8	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen										
Energieintensität der Wirtschaft										
	Insgesamt	123.9	123.4	123.1	125.4	:	90.7	92.1	:	
	Weiblich	175.1	155.2	158.8	143.9	:	213.1	208.1	:	
	Männlich	133.2	143.1	149.8	146.7	134.5	99.1e	105.4e	106.7e	

* Nationaler Zielwert: 2,5% (2013) des Bruttonationalprodukt (BNP)

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Griechenland

1. Griechenland verzeichnete in den Jahren 2005-2007 ein kräftiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4 % mit einem Produktivitätszuwachs deutlich über dem EU-Durchschnitt. Das Pro-Kopf-BIP lag bei 96,9 % des EU-Durchschnitts. Aufgrund niedriger Arbeitsplatzschaffung bleibt die Beschäftigungsquote (61 % im Jahr 2006) weit unter dem Lissabon-Ziel, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitskräften. Die Arbeitslosenquote sinkt (8,9 % in 2006), bleibt jedoch hoch, insbesondere bei jungen Menschen. Das Haushaltsdefizit wurde 2006 auf 2,5 % des BIP gegenüber 5,1 % des BIP in 2005 gesenkt.
2. Griechenland steht unter hohem Inflationsdruck. Ursache hierfür ist eine Mischung aus einem über dem Potenzial liegenden Wachstum und Beschränkungen auf den Produktmärkten, während die Verschlechterung der Wettbewerbsposition des Landes zu großen externen Ungleichgewichten führt. Trotz des Arbeitskräftemangels in bestimmten Bereichen ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch, was auf einen rigiden Arbeitsmarkt und ein Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage schließen lässt. Eine Reform des Sozialversicherungs- und Rentensystems, ein effizienteres und transparenteres Steuersystem und die Bewältigung von Verwaltungsmängeln könnten Ressourcen freisetzen, die für Investitionen in Humankapital und eine aktive Arbeitsmarktpolitik verwendet werden könnten. Bemühungen um eine Umwandlung der Schwarzarbeit in formelle Beschäftigungsverhältnisse würden die Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Markteffizienz erhöhen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt geht aus dem griechischen Bericht 2007 hervor, dass bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) von 2005 kontinuierlich Fortschritte erzielt wurden. In einigen Bereichen haben sich die Fortschritte im letzten Jahr offenbar leicht beschleunigt.
4. Im Hinblick auf die vom Rat abgegebenen vier länderspezifischen Empfehlungen konnten einige Fortschritte erzielt werden. Im makroökonomischen Bereich wurden gute Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erzielt, aber weitere Fortschritte sind notwendig, um ihre langfristige Tragfähigkeit zu gewährleisten. Im mikroökonomischen Bereich und bei der Beschäftigung wurden nur Teilerfolge erzielt. Im Hinblick auf die Reform der öffentlichen Verwaltung sind die ersten Maßnahmen ermutigend.
5. In Bezug auf die anderen Bereiche, auf die Griechenland sich nach Meinung des Rates konzentrieren sollte, sowie bei den Verpflichtungen im Rahmen der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 gab es einige Fortschritte.
6. Im Umsetzungsbericht werden die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen nicht speziell berücksichtigt, allerdings gab es hier deutliche Entwicklungen. Griechenland hat gute Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung gemacht, allerdings geringere Fortschritte bei der Erhöhung der Qualität der

öffentlichen Finanzen. Zusätzliche Maßnahmen sind notwendig, um den Wettbewerb bei den freien Berufen zu stärken, die Arbeitskräftemobilität zu fördern und die Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

7. Die Bemühungen um eine Identifikation mit dem NRP auf Ebene der Zentralregierung, der lokalen Gebietskörperschaften und der Sozialpartner sowie die zu diesem Zweck veranstalteten Konsultationen wurden intensiviert. Das NRP und der Umsetzungsbericht 2007 scheinen das Ergebnis eines substanziellen Dialogs zwischen der Regierung und den Sozialpartnern zu sein. Auch das griechische Parlament war beteiligt. Eine Lissabon-Beobachtungsstelle wurde eingerichtet und hat 2007 einen Bericht vorgelegt. Die Umsetzung des NRP ist sehr eng mit den Struktur- und Kohäsionsfondsprogrammen verknüpft. Die Zuweisung von Mitteln aus den Strukturfonds für Wachstums- und Beschäftigungsziele wird in zufriedenstellender Weise gehandhabt, wobei die Strukturfonds die treibende Kraft hinter wichtigen Reformen in den Bereichen Beschäftigung und Bildung, Reform der öffentlichen Verwaltung, Verbesserung des Unternehmensumfelds, der Wettbewerbsfähigkeit und der regionalen Entwicklung sowie des Umweltschutzes ist.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Im Zeitraum 2005-2007 hat Griechenland gute Fortschritte bei der makroökonomischen Aufgabe der Haushaltskonsolidierung erzielt. Die neu gewählte griechische Regierung strebt einen ausgeglichenen Haushalt und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen an. Allerdings sind größere Anstrengungen notwendig, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten. Darüber hinaus gehören die Inflationsrate und das Leistungsbilanzdefizit Griechenlands zu den höchsten in der Eurozone.
9. Der Rat hat Griechenland empfohlen, die Haushaltskonsolidierung und den Schuldenabbau fortzusetzen und einen Zeitplan für die Umsetzung der Rentenreform festzulegen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu erhöhen. Mit der Haushaltskonsolidierung wurde 2004 begonnen. Sie ist gut vorangekommen – das Defizitverfahren gegen Griechenland wurde im Juni 2007 eingestellt, und das gesamtstaatliche Defizit ist um fast 5 Prozentpunkte des BIP auf 2,5 % des BIP im Jahr 2006 gesunken. Allerdings gehören der Einsatz vorübergehender Maßnahmen auf der Einnahmenseite und die mangelnde Kontrolle einiger Posten der öffentlichen Ausgaben, insbesondere der laufenden Primärausgaben, zu den Schwächen. Nach Angaben des Umsetzungsberichts wird die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt und soll bis 2010 zu einem ausgeglichenen Haushalt führen. Im Haushaltsentwurf für 2008 wird davon ausgegangen, dass das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2008 bei 1,6 % des BIP liegen wird. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Steuererhebung zu verbessern, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu intensivieren und die Steuerbasis auszuweiten. Allerdings sind die Fortschritte bei der Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen begrenzt. Obwohl Griechenland die Umsetzung entsprechender Reformen zur höchsten Priorität erklärt hat, wurden diese verschoben. Im Umsetzungsbericht wird hervorgehoben, dass die neue Regierung nun die Gelegenheit hat, gut voranzukommen; die öffentliche

Anhörung und der Beratende Ausschuss zur Untersuchung des Sozial- und Rentensystems dürften bis Ende 2007 erste Ergebnisse und Vorschläge hervorbringen. Die Regierung hat angekündigt, mit der Reform des Rentensystems bis Sommer 2008 zu beginnen.

10. Insgesamt hat Griechenland bei der Erfüllung der makroökonomischen Verpflichtungen in seinem NRP Teilerfolge aufzuweisen. Die Haushaltskonsolidierung ist als gut zu bewerten, allerdings muss Griechenland nach wie vor die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleisten. Somit gab es einige Fortschritte bei der Erfüllung der länderspezifischen Empfehlungen im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, den Schuldenabbau und die Rentenreform zur Gewährleistung einer langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Inflationsdruck und externe Ungleichgewichte geben Anlass zur Sorge.

Mikroökonomische Politik

11. Im NRP für den Zeitraum 2005-2007 wurden die folgenden Aufgaben als die wichtigsten mikroökonomischen Herausforderungen benannt: Stärkung des Unternehmensumfelds, Entwicklung einer Wissensgesellschaft, umweltfreundliche und nachhaltige Entwicklung sowie Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Es gab unterschiedliche Erfolge bei der Bewältigung dieser Aufgaben.
12. Die Reform im Energiesektor kommt gut voran. Der Rechtsrahmen der EU wurde in nationales Recht umgesetzt und die Infrastruktur verbessert. Allerdings hat der etablierte Stromversorger eine starke Marktposition. Die Umsetzung des Regelungsrahmens für elektronische Kommunikation wurde abgeschlossen, und der Wettbewerb bei der Festnetztelefonie gestärkt. Wettbewerb und niedrige Preise haben dazu geführt, dass sich das Breitbandangebot immer mehr durchsetzt, was auch durch die Digitale Strategie der Regierung erleichtert wird. Die Wettbewerbsbehörde wurde verstärkt, und bei der Privatisierung wurden Fortschritte erzielt. Allerdings verläuft die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie nur schleppend, und die Vorschriften für die freien Berufe gehören nach wie vor zu den restriktivsten in der EU. Bei einigen Maßnahmen, auch beim staatlichen Flächennutzungsplan, gab es erhebliche Verzögerungen.
13. Einige Fortschritte wurden erzielt bei der Erarbeitung eines Regelungsrahmens für umweltfreundliche und nachhaltige Ressourcennutzung; allerdings sind eine entsprechende Infrastruktur und die Durchsetzung einer integrierten Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie der Schutz der Artenvielfalt notwendig. Infolge günstigerer Rahmenbedingungen macht sich ein starkes privates Interesse bemerkbar, das auch die Erschließung erneuerbarer Energien voranbringt. Die zum Klimawandel beitragenden Emissionen lagen bereits 2005 über dem Kyoto-Ziel und nehmen rasch zu. Zusätzliche Maßnahmen, um das Kyoto-Ziel Griechenlands zu erreichen, sind notwendig.
14. Der Rat hat Griechenland empfohlen, seine öffentliche Verwaltung durch den Aufbau wirksamer Regelungs-, Kontroll- und Durchsetzungskapazitäten und die Gewährleistung einer effizienten Nutzung der Strukturfondsmittel zu modernisieren. Ein besonderes operationelles Strukturfonds-Programm soll Griechenland bei dieser Aufgabe helfen. Eine bessere Rechtsetzung soll erreicht werden durch die allmähliche Einführung von Folgenabschätzungen, der Kodifizierung und

Vereinfachung rechtlicher Regelungen sowie durch Maßnahmen zum Bürokratieabbau in einem Umfang von 25 %, der bis 2013 erreicht werden soll. Die Entwicklung von E-Government ist weiter vorangekommen und wird durch eine umfassende Digitale Strategie unterstützt.

15. Der Rat hat auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich auf FuE, die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und auf Fortschritte zur Verwirklichung der bei der Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2006 festgelegten Ziele für die KMU-Politik zu konzentrieren. Maßnahmen zur Förderung von FuE und Innovation hängen wesentlich von den Strukturfondsmitteln im Zeitraum 2007-2013 ab. Die Konzentration auf Innovationspole ist vielversprechend, allerdings erleichtern die Dominanz von KMU in Familienbesitz und die Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft trotz ermutigender Zeichen nicht gerade die rasche Zunahme privater FuE-Investitionen. Das FuE-Ausgabenziel von 1,5 % des BIP wurde von 2010 auf 2015 verschoben. Im Parlament wurde ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der FuE-Governance eingereicht, der noch verabschiedet werden muss. Die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften ist bemerkenswert vorangekommen, allerdings ist das Umsetzungsdefizit nach wie vor groß. Im öffentlichen Beschaffungswesen wurden einige Reformen durchgeführt, aber es gibt nach wie vor viele Probleme, die die aus den Strukturfonds finanzierten Projekte behindern.
16. Griechenland ist den Empfehlungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 für den vorrangigen Bereich "Unternehmensumfeld" nicht in vollem Umfang nachgekommen. Entscheidende Maßnahmen wie die Schaffung eines allgemeinen Handelsregisters wurden nicht durchgeführt, und Unternehmensgründungen dauern etwa einen Monat. In einigen Bereichen wurden die Gründungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht, und ein neues Insolvenzrecht sowie eine Neufassung des Unternehmensrechts wurden verabschiedet. Der Zugang zu Finanzmitteln wurde verbessert.
17. Griechenland ist bei der Erfüllung der mikroökonomischen Verpflichtungen in seinem NRP teilweise vorangekommen. Die Berücksichtigung der länderspezifischen Empfehlung zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung befindet sich noch in der Vorbereitungsphase. Die Fortschritte bei der Förderung von FuE, der Verbesserung der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und beim Erreichen der vom Europäischen Rat im Frühjahr 2006 festgelegten politischen Ziele für KMU sind begrenzter Natur, was auf die Notwendigkeit verweist, die Umsetzung der Reform zu beschleunigen. Darüber hinaus sind zusätzliche Maßnahmen notwendig, um den Wettbewerb bei den freien Berufen zu erhöhen, die Umwelt zu schützen und die Treibhausgasemissionen zu senken.

Beschäftigungspolitik

18. Aufgrund einer guten volkswirtschaftlichen Entwicklung stieg die Beschäftigungsquote von 59,4 % im Jahr 2004 auf 61 % im Jahr 2006. Dessen ungeachtet liegt die Beschäftigung deutlich unter dem Beschäftigungsziel der EU. Die Arbeitslosigkeit nimmt zwar ab, betrifft allerdings überdurchschnittlich viele junge Menschen und Frauen. Es gibt Initiativen zur Stärkung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, zur Anhebung der Qualifikationen und zur Förderung der Beschäftigung, allerdings sind die Fortschritte unterschiedlich.

19. Der Rat hat Griechenland empfohlen, die aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen zu intensivieren, Schwarzarbeit zu bekämpfen und die Reformen im Bildungswesen und beim lebenslangen Lernen zu beschleunigen. Die gegenwärtige aktive Arbeitsmarktpolitik ist stärker ausgerichtet auf besondere Zielgruppen und den Arbeitsmarktbedarf, allerdings sind Anstrengungen notwendig zur Verbesserung der Qualität, der geografischen Verteilung und zur Umwandlung der Arbeitsämter in hoch qualifizierte zentrale Anlaufstellen zur Förderung der Beschäftigung. Ein 'Spezieller Solidaritätsfonds' wurde eingerichtet zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer. Allerdings sind umfassendere Maßnahmen notwendig, u.a., um ältere Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt zu halten. Geplant sind eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, wozu auch verstärkte Kontrollen am Arbeitsplatz und die Einrichtung eines nationalen Ausschusses gegen Steuerhinterziehung gehören. Allerdings erfordert der Umfang des Problems eine bessere Koordinierung der Maßnahmen. Niedriglohnpfänger werden anscheinend unterhalb des europäischen Durchschnitts besteuert, während die berichtigte implizite Steuerquote für unselbständige Arbeit über dem Durchschnitt liegt. Die Steuerpolitik soll beschäftigungsfreundlicher werden: ein kürzlich angekündigtes Steuerreformpaket soll die Steuerbelastung für mittlere Einkommen senken. Gleichwohl ist der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an den Lohnnebenkosten nach wie vor hoch. Der Beschäftigungsschutz ist höher als im EU-Durchschnitt, insbesondere bei Zeitarbeitnehmern. Der Umsetzungsbericht verweist auf die Einrichtung eines Ausschusses zur Untersuchung der Beschäftigungsvorschriften und macht Vorschläge für mehr Flexibilität.
20. Griechenland hat sich selbst das Ziel gesetzt, bis 2008 für Bildung 5 % des BIP aufzuwenden. Es wird jedoch nicht deutlich, dass die Ausgaben im Bildungswesen tatsächlich zunehmen. Geplant sind die Einführung von IKT an Schulen, die Modernisierung der Lehrpläne und die Senkung der Zahl der frühen Schulabgänger. Der Anteil der frühen Schulabgänger ist etwas höher als im EU-Durchschnitt. Bei der Erarbeitung von Vorschriften für das Hochschulwesen gab es Fortschritte. Im Bereich lebenslanges Lernen wurde angestrebt, 6 % der Erwachsenen bis 2015 in dieses Vorhaben einzubeziehen. Eine entsprechende Agentur zur Förderung einer ständigen beruflichen Fortbildung in Unternehmen wird eingerichtet. Nach Auffassung der Kommission sind die entwickelten Strategien eine zufrieden stellende Reaktion, müssen jetzt jedoch umgesetzt werden.
21. Der Rat hat ebenfalls auf die Notwendigkeit hingewiesen, Maßnahmen zur Förderung einer stärkeren Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu ergreifen und eine kohärente Strategie zur Verlängerung des Erwerbslebens zu entwickeln. Griechenland hat Maßnahmen zur Erhöhung des weiblichen Anteils an der Erwerbsbevölkerung und zur besseren Vereinbarung von Arbeits- und Familienleben ergriffen, wozu auch gezielte Ausbildungs- und Beratungsmaßnahmen gehören. Gleichwohl ist die Situation für junge und ältere Frauen weiterhin schwierig, was nahelegt, dass für diese Gruppen mehr getan werden muss. Unterstrichen wird dies dadurch, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote nach wie vor erheblich sind. Zusätzliche Anstrengungen sind ebenfalls notwendig, um Maßnahmen zu entwickeln, damit ältere Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben.
22. Der Bereich 'Flexicurity' stellt nach wie vor eine große Herausforderung für Griechenland dar. Eine Gesamtstrategie ist erst in Ansätzen vorhanden. Die

Regierung hat einen umfassenderen Dialog mit den Sozialpartnern begonnen, die diesem Thema skeptisch gegenüberstehen. Die Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind niedrig und sinken weiterhin. In diesem Zusammenhang hat die griechische Regierung für 2015 ein Ausgabenziel von 0,5 % des BIP gesetzt. Man konzentriert sich mittlerweile darauf, das Arbeitskräfteangebot besser auf den Bedarf abzustellen. Der Anteil der Teilzeitarbeit bleibt gering, trotz jüngster Maßnahmen zu ihrer Förderung auf lokaler Ebene. Der Anteil der Erwachsenen am lebenslangen Lernen ist extrem gering. Um dem entgegenzuwirken, wurden erste Schritte zur Umsetzung eines Gesetzes, das eine Verknüpfung von Aus- und Fortbildung mit der Beschäftigung herstellt, unternommen. Die Fortschritte erscheinen bislang jedoch bescheiden. Daher sollte die Umsetzung beschleunigt werden. Die zur Beseitigung von Schwächen der Sozialversicherungs- und Rentensysteme geplante Reform ist Gegenstand einer öffentlichen Debatte.

23. Insgesamt hat Griechenland die Maßnahmen zur Verwirklichung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen in seinem NRP mit teilweiseem Erfolg durchgeführt und die länderspezifischen Empfehlungen sowie die kritischen Punkte berücksichtigt.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

24. In Anbetracht des griechischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
25. Griechenland hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 kontinuierliche Fortschritte erzielt. Griechenland hat in den vier vorrangigen Bereichen der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rats 2006 eingegangenen Verpflichtungen einige Fortschritte erzielt.
26. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in gewissem Umfang aufgegriffen wurden. Auch in den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge Aufmerksamkeit verdienen, sind einige Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt jedoch nicht ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
27. Der griechische Umsetzungsbericht 2007 lässt folgende positiven Entwicklungen erkennen: gute Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen, die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen. Vielversprechende Zeichen deuten auf Fortschritte bei der Festlegung eines Zeitplans für die Reform der Altersversorgung hin, um sie langfristig finanziell tragfähig zu machen.
28. Die Punkte, denen im nationalen Reformprogramm Griechenlands höchste Priorität eingeräumt werden muss, sind die langfristige Tragfähigkeit des Haushalts, die Umsetzung der Reformagenda in der öffentlichen Verwaltung, Konsolidierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit, Bekämpfung der Schwarzarbeit und Beschleunigung der Reformen im

Bildungswesen und beim lebenslangen Lernen. Vor diesem Hintergrund wird Griechenland empfohlen,

- die Konsolidierung der Finanzen und den Schuldenabbau fortzusetzen und rasch mit der Umsetzung der Rentenreform voranzukommen, um die langfristige Tragfähigkeit der Finanzen zu erhöhen,
- die öffentliche Verwaltung durch den Aufbau wirksamer Regelungs-, Kontroll- und Durchsetzungskapazitäten, durch die Modernisierung der Personalpolitik und durch die effiziente Nutzung von Strukturfondsmitteln zu reformieren,
- im Rahmen eines integrierten Flexicurity-Konzepts den Beschäftigungsschutz einschließlich der Rechtsvorschriften zu modernisieren, die Lohnnebenkosten zu senken, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken und Schwarzarbeit in formelle Beschäftigungsverhältnisse zu überführen,
- die Umsetzung der Reformen im Bildungswesen und beim lebenslangen Lernen zu beschleunigen, um die Qualität und die Anpassungsfähigkeit an den Arbeitsmarktbedarf zu erhöhen, die Erwerbsquote anzuheben und einen reibungslosen Übergang in Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere für junge Menschen, zu ermöglichen.

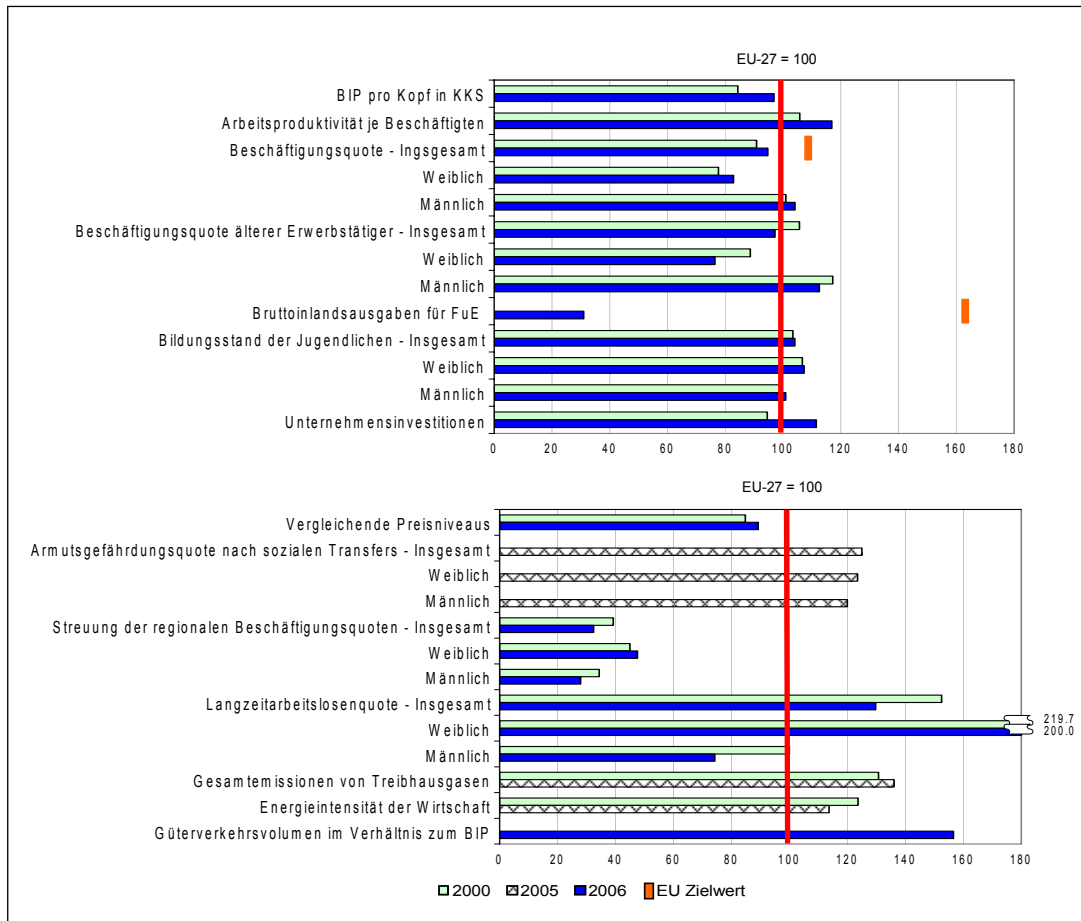
29. Außerdem muss Griechenland im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: den Inflationsdruck und das Leistungsbilanzdefizit eindämmen, die Arbeiten an einer Forschungs- und Innovationsstrategie beschleunigen und die FuE-Investitionen erhöhen, die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften weiter verbessern, die Maßnahmen zur Verwirklichung der bei der Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2006 festgelegten Ziele für die KMU-Politik beschleunigen, den Wettbewerb im Bereich der freien Berufe stärken, die Umwelt schützen, indem eine wirksame Abfall- und Abwasserwirtschaft Vorrang erhält und Treibhausgasemissionen gesenkt werden, für eine stärkere Erwerbsquote von Frauen, die Verringerung der Schulabbrecherquote und die Einrichtung einer kohärenten Strategie für den längeren Verbleib älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben sorgen.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

GRIECHENLAND

	GR						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	84.4	92.4	93.4	95.4	96.9f		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	105.8e	114.6e	112.8e	114.9e	116.9f		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						64.1	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Insgesamt	56.5	58.7	59.4	60.1	61.0	53.7	56.2p	57.2p	
	Weiblich	41.7	44.3	45.2	46.1	47.4	70.8	70.8p	71.6p	
	Männlich	71.5	73.4	73.7	74.2	74.6	36.9	42.3p	43.5p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							27.4	33.5p	34.8p	
	Insgesamt	39.0	41.3	39.4	41.6	42.3	47.1	51.5p	52.6p	
	Weiblich	24.3	25.5	24.0	25.8	26.6				
	Männlich	55.2	58.7	56.4	58.8	59.2				
Bruttoinlandsausgaben für FuE		:	0.58	0.55p	0.58	0.57	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen							76.6	77.4	77.8	
	Insgesamt	79.2	81.7	83.0	84.1	81.0p	79.3	80.1	80.7	
	Weiblich	84.6	86.8	86.8	88.5	86.6p	73.8	74.7	74.8	
	Männlich	73.6	76.6	79.2	79.7	75.5p				
Vergleichende Preisniveaus		84.8	85.9	87.3	88.3	89.2	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		17.4	19.3	19.2	18.6	20.3f	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers								16.0e		
	Insgesamt	20.0	21.0b	21.0	21.0			17.0e		
	Weiblich	20.0	21.0b	21.0	21.0			15.0e		
	Männlich	19.0	20.0b	19.0	18.0					
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten							13.0	11.9	11.4	
	Insgesamt	5.1	3.2	4.1	4.3	3.7	20.0	16.8	16.2	
	Weiblich	9.0	6.5	8.3	8.4	7.7	9.6	9.7	9.3	
	Männlich	3.3	2.1	2.5	2.9	2.6	4.0	4.1p	3.7p	
Langzeitarbeitslosenquote							4.6	4.5p	4.0p	
	Insgesamt	6.1	5.3	5.6	5.1	4.8	3.5	3.8p	3.5p	
	Weiblich	10.1	8.9	9.4	8.9	8.0				
	Männlich	3.5	3.0	3.0	2.6	2.6				
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		118.6	123.6	123.9	125.4		90.7	92.1		
Energieintensität der Wirtschaft		263.6	247.8	240.6	236.5		213.1	208.1		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		:	108.0e	:	120.8	167.1	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Spanien

1. Die spanische Wirtschaft ist seit Mitte der 90er Jahre mit durchschnittlich 3,75 % jährlich kräftig gewachsen. Die Inlandsnachfrage war sehr stark und das Beschäftigungswachstum sehr dynamisch. Spanien hat seit Mitte der 90er Jahre zu fast der Hälfte aller neu geschaffener Arbeitsplätze in der Eurozone beigetragen. Dementsprechend hat sich die Arbeitslosenquote halbiert und bewegt sich nahe am EU-Durchschnitt von rund 8 %. Die Erwerbstätigenquote ist kontinuierlich auf 66% gestiegen.
2. Gleichzeitig haben sich einige Unausgewogenheiten ergeben. Das Leistungsbilanzdefizit lag 2006 bei 8,5 % des BIP, was teilweise auf ein unzureichendes Exportwachstum zurückzuführen ist. Die Inflation ist nach wie vor hoch, zum Teil aufgrund struktureller Faktoren im Zusammenhang mit der Funktionsweise des Produkt- und Dienstleistungsmarktes. Inflation und niedrigere Produktivitätszuwächse beeinträchtigen weiterhin die Wettbewerbsposition Spaniens. Zur Produktivitätssteigerung muss das materielle sowie das Human- und Wissenskapital quantitativ und qualitativ zunehmen. Schließlich geht der große Beschäftigungszuwachs nach wie vor einher mit einer anhaltenden Segmentierung des Arbeitsmarktes.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt hat Spanien bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) von 2005 im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt.
4. Spanien hat die länderspezifischen Empfehlungen des Rates aufgegriffen. Bei der Steigerung des Wettbewerbs im Energiesektor ist Spanien nur begrenzt vorangekommen; gleichwohl gab es einige Fortschritte bei der Versorgungssicherheit. Die Fortschritte bei der Integration der Ausbildungssysteme zur stärkeren Berücksichtigung des Arbeitsmarktbedarfs und bei der Modernisierung des Arbeitsschutzrechts waren gut, reichen bei der Senkung der Schulabbrecherquote jedoch immer noch nicht aus.
5. Im Hinblick auf die anderen Aufgaben, auf die Spanien sich konzentrieren sollte, gab es einige Ansätze im makroökonomischen Bereich. Die kritischen mikroökonomischen und beschäftigungspolitischen Punkte wurden teilweise angegangen. Deutlich bessere Ergebnisse wurden bei der Anhebung der Qualifikationsniveaus und der Produktivität erzielt. Trotz eingeleiteter Maßnahmen dürften die Fortschritte bei der Verringerung der CO₂-Emissionen nicht genügen, um das Kyoto-Ziel Spaniens zu erreichen.
6. Der Rat ist zu dem Ergebnis gelangt, dass Spanien die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie angemessen erfüllt hat. Seither gab es gute Fortschritte in den vorrangigen Bereichen Wissen, Unternehmertum und Beschäftigung, während es im Bereich Energie nur begrenzte Fortschritte gab.

7. Spanien berücksichtigt in seinem jüngsten Umsetzungsbericht die Empfehlungen für die Eurozone. Beispiele hierfür sind die berichteten Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz öffentlicher Ausgaben und Maßnahmen zur Steigerung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor.
8. Die Konsultationen mit zentralen und regionalen Regierungsstellen sowie mit den Sozialpartnern über das NRP wurden intensiviert, aber der Grad der Identifikation mit dem NRP ist nach wie vor begrenzt. Die Einbeziehung der Akteure ist außerhalb des Beschäftigungsbereichs, wo es eine gewisse Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern gab, weiterhin beschränkt. Nähere Angaben zu Zeitplänen und haushaltspolitischen Auswirkungen der Reformen wären wünschenswert. Es besteht eine enge Verknüpfung zwischen der Umsetzung des NRP und den Struktur- und Kohäsionsfondsprogrammen. Die Strukturfondsmittel für Wachstums- und Beschäftigungsziele müssen insbesondere in den Zielgebieten "Wettbewerbsfähigkeit" aufgestockt werden. Eine erhebliche Förderung ist in den Bereichen FuE, aktive Arbeitsmarktpolitik und Verbesserung des Humankapitals vorgesehen.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

9. Spanien hat im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte bei der Umsetzung der politischen Maßnahmen zur Bewältigung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben - Stärkung der makroökonomischen und der Haushaltsstabilität - gemacht, um das reale BIP bis 2010 an den EU-25-Durchschnitt heranzuführen. Trotz einiger Anzeichen für eine Konjunkturflaute liegt die Wachstumsrate der spanischen Wirtschaft nach wie vor über dem Wert der Eurozone. Gleichwohl erfordert die vollständige Konvergenz mit der EU-25 im Hinblick auf das Pro-Kopf-BIP angesichts der raschen Zunahme der spanischen Bevölkerung zusätzliche Anstrengungen.
10. An Spanien wurden keine makroökonomischen Empfehlungen gerichtet. Allerdings hat der Rat auf die Notwendigkeit verwiesen, die Inflation mittelfristig einzudämmen, die geplanten Maßnahmen auf dem Immobilienmarkt umzusetzen, um mittelfristig die Lage auf dem Immobilienmarkt zu entspannen, und die Renten- und die Gesundheitsreform umzusetzen, die sich ebenfalls günstig auf die langfristige Tragfähigkeit der Finanzen auswirken.
11. In diesen Bereichen wurden einige Fortschritte erzielt. Es wurden Maßnahmen konzipiert, um den strukturellen Ursachen für die übermäßige Inflation entgegenzuwirken, insbesondere durch mehr öffentliche Mittel für FuE, Bildung und Infrastrukturmaßnahmen, die Gewährleistung der Haushaltsstabilität und mehr Wettbewerb in bestimmten Bereichen. Die jüngsten Fluktuationen im Inflationsgefälle können weitgehend durch exogene Faktoren vorübergehender Natur erklärt werden. Hierzu gehören die Auswirkungen des Ölpreises, die stärker auf die spanische Wirtschaft durchgeschlagen haben als in anderen Ländern der Eurozone. Um der Preisspirale auf dem Immobilienmarkt entgegenzuwirken, hat Spanien ein neues Gesetz zur Nutzung von städtischem Boden beschlossen, das Wohnungsbauförderprogramm 2005-2008 umgesetzt und verschiedene Maßnahmen

zur Förderung der Nachfrage nach Mietwohnungen ergriffen. Die gegenwärtig sinkenden Immobilienpreise scheinen jedoch eher mit einem Nachfragerückgang als mit der staatlichen Förderung des Mietmarktes zusammenzuhängen. Das Rentensystem wurde einer Reform unterzogen. Der Reservefonds der Sozialversicherung wurde erneut aufgestockt. Die 2006 verabschiedete Reform des Systems der sozialen Sicherung wird im Januar 2008 umgesetzt und soll zu einer besseren Abstimmung zwischen Beiträgen und Leistungen führen. Dies hatte bisher nur begrenzte Auswirkungen auf die langfristige Tragfähigkeit der Finanzen. Es gab begrenzte Fortschritte im Bereich der Gesundheitsreform, die in einer Ausgabensenkung für Arzneimittel bestand, aber die Gesundheitsausgaben steigen nach wie vor stärker als das nominale BIP.

12. Insgesamt hat Spanien bei der Erfüllung der makroökonomischen Verpflichtungen in seinem NRP Erfolge aufzuweisen. Es gab begrenzte Fortschritte bei der Behandlung der kritischen Punkte Spaniens ("points to watch"), wobei es gewisse Fortschritte im Zusammenhang mit den strukturellen Faktoren, die das Inflationsgefälle beeinflussen, gab, jedoch begrenzte Fortschritte in dem anderen Bereich. Die Kommission ist daher der Auffassung, dass diese Fragen weitere Aufmerksamkeit verdienen. Darüber hinaus gibt das zunehmende Leistungsbilanzdefizit Anlass zur Sorge. Im Hinblick auf die Empfehlungen für die Eurozone im makroökonomischen Bereich hat Spanien gute Fortschritte erzielt.

Mikroökonomische Politik

13. Die Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der im spanischen NRP genannten mikroökonomischen Herausforderungen hielten im letzten Jahr an. Gute Fortschritte wurden erzielt in den Bereichen FuE, Unternehmensumfeld und Infrastruktur, eher begrenzte Fortschritte in den Bereichen Wettbewerb, bessere Rechtsvorschriften und Umweltschutz.
14. Der Rat hat Spanien empfohlen, weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Wettbewerbs im Energiesektor zu ergreifen, insbesondere durch die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verbundkapazitäten zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Nun müssen die geplanten Maßnahmen vollständig umgesetzt werden. Allerdings bleibt ein grundsätzliches Wettbewerbsproblem auf dem Strommarkt bestehen, da die Beseitigung der Tarife (real) nicht mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt wird. Die Tariferhöhung im Jahr 2007 war zu gering, um den tatsächlichen Kosten für die Stromerzeugung und -versorgung zu entsprechen und das im regulierten System angesammelte Defizit aufzufangen. Es gab gute Fortschritte bei der Erhöhung der Versorgungssicherheit durch ein Übereinkommen zur Stärkung der Verbundkapazitäten mit Portugal. Allerdings gibt es nach wie vor Probleme hinsichtlich der Verbundkapazität mit Frankreich.
15. Der Rat hat auch auf die Notwendigkeit verwiesen, den Wettbewerb bei den freien Berufen und auf den Einzelhandelsmärkten zu intensivieren, den Regelungsrahmen zu verbessern und die Umweltschutzmaßnahmen, insbesondere zur Reduzierung der CO₂-Emissionen, umzusetzen.
16. Im Hinblick auf die Umweltschutzmaßnahmen legt die jüngste Klimaschutz-Strategie den Rahmen für politische Maßnahmen entsprechend dem Kyoto-Protokoll fest. Die umfangreiche Zahl der geplanten Maßnahmen trägt dazu bei, die Kyoto-

Ziele zu erreichen. Offensichtlich sind jedoch noch weitere Maßnahmen notwendig. Zur Notwendigkeit, den Wettbewerb auf den Einzelhandelsmärkten zu erhöhen, wurden keine neuen Informationen bereitgestellt. Spanien sollte seine laufenden Bemühungen zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie fortsetzen. Die Fortschritte bei der Förderung des Wettbewerbs in den freien Berufen waren begrenzt. Bei der besseren Rechtsetzung hat sich Spanien das Ziel gesetzt, die Verwaltungslast bis 2012 um 25 % zu reduzieren; ein Aktionsplan zur Umsetzung dieses Ziels ist in Arbeit.

17. Die Bemühungen um eine Erhöhung des Umfangs und der Wirksamkeit von FuE- und Innovationsausgaben gehören nach wie vor zu den Stärken der spanischen Reformagenda. Dazu trägt auch die verbesserte Koordinierung zwischen zentraler und regionaler Verwaltung bei. Alle Regionen verfügen über FuE-Intensitätsziele für 2010. Die Verwirklichung des Gesamt-FuE-Ziels von 2 % des BIP hängt davon ab, ob die umfangreiche öffentliche Finanzierung den Unternehmen Investitionsanreize liefert. Es ist nicht sicher, ob hieraus auch die entsprechenden Innovationen hervorgehen. Das spanische Innovationssystem ist in Bereichen wie Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Industrie, Förderung des Unternehmertums und beim Zugang zu Risikokapital stark verbesserungswürdig. Die Investitionen in die Informationsgesellschaft nehmen zu, allerdings ist die IT-Übernahmequote nach wie vor schwach, insbesondere bei den Unternehmen.
18. Spanien ergreift Maßnahmen, um die Heranbildung zu unternehmerischem Denken zu fördern, die Verwaltungsverfahren für Existenzgründungen zu erleichtern und Informationen über den Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen bereitzustellen. Die Fortschritte bei der Entwicklung der KMU-Politik sind in den einzelnen spanischen Regionen unterschiedlich. Spanien muss etwas gegen die hohe Zahl von Vertragsverletzungsverfahren tun und sein Umsetzungsdefizit weiter abbauen.
19. Insgesamt hat Spanien im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der im NRP von 2005 angesprochenen mikroökonomischen Herausforderungen gemacht. Die länderspezifischen Empfehlungen und die kritischen Punkte im mikroökonomischen Bereich wurden nur teilweise aufgegriffen und gelten daher nach wie vor. Die Fortschritte im Hinblick auf die Empfehlungen für die Eurozone in Bezug auf den Wettbewerb waren begrenzt.

Beschäftigungspolitik

20. Es gab im Zeitraum 2005-2007 einige Fortschritte bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung der spanischen Arbeitsmarktprobleme. Spanien hat das Gesamtziel einer Beschäftigungsquote von 66 % bereits drei Jahre früher erreicht. Es sollte sich nun darauf konzentrieren, bis 2010 das EU-Beschäftigungsziel von 70 % zu erreichen. Obwohl die Beschäftigungsquote bei Frauen angestiegen ist, gehört das geschlechtsspezifische Beschäftigungsgefälle zu den größten in der EU. Die Arbeitslosenquote (8,5 % in 2006) ist gesunken und hat sich dem EU-27-Durchschnitt genähert. Die Quote der frühen Schulabgänger ist kaum gesunken, und die Quoten bei der Ausbildung von Jugendlichen gehören nach wie vor zu den niedrigsten in der EU.

21. Der Rat hat Spanien empfohlen, den Beschäftigungsschutz zu modernisieren, um Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und der Segmentierung entgegenzuwirken. Ein Übereinkommen mit den Sozialpartnern Mitte 2006 hat dazu beigetragen, die Zahl der befristeten Verträge um 2,6 % zu senken. Dies ist ein begrüßenswerter Schritt, der jedoch nur kurzfristige Auswirkungen haben wird. Längerfristig sind weitere Maßnahmen notwendig, insbesondere zur Förderung von unbefristeten Verträgen und Teilzeitarbeit.
22. Der Rat hat Spanien ebenfalls empfohlen, die wirksame Umsetzung der Bildungsreformen zu gewährleisten, um die Zahl der frühen Schulabgänger zu senken und die Ausbildungssysteme in ein Gesamtkonzept einzubetten. Das neue Bildungsgesetz zielt darauf ab, Einwandererkinder vollständig zu integrieren, die Zahl der frühen Schulabgänger zu senken und einige Kernkompetenzen zu verbessern. Gleichwohl ist es unwahrscheinlich, dass das im Umsetzungsbericht 2006 festgelegte Ziel, die Zahl der frühen Schulabgänger bis 2010 auf 15 % zu senken, erreicht wird. Die im März 2007 verabschiedeten Gesetze zur Regelung der Integration der Arbeits- und Berufsausbildungssysteme sollen die Qualität erhöhen und den Zugang zum lebenslangen Lernen verbessern.
23. Der Rat hat Spanien die Konzentration auf folgende Punkte empfohlen: Anhebung des Qualifikationsniveaus und der Produktivität sowie Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt und Verbesserung des Zugangs zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Trotz der jüngsten Fortschritte beim Produktivitätswachstum (0,8 % in 2006) liegt die Zahl der Plätze weiterhin deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt. Die Zahl der Arbeitnehmer, die an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen, stieg von 10 % in 2005 auf 11,2 % in 2006. Zur Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt hat Spanien einen strategischen Plan für 2007-2010 entwickelt, der eine Vielzahl von Maßnahmen mit vier Pfeilern vorsieht. Es wurden Maßnahmen angekündigt, um die Kinderbetreuung auf alle Kinder von 0-3 Jahren auszudehnen, was dazu beitragen soll, dass Spanien das EU-Ziel besser erreicht. Allerdings ist der Anteil der Kinder unter drei Jahren, die betreut werden, nur leicht angestiegen (16,6 %) und liegt deutlich unter dem EU-Ziel von 33 %. Auch bestehen in diesem Bereich nach wie vor große regionale Unterschiede.
24. Spanien hat das Flexicurity-Konzept teilweise im Gesamtzusammenhang aufgegriffen. Es gab gewisse Fortschritte, um Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangebote für alle Arbeitslosen zu gewährleisten, wobei die Aktivierungsquoten wesentlich zugenommen haben. Das Sozialversicherungssystem wurde durch eine stärkere Verknüpfung von Beiträgen und Leistungen sowie durch die Ausweitung der Lebensarbeitszeit reformiert. Obwohl es gute Fortschritte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und bei der Modernisierung der Sozialversicherungssysteme gibt, befinden sich die Gesetze zum lebenslangen Lernen nach wie vor in der Umsetzungsphase, und bei den vertraglichen Vereinbarungen sind nur geringfügige kurzfristige Auswirkungen sichtbar.
25. Insgesamt ist Spanien mit seinen Maßnahmen zur Verwirklichung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen in seinem NRP teilweise erfolgreich gewesen. Maßnahmen zur Befolgung der länderspezifischen Empfehlungen wurden ergriffen. Die kritischen Punkte wurden teilweise in Angriff genommen. Es ist ermutigend, dass die Arbeitsmarktreformen im Rahmen des sozialen Dialogs mit einem hohen Maß an Zustimmung seitens aller Sozialpartner verabschiedet wurden.

Gewisse Fortschritte wurden im Hinblick auf die Empfehlungen für die Eurozone im Bereich Beschäftigung erzielt.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

26. In Anbetracht des spanischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
27. Spanien hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt. Auch bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 vereinbarten Verpflichtungen zu vorrangigen Maßnahmen wurden in drei der vier Bereiche gute Fortschritte gemacht.
28. Die Empfehlungen des Rates sind dem Umsetzungsbericht zufolge gut aufgegriffen worden. In Bezug auf die anderen Punkte, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge zusätzlicher Aufmerksamkeit bedürfen, sind im makro-ökonomischen Bereich begrenzte und im mikroökonomischen und im Beschäftigungsbereich teilweise Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
29. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt folgende positiven Entwicklungen erkennen: ein schneller als geplant vorankommender Schuldenabbau, gute Fortschritte bei der Umsetzung der FuE- und Innovationsstrategie sowie zufriedenstellende Fortschritte bei den Beschäftigungszielen, insbesondere bei der Erwerbstätigkeit von Frauen.
30. Die Bereiche im nationalen Reformprogramm Spaniens, denen jetzt höchste Priorität eingeräumt werden muss, sind die Verbesserung des Wettbewerbs auf den Elektrizitätsmärkten sowie weitere Verbesserungen im Aus- und Fortbildungsbereich. Vor diesem Hintergrund wird Spanien empfohlen,
 - weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbs im Energiesektor zu ergreifen, insbesondere Beseitigung der verzerrenden Preissetzungsmechanismen und Ausbau der grenzüberschreitenden Verbundkapazitäten zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit,
 - die tatsächliche Umsetzung der Bildungsreformen auch auf regionaler Ebene zu gewährleisten, um die Schulabbrecherquote zu verringern.
31. Außerdem muss Spanien im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: das Leistungsbilanzdefizit und den Inflationsdruck eindämmen und die Entwicklung im Immobiliensektor im Auge behalten, den Wettbewerb bei den freien Berufen und im Einzelhandel fördern, den Regelungsrahmen verbessern, Umweltschutzmaßnahmen insbesondere zur Reduzierung der CO₂-Emissionen ergreifen, den Beschäftigungsschutz einschließlich der dazugehörigen Rechtsvorschriften weiter modernisieren, um Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, der Segmentierung entgegenzuwirken und die Attraktivität von Teilzeitarbeit zu erhöhen, die Produktivität durch Anhebung des Qualifikationsniveaus und Innovation sowie

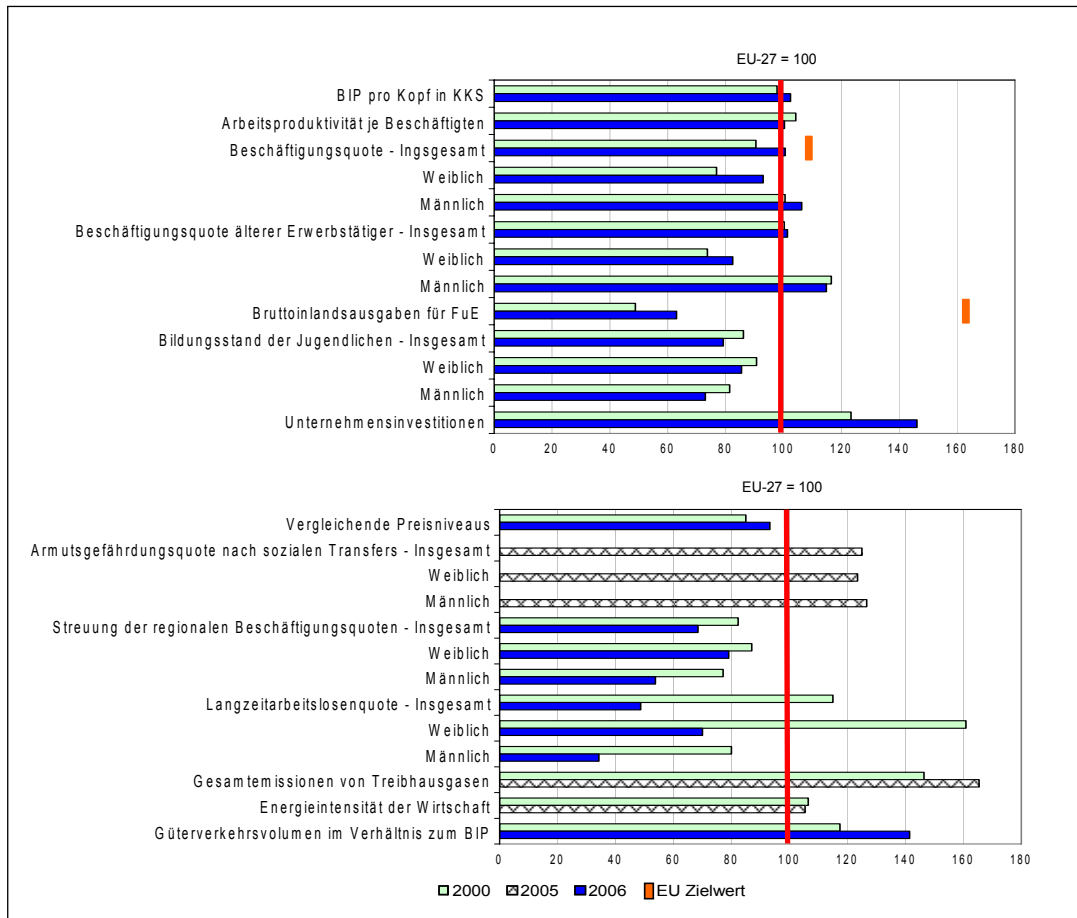
Eingliederung von Migranten in den Arbeitsmarkt steigern, das Kindertagesstättenangebot weiter verbessern sowie eine Renten- und Gesundheitsreform durchführen, im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

TEIL IV: SCHAUILLDER UND STATISTISCHE DATEN

SPANIEN

	ES						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	97.8	101.4	100.9	102.5	102.4		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	104.3	103.7	101.5	101.3	100.3		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						66.0				70.0
	Insgesamt	56.3	59.8	61.1	63.3b	64.8	62.2	63.4p	64.4p	
	Weiblich	41.3	46.3	48.3	51.2b	53.2	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	71.2	73.2	73.8	75.2b	76.1	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
	Insgesamt	37.0	40.7	41.3	43.1b	44.1	36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	20.2	23.3	24.6	27.4b	28.7	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	54.9	59.2	58.9	59.7b	60.4	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.91	1.05	1.06	1.12	1.16p	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
	Insgesamt	66.0	62.2	61.2	61.8	61.6	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	71.9	69.2	68.4	68.5	69.0	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	60.1	55.5	54.4	55.4	54.6	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		85.0	88.3	90.9	92.0	93.2	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		22.7	23.6	24.7	25.8	26.6	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
	Insgesamt	18.0	19.0	20.0b	20.0	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	19.0	20.0	21.0b	21.0	:	:	17.0e	:	
	Männlich	17.0	18.0	19.0b	19.0	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
	Insgesamt	10.7	9.0	8.7	8.3	7.8	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	17.4	14.5	14.8	13.8	12.8	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	7.4	6.1	5.5	5.3	5.0	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	4.6	3.7	3.4	2.2b	1.8	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	7.4	5.7	5.0	3.4b	2.8	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	2.8	2.4	2.2	1.4b	1.2	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		132.8	141.5	146.9	152.3	:	90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		227.0	219.7	222.2	219.2	:	213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		116.4	135.2	149.1b	151.4	150.9	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Frankreich

1. Im Jahr 2006 ist das BIP um 2 % gewachsen und liegt damit unter der Wachstumsrate von 2,7 % in der Eurozone. Für das Jahr 2007 wird mit einem Wachstum von 1,9 % gerechnet. Die Inlandsnachfrage, besonders der private Verbrauch, wirkt sich positiv auf das Wachstum aus, während es durch den negativen Außenbetrag in den letzten fünf Jahren beeinträchtigt wird. Die Beschäftigungsquote (63 % im Jahr 2006) bleibt niedrig, besonders bei jungen (29,3 %) und älteren Arbeitnehmern (37,6 %). Die Arbeitslosigkeit (9,1 % im Jahr 2006) hat sich während des Jahres auf geschätzte 8,6 % verringert, liegt jedoch weiterhin deutlich über dem Durchschnitt in der Eurozone.
2. Mit den gerade diskutierten Reformen könnte Frankreich den Herausforderungen begegnen, denen es sich angesichts seiner alternden Bevölkerung, der hohen Arbeitslosigkeit und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit stellen muss. Diese Reformen zielen auf die Erhöhung des Wachstumspotenzials ab und können langfristig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern. Die bisher durchgeführten Maßnahmen (einschließlich der im „Steuerpaket“ vom Sommer 2007 enthaltenen Steuersenkungen) werden jedoch die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen verlangsamen, und die vorgesehenen Strukturreformen ziehen erhebliche kurzfristige Kosten nach sich. Obwohl sich Frankreich verpflichtet hat, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, wurde dieses Ziel auf 2012 verschoben, falls das BIP-Wachstum unter 2,5 % liegt.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Im Großen und Ganzen zeugt der Umsetzungsbericht Frankreichs für 2007 von kontinuierlichen Fortschritten bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) für den Zeitraum 2005-2007, doch von größerer Bedeutung ist sicherlich, dass einige zentrale politische Leitlinien revidiert wurden oder gerade revidiert werden. Nach den Präsidentschaftswahlen und den Wahlen zur Nationalversammlung hat Frankreich sein Engagement bekräftigt, durch weitreichende Strukturreformen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu sorgen. Diese Reformen betreffen zahlreiche Bereiche wie den Arbeitsmarkt, das Rentensystem, die Finanzierung der Sozialversicherung, die ökologische Nachhaltigkeit und den Wettbewerb bei Waren und Dienstleistungen. Die neue französische Regierung hat eine stark geänderte Strategie zur Modernisierung der mikroökonomischen und der Arbeitsmarktpolitik vorgestellt, um das Wachstum zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu verringern.
4. Die länderspezifischen Empfehlungen des Rates wurden nur in begrenztem Umfang aufgegriffen. Die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen weicht von den Vorgaben in der letzten Fassung des Stabilitätsprogramms ab. Der Fortschritt bei der Öffnung des Energiesektors für den Wettbewerb ist wegen regulierter Tarife auf dem inländischen Markt ins Stocken geraten. Die Notwendigkeit, das lebenslange Lernen zu fördern und den Beschäftigungsschutz zu modernisieren, wurde in politischen Ankündigungen angesprochen, in denen eine größere Reform des Arbeitsrechts und

des Systems der beruflichen Weiterbildung versprochen wurde. Diese Maßnahmen müssen nun umgesetzt werden.

5. Was die anderen Bereiche anbelangt, in dem Frankreich zu Maßnahmen aufgefordert wurde, so wurde eine wichtige Reform durchgeführt, um den Unternehmergeist und Jungunternehmen zu fördern und zu stärken. Bei der Stärkung des Wettbewerbs in den reglementierten Gewerben und Berufen wurden gewisse Fortschritte erzielt, doch ist eine weitere Lockerung der Beschränkungen notwendig. Obwohl verstärkt Maßnahmen für eine bessere Rechtssetzung getroffen wurden, sind noch in größerem Umfang Folgenabschätzungen notwendig. Zusätzlich sind weitere Maßnahmen zur Aktivierung und Wiedereingliederung in das Erwerbsleben vonnöten, um das Arbeitskräfteangebot weiter zu erhöhen.
6. Es gibt Fortschritte hinsichtlich einiger Verpflichtungen, die Frankreich gemäß den Vereinbarungen der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates bis Ende 2007 zu erfüllen hat, besonders was Investitionen in Wissen und Innovation, die Erschließung des Unternehmenspotenzials von KMU und den Energiebereich betrifft. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt jedoch nicht ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen, doch hat es hier diesbezügliche Entwicklungen gegeben. Frankreich hat die Rahmenvorschriften für die Überwachung der öffentlichen Finanzen durch die volle Umsetzung des LOLF (*Loi Organique relative aux Lois de Finances*) verbessert, was positive Auswirkungen auf die Qualität der öffentlichen Finanzen hat. Der Fortschritt bei der Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen war eher begrenzt. Dies gilt auch für die Umsetzung der Empfehlungen für die Eurozone hinsichtlich des Wettbewerbs im Dienstleistungsbereich und der Verbesserung von Flexibilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt, unter anderem durch Förderung der Arbeitskräftemobilität.
7. Die Konsultationen und Bemühungen zur Entwicklung von Reformverantwortung auf regionaler Ebene und bei den Sozialpartnern wurden verstärkt. Die Sozialpartner wurden zu Verhandlungen über sensible Arbeitsmarktreformen eingeladen, deren Ergebnisse aber noch nicht vorliegen. Die Verbindung zwischen verantwortungsvollem Regieren und der Durchführung des NRP und der Programme im Rahmen der Strukturfonds ist recht stark. Die Zuweisung von Mitteln aus den Strukturfonds für Wachstums- und Beschäftigungsziele ist zufriedenstellend. Das NRP und der Umsetzungsbericht geben jedoch keinen umfassenden Überblick über alle angekündigten Reformmaßnahmen.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Das strukturelle Defizit des Staatshaushalts ist von 3,5 % des BIP im Jahr 2005 auf 2,5 % im Jahr 2007 zurückgegangen. Sowohl das Steuerpaket von August 2007, das größtenteils Steuersenkungen vorsieht, als auch der Entwurf des Haushaltsgesetzes von 2008 lassen erkennen, dass in den Jahren 2007 und 2008 die Verringerung des Haushaltsdefizits und der Schuldenquote gemessen an den Vorgaben des im Dezember 2006 aktualisierten Stabilitätsprogramms nicht weiter vorankommen wird.

9. Der Rat hat Frankreich empfohlen, die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen vor allem durch fortgesetzte Haushaltskonsolidierung und weiteren Schuldenstandsabbau sicherzustellen. Frankreich hat in diesem Bereich zahlreiche Maßnahmen durchgeführt. Für die Staatsausgaben wurden strengere Regeln festgesetzt: Das Ausgabenvolumen soll 2008 zunächst um 1 % reduziert und anschließend stabilisiert werden, letzteres allerdings in Bezug auf ein breiteres Spektrum der Ausgaben. Außerdem hat Frankreich auf der Grundlage der Umsetzung des LOLF eine generelle Überprüfung seiner staatlichen Maßnahmen eingeleitet, die eine jährliche Bewertung der Effizienz der Maßnahmen, Reformstrategien der Ministerien sowie Modernisierungsaudits vorsieht. Die Ausgabenplanung wird jedoch möglicherweise nicht vollständig erfüllt, und die Ausgabenvorschriften in den anderen Bereichen der Verwaltung (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) sind entweder beschränkt, nicht bindend oder werden nicht voll umgesetzt. Außerdem wird zwar im Umsetzungsbericht für 2007 betont, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zur Schaffung von Haushaltsspielräumen für wachstumsfördernde Ausgaben notwendig ist, zugleich aber sind großangelegte Strukturreformen des Rentensystems, der Finanzierung des Gesundheitswesens, des Steuerrechts und der Verwaltungsorganisation vorgesehen. Einige dieser Reformen bringen kurzfristige Kosten für den Haushalt mit sich und werden sich erst mittel- bis langfristig positiv auswirken.
10. Frankreich ist bei der Erfüllung der in seinem NRP angegebenen makroökonomischen Verpflichtungen teilweise vorangekommen. Im Jahr 2007 hat sich die Haushaltskonsolidierung jedoch verlangsamt. Aufgrund der Steuersenkungen und der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Maßnahmen ist jedoch zu erwarten, dass die Konsolidierung im Jahr 2008 keine großen Fortschritte machen wird. Obwohl sich Frankreich verpflichtet hat, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, wurde dieses Ziel auf 2012 verschoben, falls das BIP-Wachstum unter 2,5 % liegt.

Mikroökonomische Politik

11. Im Zeitraum 2005-2007 hat Frankreich bei der Bewältigung der in seinem NRP dargelegten mikroökonomischen Herausforderungen Fortschritte zu verzeichnen.
12. Der Rat hat Frankreich eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wettbewerb in den Bereichen Gas, Strom und Schienengüterverkehr empfohlen. Trotz einiger positiver Schritte bleibt der tatsächliche Grad der Liberalisierung begrenzt. Der inländische Gas- und Elektrizitätsmarkt ist zwar seit dem 1. Juli 2007 rechtlich vollständig liberalisiert, aber es gilt weiterhin ein gesetzlich vorgeschriebenes reguliertes Tarifsystem. Daher sind die tatsächlichen Preise niedriger als die Marktpreise, wodurch die etablierten Anbieter bevorzugt und ein erfolgreicher Markteintritt neuer Anbieter beschränkt werden. Im Schienengüterverkehr hat sich der Marktanteil von neuen Wirtschaftsteilnehmern von weniger als 1 % im Jahr 2006 auf einen Wert zwischen 3 % und 5 % im Jahr 2007 erhöht; die effizientere Entflechtung von Infrastruktur und Betrieb sollte aber entschlossen vorangetrieben werden. Weitere Maßnahmen zur Förderung einer stärkeren Liberalisierung sind noch nicht vorhanden, und die rechtlichen Befugnisse und administrativen Mittel der Regulierungsbehörde bleiben unzureichend. Daher ist

die angekündigte Schaffung einer unabhängigen Eisenbahnregulierungsbehörde als erster Schritt anzusehen.

13. Der Rat hat auch betont, wie wichtig die bessere Rechtsetzung, die Stärkung des Wettbewerbs in den reglementierten Gewerben und Berufen und die Förderung des Unternehmergeists sind. Was die bessere Rechtsetzung anbelangt, hat sich Frankreich eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes um 20 % zum Ziel gesetzt und plant, im März 2008 eine entsprechende Bestandsaufnahme abzuschließen. Die Kodifizierungsaktivitäten kommen zwar gut voran, doch die Verwaltungsvereinfachung macht nur langsame Fortschritte. Es bedarf einer klaren und umfassenden Strategie zur besseren Rechtsetzung; insbesondere eines wesentlich häufigeren Einsatzes von Folgenabschätzungen und der Entwicklung von einheitlichen und effizienten Konsultationsmechanismen.
14. Trotz der Lockerung der Beschränkungen in einigen Berufen sind die Rechtsberufe, besonders Notare, und das Apothekenwesen nach wie vor stark reglementiert, wobei die stärksten Beschränkungen (Festpreise und quantitative Beschränkungen des Zugangs zu den betreffenden Tätigkeiten) in den nationalen Rechtsvorschriften niedergelegt sind. Vor kurzem wurden einige Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs im Einzelhandel angekündigt. Im Bereich der Förderung von unternehmerischer Initiative und der KMU-Politik sind gute Fortschritte zu verzeichnen. In den letzten drei Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen - so wurden und werden Verfahren vereinfacht, einige Steuern abgeschafft sowie Gründung und Ausbau von KMU finanziell gefördert. Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass die Förderung des Wachstums von KMU, die Förderung des IKT-Einsatzes, die Aufstockung der finanziellen Mittel für innovative Kleinunternehmen und Maßnahmen zur Förderung der Internationalisierung stärker betont werden. Frankreich setzt die Binnenmarkt-Rechtsvorschriften inzwischen in stärkerem Maße fristgerecht um, aber die Zahl der Vertragsverletzungsverfahren ist weiterhin zu hoch. Frankreich sollte die Maßnahmen zur Förderung des Unternehmertums fortsetzen und sich mit größerem Nachdruck der Frage der Unternehmensübertragungen widmen.
15. In den letzten zwei Jahren wurden die FuE- und die Innovationsstrategie einer größeren Reform unterzogen, wobei gute Fortschritte erzielt wurden. Die öffentlichen Ausgaben für die Forschung haben sich seit 2004 nominell erhöht. Die steuerlichen Anreize und die Bedingungen zur Entwicklung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor wurden verbessert. Die Regionen werden ebenfalls ermutigt, eigene Innovationsstrategien zu entwickeln. Angesichts der jüngsten Reformen, die den Universitäten größere Autonomie gewähren und die Reformen im Forschungsbereich ergänzen, sollten die Rolle und die Funktionsweise öffentlicher Forschungsinstitutionen geprüft sowie bessere Karrieremöglichkeiten für Forschungspersonal im privaten Sektor erwogen werden.
16. Die Industriepolitik bleibt eine wichtige Priorität im NRP, wobei das Hauptaugenmerk auf die Aktivitäten der 71 *Pôles de Compétitivité* gelegt wird. Die Maßnahmen im IKT-Bereich zeigen bereits erste konkrete Ergebnisse.
17. Insgesamt ist Frankreich bei der Erfüllung der in seinem NRP angegebenen mikroökonomischen Herausforderungen und Verpflichtungen teilweise vorangekommen. Es sind größere Anstrengungen zur Intensivierung des

Wettbewerbs im Gas- und Stromsektor sowie im Schienengüterverkehr notwendig, weshalb diese Empfehlung aufrecht erhalten wird. Frankreich hat bedeutende Reformen im Bereich FuE und Innovation durchgeführt sowie den Unternehmergeist und die KMU gefördert. Dieser Punkt verdient also keine besondere Aufmerksamkeit mehr. Weitere Reformen sind jedoch im Bereich der besseren Rechtsetzung und bei den reglementierten Gewerben und Berufen erforderlich.

Beschäftigungspolitik

18. Die relativ niedrige Erwerbsquote, hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, ein rigides Arbeitsrecht und die Segmentierung des Arbeitsmarktes (mit Konzentration der Fluktuation auf bestimmte Gruppen) stellten im Zeitraum 2005-2007 die größten Herausforderungen dar. Bei ihrer Bewältigung wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt. Gering qualifizierte junge Leute wurden von der Segmentierung des Arbeitsmarktes am stärksten getroffen, daher die hohe Arbeitslosenrate in diesem Bereich. Ältere Arbeitnehmer gehen weiterhin früh in den Ruhestand. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wurde für die am meisten von Arbeitslosigkeit bedrohten Gruppen ein Programm für den sozialen Zusammenhalt gestartet (zum Beispiel weitere Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge für gering entlohnte Arbeit), wobei unterschiedliche Strategien zur Lockerung des Beschäftigungsschutzes, zur Verbesserung des Zugangs zu lebenslangem Lernen und zur Erhöhung seiner Wirksamkeit verfolgt werden. Durch die zeitliche Verzögerung, mit der der Arbeitsmarkt auf den wirtschaftlichen Aufschwung reagiert, beginnt die Rekordarbeitslosigkeit jetzt zu sinken, doch die Bilanz der Beschäftigung bleibt unzureichend. In diesem Zusammenhang hat Frankreich kürzlich eine allgemeine Arbeitsmarktreform angekündigt, die eine strukturelle Änderung des Arbeitsrechts, der staatlichen Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenversicherung und der beruflichen Weiterbildung umfassen soll.
19. Der Rat hat Frankreich die Modernisierung seines Beschäftigungsschutzes und die Verbesserung des lebenslangen Zugangs zu Weiterbildungsmaßnahmen empfohlen. Die früheren Reformen des Arbeitsvertragsrechts scheinen durch die von der neuen Regierung angekündigte allgemeine Flexicurity-Reform, die die Ratsempfehlungen aufgreift, obsolet geworden zu sein. Um die Segmentierung des Arbeitsmarktes zu reduzieren und den Beschäftigungsschutz zu modernisieren, hat die Regierung die Sozialpartner aufgefordert, eine Überprüfung der Arbeitsverträge in Betracht zu ziehen. Sie hat auch die Zusammenlegung der für die Vermittlung von Arbeitssuchenden und die Auszahlung von Leistungen zuständigen Stellen vorgeschlagen, um die Effizienz zu steigern. Über die bestehenden Maßnahmen hinaus, die Arbeit lohnend machen sollen, wie zum Beispiel „Prime pour l’emploi“ und „Revenu de solidarité active“, ist eine Änderung des Arbeitslosenversicherungssystems vorgesehen. Für das Jahr 2008 wurde ein Umbau des Systems der beruflichen Weiterbildung angekündigt. Dies bringt eine Überprüfung des Gesetzes über lebenslanges Lernen aus dem Jahr 2004 und des derzeit nicht übertragbaren individuellen Rechts auf Weiterbildung mit sich. Dabei sollen die Sozialpartner und die Regionen einbezogen werden, deren Befugnisse auf dem Gebiet der Weiterbildung erweitert wurden. Ziel dieses Umbaus ist eine Änderung der derzeitigen Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass trotz hoher Investitionen und eines individuellen Rechts auf Weiterbildung 60 % der französischen Arbeitnehmer nicht an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung teilnehmen.

20. Der Rat hob auch hervor, dass Frankreich weitere Schritte zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots unternehmen müsse. Dies gilt weiterhin, auch angesichts der niedrigen Zahl der Arbeitsstunden in der Wirtschaft und der andauernd niedrigen Beschäftigungsrate. Frankreich hat die Steuern auf Überstunden reduziert und arbeitende Studierende von der Einkommensteuer befreit. Im Rahmen der Überprüfung des Haushalts der Sozialversicherung wird vorgeschlagen, betriebliche Vorruhestandsregelungen zu verteuern und die Befreiung älterer Arbeitsloser von der Pflicht zur Stellensuche auslaufen zu lassen. Der Umsetzungsbericht erkennt die Notwendigkeit an, die Menschen verstärkt durch Vorteile zu aktivieren, und die Regierung hat neue Pilotprogramme gestartet.
21. Seit Anfang des Jahres 2007 hat sich Frankreich mit einer Reihe von Initiativen auf ein Flexicurity-Gesamtkonzept zu bewegt. Die Schwachpunkte sind nach wie vor das differenzierte und komplexe Arbeitsrecht, das zu einer Segmentierung in sichere und unsichere Arbeitsverhältnisse führt, und die Tatsache, dass die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik seit dem Jahr 2000 gesunken sind. Eine Änderung des Arbeitslosenversicherungssystems mit dem Ziel, Arbeit lohnend zu machen, wurde kürzlich mitgeteilt. Es werden Anstrengungen zur Reform der Regelungen für lebenslanges Lernen unternommen, um das derzeit nicht übertragbare individuelle Recht auf Weiterbildung zu verbessern. Die Sozialpartner werden nun häufiger konsultiert, zum Beispiel zu Maßnahmen, die das Arbeitsrecht und Änderungen auf dem Arbeitsmarkt betreffen.
22. Insgesamt hat Frankreich beim Abbau der Segmentierung des Arbeitsmarktes sowie bei der Einführung einer Regelung für lebenslanges Lernen, die mehr Menschen einbezieht, noch keine wirklichen Fortschritte gemacht. Im Umsetzungsbericht werden jedoch größere Arbeitsmarktreformen angekündigt; zusätzlich sollen bis 2012 Vollbeschäftigung und soziale Integration erreicht werden. Durch das Flexicurity-Gesamtkonzept bei der Arbeitsmarktreform hat Frankreich neue politische Leitlinien vorgelegt, die die Empfehlungen gut aufgreifen. Dazu gehören die Reform der derzeit in Verhandlung mit den Sozialpartnern befindlichen vertraglichen Vereinbarungen und der Dialog über ein neues System der beruflichen Weiterbildung, der für 2008 angesetzt ist. Dies stellt einen vielversprechenden Ansatz dar.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht des französischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
24. Frankreich hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 kontinuierliche Fortschritte gemacht. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen sind in den vier prioritären Bereichen einige Fortschritte zu verzeichnen.
25. Die Empfehlungen des Rates an Frankreich sind dem Umsetzungsbericht zufolge in begrenztem Umfang aufgegriffen worden. Auch in den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind

gewisse Fortschritte festzustellen – so wurde eine wichtige Reform durchgeführt, um den Unternehmergeist und Jungunternehmen zu fördern und zu unterstützen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt jedoch nicht ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.

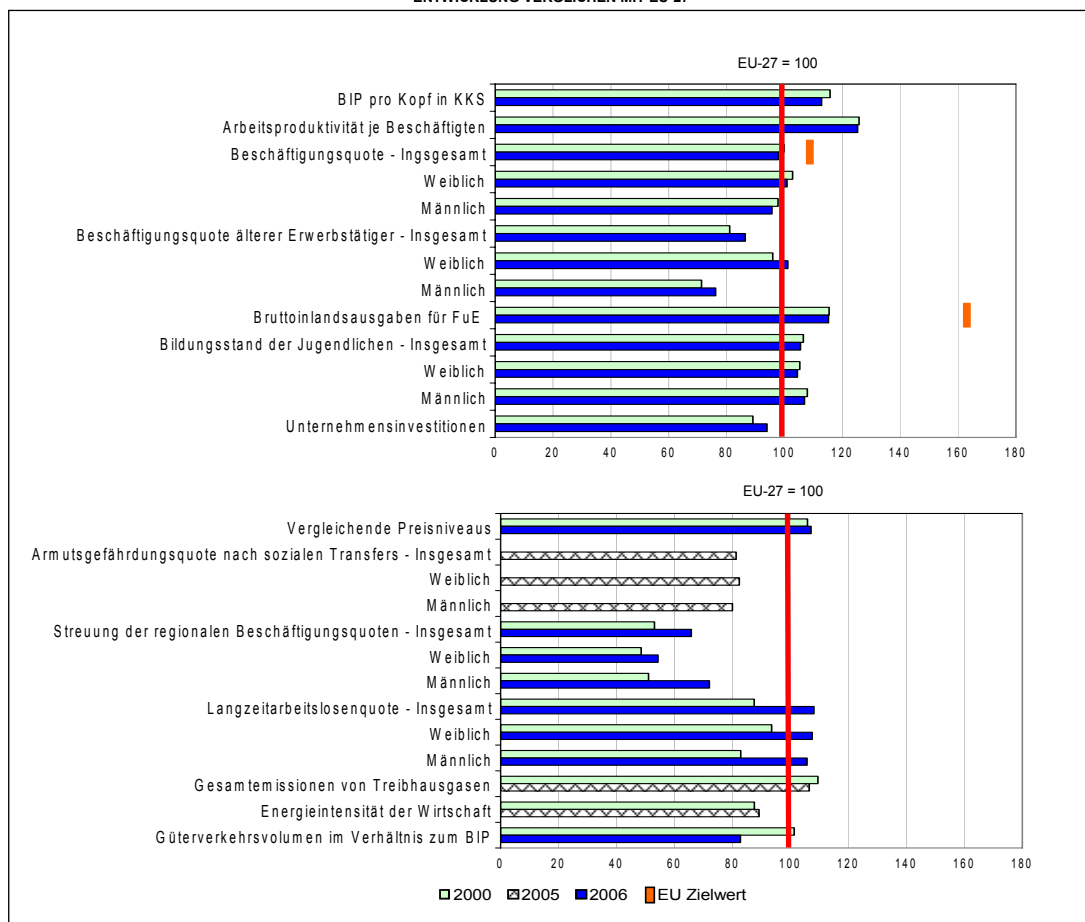
26. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Frankreich folgende positive Entwicklungen erkennen: die Reform der Strategien für Forschung und Entwicklung und für Innovation, die konkreten Ergebnisse der Maßnahmen im IKT-Bereich, und der angekündigte, umfassende Maßnahmenkatalog für den Arbeitsmarkt, der auch die Änderung von Rechtsvorschriften einschließt.
27. Im Umsetzungsbericht wird eine deutlich veränderte Strategie präsentiert. Darin soll die Beschäftigung zu einem wirtschaftspolitischen Faktor werden, der zu verstärktem Wachstum führen soll. Welchen Stellenwert stärkerer Wettbewerb in diesem neuen politischen Rahmenkonzept einnehmen wird, ist bislang nicht so klar ersichtlich. Es ist von großer Bedeutung, dass Frankreich stärkere Anstrengungen im Haushaltsbereich unternimmt, um gleichzeitig eine konzertierte Reformstrategie umzusetzen und die öffentlichen Finanzen weiter zu konsolidieren. Zur Haushaltskonsolidierung, zur Erhöhung des Wettbewerbs in netzgebundenen Wirtschaftszweigen und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes sind bedeutende und längerfristige weitere Maßnahmen notwendig. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Frankreich:
- unter Berücksichtigung der Bevölkerungsalterung durch eine verstärkte Haushaltskonsolidierung und Schuldenstandsabbau die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen sicherstellt, um 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Bei den für 2008 geplanten Beratungen über die Rentensysteme muss sichergestellt werden, dass die Einsparungen aus der Reform von 2003 erhalten bleiben;
 - die Rahmenbedingungen für Wettbewerb in den Bereichen Gas, Strom und Schienengüterverkehr verbessert;
 - im Zuge eines Flexicurity-Gesamtkonzepts das lebenslange Lernen verstärkt und seinen Beschäftigungsschutz modernisiert, um der Segmentierung des Arbeitsmarktes in unterschiedliche Arbeitsverhältnisse entgegenzuwirken und den Wechsel zwischen befristeten und unbefristeten Verträgen zu erleichtern.
28. Außerdem muss Frankreich im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: Stärkung des Wettbewerbs in reglementierten Gewerben und Berufen, weitere Verbesserung der Rechtssetzung durch die Einführung von Folgenabschätzungen, weitere Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und der Anreize dafür, dass sich Arbeit lohnt.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

FRANKREICH

	FR						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	115.8	112.3	112.1	114.2	112.8		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	125.8	121.5	122.2	125.4	125.3		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						:				70.0
Insgesamt	62.1	63.3	63.1	63.1	63.0p		62.2	63.4p	64.4p	
Weiblich	55.2	57.2	57.4	57.6	57.7p		53.7	56.2p	57.2p	
Männlich	69.2	69.4	68.9	68.8	68.5p		70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
Insgesamt	29.9	36.8	37.3	37.9	37.6p		36.9	42.3p	43.5p	
Weiblich	26.3	32.9	33.8	35.2	35.2p		27.4	33.5p	34.8p	
Männlich	33.6	40.9	41.0	40.7	40.1p		47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	2.2	2.17	2.15	2.13p	2.12p	3.0	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
Insgesamt	81.6	81.8b	81.4	82.6	82.1p		76.6	77.4	77.8	
Weiblich	83.5	83.3b	83.0	85.0	84.3p		79.3	80.1	80.7	
Männlich	79.6	80.4b	79.7	80.1	80.0p		73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus	105.9	110.0	110.5	107.6	107.1		100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen	16.4	15.8	16.2	16.5	17.1		18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
Insgesamt	16.0	12.0	13.0b	13.0	:		:	16.0e	:	
Weiblich	16.0	13.0	14.0b	14.0	:		:	17.0e	:	
Männlich	15.0	12.0	13.0b	12.0	:		:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
Insgesamt	6.9	7.2	7.1	7.3	7.5		13.0	11.9	11.4	
Weiblich	9.7	8.9	8.7	9.4	8.8		20.0	16.8	16.2	
Männlich	4.9	6.2	5.9	5.8	6.7		9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
Insgesamt	3.5	3.7p	3.9p	4.0p	4.0p		4.0	4.1p	3.7p	
Weiblich	4.3	4.1p	4.3p	4.5p	4.3p		4.6	4.5p	4.0p	
Männlich	2.9	3.4p	3.5p	3.5p	3.7p		3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	99.3	98.6	98.6	98.1	:		90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft	186.6	188.5	187.0	185.5	:		213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	100.4	92.9	93.2	87.9	88.3		99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Italien

1. Nach einer Periode anhaltend geringen Wachstums hat sich die Lage der italienischen Wirtschaft 2006 verbessert. Das Wachstum des realen BIP lag bei 1,9 %. Das ist die höchste Wachstumsrate seit 2000. Sie liegt aber weiterhin unterhalb des Durchschnitts der Eurozone. Obwohl das Wachstum an Schwung verliert, scheinen die Aussichten für 2007 günstig zu bleiben. Die Beschäftigung nimmt weiterhin zu. Die Arbeitslosenquote sank im Juni 2007 auf 5,7 %. Die Beschäftigungsquote bleibt mit 58,9 % in der ersten Jahreshälfte 2007 jedoch weit unterhalb des EU-Durchschnitts und ist im Süden des Landes noch deutlich niedriger. Die regionalen Unterschiede haben über die letzten drei Jahre zugenommen.
2. Mittelfristig stellen die strukturellen Schwächen der italienischen Wirtschaft, die ein niedriges Produktionswachstum und eine hohe öffentliche Verschuldung zur Folge haben, weiterhin eine Herausforderung dar. Um diese Entwicklung umzukehren, bedarf es einer wirtschaftspolitischen Strategie, die auf mikroökonomischen Reformen zur Steigerung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Inlandsproduktion basiert und darüber hinaus Maßnahmen zur Anhebung der Arbeitsmarktbeteiligung und der Beschäftigungsquote, u. a. durch die Aufwertung des Humankapitals, umfasst. Auf die Bekämpfung des regionalen Gefälles muss dabei besonders geachtet werden. Eine unerlässliche Voraussetzung für die Umsetzung einer solchen Strategie ist die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, da sie dazu beiträgt, günstigere Bedingungen für Investitionen zu schaffen und mehr Spielraum für die Bereitstellung von Mitteln für Wissen, Humankapital und Infrastruktur zu eröffnen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt geht aus dem Durchführungsbericht hervor, dass bei der Umsetzung des überarbeiteten nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt wurden. Italien hat die länderspezifischen Empfehlungen des Rates aufgenommen. In den anderen Bereichen, auf die sich Italien dem Rat zufolge konzentrieren sollte (FuE, Tragfähigkeit des Gesundheitssystems, nachhaltige Nutzung von Ressourcen, Infrastruktur und Folgenabschätzung), konnten einige Erfolge verzeichnet werden.
4. In ihrem jährlichen Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die Fortschritte bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen ein gemischtes Bild ergeben. Diese Einschätzung behält auch in diesem Jahr ihre Gültigkeit. Am sichtbarsten sind die Fortschritte bei der Erschließung des Unternehmenspotenzials. Italien macht konkrete Angaben zu den Anstrengungen, die es unternimmt, um die Empfehlungen für die Eurozone umzusetzen. Trotz umfangreicher Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Finanzen hätte Italien angesichts der günstigen Konjunkturbedingungen und der positiven Entwicklung des Haushalts noch mehr tun können. Erste Schritte zur Entwicklung

eines ganzheitlichen Flexicurity-Ansatzes und zur Dezentralisierung von Tarifverhandlungen wurden eingeleitet.

5. Es wird viel unternommen, um zentrale und lokale Regierungsstellen sowie die Sozialpartner zu konsultieren und bei ihnen eine Verantwortung für das NRP zu entwickeln. Es bleibt jedoch noch Spielraum für eine bessere Koordinierung mit den Regionen. Der italienische Umsetzungsbericht von 2007 bekräftigt die im NRP gesetzten Prioritäten und gibt einen klaren Überblick über die bei der Umsetzung der vorgesehenen Strategie gemachten Fortschritte. Er betont darüber hinaus zu Recht die Bedeutung eines effizienteren Rechtssystems, da dies sektorübergreifend Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes hat. Die Koordinierung und Überwachung des NRP und die Verwaltung der Strukturfondsmittel sind gut aufeinander abgestimmt. Die Zuweisung von Mitteln aus den Strukturfonds für Wachstums- und Beschäftigungsziele ist zufriedenstellend. Insbesondere werden Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Aufwertung des Humankapitals gefördert und Forschung, Innovation und der Kampf gegen den Klimawandel unterstützt.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

6. Wie im NRP von 2005 hervorgehoben wird, bleibt die Gewährleistung einer langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufgrund der hohen öffentlichen Verschuldung und dem erheblichen Druck, der von der Bevölkerungsalterung ausgeht, eine zentrale Herausforderung für Italien. Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, empfahl der Rat Italien, die Haushaltskonsolidierung rigoros fortzusetzen, um die Schuldenquote abzubauen, und die Rentenreform vollständig durchzuführen.
7. Italiens Strategie zur Finanzkonsolidierung führte im Zeitraum 2006-2007 zu umfassenden Ergebnissen. Das gesamtstaatliche Defizit konnte auf unter 3 % des BIP reduziert werden, wobei ein Großteil der strukturellen Korrektur 2006 erfolgte. Trotz dieses erfreulichen Ergebnisses hat Italien die günstigen Konjunkturbedingungen und die positive Entwicklung des Haushalts nicht ausreichend genutzt und somit die Chance auf eine schnellere Reduzierung der Staatsverschuldung vertan. Die Haushaltskorrektur wurde durch eine erhöhte Abgabenbelastung sowie durch Maßnahmen zur Verbesserung der Steuermoral erreicht. Nach Auffassung der Kommission verzögert der Haushaltsentwurf für 2008, dem das Parlament Ende 2007 zustimmen muss, die Bemühungen um eine finanzielle Konsolidierung.
8. Italien arbeitet weiterhin an einer Rentenreform und daran, den Anstieg der öffentlichen Ausgaben aufgrund der Bevölkerungsalterung langfristig einzudämmen. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist eine Vereinbarung zwischen Regierung und Gewerkschaften vom Juli 2007, die durch einen Gesetzesentwurf bekräftigt wurde. Die Kriterien für Ruhegehaltsansprüche werden darin jedoch für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern gelockert, und einige entscheidende Punkte bleiben offen (z. B. die Anpassung der versicherungsmathematischen Koeffizienten an die

gestiegene Lebenserwartung). Die Umsetzung der Rentenform bleibt jedoch entscheidend für die Gewährleistung einer langfristigen finanziellen Tragfähigkeit.

9. Der Rat wies auch auf die Notwendigkeit hin, die Tragfähigkeit des Gesundheitssystems unter gleichzeitiger Wahrung der Qualität und der Zugänglichkeit zu verbessern. Nach Auffassung der Kommission sind dazu konsequent strenge Ausgabenkontrollmechanismen einzusetzen. Eine Verbesserung der Wirksamkeit und der Kosteneffizienz der Ausgaben ist jedoch nach wie vor notwendig.
10. Italien verzeichnet Teilerfolge bei der Umsetzung einer Strategie zur Gewährleistung einer langfristigen finanziellen Tragfähigkeit, u. a. im Gesundheitswesen. Da jedoch weitere Fortschritte notwendig sind, behalten die Empfehlungen des Rates in den Augen der Kommission ihre Gültigkeit. Außerdem betont sie die Bedeutung der Empfehlung an die Eurozone, die guten Konjunkturbedingungen für eine ehrgeizigere Haushaltskonsolidierung zu nutzen. Italien sollte sich auch mehr darauf konzentrieren, die Qualität der öffentlichen Finanzen durch eine Beschränkung der Ausgaben und eine Erhöhung ihrer Wirksamkeit und der Kosteneffizienz zu verbessern.

Mikroökonomische Politik

11. Die Fortschritte bei der Bewältigung der im NRP von 2005 genannten mikroökonomischen Herausforderungen ergeben für die Jahre 2005-2007 ein gemischtes Bild. Zu den Fortschritten zählen v. a. die Stärkung des Wettbewerbs, die Schaffung von Anreizen für wissenschaftliche Forschung und technologische Innovation, die Modernisierung der Infrastruktur und der Umweltschutz.
12. Der Rat empfahl Italien, die Durchführung der unlängst angekündigten Reformen zur Intensivierung des Wettbewerbs auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten voranzutreiben. Italien hat auf diesem Gebiet wichtige Schritte unternommen. Die Umsetzung der im Juni 2006 verabschiedeten Reformen geht voran. Im Januar 2007 wurde ein zweites Reformpaket eingeführt, das verschiedene Wettbewerbs- und Verbraucherschutzmaßnahmen in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Mobilfunk, Einzel- und Großhandel beinhaltet. Es konnten wesentliche Preisrückgänge, u. a. im Telekommunikations- und Arzneimittelsektor, beobachtet werden. Seit Juli 2007 haben KMU und Haushalte Zugang zu einem offenen Strommarkt. Es wurden eine Reihe von Gesetzesentwürfen zum Energiesektor, Liberalisierung der kommunalen öffentlichen Dienstleistungen, Reform der Wettbewerbsbehörden, Verbraucherschutzmaßnahmen, Erleichterungen für kommerzielle und produktive Tätigkeiten und zu Gruppenklagen vorgelegt, die zurzeit noch im Parlament erörtert werden. Das sind willkommene Schritte in die richtige Richtung. Sie reichen aber nicht aus, um die immensen Herausforderungen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit zu bewältigen und die notwendige Modernisierung der industriellen Basis des Landes voranzutreiben. Es ist wichtig, dass die Gesetzesentwürfe, u. a. zum Energiesektor und zur Liberalisierung der kommunalen öffentlichen Dienstleistungen, zügig verabschiedet und umgesetzt werden. Italien hat kürzlich beachtliche Fortschritte beim Abbau des Rückstands bei der Umsetzung von EU-Recht erzielt. Es ist wichtig, in diesen Anstrengungen nicht nachzulassen und auch die Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren zu reduzieren.

13. Der Rat wies darüber hinaus auf folgende Schwerpunkte hin: FuE, nachhaltige Nutzung von Ressourcen, Umsetzung von Plänen zur Verbesserung der Infrastruktur sowie Stärkung und vollständige Umsetzung des Systems zur Folgenabschätzung bei geplanten Rechtsvorschriften.
14. Im Bereich FuE konnte Italien einige Fortschritte erzielen. Dazu gehören Maßnahmen zu öffentlich-privaten Partnerschaften auf lokaler Ebene, steuerliche Anreize zur Förderung von Innovationen und die Verschlinkung bestehender Förderprogramme. Im Zusammenhang mit der Initiative „Industria 2015“ werden weitere Maßnahmen zur Begleitung des strukturellen Wandels im Industriesektor eingeleitet. Um das Forschungs- und Innovationssystem zu verbessern, wird zurzeit eine unabhängige Beurteilungsagentur für Universitäten und Forschungseinrichtungen eingerichtet. Insgesamt bewegen sich die Forschungsausgaben jedoch nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Inwieweit die geplanten Maßnahmen dazu beitragen werden, das Ziel von FuE-Investitionen in Höhe von 2,5 % des BIP zu erreichen, lässt der Umsetzungsbericht offen. Im öffentlichen Sektor mit einer im internationalen Vergleich niedrigen Produktivität bedarf es weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz.
15. Der Umsetzungsbericht macht detaillierte Angaben zu Prioritäten, Haushaltsmitteln und Fristen für Infrastrukturprojekte. Es ist wichtig, dass Italien diese Pläne jetzt auch mit Nachdruck ausführt. Im IKT-Bereich müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Breitbandinfrastruktur auf ländliche Gebiete auszuweiten.
16. Italien hat wichtige Fortschritte bei den rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen erzielt, insbesondere bei der Stärkung der zentralen Anlaufstellen sowie bei der Senkung der Kosten und der Verkürzung des zeitlichen Aufwands bei Unternehmensgründungen. Die Verwaltungskosten sollen bis 2012 um 25 % gekürzt werden. Ein verschlanktes Verfahren zur Folgenabschätzung wird derzeit eingeführt, seine Anwendung auf sämtliche neue Rechtsvorschriften wird jedoch erst mittelfristig erwartet.
17. Italiens CO₂-Emissionen liegen deutlich über dem Niveau von 1990, und die bisherigen politischen Maßnahmen haben nur wenig zu ihrer Eindämmung beigetragen. Im Bereich Umwelt gibt der Umsetzungsbericht detailliert Auskunft über Maßnahmen zu einer nachhaltigeren Nutzung von Ressourcen, v. a. im Bereich Wasser- und Bodenschutz (einschließlich der Sanierung verunreinigter Standorte), sowie zur Verbesserung der Abfallentsorgung.
18. Italien ist bei der Erfüllung der in seinem NRP genannten mikroökonomischen Verpflichtungen teilweise vorangekommen. Die Empfehlung zum Wettbewerb und die gesetzten Schwerpunkte wurden in gewissem Umfang aufgegriffen, sind nach Auffassung der Kommission aber nach wie vor gültig.

Beschäftigungspolitik

19. Die Situation auf dem italienischen Arbeitsmarkt verbessert sich weiterhin, was Beschäftigungswachstum und Rückgang der Arbeitslosigkeit angeht. Die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt hat sich erhöht. Es gibt jedoch nach wie vor erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Erwerbs-, Beschäftigungs- und

Arbeitslosenquote. Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer und Frauen liegt immer noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Dies wirkt sich auf die Angemessenheit zukünftiger Renten aus. Bei Länge und Qualität der schulischen Bildung junger Menschen konnten einige Fortschritte erzielt werden. Es gibt jedoch weiterhin erhebliche regionale Unterschiede. Hier bedarf es zusätzlicher Anstrengungen zur Behebung der zugrundeliegenden strukturellen Schwächen.

20. Der Rat empfahl Italien, die Schwarzarbeit zu bekämpfen, die Kinderfürsorge zu verbessern und effiziente Arbeitsvermittlungen im ganzen Land zu gewährleisten, um so das regionale Beschäftigungsgefälle zu verringern. Italien hat mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert. So wurden mehr Schritte gegen illegale und nicht angemeldete Erwerbstätigkeit, z. B. Intensivierung der Kontrollen und strengere Verwaltungssanktionen, unternommen. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, hat sich Italien verpflichtet, die Qualität und Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten zu verbessern. Obwohl die Arbeitsvermittlungen reformiert wurden, gibt es immer noch Unterschiede in Qualität und Effizienz zwischen Nord und Süd, insbesondere was die Anpassung an die individuellen Bedürfnisse der Arbeitssuchenden betrifft. Die steuerliche Belastung von Arbeitnehmern mit unbefristeten Arbeitsverträgen ist gesenkt worden. Welche Auswirkungen diese Maßnahmen haben werden, kann noch nicht gesagt werden. Die Vereinbarung über das staatliche Fürsorgesystem sieht einige Maßnahmen zur Förderung dezentralisierter Tarifverhandlungen vor. Es braucht aber einen umfassenderen Ansatz, um die Entwicklungen im Lohn- und Produktivitätssektor besser in Einklang zu bringen. Die bisher unternommenen Maßnahmen dürften dazu beitragen, die regionalen Unterschiede zu verringern. Die Umsetzung geht jedoch nur langsam voran, und es bedarf weitreichenderer Maßnahmen.
21. Des Weiteren empfahl der Rat Italien, eine umfassende Strategie für lebenslanges Lernen zu entwickeln und die Qualität sowie die Relevanz der allgemeinen Bildung für den Arbeitsmarkt zu verbessern. Der Umsetzungsbericht legt diesbezüglich keine umfassende Strategie vor, es gibt jedoch Fortschritte bei der Vorbereitung eines nationalen Qualifikationsrahmens. Es ist unerlässlich, Bildung und Weiterbildung weiter zu reformieren. Ebenso muss das regionale Gefälle bei den schulischen Leistungen weiter abgebaut werden, um die Qualität der Bildung zu verbessern.
22. Italien hat erste Schritte zur Anwendung des Flexicurity-Konzepts eingeleitet. Die Vereinbarung zur Reform des staatlichen Fürsorgesystems erhöht das Niveau und die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung, schränkt den Einsatz befristeter Arbeitsverträge ein und stärkt die Arbeitsvermittlungen. Diese Maßnahmen müssen noch umgesetzt werden. Gleichzeitig muss Italien Maßnahmen ergreifen, mit denen mehr Flexibilität geschaffen wird. Es muss ein System des lebenslangen Lernens aufgebaut werden.
23. Italien hat die im NRP eingegangenen Verpflichtungen zur Beschäftigungspolitik teilweise erfüllt. Es konnten einige Fortschritte in der Bekämpfung der Schwarzarbeit erzielt werden. Es bedarf jedoch weiterer Anstrengungen, um die regionalen Unterschiede zu verringern. Dazu müssen u. a. die Reformierung der Arbeitsvermittlungen fortgesetzt, die Qualität und die Relevanz der allgemeinen Bildung für den Arbeitsmarkt verbessert und ein Konzept für lebenslanges Lernen entwickelt werden. Die diesbezüglichen Empfehlungen behalten daher nach Auffassung der Kommission ihre Gültigkeit. Außerdem sollte Italien insbesondere

darauf achten, eine Strategie zur Förderung des Verbleibs älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben zu entwickeln.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

24. In Anbetracht des italienischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
25. Italien hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte gemacht. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen sind in den vier vorrangigen Bereichen einige Fortschritte zu verzeichnen.
26. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Europäischen Rates in gewissem Umfang aufgegriffen wurden. Angesichts der immensen Aufgabe sind weitere umfassende Reformen notwendig. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind einige Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
27. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Italien folgende positive Entwicklungen erkennen: erste Schritte zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen, Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs in den freien Berufen, den Finanzdienstleistungen und im Einzelhandel, Abbau des Rückstands bei der Umsetzung von EU-Recht sowie die Modernisierung des öffentlichen Sektors durch elektronische Behördendienste.
28. Die Bereiche im nationalen Reformprogramm Italiens, denen höchste Priorität eingeräumt werden muss, sind: die finanzielle Nachhaltigkeit, wobei die bisherigen Anstrengungen fortgeführt und der Rentenreformprozess abgeschlossen werden müssen, ferner die Intensivierung des Wettbewerbs auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten und die vollständige Durchführung der angekündigten Reformen, die weitere Bekämpfung des regionalen Beschäftigungsgefälles sowie die Verbesserung von Bildung und lebenslangem Lernen. Vor diesem Hintergrund wird Italien empfohlen,
 - die Haushaltskonsolidierung, insbesondere durch eine Senkung der Primärausgaben, rigoros fortzusetzen und die Rentenreform vollständig durchzuführen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern,
 - die bis jetzt eingeleiteten Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten weiter auszubauen und die Umsetzung der angekündigten Reformen konsequent fortzusetzen,
 - die Qualität und die Relevanz der allgemeinen Bildung für den Arbeitsmarkt zu verbessern, lebenslanges Lernen zu fördern, Schwarzarbeit zu bekämpfen und im Rahmen des Flexicurity-Konzepts sowie im Hinblick auf eine Verringerung der

regionalen Unterschiede eine wirksame Arbeit der Arbeitsvermittlungen zu gewährleisten.

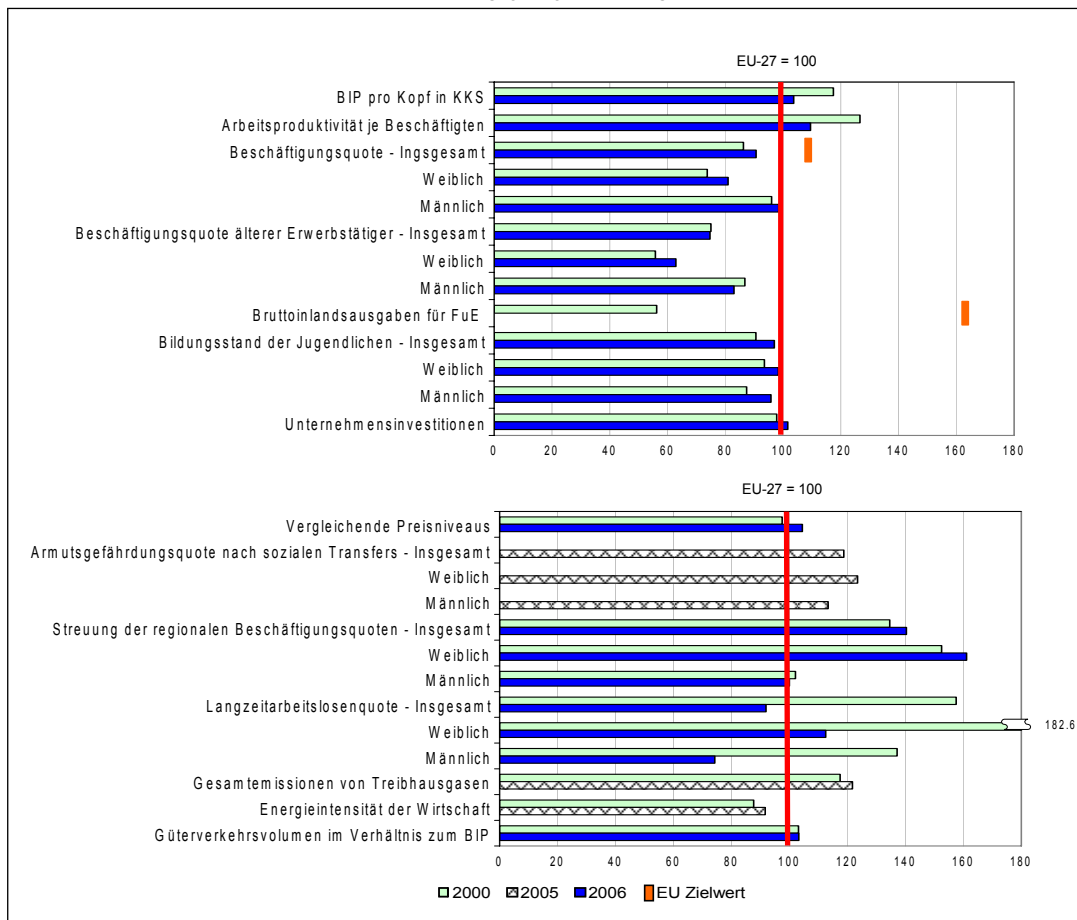
29. Außerdem muss Italien während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: Erhöhung der FuE-Ausgaben und ihrer Effizienz, da es trotz begrüßenswerter politischer Entwicklungen weiterer Anstrengungen bedarf, um das für 2010 gesetzte Ziel zu erreichen und die staatlichen Mittel effizienter einzusetzen, vermehrte Maßnahmen zum Erreichen der Ziele für den Abbau der CO₂-Emissionen, bessere Rechtsetzung u. a. für KMU durch die Stärkung und vollständige Umsetzung des Systems zur Folgenabschätzung, Verwirklichung von Plänen zur Verbesserung der Infrastruktur, Erhöhung der Kinderbetreuungsangebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Förderung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, Einführung einer kohärenten Strategie zur Förderung des Verbleibs älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben und damit auch Verbesserung des Gleichgewichts der Altersversorgung.

TEIL IV: SCHAUILLDER UND STATISTISCHE DATEN

ITALIEN

	IT						EU27				
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	117.4	111.2	107.6	105.4	103.7		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	126.7	115.4	112.6	111.4	109.5		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote						2.5				70.0	
Insgesamt	53.7	56.1	57.6b	57.6	58.4		62.2	63.4p	64.4p		
Weiblich	39.6	42.7	45.2b	45.3	46.3		53.7	56.2p	57.2p		
Männlich	68.0	69.6	70.1b	69.9	70.5		70.8	70.8p	71.6p		
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	27.7	30.3	30.5b	31.4	32.5		36.9	42.3p	43.5p		
Weiblich	15.3	18.5	19.6b	20.8	21.9		27.4	33.5p	34.8p		
Männlich	40.9	42.8	42.2b	42.7	43.7		47.1	51.5p	52.6p		
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.05	1.11	1.10	1.10			1.86e	1.84e	1.84e		3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	69.4	71.0	73.4	73.6	75.5		76.6	77.4	77.8		
Weiblich	74.2	75.1	78.6	78.1	79.4		79.3	80.1	80.7		
Männlich	64.5	66.8	68.2	69.2	71.7	73.8	74.7	74.8			
Vergleichende Preisniveaus	97.5	103.6	105.2	104.4	104.4	100.0	100.0	100.0			
Unternehmensinvestitionen	18.0	17.9	18.1	18.2	18.5	18.4	17.8	18.2			
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	18.0		19.0b	19.0			16.0e				
Weiblich	19.0		20.0b	21.0			17.0e				
Männlich	18.0		18.0b	17.0			15.0e				
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	17.5	17.0	15.6	16.0	16.0	13.0	11.9	11.4			
Weiblich	30.5	29.7	25.7	26.6	26.1	20.0	16.8	16.2			
Männlich	9.8	9.1	8.7	8.9	9.3	9.6	9.7	9.3			
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	6.3	4.9	4.0b	3.9	3.4	4.0	4.1p	3.7p			
Weiblich	8.4	6.6	5.5b	5.2	4.5	4.6	4.5p	4.0p			
Männlich	4.8	3.8	2.9b	2.9	2.6	3.5	3.8p	3.5p			
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	106.6	110.8	111.7	112.1		90.7	92.1				
Energieintensität der Wirtschaft	186.9	189.2	188.8	190.7		213.1	208.1				
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	102.2	93.7	104.3	111.6	110.2e	99.1e	105.4e	106.7e			

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Zypern

1. In den letzten zehn Jahren verzeichnete Zypern ein solides Wirtschaftswachstum mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des BIP von 3,75 %, das damit über dem EU27-Durchschnitt lag. 2007 wird das Pro-Kopf-BIP Zyperns voraussichtlich 93 % des EU-Durchschnitts betragen. Die Gesamtbeschäftigungsquote dürfte 2007 die 70 %-Marke erreichen und mithin der EU-Zielvorgabe entsprechen, während die weiterhin rückläufige Arbeitslosenquote auf 4,3 % sinken dürfte.
2. Zypern nähert sich nominal und real der EU an. Dementsprechend entschied der Rat im vergangenen Juli, dass Zypern die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, um den Euro zum 1. Januar 2008 einzuführen. Zypern ist eine kleine offene Volkswirtschaft mit einem lebhaften Wirtschaftswachstum, hohen Beschäftigungsquoten und stabilen Preisen. Langfristig werden sich für Zypern durch die Bevölkerungsalterung Haushaltsprobleme stellen. Zypern ist eine überwiegend dienstleistungsorientierte Volkswirtschaft. 2006 wurden 77,6 % des BIP im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, auf den 71 % der Beschäftigten entfallen. Die wichtigste wirtschaftliche Ressource ist folglich das Humankapital. In den letzten Jahren ist eine wesentliche Zunahme der Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer zu verzeichnen, die hauptsächlich Tätigkeiten nachgehen, die keine oder nur geringe Qualifikationen erfordern. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigungsquote beträgt 17,7 %.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt ist Zypern bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 gut vorangekommen. Das NRP gibt einen klaren und umfassenden Überblick über die zahlreichen Einzelmaßnahmen und fügt diese sinnvoll in die Gesamtziele ein.
4. Bei der Umsetzung der Empfehlungen hat Zypern einige Fortschritte gemacht. Erste zufriedenstellende Fortschritte im Hinblick auf die Sicherung eines langfristig gesunden Staatshaushalts sind bei der Reform des Gesundheitswesens festzustellen. Bei der Rentenreform waren die Fortschritte begrenzt. Eine Strategie für lebenslanges Lernen sowie eine Reform des Systems der beruflichen Bildung und Ausbildung wurden zwar entwickelt, jedoch noch nicht eingeführt.
5. Was die anderen Bereiche betrifft, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge der besonderen Aufmerksamkeit Zyperns bedürfen, so sind Fortschritte bei der Planung von Alternativen zu privaten Wagniskapitalfonds zu verzeichnen. Einige Fortschritte wurden bei der Wettbewerbsförderung erzielt.
6. Dem Jahresfortschrittsbericht vom Vorjahr zufolge hatte Zypern gute Fortschritte bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie gemacht. Seither sind weiterhin gute Fortschritte zu verzeichnen, unter anderem bei den Verwaltungsverfahren für Unternehmensgründungen.

7. Es wurden verstärkt Anstrengungen unternommen, um die Strategie für Wachstum und Beschäftigung weiter zu verankern. Alle Akteure werden in den Anhörungs- und Umsetzungsprozess einbezogen. Um die Öffentlichkeit stärker für diese Thematik zu gewinnen, organisierte die Regierung eine Reihe von Seminaren, Veranstaltungen und anderen Maßnahmen, über die in den Medien ausführlich berichtet wurde. Die beachtlichen Anstrengungen der zypriotischen Behörden beim Ausbau der einschlägigen Verwaltungseinrichtungen sind ausgesprochen begrüßenswert, zumal die Inanspruchnahme der EU-Mittel weiterhin problematisch ist, nicht zuletzt wegen der weitaus höheren Mittelausstattung für den Planungszeitraum 2007-2013.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Makroökonomische Schwerpunkte im NRP sind Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau, Verbesserung der Finanzverwaltung einschließlich einer Neuordnung der Staatsausgaben und Erhöhung der Transparenz. Das NRP zielt auch auf die Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ab, insbesondere durch eine Gesundheits- und Rentenreform. Ebenfalls eingeleitet wurden Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und zur Lohnzurückhaltung. Bei der Haushaltskonsolidierung wurden gute Fortschritte erzielt.
9. 2006 konnte das gesamtstaatliche Defizit, das im Vorjahr noch 2,4 % betragen hatte, auf 1,2 % des BIP zurückgeführt werden. Während im öffentlichen Sektor weiterhin eine restriktive Gehalts- und Einstellungspolitik praktiziert wurde, stiegen die laufenden Ausgaben, insbesondere für soziale Transferleistungen. Die Bruttoverschuldungsquote war weiterhin rückläufig und sank von 69,25 % des BIP im Jahr 2005 auf 65,25% des BIP. 2007 dürfte das mittelfristige Ziel problemlos erreicht werden, sodass - trotz der weiterhin getätigten außerplanmäßigen Ausgaben - mit weiteren Verbesserungen zu rechnen ist, die hauptsächlich auf die höheren Einnahmen zurückzuführen sind.
10. Der Rat hatte Zypern empfohlen, das Renten- und Gesundheitssystem zu reformieren. Bei der Gesundheitsreform wurden Fortschritte bei der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung erzielt. So arbeiten themenorientierte Arbeitskreise nach einem spezifischen Zeitplan und mittels eines Monitoring-Systems an der Konzeption der einzelnen Aspekte des Systems. Die Überprüfung des Gesetzgebungsverfahrens macht Fortschritte. Hingegen wurden bei der Umwandlung von Krankenhäusern in autonome Einrichtungen trotz der Bemühungen der Regierung offenbar keine Fortschritte erzielt. Zwischen Regierung und Sozialpartnern wurden Gespräche über die Rentenreform aufgenommen. Angestrebt wird eine rasche Einigung, damit die Reform Anfang 2008 verabschiedet werden kann. Allerdings müssen die Einzelheiten der Anpassung und der genaue zeitliche Ablauf erst noch festgelegt werden, sodass offen ist, welche budgetären Auswirkungen die Reform mit sich bringen wird.
11. Insgesamt wurden bei den im NRP skizzierten makroökonomischen Reformmaßnahmen gute Fortschritte erzielt. Allerdings besteht weiterhin Handlungsbedarf, damit die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen unter Berücksichtigung der Bevölkerungsalterung langfristig gesichert werden kann. Vor

diesem Hintergrund behält die Empfehlung ihre Gültigkeit, wobei weiterhin eine besonnene Haushaltspolitik betrieben und der Abbau der Schulden fortgesetzt werden sollte.

Mikroökonomische Politik

12. Die zentralen mikroökonomischen Herausforderungen im NRP in den Jahren 2005-2007 betreffen die Förderung von FuE, Innovation und IKT, die Stärkung des Wettbewerbs, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen, die Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit und den Ausbau der Basisinfrastruktur.
13. Bei FuE und Innovation sind einige Fortschritte zu verzeichnen; Zypern hat weiterhin das Ziel, seine diesbezüglichen Ausgaben bis 2010 auf 1 % des BIP zu erhöhen, was allerdings nur mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 23,5 % zu erreichen wäre. Angesichts der geringen Größe der meisten Unternehmen in Zypern sind zusätzliche Maßnahmen nötig, um die Hindernisse zu überwinden und die Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Wissensinrichtungen im Bereich der Innovation voranzubringen. Die Möglichkeiten für steuerliche Anreize werden geprüft und neue Innovationsnetze und Gründerzentren beginnen, ihre Tätigkeit verstärkt auf den FuE-Bereich zu verlegen. Bei der IKT sind nennenswerte Fortschritte zu verzeichnen; dies gilt insbesondere für die Verfügbarkeit elektronischer Behördendienste und digitaler Kompetenz. Die Verbreitung der Breitbanddienste hat sich zwar verbessert, ist aber weiterhin niedrig und verdient besonderes Augenmerk. Außerdem sind Verzögerungen bei der Umsetzung der nationalen Strategie für die Informationsgesellschaft zu beobachten. Zusätzliche Anstrengungen werden nötig sein, um die IKT-Integration zu beschleunigen.
14. Im Bereich Wettbewerb hat eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Schlagkraft der Wettbewerbsbehörde und zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen auf dem Energie-, Post- und Telekommunikationsmarkt erste Ergebnisse gezeitigt; allerdings ist es wichtig, dass das Tempo für die Umsetzung dieser Maßnahmen beibehalten wird. Zypern ist dabei, die Rahmenbedingungen für Unternehmen durch verschiedene Initiativen zu vereinfachen, kann jedoch bei der Berechnung und Verringerung der Verwaltungslasten sowie bei der Entwicklung einer besseren Rechtsetzungsstrategie bislang nicht viele Fortschritte verzeichnen. Es existiert keine Zielvorgabe für eine Verringerung der Verwaltungslasten. Im Nationalen Aktionsplan 2007 sind verschiedene Maßnahmen für diese Bereiche vorgesehen, allerdings soll die diesbezügliche Folgenabschätzung erst in einer zweiten Phase erfolgen. Es muss gewährleistet sein, dass der Verbesserung der alten wie der neuen Rechtsvorschriften gleich viel Bedeutung beigemessen wird und dass diese ehrgeizigen Pläne auch durchgeführt werden. Zypern muss außerdem verstärkte Anstrengungen aufbieten, damit die Dienstleistungsrichtlinie fristgerecht umgesetzt werden kann. Auf dem Gebiet der ökologischen Nachhaltigkeit hat Zypern im Zusammenhang mit dem zypriotischen Strategieplan für die Verringerung der Treibhausgasemissionen wirksame Schritte unternommen, um die Energieeffizienz zu steigern und dadurch Einsparungen im Bau- und Verkehrssektor zu erzielen. Zypern hat Zielvorgaben für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien aufgestellt. Es beabsichtigt, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gezielt zu fördern und bis 2015 von derzeit 2 %

auf 10 % zu steigern: die Durchführung dieses Vorhabens befindet sich allerdings noch in einer frühen Phase.

15. Der Rat hatte auf die Notwendigkeit von Maßnahmen hingewiesen, durch die Wagniskapitalinvestitionen gefördert werden und der Wettbewerb für reglementierte Gewerbe und Berufe verbessert wird. Zypern plant in Zusammenarbeit mit der Cyprus Development Bank die Entwicklung eines öffentlichen Wagniskapitalfonds und eines Kreditgarantieinstruments nach dem Vorbild der neuen Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis. Damit wird zufriedenstellend auf die Empfehlungen des Rates reagiert. Hinsichtlich des Wettbewerbs bei den freien Berufen hat Zypern bestätigt, dass Regelungen bestehen, die den Wettbewerb in diesen Berufen stark behindern und sich auf den Preiswettbewerb nachteilig auswirken. Geplant ist eine Reform der berufsspezifischen Regelungen und Rechtsvorschriften für Rechtsanwälte, Ingenieure und Architekten. Die Berücksichtigung der Empfehlungen des Rates hat sich seit 2006 zwar verbessert, beschränkt sich jedoch weiterhin auf eine Lockerung der berufsspezifischen Beschränkungen. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Aufgaben nur begrenzt bewältigt wurden und dass es wichtig ist, das Reformtempo zu beschleunigen und viele restriktive Regelungen, insbesondere bei der Preisgestaltung, abzuschaffen.
16. Insgesamt wurden zwischen 2005 und 2007 bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen im mikroökonomischen Bereich, die Zypern im NRP aufgezeigt hatte, gute Fortschritte erzielt. Die besonders zu beachtenden mikroökonomischen Bereiche („points to watch“) wurden in Bezug auf das Wagniskapital gut, in Bezug auf den Wettbewerb bei den freien Berufen jedoch nur in geringerem Maße berücksichtigt.

Beschäftigungspolitik

17. Zypern hat im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte bei der Umsetzung der im NRP vorgesehenen Maßnahmen erzielt. Die aktive Arbeitsmarktpolitik hat zu einem Anstieg der Beschäftigungsquote beigetragen und Zypern ermöglicht, sich den ehrgeizigen nationalen Beschäftigungszielen zu nähern. Die öffentlichen Arbeitsverwaltungen wurden ausgebaut. Weitere Initiativen sind für 2008 (mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds) geplant, um flexible und dennoch sichere Formen der Beschäftigung für ältere Arbeitnehmer, Frauen, Jugendliche, Behinderte und Migranten zu fördern. Die gemessen an der Arbeitslosenquote verhältnismäßig hohe Jugendarbeitslosigkeit macht deutlich, dass der Übergang zwischen Schule und Berufsleben erleichtert werden muss.
18. Die angestrebte Steigerung des Arbeitskräfteangebots wird durch das Fortbestehen großer berufs- und qualifikationsspezifischer Unterschiede zwischen den Geschlechtern behindert. 2007 wurde ein nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter verabschiedet und in dem Vorentwurf eines Berichts eine Reihe von Maßnahmen angeregt, um das gemessen am EU-Durchschnitt ausgesprochen hohe geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle abzubauen. Die zypriotischen Behörden haben einen geeigneten Rechtsrahmen für Förderung der Teilzeitbeschäftigung geschaffen. Es wurde eine wirtschaftlich orientierte Migrationsstrategie entwickelt und die Einwanderungsgesetzgebung geändert. Hauptanliegen der neuen Strategie ist es, den Zustrom qualifikationsloser

Drittstaatenangehöriger zu verhindern und hochqualifizierte Arbeitnehmer aus der EU ins Land zu ziehen.

19. Der Rat hatte Zypern empfohlen, das lebenslange Lernen zu verbessern und die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche durch eine beschleunigte Reform der Systeme der beruflichen Bildung, Erziehung, Weiterbildung und Lehrlingsausbildung zu vergrößern. Die Beteiligung Erwachsener an Angeboten des lebenslangen Lernens hat 2006 zwar zugenommen, entspricht jedoch auch weiterhin nicht den EU-Zielvorgaben für 2010. Die in Zypern verzeichnete Zunahme kommt hauptsächlich durch die höhere Beteiligung junger und hochqualifizierter Menschen zustande. Der prozentuale Anteil älterer, wenig qualifizierter und arbeitsloser Menschen am Besuch von Fortbildungsmaßnahmen hat sich nicht verändert. Zypern hat einen Strategieplan für die Bildungsreform aufgestellt, über den mit den einschlägigen Akteuren beraten werden soll. Derzeit werden externe Bewertungen der technischen und beruflichen Bildungsprogramme mit dem Ziel durchgeführt, die Lehrpläne zu verbessern und sie insbesondere für Frauen attraktiver zu machen. Es wurde ein Aktionsplan für ein neues Lehrlingsausbildungssystem aufgestellt, der bis 2010 vollständig eingeführt werden soll. Die Entwicklung eines Systems für die Anerkennung von Berufsqualifikationen schreitet voran; 2010 wird voraussichtlich ein Zertifizierungssystem für Ausbildungsanbieter eingeführt werden. Der Ministerrat hat 2007 eine nationale Strategie für das lebenslange Lernen angenommen. Die Kommission hält eine Beschleunigung dieser erfreulichen Reformmaßnahmen für notwendig.
20. Zypern ist dabei, einen integrierten Flexicurity-Ansatz zu entwickeln und hat beim Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit einen dienstübergreifenden Ausschuss für Flexicurity eingesetzt. Die Sozialpartner werden beteiligt. Eine Reihe von Programmen wird derzeit in den Maßnahmenbereichen flexible vertragliche Regelungen und aktive Arbeitsmarktpolitik eingeführt; allerdings muss die Umsetzung der Maßnahmen für das lebenslange Lernen beschleunigt werden.
21. Generell kann Zypern Teilerfolge bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Berücksichtigung der im NRP genannten beschäftigungspolitischen Empfehlungen verbuchen. Die Empfehlung im Bereich der Beschäftigung wurde nur in begrenztem Umfang aufgegriffen, was in erster Linie auf die verzögerte Einführung eines umfassenden politischen Rahmens für das Lebenslange Lernen zur weiteren Entwicklung des Humankapitals zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist es nötig, dass Zypern dem Abbau des Geschlechterungleichgewichts und des geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsgefälles besondere Aufmerksamkeit widmet.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

22. Der zypriotische Umsetzungsbericht 2007 sowie die Einschätzung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung legt die nachstehenden Schlussfolgerungen nahe:
23. Zypern hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt. Die Bilanz der Erfüllung der auf der

Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 in den vorrangigen Bereichen eingegangenen Verpflichtungen fällt positiv aus.

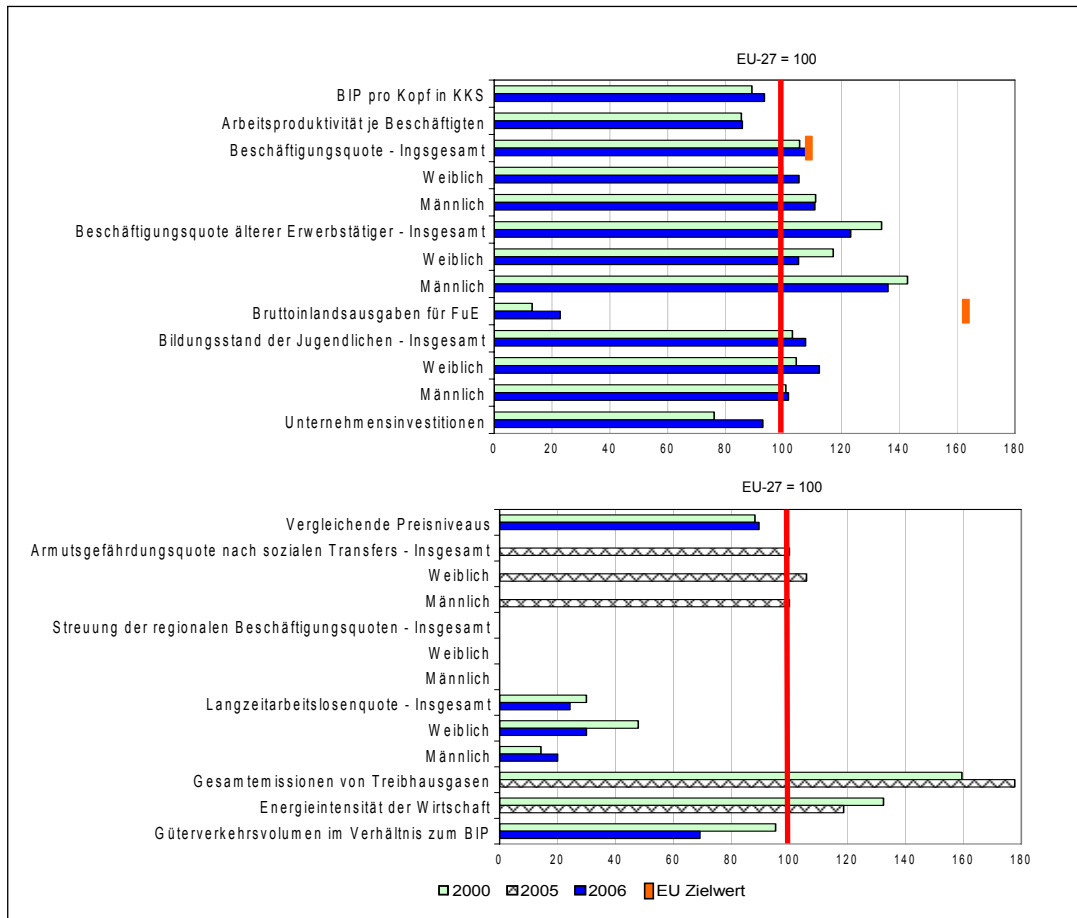
24. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Europäischen Rates gut aufgegriffen wurden. Hinsichtlich der Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte sind erste zufriedenstellende Erfolge bei der Reform des Gesundheitssystems, jedoch geringere Erfolge bei der Rentenreform, den Strategien für das lebenslange Lernen sowie der Reform des Systems der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu verzeichnen. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind gewisse Fortschritte festzustellen.
25. Der Umsetzungsbericht lässt positive Entwicklungen bei der Haushaltskonsolidierung erkennen, dies gilt für die Verminderung des öffentlichen Defizits ebenso wie für den Schuldenabbau, das neue Konzept für die Entwicklung einer umfassenden Forschungs- und Innovationsförderung sowie für die weiterhin gute Gesamtbeschäftigungsquote, die durch ein breites Spektrum aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen flankiert wird.
26. Die Bereiche im nationalen Reformprogramm, denen höchste Priorität eingeräumt werden muss, sind die Bewältigung der alterungsbedingten Ausgaben, die Einführung einer Strategie für lebenslanges Lernen und der Ausbau der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche. Vor diesem Hintergrund wird Zypern empfohlen,
 - Maßnahmen zur Umsetzung der Reform des Renten- und Gesundheitswesens zu treffen und unter Berücksichtigung der Haushaltskonsolidierung einen diesbezüglichen Fahrplan aufzustellen;
 - das lebenslange Lernen zu verbessern und die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche durch die Umsetzung der Reform der Systeme der beruflichen Bildung, Erziehung, Weiterbildung und Lehrlingsausbildung zu vergrößern.
27. Zudem ist es für Zypern wichtig, während der Durchführung des nationalen Reformprogramms den Schwerpunkt auf Maßnahmen zu legen, die darauf abzielen, den Wettbewerb in den freien Berufen zu steigern, den privaten FuE-Sektor zu stimulieren und das ausgesprochen starke geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsgefälle abzubauen.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

ZYPERN

	CY						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	89.1	89.3	91.5	93.8	93.4		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	85.4	82.4	83.6	85.1	85.8		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						71.0	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Insgesamt	65.7	69.2	68.9	68.5	69.6	53.7	56.2p	57.2p	
	Weiblich	53.5	60.4	58.7	58.4	60.3	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	78.7	78.8	79.8	79.2	79.4	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							36.9	42.3p	43.5p	
	Insgesamt	49.4	50.4	49.9	50.6	53.6	27.4	33.5p	34.8p	
	Weiblich	32.1	32.7	30.0	31.5	36.6	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	67.3	68.9	70.8	70.8	71.6	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.24	0.35	0.37	0.40	0.42	1.0	1.86e	1.84e	1.84e
Bildungsstand der Jugendlichen							76.6	77.4	77.8	3.0
	Insgesamt	79.0	79.5	77.6	80.4	83.7p	79.3	80.1	80.7	
	Weiblich	82.8	87.0	83.8	89.1	90.7p	73.8	74.7	74.8	
	Männlich	74.4	71.3	70.7	71.1	76.1p				
Vergleichende Preisniveaus		88.1	90.9	90.6	89.1	89.5	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		14.0	14.2	14.7	16.4	16.9	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
	Insgesamt	:	15.0	:	16.0b	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	:	17.0	:	18.0b	:	:	17.0e	:	
	Männlich	:	14.0	:	15.0b	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten							13.0	11.9	11.4	
	Insgesamt	-	-	-	-	-	9.6	9.7	9.3	
	Weiblich	-	-	-	-	-	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	-	-	-	-	-	4.0	4.1p	3.7p	
Langzeitarbeitslosenquote							4.6	4.5p	4.0p	
	Insgesamt	1.2	1.0	1.2	1.2	0.9	3.5	3.8p	3.5p	
	Weiblich	2.2	1.3	1.6	1.7	1.2				
	Männlich	0.5	0.7	0.9	0.8	0.7				
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		144.7	158.4	163.4	163.7		90.7	92.1		
Energieintensität der Wirtschaft		282.3	287.9	254.3	246.9		213.1	208.1		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		94.4e	99.6	76.4	91.5	73.8	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Lettland

1. In den drei Jahren bis 2006 stieg Lettlands BIP jährlich um durchschnittlich 10,4 %. 2007 wird das Wachstum voraussichtlich ähnlich hoch sein. Nach einem leichten Defizit im Jahre 2006 wird der Haushalt 2007 einen kleinen Überschuss ausweisen, der in den Jahren 2008-2010 steigen dürfte. Allerdings wurde das Wachstum in erster Linie durch einen Kreditboom im Bereich des privaten Verbrauchs und der Wohnungsbauinvestitionen bewirkt. Da die Angebotsseite der Wirtschaft nicht mithalten konnte, hat das Außenhandelsdefizit ein hohes Niveau erreicht. Die Beschäftigung nimmt rasch zu (von 63,3 % im Jahr 2005 auf 66,3 % im Jahr 2006), während die Arbeitslosigkeit sinkt (von 8,9 % im Jahr 2005 auf 6,8 % im Jahr 2006). Der durch einen beachtlichen Auswanderungstrend noch verstärkte Mangel an Arbeitskräften hat zum Entstehen einer Lohn-Preis-Spirale mit immer häufigeren und über dem Produktivitätszuwachs liegenden Lohnsteigerungen beigetragen. Die Inflation hat ein sehr hohes Niveau erreicht. Mitte 2007 begannen sich der inländische Verbrauch und der Immobilienmarkt etwas abzuschwächen; dies reicht jedoch nicht aus, um die mittelfristig drohenden Risiken abzuwenden.
2. Die größte wirtschaftliche Herausforderung liegt nunmehr darin, die makroökonomische Stabilität angesichts des fortbestehenden Inflationsdrucks und eines enormen Zahlungsbilanzdefizits zu sichern und die Wirtschaft aus ihrer Abhängigkeit von technisch anspruchslosen und arbeitsintensiven Produkten zu führen. Die Wirtschaftspolitik muss also den Staatshaushalt stärker konsolidieren, um den Nachfragedruck zu drosseln, zugleich aber auch die Erwerbsbeteiligung erhöhen und den Produktivitätszuwachs nachhaltig steigern.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Lettland hat bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 insgesamt und auch im letzten Jahr einige Fortschritte erzielt. Die Reformen kommen im Allgemeinen voran, könnten aber zügiger durchgeführt werden.
4. Im Hinblick auf die vom Rat abgegebenen drei länderspezifischen Empfehlungen konnten einige Fortschritte erzielt werden. In Bezug auf die wirtschaftliche und haushaltspolitische Tragfähigkeit hat der im März 2007 angenommene Inflationsbekämpfungsplan der Regierung erste Früchte getragen und den Nachfrageüberschuss etwas gedämpft; dennoch bedarf es wesentlich wirksamerer Maßnahmen, um dieser Herausforderung angemessen zu begegnen. Lettland hat bei der Reform der Forschungs- und Innovationspolitik sowie bei den Bemühungen um eine höhere Erwerbsbeteiligung einige Fortschritte erzielt. Fortbestehende Arbeitsmarktengpässe geben allerdings Anlass zu Sorge, und es bedarf größerer Anstrengungen, um die Strategie für lebenslanges Lernen umzusetzen und die allgemeine und berufliche Bildung zu verbessern.
5. Was die anderen Bereiche anbelangt, auf die sich Lettland nach den Empfehlungen des Rates konzentrieren sollte, wurde eine zentrale Anlaufstelle für die mit der Einstellung eines ersten Arbeitnehmers verbundenen Verwaltungsformalitäten

geschaffen; bei der Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen sind ausreichende Fortschritte festzustellen. Auch bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und beim Zugang zur Kinderbetreuung wurden einige Fortschritte erzielt.

6. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die Fortschritte Lettlands bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen spezifischen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen Wissen, Erschließung des Unternehmenspotenzials, Beschäftigung und Energie bescheiden waren. Seither sind einige Fortschritte bei den bis Ende 2007 einzulösenden Verpflichtungen zu verzeichnen. Im Bereich Wissen und Innovation ist Lettland etwas vorangekommen; allerdings muss noch mehr für die Aufstockung der privaten Investitionen in FuE getan werden. Auch im Bereich KMU und Erschließung des Unternehmenspotenzials ist eine positive Entwicklung festzustellen. Eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmensgründungen innerhalb einer Woche wurde eingerichtet.
7. Konsultationen und Maßnahmen, um die Zuständigkeit für das NRP auf zentrale und regionale Behörden und auf die Sozialpartner zu übertragen, wurden im letzten Jahr fortgesetzt. Es fanden Gespräche mit dem Parlament und den Sozialpartnern über wesentliche Themen statt, und der soziale Dialog soll verbessert werden. Eine klare interne Regierungsstruktur sorgt für die Koordinierung zwischen den Ministerien, doch ist die Überwachung der Fortschritte weiterhin begrenzt. Die Steuerung der NRP-Umsetzung und die Struktur- und Kohäsionsfondsprogramme sind eng miteinander verknüpft. Die Zuweisung von Mitteln aus den Strukturfonds für Wachstums- und Beschäftigungsziele wird in zufriedenstellender Weise gehandhabt. Im Strategischen Rahmenplan wird der Leistungsfähigkeit der Behörden besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Lettland weist ein außerordentlich hohes Wirtschaftswachstum auf, und die mittelfristigen Wachstumsaussichten sind weiterhin gut. Jedoch haben die florierende Inlandsnachfrage, Arbeitsmarktengpässe und das rasche Kreditwachstum zu einer ernststen Konjunkturüberhitzung und Gefährdung der makroökonomischen Stabilität geführt. Im Hinblick auf Maßnahmen zur Lösung der makroökonomischen Probleme Lettlands waren die Fortschritte in den Jahren 2005 bis 2007 begrenzt.
9. Lettland wurde vom Rat empfohlen, eine restriktivere Finanzpolitik zu betreiben, um die Tragfähigkeit von Wirtschaft und Haushalt zu sichern. Die Regierung nahm im März 2007 umfassende Vorschläge zur Bekämpfung der Inflation an. Es wurden ehrgeizigere finanzpolitische Ziele gesetzt, die mittelfristige Haushaltsplanung hat sich verbessert und steuerliche Veränderungen haben dazu beigetragen, den Druck auf den Immobilienmarkt zurückzunehmen. Trotz neuer Anzeichen dafür, dass die Inlandsnachfrage nach und nach zurückgeht und sich der Immobilienmarkt stabilisiert, stiegen 2007 das Zahlungsbilanzdefizit und die Inflation, was in erster Linie auf die Konjunkturüberhitzung, daneben aber auch auf Faktoren wie die Energie- und Nahrungsmittelpreise zurückzuführen ist. Der Lohnzuwachs erreichte

2007 kritische Ausmaße und muss dringend eingedämmt werden. Um der Lohn-Preis-Spirale zu entgehen, ist ein entschlossenes Engagement der Regierung und der Gesellschaft insgesamt vonnöten, damit die Inflation abgebremst und die stetige Abnahme der Wettbewerbsfähigkeit aus den Exportmärkten vermieden werden können. Auch ein verstärkter Wettbewerb im Dienstleistungs-, Vertriebs- und Bausektor würde sich positiv bemerkbar machen.

10. Nach einem leichten Defizit im Jahre 2006 wird der Haushalt 2007 einen bescheidenen Überschuss ausweisen, der in den Jahren 2008-2010 noch zunehmen dürfte. Dies stellt zwar im Vergleich zu den Anfang 2007 gesetzten Zielen einen gewissen Fortschritt dar, doch zeigen die florierende Nachfrage und die bedrohte Stabilität, dass der derzeitige finanzpolitische Kurs weit hinter dem zurückbleibt, was eigentlich gefordert wäre. Es bedarf einer umsichtigeren Finanzpolitik, um die Nachfrage zu dämpfen und das Zahlungsbilanzdefizit zu reduzieren. Auch die Einkommensstruktur sollte überprüft werden, um die Nachfrage vom Immobiliensektor abzulenken. Die öffentlichen Ausgaben sollten darauf abzielen, die Angebotsseite zu stärken, um die Tragfähigkeit der Finanzlage zu verbessern. In diesem Sinne ist die Regierung bestrebt, Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten, der Produktivität und des Arbeitskräfteangebots vorzulegen. Die Regierung wird Entschlossenheit an den Tag legen müssen, um die Wirtschaft zu höherer Produktivität und zum Ausbau der technologieintensiveren Sektoren zu bewegen.
11. Lettland ist es nur teilweise gelungen, die im NRP genannten makroökonomischen Verpflichtungen umzusetzen und der Empfehlung zu folgen. Diese bleibt daher auch weiterhin gültig.

Mikroökonomische Politik

12. Mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Lösung seiner mikroökonomischen Probleme hat Lettland teilweise Erfolge erzielt. Im Bereich Wissen und Innovation sind in der letzten Zeit Fortschritte zu verzeichnen, und das ordnungspolitische Umfeld wurde im Zeitraum 2005-2007 allmählich verbessert. Die finanzielle Unterstützung der Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien wurde 2007 deutlich aufgestockt. Die Wettbewerbsbehörde führt häufiger eine Marktüberwachung in einzelnen Sektoren durch. Anerkennenswerte Anstrengungen wurden bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und bei den Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung unternommen. Dennoch wird ein systematischerer Ansatz im Hinblick auf eine bessere Rechtsetzung und die praktische Umsetzung der verbundenen Instrumente ermutigt. Für die Reduzierung des Verwaltungsaufwands sollte ein konkretes Ziel gesetzt werden. Es bedarf entschiedener Bemühungen, um das Angebot von Online-Diensten und ihre Inanspruchnahme durch die Unternehmen zu verbessern. Der wirksamen Umsetzung des Programms „Informations- und Kommunikationstechnologie für eine gute Bildung“ 2007-2013 sollte Vorrang eingeräumt werden.
13. Der Rat empfahl Lettland, die Umsetzung der Reformen im Bereich FuE und Innovation schneller voranzutreiben, um die in seinem nationalen Reformprogramm genannten ehrgeizigen Ziele tatsächlich erfüllen zu können. In diesem Bereich sind einige positive Entwicklungen festzustellen, die in erster Linie auf eine beachtliche Aufstockung der öffentlichen Mittel zurückzuführen sind. Die Verknüpfung von

Forschung und Bildung wurde gestärkt, und es wurden erste Schritte in Richtung auf eine engere Verknüpfung der Forschung und Bildung mit der Wirtschaft unternommen. Allerdings gibt es, vor allem aufgrund fehlender Anreize für Privatinvestoren, bisher nur eine kleine Zahl von privaten Akteuren im FuE-Bereich. Ein begrüßenswerter Schritt ist das neue marktorientierte Forschungsprogramm, bei dem allerdings Schwerpunkte in den wirtschaftlichen Wachstumsbereichen gesetzt werden sollten. Lettland hat für diesen Bereich erhebliche Mittel aus dem Strukturfonds vorgesehen. Nun gilt es bei der Durchführung streng darauf zu achten, dass private Investoren nicht verdrängt werden. FuE- und Innovationsmaßnahmen sollten darauf gerichtet sein, günstige Bedingungen für Investitionen des Privatsektors zu schaffen. Dazu zählen: eine geeignete Infrastruktur, der wirksame Schutz der Rechte an geistigem Eigentum, ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot und zusätzliche Anreize für Firmeninvestitionen. Insofern bleiben die Empfehlungen des Rates aktuell.

14. Der Rat hatte Lettland auch aufgefordert, zügigere Fortschritte bei der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die mit den Einstellung eines ersten Arbeitnehmers verbundenen Verwaltungsformalitäten und bei der Förderung der Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen zu machen. Lettland hat Schritte unternommen, um eine solche Anlaufstelle aufzubauen. Arbeitgeber müssen ihre Arbeitnehmer bei der staatlichen Steuerverwaltung bis zum 5. Tag des auf die Einstellung folgenden Monats anmelden. Die Steuerverwaltung leitet diese Information an die Sozialversicherungsbehörde weiter. Lettland hat auch gute Fortschritte bei der Förderung der Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen erzielt. Unter anderem wurden in den Lehrplan der Sekundarschulen Grundzüge der Betriebswirtschaft als Pflichtfach aufgenommen. Nach Auffassung der Kommission ist dies ein guter Ansatz.
15. Insgesamt gesehen ist es Lettland teilweise gelungen, die im NRP niedergelegten mikroökonomischen Reformauflagen zu erfüllen. Trotz einiger Fortschritte behält die länderspezifische Empfehlung ihre Gültigkeit. Die beiden besondere Aufmerksamkeit verdienenden Punkte wurden gut aufgegriffen, so dass sie nach Meinung der Kommission als erfüllt betrachtet werden können.

Beschäftigungspolitik

16. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Zeitraum 2005-2007 weiter verbessert und auf die nationalen Beschäftigungsziele für 2010 hin entwickelt. Das größere Arbeitskräfteangebot geht in erster Linie auf einen starken Nachfragezuwachs zurück; allerdings hat sich auch die aktive Arbeitsmarktpolitik positiv bemerkbar gemacht. Die Beteiligung der Erwachsenen am lebenslangen Lernen ist zurückgegangen, und die Zahl der Schüler, die die Schule frühzeitig verlassen, ist gestiegen. Lettland hat sich auf die Umsetzung von Maßnahmen wie der Einführung eines Systems für Arbeitsmarktprognosen, der Unterstützung von Unternehmensgründungen und der selbständigen Tätigkeit konzentriert. Die vorhandenen Instrumente zur Stärkung der Arbeitsmarkteinrichtungen und der Zusammenarbeit der Sozialpartner gehen in die richtige Richtung.
17. Der Rat hatte Lettland empfohlen, die Anstrengungen zum Ausbau des Arbeitskräfteangebots und zur Steigerung der Produktivität zu erhöhen. Engpässe bei den Arbeitskräften bleiben ein großes Problem, wengleich neue Vorschriften zur

Unterstützung von Arbeitssuchenden neue Zielgruppen erreichen dürften. Geplant sind Präventivmaßnahmen wie eine Schulung für Arbeitnehmer und Selbständige sowie die Förderung der regionalen Mobilität. Lettland hat endlich ein Grundsatzpapier über seinen Standpunkt zum Problemkreis Wirtschaftsmigration vorgelegt. Die Kriterien für das Management kurzfristiger Migration aus Drittländern müssen noch festgelegt werden. Außerdem fehlen Pläne zur Einführung von Integrationsmaßnahmen. Es ist wichtig, etwas für ein besseres Arbeitsumfeld und den Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und medizinischen Versorgung zu tun, da damit der Emigration begegnet werden könnte. Der Annahme einer Strategie für lebenslanges Lernen muss ein Durchführungsplan folgen. Es liegen Pläne vor, in die Verbesserung der beruflichen und der Hochschulbildung zu investieren und das Personal in Bildung und Wissenschaft zu fördern. Allerdings orientiert sich die allgemeine und berufliche Bildung nur in geringem Maße am Bedarf des Arbeitsmarkts.

18. Der Rat hatte Lettland auch aufgefordert, sich auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik und einen besseren Zugang zur Kinderbetreuung zu konzentrieren. In Anbetracht geringerer Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und der Notwendigkeit, neue Zielgruppen zu erreichen, bedarf es eines sorgfältigen Monitorings, um eine angemessene Mittelausstattung zu gewährleisten. Lettland hat bei der Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen Fortschritte erzielt. Dank einiger Bemühungen auf lokaler Ebene hat sich die Lage bereits gebessert. Diese Fortschritte sind jedoch derzeit zu langsam, um tatsächlich Wirkung zu zeigen. Daher müssen die Pläne zügiger umgesetzt werden.
19. In den letzten Jahren ist das Konzept der Flexicurity Gegenstand der auch die Sozialpartner einbeziehenden politischen Diskussion in Lettland geworden, ohne bisher umfassend behandelt worden zu sein. Die ins Auge gefassten Maßnahmen beziehen sich auf alle Aspekte - auch die Schwarzarbeit. Jetzt gilt es, sie umzusetzen, wobei im Vordergrund stehen muss, dass die regionale und berufliche Mobilität erleichtert wird und sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer Anreize für die Teilnahme am lebenslangen Lernen geschaffen werden.
20. Lettland hat bei der Umsetzung von Maßnahmen, mit denen es seinen beschäftigungspolitischen Verpflichtungen nachkommt, einige Fortschritte gemacht. Die Kommission begrüßt die angekündigten Maßnahmen, betont aber zugleich, dass es nun gilt, sie tatsächlich durchzuführen. Es muss ein wirksames System für die Steuerung der Wirtschaftsmigration eingeführt werden. Die Pläne für die Institutionalisierung des lebenslangen Lernens sind abzuschließen. Die länderspezifische Empfehlung und Schwerpunktsetzung im Beschäftigungsbereich wurde nur teilweise aufgegriffen und bleibt daher gültig.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

21. In Anbetracht des Umsetzungsberichts Lettlands für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

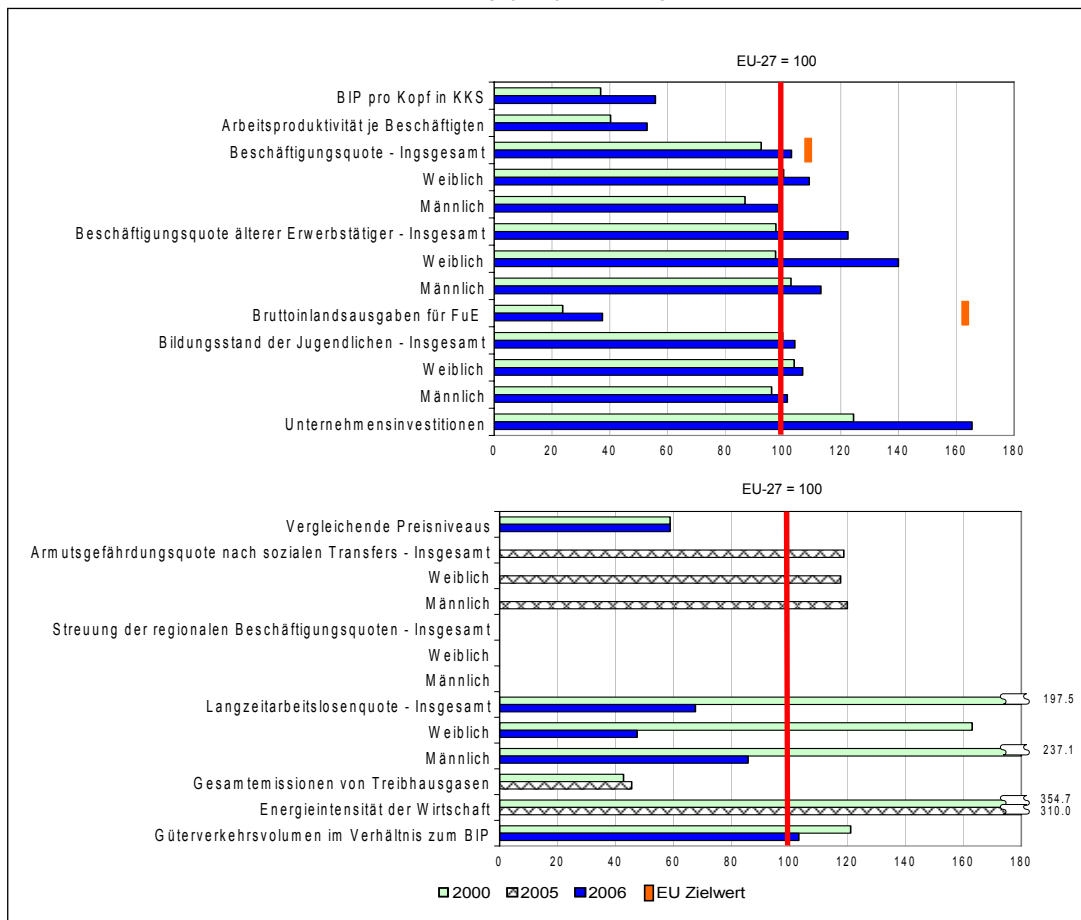
22. Lettland hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms von 2005 bis 2007 einige Fortschritte gemacht. Dies gilt auch für die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rats 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.
23. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in gewissem Umfang aufgegriffen wurden. In den Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge Aufmerksamkeit verdienen, sind die Fortschritte unterschiedlich ausgefallen.
24. Der Umsetzungsbericht lässt für Lettland folgende positive Entwicklungen erkennen: erste positive Schritte im Bereich Wissen und Innovation, Fortschritte in bestimmten das Unternehmertum und KMU betreffenden Problemkreisen, die Stärkung der Wettbewerbsbehörde bei der Marktüberwachung und weitere Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und der Verwendung erneuerbarer Energien. Im Bereich Beschäftigung hat Lettland eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die die Arbeitsmarktentwicklung erfolgreich gestützt haben.
25. Lettland muss folgenden Bereichen im nationalen Reformprogramm höchste Priorität einräumen: konkretere Maßnahmen, die angesichts von Überhitzungserscheinungen die makroökonomische Stabilität gewährleisten, Weiterentwicklung der FuE-Strategie, um klarere Prioritäten zu setzen und den Privatsektor mehr einzubeziehen, sowie straffere Maßnahmen, mit denen das Arbeitskräfteangebot erhöht und die Qualifizierung der Arbeitskräfte vorangetrieben wird. Vor diesem Hintergrund wird Lettland empfohlen,
- eine restriktivere Steuerpolitik zu verfolgen, bei der sorgsam Prioritäten bei den Ausgaben gesetzt werden und die Lohnentwicklung dem Produktivitätszuwachs entspricht, um der Konjunkturüberhitzung und der Gefahr makroökonomischer Instabilität entgegenzutreten;
 - bei der Umsetzung der Reformen im Bereich FuE und Innovation rascher voranzugehen, um die in seinem nationalen Reformprogramm genannten ehrgeizigen Ziele tatsächlich zu erreichen; hier sind insbesondere Strategien zur Anregung von Partnerschaften zwischen Forschungs-/Bildungseinrichtungen und Unternehmen erforderlich;
 - sich im Rahmen eines integrierten Flexicurity-Konzepts stärker um eine Erweiterung des Arbeitskräfteangebots und die Erhöhung der Produktivität zu bemühen, indem es die regionale Mobilität fördert, sein allgemeines und berufliches Bildungswesen stärker auf den Bedarf des Arbeitsmarktes ausrichtet, ein System für lebenslanges Lernen einführt und eine aktive Arbeitsmarktpolitik verfolgt.
26. Außerdem muss Lettland im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: weitere Verbesserung des rechtlichen Rahmens, nicht zuletzt durch eine nachdrücklich bessere Rechtsetzung; außerdem muss der Zugang zur Kinderbetreuung verbessert werden.

TEIL IV: SCHaubILDER UND STATISTISCHE DATEN

LETTLAND

	LV						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	36.9	43.5	45.5	50.2	55.8		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	40.3	44.2	45.5	49.4	52.9		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						67.0	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Insgesamt	57.5	61.8	62.3	63.3	66.3	53.7	56.2p	57.2p	
	Weiblich	53.8	57.9	58.5	59.3	62.4	70.8	70.8p	71.6p	
	Männlich	61.5	66.1	66.4	67.6	70.4	36.9	42.3p	43.5p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							27.4	33.5p	34.8p	
	Insgesamt	36.0	44.1	47.9	49.5	53.3	47.1	51.5p	52.6p	
	Weiblich	26.7	38.8	41.9	45.3	48.7				
	Männlich	48.4	51.3	55.8	55.2	59.5				
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.44	0.38	0.42	0.56	0.69	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen							76.6	77.4	77.8	
	Insgesamt	76.5	75.4	79.5	79.9	81.0	79.3	80.1	80.7	
	Weiblich	82.4	80.9	85.1	85.2	86.2	73.8	74.7	74.8	
	Männlich	70.9	70.1	74.2	74.7	75.9				
Vergleichende Preisniveaus		58.8	54.4	55.5	56.3	58.8	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		22.9	22.0	24.4	27.2	30.1	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers		16.0	:	:	19.0b	:	:	16.0e	:	
	Insgesamt	16.0	:	:	20.0b	:	:	17.0e	:	
	Weiblich	17.0	:	:	18.0b	:	:	15.0e	:	
	Männlich	-	-	-	-	-	13.0	11.9	11.4	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten		-	-	-	-	-	20.0	16.8	16.2	
	Insgesamt	-	-	-	-	-	9.6	9.7	9.3	
	Weiblich	-	-	-	-	-				
	Männlich	-	-	-	-	-				
Langzeitarbeitslosenquote		7.9	4.4	4.6	4.1	2.5	4.0	4.1p	3.7p	
	Insgesamt	7.5	4.4	4.3	3.7	1.9	4.6	4.5p	4.0p	
	Weiblich	8.3	4.3	4.8	4.4	3.0	3.5	3.8p	3.5p	
	Männlich									
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		38.8	41.7	41.4	42.0	:	90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		756.0	725.1	692.3	644.8	:	213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		120.0	133.1	128.6	126.0	110.2	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Litauen

1. Das Wirtschaftswachstum in Litauen ist weiterhin kräftig geblieben. Nachdem das reale BIP im Zeitraum 2004-2006 um durchschnittlich 7,6% gestiegen ist, wird für 2007 mit einer Zunahme um 8,5% gerechnet. Das Pro-Kopf-BIP dürfte 2007 61% des EU-Durchschnitts erreichen. Die Beschäftigungsquote ist angestiegen (63,6% im Jahr 2006) und die Arbeitslosenquote zurückgegangen (5,6% im Jahr 2006 und geschätzte 4,2% im Jahr 2007). Das Wachstum wurde hauptsächlich durch den Verbrauch der Privathaushalte und den Immobiliensektor gesteigert. Eine rasche Kreditausweitung, Einkommenssteuersenkungen und Lohnerhöhungen, die die Produktivitätszuwächse überstiegen, haben die Nachfrage der privaten Haushalte, die Nachfrage nach Wohnraum eingeschlossen, angekurbelt. Die Angebotsseite bemüht sich, der Nachfrage nachzukommen, aber die Arbeitsmarktzwänge sind offen zu Tage getreten. Der Nachfrageüberhang hat zunehmend zu Ungleichgewichten geführt: Das Leistungsbilanzdefizit wird den Prognosen zufolge im Jahr 2007 13,9% des BIP betragen, die Inflation dürfte bei etwa 5,5% liegen.
2. Die größte wirtschaftspolitische Herausforderung für Litauen besteht nunmehr darin, die makroökonomische Stabilität durch Eindämmen des Inflationsdrucks, des hohen Zahlungsbilanzdefizits und des Kreditwachstums zu sichern. Durch die Stärkung der Angebotsseite der Wirtschaft könnten Ungleichgewichte ausgeglichen und ein solides Wachstum aufrechterhalten werden. Auf Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die auf Qualifikationsdefizite, Lohndruck und zunehmenden Arbeitskräftemangel zurückzuführen sind, sollte mit Begrenzung der Lohnerhöhungen, Mobilisierung der Arbeitskräftereserven, mehr Flexibilität und Verbesserungen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung reagiert werden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt gesehen hat Litauen bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) von 2005 im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt. Das Reformtempo hat sich im letzten Jahr offenbar leicht verlangsamt.
4. Die Empfehlungen des Rates zur Stärkung von Forschung und Innovation konnten teilweise umgesetzt werden. Bei der Befolgung der Empfehlung, das Fachkräfteangebot zu erhöhen, sind die Fortschritte gering, doch will Litauen demnächst einschlägige Maßnahmen durchführen.
5. In Bezug auf die anderen Bereiche, die der Rat der besonderen Aufmerksamkeit Litauens anempfahlen hatte, ist Folgendes festzustellen: Litauen hat sehr gute Fortschritte im Bereich des Umweltschutzes erzielt, gute Fortschritte in Bezug auf die Erleichterung von Unternehmensgründungen und geringe Fortschritte in den restlichen Bereichen.
6. In ihrem letztjährigen Fortschrittsbericht hatte die Kommission verhaltene Fortschritte Litauens bei der Erfüllung der Vorgaben des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 in den vorrangigen Bereichen festgestellt. Seitdem hat Litauen gute Fortschritte bei der Erschließung des Unternehmenspotenzials erzielt, aber nur geringe Fortschritte in den anderen Bereichen.

7. Litauen hat seine Bemühungen um größere Öffentlichkeitswirksamkeit des NRP und der Lissabon-Strategie durch Einrichtung eines einschlägigen Internetportals fortgesetzt. Die Koordinierung des NRP innerhalb der Regierung obliegt einem ministerienübergreifenden Ausschuss. Außerdem wurde für die Konsultation von Interessengruppen zum NRP ein besonderes Konzept entwickelt, an dem sich andere Mitgliedstaaten orientieren können. Im Umsetzungsbericht sind alle Bereiche erfasst, die Herausforderungen darstellen; es hätte der Lesbarkeit des Berichts allerdings gutgetan, wenn Litauen sich stärker auf die Reformen als Antwort auf die länderspezifischen Empfehlungen und die Schwerpunktbereiche konzentriert hätte. Es gibt enge Verbindungen zwischen dem NRP und den Struktur- und Kohäsionsfonds, die in erheblichem Maße für Investitionen in FuE, Innovation und die Informationsgesellschaft sowie für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Anspruch genommen worden sind.
8. Der litauische Umsetzungsbericht für 2007 bestätigt die grundlegenden Prioritäten des NRP: Förderung eines raschen Wirtschaftswachstums und eines stabilen makroökonomischen Umfelds; Aufnahme als Vollmitglied in die WWU; Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der litauischen Unternehmen, Förderung von Beschäftigung und Investitionen in Humankapital.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

9. Bei der Umsetzung der Strategien zur Bewältigung der makroökonomischen Herausforderungen hat Litauen im Zeitraum 2005-2007 nur begrenzte Fortschritte erzielen können. Zur Sicherung einer makroökonomischen Stabilität sind größere Anstrengungen erforderlich.
10. Angesichts der zunehmenden makroökonomischen Ungleichgewichte hat Litauen 2007 die mittelfristig angelegte Preisstabilitätsstrategie und das Gesetz über die Haushaltsdisziplin verabschiedet. Letzteres zielt auf die Stärkung des mehrjährigen Ausgabenrahmens und enthält die feste Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin. Allerdings führt das Gesetz als solches keinen verbindlichen mittelfristigen Haushaltsrahmen ein. Die Regierung sollte aber eine aktivere Rolle spielen, um Überhitzungsgefahren entgegenzuwirken. Obwohl das starke Wachstum zu steigenden Steuereinnahmen geführt hat, besteht immer noch ein leichtes Haushaltsdefizit. Hinzu kommt eine weiterhin expansive Haushaltspolitik, die das gute Wirtschaftsklima nicht nutzt. Angesichts der geplanten Steuerreformen, zu denen auch die Senkung der Einkommensteuer gehört, und der Abschaffung der vorübergehend eingeführten Solidarabgabe auf Unternehmensgewinne sowie des Ausgabenanstiegs im Zuge der laufenden Rentenreform könnte es schwierig werden, die für 2007 angestrebte Defizitsenkung um 0,9% des BIP und den für 2009 anvisierten ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Die Haushaltspolitik sollte bei der Verringerung der mit der starken Nachfrage verbundenen Risiken eine größere Rolle spielen, indem der Staatshaushalt stärker konsolidiert wird und die Steueranreize, insbesondere im Immobilienbereich, heruntergefahren werden.
11. Der Europäische Rat forderte Litauen auf seiner Frühjahrstagung 2007 auf, seine Bemühungen auf die Eindämmung des Inflationsdrucks zu konzentrieren. Im Jahr

2006 betrug die Inflationsrate 3,8%. 2007 dürfte sie auf 5,5% ansteigen, wobei ein Rückgang der Inflation ohne wirksamere konkrete Maßnahmen unwahrscheinlich ist. Die Überhitzungsgefahr der litauischen Wirtschaft nimmt durch die sich abzeichnende Lohnpreisspirale zu. Weitere Preisanstiege sind auf Preiserhöhungen bei den Nahrungsmitteln, die Angleichung der indirekten Steuern und eine Erhöhung der regulierten Preise für Heizung, Gas und Strom zurückzuführen. Die 2007 verabschiedete mittelfristige Preisstabilitätsstrategie wäre wirkungsvoller, wenn sie konkreter wäre. Um eine bessere Ausrichtung des Lohnanstiegs an den Produktivitätsgewinnen zu gewährleisten, ist ein stärkeres Engagement seitens der Regierung und der Sozialpartner erforderlich.

12. Litauen war auch aufgefordert worden, seine Bemühungen auf die Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen zu konzentrieren. Obwohl ein gewisser Investitionsanstieg zu verzeichnen ist, ist es Litauen nur bedingt gelungen, günstigere Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen zu schaffen. Das für 2008 vorgesehene Investitionsförderungsprogramm sieht ein Bündel von Maßnahmen zur Anziehung von Auslandsinvestitionen vor. Nach Ansicht der Kommission muss unbedingt gewährleistet sein, dass dieses Programm in sich schlüssig ist und rasch zur Durchführung gelangt.
13. Litauen hat bei der Erfüllung der makroökonomischen Verpflichtungen in seinem NRP Teilerfolge aufzuweisen. Die Verbesserung der makroökonomischen Stabilität und die Inflations Eindämmung sind weiterhin große Herausforderungen. Es bedarf einer entschlosseneren Haushaltspolitik, die auf die Eindämmung des Inflationsdrucks zielt und die Notwendigkeit realistischerer Wachstumserwartungen signalisiert.

Mikroökonomische Politik

14. Bei der Umsetzung der Strategien zur Bewältigung der mikroökonomischen Herausforderungen hat Litauen im Zeitraum 2005-2007 gewisse Fortschritte erzielen können. Die Maßnahmen zur Förderung der elektronischen Behördendienste sind angemessen und müssen jetzt ausgebaut und von einer umfassenden Strategie flankiert werden. Die geplanten Maßnahmen im IKT-Bereich müssen mit größerem Nachdruck durchgeführt werden. Bei der Vollendung des Programms für bessere Rechtsetzung ist Litauen nur bedingt vorangekommen: Die Maßnahmen zur Verbesserung des Regulierungsrahmens und insbesondere die Maßnahmen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands stehen noch immer aus. Die Maßnahmen zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften wurden offenbar zurückgestellt, und es fehlt an Zielvorgaben zur Verringerung des Verwaltungsaufwands. Bei der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften muss Litauen in größerem Umfang Folgenabschätzungen und Konsultationsverfahren anwenden.
15. Der Rat empfahl Litauen die Stärkung seines FuE-Systems, um das hochgesteckte Ziel für Gesamtinvestitionen in FuE erreichen zu können. Trotz des beträchtlichen Anstiegs der öffentlichen Ausgaben für FuE in den vergangenen Jahren ist der FuE-Anteil am BIP aufgrund eines raschen BIP-Wachstums und nach wie vor sehr niedriger privater FuE-Ausgaben (0,2% des BIP) quasi konstant geblieben. Es bedarf daher großer Anstrengungen, um sich dem Ziel von 2% des BIP bis 2010 anzunähern, bei den privaten Investitionen die 1% - Marke zu erreichen.

16. 2007 unterzeichneten die politischen Parteien eine Vereinbarung über die Grundsätze der Forschung und die Reform der Hochschulbildung. Ziel der Reform ist es, die FuE Kapazität des öffentlichen Sektors zu erhöhen, die Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen in FuE zu verbessern, den Wissenstransfer zwischen öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen zu erleichtern und so die Effizienz öffentlicher FuE-Investitionen zu erhöhen. Litauen sollte unverzüglich mit der Umsetzung der Vereinbarung beginnen und die beiden Agenturen einrichten, die die Mittel unter Berücksichtigung des Konkurrenzgedankens verwalten sollen, sowie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in den Zentren für integrierte Forschung und Innovation entwickeln. Das Gesetz zur Erleichterung der kommerziellen Nutzung der Nebenprodukte der Forschungstätigkeit sollte verabschiedet werden und ebenso die Programme, die durch längere Beobachtung das Abwandern von Fachkräften verhindern sollen. Außerdem sollten die Bedingungen für Doktoranden und die Karriereaussichten für Forscher attraktiver gestaltet werden. Daneben sollte auch den Low-Tech- und traditionellen Sektoren, die in der litauischen Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen, deren Wachstumspotenzial aufgrund eines niedrigen Innovationsniveaus aber gering ist, gebührend Rechnung getragen werden. Durch innovationsfördernde Dienste sollten diese Sektoren eine gezielte und angemessene Unterstützung erhalten.
17. Der Rat forderte Litauen auf, sich stärker auf den Umweltschutz und die Erleichterung von Unternehmensgründungen zu konzentrieren. Litauen führt mehrere Maßnahmen durch, um Probleme wie Klimawandel, nachhaltiger Energieverbrauch und Trinkwasservorrat zu bewältigen; außerdem werden bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Umweltverträglichkeitsaspekte berücksichtigt. Damit hat Litauen sehr positiv auf die Aufforderung des Rates reagiert. Zur Erleichterung von Unternehmensgründungen hat Litauen eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, die Dauer der Unternehmensgründungsverfahren auf sechs Tage reduziert, die mit einer GmbH-Gründung verbundenen Kosten gesenkt und eine Anlaufstelle eingerichtet, die bei der Einstellung des ersten Angestellten beratend tätig ist. Mit diesen Maßnahmen ist Litauen der Aufforderung des Rates in positiver Weise nachgekommen.
18. Litauen hat die Empfehlung des Rates zur Umsetzung der Vorgaben im Bereich Forschung und Innovation zum Teil aufgegriffen. Die Durchführung der geplanten FuE-Reform muss vorangetrieben werden. Im Bereich des Umweltschutzes und der Förderung von Unternehmensgründungen war Litauen so erfolgreich, dass diese Punkte nicht länger der Beobachtung bedürfen. Stattdessen müssen die Maßnahmen zur Vollendung und Durchführung des Programms für eine bessere Rechtsetzung stärker im Mittelpunkt stehen.

Beschäftigungspolitik

19. Bei der Umsetzung der Strategien zur Bewältigung der arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen hat Litauen im Zeitraum 2005-2007 gewisse Fortschritte erzielen können. Zu den wichtigen Maßnahmen zählt die Verabschiedung der Gesetze zur Beschäftigungsförderung und der beruflichen Bildung. Mit den Vorarbeiten zur Anhebung des gesetzlichen Rentenalters und der Einführung der obligatorischen Vorschulerziehung wurde hingegen noch nicht begonnen. Die Gesundheitsreform verdient größere Beachtung, um den Zugang zu den Dienstleistungen zu verbessern und die finanzielle Tragfähigkeit des Systems zu gewährleisten.

20. Der Rat empfahl Litauen, das Fachkräfteangebot zu erhöhen. Litauen hat eine Studie über die Gründe für die Abwanderung der Arbeitskräfte durchgeführt und eine Informationskampagne zu den Arbeits- und Lebensbedingungen in Litauen gestartet. Zwar hat Litauen bei der Förderung der internen Mobilität der Arbeitnehmer keine Fortschritte erzielt, doch hat sich die Regierung verpflichtet, im Zeitraum 2007-2008 entsprechende Fördermaßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen. Die Teilnehmerate an Maßnahmen für lebensbegleitendes Lernen ist weiterhin sehr niedrig (4,9% in Litauen gegenüber 9,6% in der EU). Es wurden verschiedene Projekte eingeleitet, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds mitfinanziert werden; außerdem wurde eine Untersuchung über den Weiterbildungsbedarf älterer Arbeitnehmer gestartet. Die Strategie des lebensbegleitenden Lernens muss Ende 2007 überarbeitet werden. Diese Maßnahmen und auch das Tempo, in dem sie umgesetzt werden, zeigen, dass in diesem Bereich nur wenig getan wurde. Es ist wichtig, die Umsetzung dieser Maßnahmen zu beschleunigen. Darüber hinaus sind große Anstrengungen erforderlich, um sicherzustellen, dass die Qualität der durch die allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme vermittelten Kenntnisse und Qualifikationen dem Bedarf des Arbeitsmarkts entspricht.
21. Der Rat empfahl Litauen des Weiteren, seine Anstrengungen auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen, die Heranbildung von unternehmerischer Kompetenz und die Erhöhung des Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen sowie auf Maßnahmen zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu konzentrieren. Das 2007 verabschiedete Gesetz zur beruflichen Bildung schafft die Grundlage für das nationale Qualifikationssystem und die Lehrlingsausbildung. Doch dieser Ansatz reicht nicht aus. Es ist wichtig, die Hochschulbildung zu reformieren und flexible Beschäftigungsvereinbarungen für junge Menschen zu fördern. Die Durchführung des nationalen Programms zur Förderung der unternehmerischen Kompetenzen junger Menschen sollte beschleunigt werden, um das Unternehmertum zu fördern.
22. Im Bereich der Kinderbetreuung hat Litauen mehrere Vorschulgruppen eingerichtet und ein obligatorisches Vorschulprogramm entwickelt, das noch verabschiedet und durchgeführt werden muss. Nach Auffassung der Kommission ist dieser Ansatz nicht ausreichend. Zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz wurde das 2007 verabschiedete Gesetz zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz durch Bestimmungen zur Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten ergänzt. Außerdem wurde in dem Gesetz festgelegt, dass der Arbeitgeber für die Gestaltung eines sicheren und gesunden Arbeitsumfelds zuständig ist. Dies ist ein guter Ansatz, doch zur Bewältigung des Problems bedarf es eines integrierten Konzepts, das sich auf eine genaue Analyse der Situation stützt und dabei auch die zunehmende Verfügbarkeit und Kompetenz von Arbeitsmedizinern berücksichtigt.
23. Obwohl eine Reihe von flexicuritybezogenen Maßnahmen eingeleitet wurden, verfügt Litauen nicht über ein integriertes Flexicurity-Konzept. Die Sozialpartner werden in zunehmendem Umfang eingebunden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist verbessert worden, und es wird an der Vorbereitung der Grundlage für ein flexibles Arbeitsvertragsrecht gearbeitet. Es bedarf größerer Anstrengungen, um die Teilnahme an Maßnahmen für lebensbegleitendes Lernen zu steigern.

24. Litauen hat bei der Erfüllung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen in seinem NRP Teilerfolge aufzuweisen. Die Empfehlung und die besonders ermittelten Schwerpunkte wurden nur in gewissem Umfang aufgegriffen und sind daher weiterhin gültig.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

25. In Anbetracht des litauischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
26. Litauen hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 gute Fortschritte gemacht. Dies gilt auch für die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rats 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.
27. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates nur teilweise aufgegriffen wurden. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besondere Aufmerksamkeit verdienen, sind gewisse Fortschritte festzustellen.
28. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Litauen folgende positive Entwicklungen erkennen: Anerkennung der vorrangigen Bereiche in Bezug auf den Ausbau des FuE-Systems und die Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes.
29. Die Steigerung und effizientere Verwendung der Ausgaben für FuE und Innovationen; die Förderung der internen Mobilität der Arbeitnehmer, die Förderung der Teilnahme – insbesondere älterer Arbeitnehmer - an Programmen des lebenslangen Lernens sowie die Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung, damit sie an Qualität gewinnt und auf den Bedarf des Arbeitsmarktes zugeschnitten ist, sind die Bereiche im nationalen Reformprogramm Litauens, denen höchste Priorität einzuräumen ist. Vor diesem Hintergrund wird Litauen empfohlen,
- die Strukturreform seines FuE- und Innovationssystems zu beschleunigen, damit die staatlichen Mittel effizienter eingesetzt und günstige Rahmenbedingungen für mehr private Investitionen in diesen Bereich, einschließlich Innovationen in Low-Tech- und traditionellen Wirtschaftssektoren, geschaffen werden können;
 - sich stärker um die Erhöhung des Fachkräfteangebots zu bemühen und dabei schwerpunktmäßig die Teilnahme älterer Arbeitnehmer durch Verbesserung der regionalen Mobilität zu fördern, die allgemeine und berufliche Bildung so zu reformieren, dass sie qualitativ auf den Bedarf des Arbeitsmarktes zugeschnitten ist und die überarbeitete Strategie für lebenslanges Lernen durchzuführen.
30. Außerdem muss Litauen im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: Verbesserung der makroökonomischen Stabilität und Eindämmung der Inflation, Bemühen um mehr ausländische Direktinvestitionen, effizientere Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen mit besonderem Schwerpunkt auf der Vereinfachung der Rechtsvorschriften,

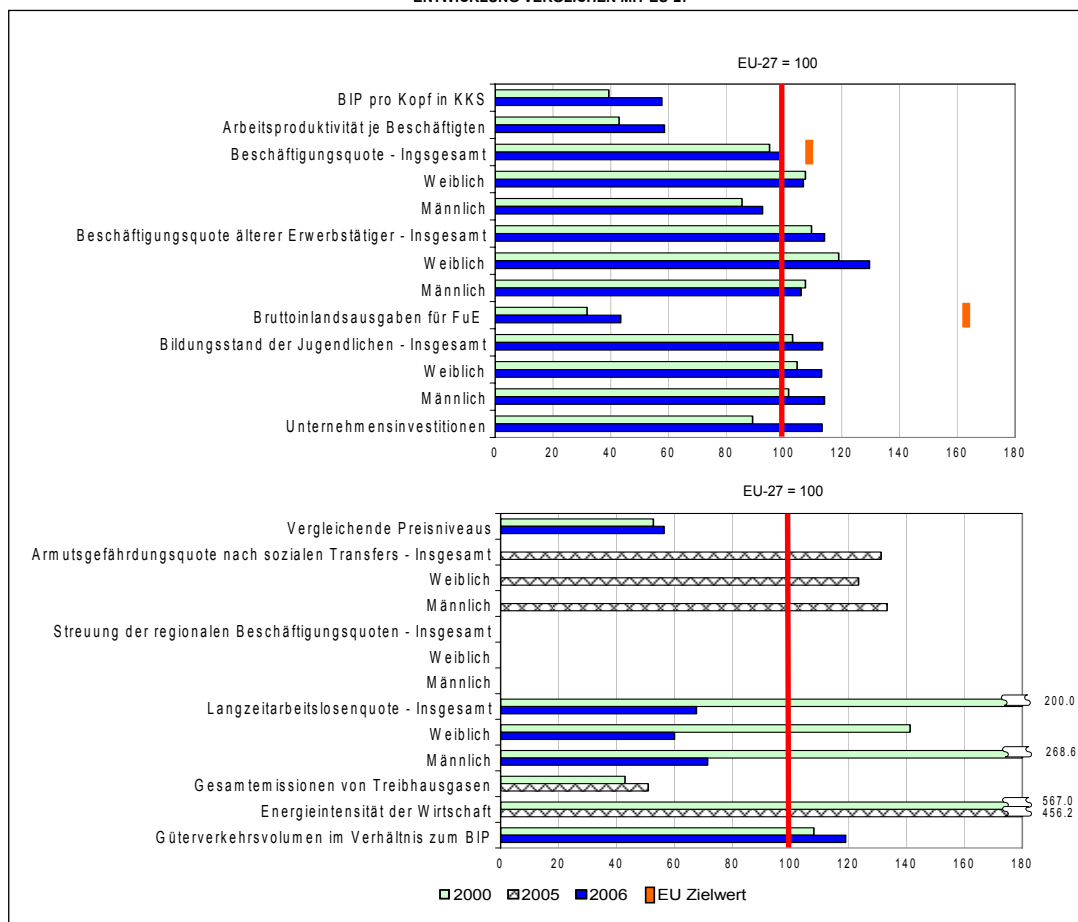
Verbesserung der Beschäftigungschancen für junge Menschen, verstärkte Heranbildung zu unternehmerischem Denken, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz.

TEIL IV: SCHAUILLDER UND STATISTISCHE DATEN

LITAUEN

	LT						EU27				
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	39.4	49.2	51.1	53.8	57.7		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	42.9	51.8	53.7	55.2	58.6		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote						68.8	62.2	63.4p	64.4p	70.0	
	Insgesamt	59.1	61.1	61.2	62.6	63.6	53.7	56.2p	57.2p		
	Weiblich	57.7	58.4	57.8	59.4	61.0	70.8	70.8p	71.6p		
	Männlich	60.5	64.0	64.7	66.1	66.3	36.9	42.3p	43.5p		
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							27.4	33.5p	34.8p		
	Insgesamt	40.4	44.7	47.1	49.2	49.6	47.1	51.5p	52.6p		
	Weiblich	32.6	36.7	39.3	41.7	45.1					
	Männlich	50.6	55.3	57.6	59.1	55.7					
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.59	0.67	0.76	0.76	0.80	2.0	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
	Insgesamt	78.9	84.2	85.0	87.8	88.2	76.6	77.4	77.8		
	Weiblich	82.9	87.9	88.5	91.8	91.2	79.3	80.1	80.7		
	Männlich	75.0	80.6	81.5	83.9	85.3	73.8	74.7	74.8		
Vergleichende Preisniveaus		52.7	52.3	53.1	54.6	56.4	100.0	100.0	100.0		
Unternehmensinvestitionen		16.4	18.2	18.9	19.4	20.6	18.4	17.8	18.2		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
	Insgesamt	17.0	:	:	21.0b	:	:	16.0e	:		
	Weiblich	17.0	:	:	21.0b	:	:	17.0e	:		
	Männlich	17.0	:	:	20.0b	:	:	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
	Insgesamt	-	-	-	-	-	13.0	11.9	11.4		
	Weiblich	-	-	-	-	-	20.0	16.8	16.2		
	Männlich	-	-	-	-	-	9.6	9.7	9.3		
Langzeitarbeitslosenquote											
	Insgesamt	8.0	6.0	5.8	4.3	2.5	4.0	4.1p	3.7p		
	Weiblich	6.5	6.0	6.2	4.5	2.4	4.6	4.5p	4.0p		
	Männlich	9.4	6.0	5.5	4.2	2.5	3.5	3.8p	3.5p		
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		38.9	41.7	43.8	46.9	:	90.7	92.1	:		
Energieintensität der Wirtschaft		1208.4	1194.8	1086.2	949.1	:	213.1	208.1	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		107.1	116.9	113.7	124.9	127.0e	99.1e	105.4e	106.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Luxemburg

1. Seit dem Ende der wirtschaftlichen Abschwächung der Jahre 2001 bis 2003 verzeichnet Luxemburg erneut ein Wachstum deutlich über dem EU-Durchschnitt. Das reale BIP-Wachstum erreichte 2006 einen Wert von 6,1 %, verlangsamte sich 2007 aber auf ca. 5 %. Während das Wachstum 2006 vor allem vom Außenhandel getragen wurde, nahm 2007 der Beitrag der Inlandsnachfrage zu. Das Wachstum des BIP wird sich 2008 und 2009 voraussichtlich weiter auf ca. 4,5 % verlangsamen, aber vermutlich nach wie vor über dem EU-Durchschnitt liegen.
2. Trotz des hohen Wachstums und der niedrigen Arbeitslosigkeit muss sich Luxemburg weiter auf künftige Herausforderungen vorbereiten. Das längerfristige Wachstumspotential könnte durch die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit aufgrund eines relativ raschen Anstiegs der Lohnkosten beeinträchtigt werden. Die Erwerbsquote liegt nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt und ist bei älteren Arbeitnehmern besonders niedrig. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin Problem. Mikroökonomische Herausforderungen sind in den Bereichen Unternehmensgründung, Umsetzung des EU-Rechts und bei bestimmten Aspekten des Wettbewerbs weiter vorhanden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt geht aus dem Umsetzungsbericht hervor, dass bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 sehr gute Fortschritte erzielt wurden. Die Fortschritte haben sich offenbar im letzten Jahr leicht beschleunigt.
4. An Luxemburg wurden keine länderspezifische Empfehlungen gerichtet. Auf den Gebieten, auf die sich Luxemburg nach den Schlussfolgerungen des Rates konzentrieren sollte, wurden generell einige Fortschritte erzielt. Ausnahmen waren insbesondere die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und weitere Reformen der Frühpensionierungsregelungen sowie einige Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
5. Im Fortschrittsbericht der Kommission vom vergangenen Jahr wurde festgestellt, dass Luxemburg sehr gute Fortschritte bei der Verwirklichung der auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates vereinbarten spezifischen Verpflichtungen erzielt hat, dass aber weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Einstellung des ersten Beschäftigten und zur Beschleunigung der Gründung neuer Unternehmen erforderlich seien. Seitdem wurden in Bezug auf die meisten bis Ende 2007 zu erfüllenden Verpflichtungen einige Fortschritte erzielt. In seinem jüngsten Umsetzungsbericht beschreibt Luxemburg seine Bemühungen, den Empfehlungen für die Mitgliedstaaten der Eurozone nachzukommen.
6. Der Entwicklung der Eigenverantwortung im Rahmen des NRP im Verhältnis zwischen Regierung und Sozialpartnern dienen nach wie vor sehr umfangreiche Konsultationen und Anstrengungen. Die Sozialpartner waren in die Abfassung des Umsetzungsberichts 2007 einbezogen. Die regelmäßige Veröffentlichung des „Observatoire de la Compétitivité“ trägt zur Steigerung der

Öffentlichkeitswirksamkeit des Lissabon-Prozesses bei. Die Verbindung zwischen verantwortungsvollem Regieren und der Durchführung des NRP und der Programme im Rahmen der Strukturfonds ist recht eng. Die Strukturfondsmittel werden in zufriedenstellender Weise für Lissabon-Prioritäten eingesetzt: 82 % der EFRE- und 100 % der ESF-Mittel werden für die Erreichung dieser Ziele verwendet. Die ESF-Mittel werden hauptsächlich für die Vermittlung angemessener Fähigkeiten bei Arbeitnehmern und die bessere Integration benachteiligter Gruppen verwendet, um so das Arbeitskräfteangebot zu verbessern. Die EFRE-Mittel werden vor allem zur Förderung von Innovation, FuE und Unternehmertum eingesetzt.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Die wichtigsten makroökonomischen Herausforderungen für Luxemburg in den kommenden Jahren sind die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen sowie die Risiken einer sich beschleunigenden Inflation und einer zurückgehenden Wettbewerbsfähigkeit. Die Staatsfinanzen verschlechterten sich zwar erheblich, offenbar aber nicht in dem zunächst angenommenen Maße. Nach revidierten Zahlen erreichte das Defizit bereits 2004 mit 1,2 % des BIP seinen Höhepunkt und ging 2005 auf nur 0,1 % zurück (nach den ursprünglichen Schätzungen war dagegen ein Defizit von 2,3 % erwartet worden). 2006 wiesen die Staatsfinanzen einen Überschuss von 0,7 % des BIP aus, der wahrscheinlich 2007 auf ca. 1,25 % angestiegen ist. Trotz der im April 2006 vereinbarten teilweisen Deindexierung fielen die Lohnsteigerungen 2006 und 2007 mit etwa 4,5 % offenbar stark aus.
8. Weitere Reformen sind notwendig, um die langfristige Tragfähigkeit des Rentensystems zu gewährleisten. Luxemburg hat eine alternde Bevölkerung, und die Ausweitung der Beschäftigung seit Anfang der 80er Jahre wird in Zukunft unvermeidlich zu einer entsprechenden Zunahme der Anzahl der Rentner führen. Trotzdem wurde wenig getan, um das Rentensystem zu reformieren, und 2007 waren keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen.
9. Von 2005 bis 2007 wurden in Bezug auf die kurzfristigen makroökonomischen Herausforderungen, denen sich Luxemburg gegenüber sieht, gute Fortschritte verzeichnet, wenngleich diese Verbesserung wahrscheinlich teilweise auf günstige Nebenbedingungen zurückzuführen ist. Bei der Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit des Rentensystems wurden wenig Fortschritte erzielt.

Mikroökonomische Politik

10. Die mikroökonomische Politik konzentrierte sich in den Jahren 2005 bis 2007 auf die Integration der Wirtschaft in den europäischen und internationalen Rahmen, die Schaffung attraktiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und die Verwirklichung der Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung. Bei der Integration der Wirtschaft, insbesondere in den Bereichen Schieneninfrastruktur und elektronische Kommunikationsmittel wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Um attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, konzentrieren sich die umfangreichen Vereinfachungsmaßnahmen auf die Bedürfnisse der Unternehmen, wobei auch die jeweiligen Verwaltungslasten vorab geprüft werden. Der angestrebte

Abbau der Verwaltungslasten sollte aber quantifiziert und einige informelle Anhörungen sollten in förmliche Maßnahmen einbezogen werden.

11. Luxemburg fördert die Verbreitung von IKT, geht auf Fragen der Sicherheit der elektronischen Kommunikationsmittel ein und weitet die elektronischen Behördendienste (eGovernment) aus. Die öffentlichen Finanzmittel für die Forschung wurden deutlich aufgestockt und sollen von 2005 bis 2009 verdoppelt werden. Während die Erreichung des Ausgabenziels von 3 % wichtig ist, ist es angebracht, der effizienten Verwaltung Aufmerksamkeit zu widmen, um die Aufnahmefähigkeit zu steigern. Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen ist zu verstärken, um insbesondere das relativ niedrige Niveau der Forschungsinvestitionen von KMU anzuheben. Luxemburg hat eine Reihe von breitgefächerten Maßnahmen ergriffen, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern, und strebt das Kyoto-Ziel einer Senkung der Treibhausgase um 28 % an. Die Berichte über Fortschritte bei der Verwirklichung der Kyoto-Ziele sollten jedoch verbessert werden, und die Erreichung des Ziels wird weitere Maßnahmen erfordern.
12. Der Rat hat festgestellt, dass sich Luxemburg zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Folgendes konzentrieren sollte: verstärkte Unterstützung für wettbewerbsfähige Märkte, für die Umsetzung der EU-Richtlinien und für KMU. Ein aktueller Gesetzesvorschlag sieht die Zusammenlegung und Stärkung der Wettbewerbsbehörden sowie eine Erweiterung ihrer Befugnisse vor. Die Personalausstattung der Behörden ist dennoch unzureichend. Trotz der großen Bedeutung der freiberuflichen Dienstleistungen in Luxemburg ist der Wettbewerb im internationalen Vergleich nach wie vor schwach. Luxemburg sollte daher entschiedene Schritte zur Stärkung des Wettbewerbs in diesem Bereich unternehmen.
13. Der Rückstand bei der Umsetzung des EU-Rechts ist weiterhin hoch, wenngleich sich die Lage seit 2005 deutlich verbessert hat. Luxemburg sollte die 2006 eingeführten Verfahren konsolidieren und eine Frist für die Verwirklichung des vom Rat vereinbarten Ziels von 1 % festlegen. Zu den wichtigen Richtlinien, deren Umsetzung aussteht, zählen die über öffentliche Aufträge, die Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum und die Richtlinie über die Transparenz von Finanzdienstleistungen.
14. An den Sekundarschulen muss die Vermittlung von unternehmerischen Kompetenzen breiteren Raum einnehmen. Luxemburg hat bereits zentrale Anlaufstellen für Unternehmensgründer geschaffen. Weitere Verbesserungen sollten jedoch vorgenommen werden, um bei der Gründung eines Unternehmens und der Einstellung des ersten Beschäftigten langwierige und häufig kostspielige Verfahren zu beseitigen.
15. Insgesamt hat Luxemburg die Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen in seinem NRP erfolgreich durchgeführt, muss aber noch eine Reihe von Herausforderungen bewältigen. Auf die Kernfragen der Förderung attraktiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen wurde bis zu einem gewissen Maß eingegangen. Weitere Anstrengungen zur Erleichterung der Verfahren zur Unternehmensgründung, einschließlich der Einstellung des ersten Beschäftigten, zur Beschleunigung der Umsetzung der EU-Richtlinien und zur Stärkung des Wettbewerbs insbesondere im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen sind erforderlich. Nach Ansicht der Kommission reagiert Luxemburg damit in

unterschiedlichem Maße auf die Herausforderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Beschäftigungspolitik

16. Aktuelle Strukturreformen der Regierung und der Sozialpartner konzentrieren sich auf die Erhaltung der Beschäftigung, flexible Vertragsbedingungen, die Vermittlung junger Menschen in Beschäftigungsverhältnisse und die Verringerung der Zahl der Schüler, die die Schule frühzeitig verlassen. Die Frauenbeschäftigungsquote hat sich seit 2003 verbessert, was durch die Ausweitung der Kinderbetreuungseinrichtungen erleichtert wurde. Weitere Initiativen sind jedoch erforderlich, um die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zu erhöhen und der Arbeitslosigkeit junger Menschen zu begegnen.
17. Der Rat hat auf folgende Schwerpunkte hingewiesen: Anhebung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer und weitere Reform der Frühpensionierungssysteme, Verringerung der Zahl der Schüler, die die Schule frühzeitig verlassen, Beseitigung künstlicher Schranken zwischen verschiedenen Bildungsformen sowie genaue Beobachtung der Auswirkungen aktueller Maßnahmen auf die Jugendarbeitslosigkeit. Es gab kaum politische Initiativen zur Förderung des längeren Verbleibs im Erwerbsleben und keine Fortschritte hinsichtlich eines Wandels der Einstellung gegenüber der Verlängerung des Arbeitslebens, sowie hinsichtlich stärkerer Anreize, um in Arbeit zu bleiben und Frühpensionierungen zu vermeiden. Das vor kurzem verabschiedete Gesetz über die berufliche Bildung könnte jedoch positive Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer haben. Die Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer ist auch eng mit der Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme und ihrer finanziellen Tragfähigkeit verbunden.
18. Ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie des lebenslangen Lernens wurde verabschiedet, um der sich verschlechternden Tendenz beim frühen Schulabgang und bei höheren Schulabschlüssen entgegenzuwirken. Die jüngst erlassenen Regelungen umfassen auch neue Maßnahmen, die frühen Schulabgängern den Wiedereinstieg in das allgemeine und berufliche Bildungswesen erleichtern. Ein weiteres Gesetz sieht eine Umgestaltung der beruflichen Bildung vor und trägt zur Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Schule in das Berufsleben bei. Außerdem wurden Schritte zur Verbesserung der Anerkennung und Validierung von Qualifikationen und Kompetenzen und zur Aufwertung von Schulungsmöglichkeiten unternommen. Da die Durchführung jedoch noch in der Anfangsphase ist, bleibt abzuwarten, ob diese Reformen ausreichend sein werden.
19. Luxemburg ergreift geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Eingliederung in das Berufsleben und der beruflichen Orientierung insbesondere für junge Menschen. Die Einführung eines persönlichen Betreuers wird zur Wiedereingliederung junger Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt und zur Verbesserung ihrer Beschäftigungschancen beitragen. Da die Durchführung jedoch erst begonnen hat, wird es wichtig sein, die Auswirkungen der neuen Maßnahmen aufmerksam zu verfolgen.
20. Insgesamt wendet Luxemburg hinsichtlich der Verbindung von Flexibilität und Sicherheit („Flexicurity“) einen ausgewogenen Ansatz an und unternimmt Schritte zu

einer umfassenden Regelung. Vor kurzem erreichten die Sozialpartner einen Konsens über die Einführung eines einheitlichen Status für die Beschäftigten der Privatwirtschaft, was die Flexibilität des Arbeitsmarkts erhöhen dürfte. Die aktuellen Reformen der aktiven Arbeitsmarktpolitik konzentrieren sich auf die rasche Eingliederung junger Menschen, und ein neues Gesetz soll Maßnahmen im Vorfeld von Umstrukturierungen und den beruflichen Umstieg erleichtern. Die Situation beim lebenslangen Lernen hat sich 2007 erheblich verbessert, und ab 1. Januar 2008 besteht ein Recht auf individuelle Schulung. Bei der laufenden Anpassung des Systems der sozialen Sicherheit gibt es jedoch keine sichtbaren Fortschritte.

21. Allgemein hat Luxemburg die Maßnahmen zur Verwirklichung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen in seinem NRP erfolgreich durchgeführt. Außer in Bezug auf den längeren Verbleib der Menschen im Erwerbsleben wurde auf die Schwerpunkte im Beschäftigungsbereich eingegangen. Trotz der offensichtlichen Fortschritte kommt es nun auf die Umsetzung an, und die Kommission wird diesen Schwerpunkten weiter Aufmerksamkeit widmen.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

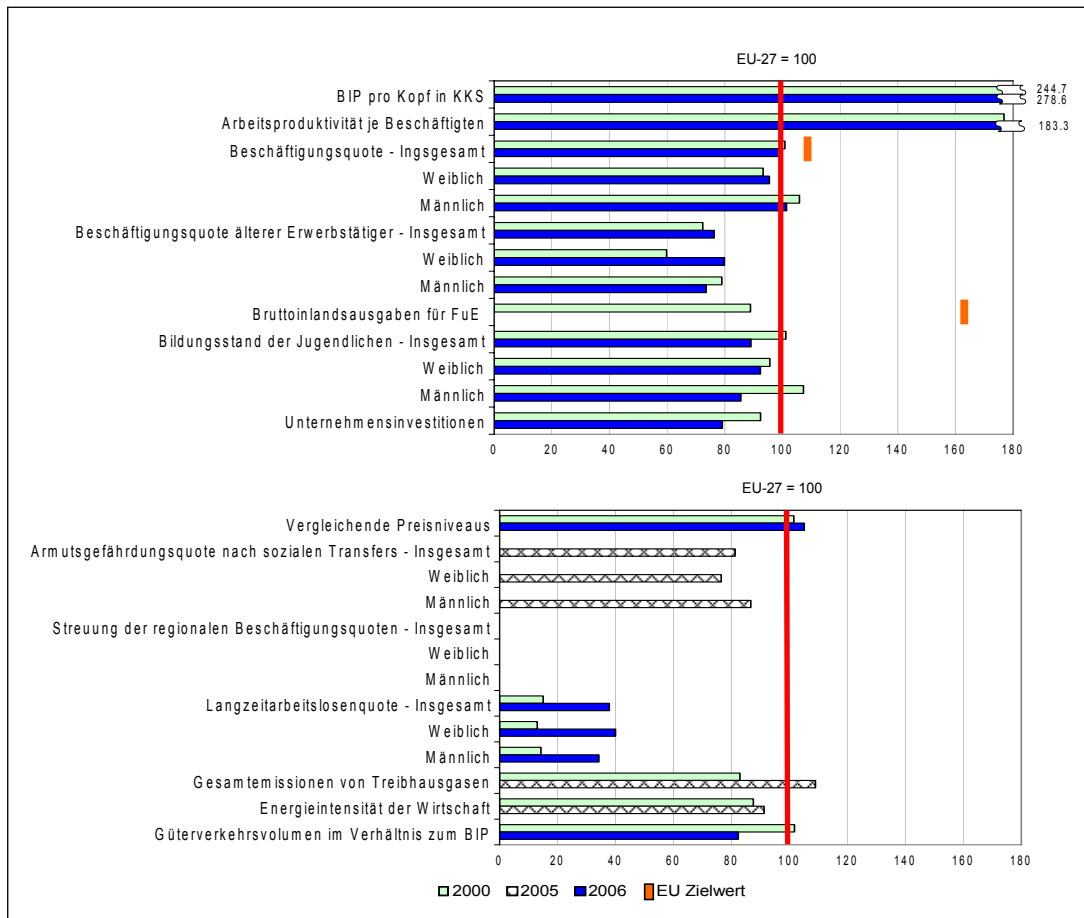
22. In Anbetracht des luxemburgischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
23. Luxemburg hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) zwischen 2005 und 2007 sehr gute Fortschritte erzielt. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen wurden einige Fortschritte erzielt.
24. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Hinweise des Rates auf besonders zu beachtende Punkte und die Empfehlungen für die Eurozone in unterschiedlichem Maße aufgegriffen wurden. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
25. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Luxemburg folgende positive Entwicklungen erkennen: Investitionen zur Integration der Wirtschaft in den internationalen Rahmen, Bemühungen um eine an den Bedürfnissen der Unternehmen orientierte Vereinfachungspolitik, Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, die Reform der beruflichen Bildung und Einführung neuer Formen der Beschäftigung.
26. Außerdem muss Luxemburg im Verlauf des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: beschleunigte Durchführung der Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer, insbesondere durch eine Erschwerung des Vorruhestands, weitere Maßnahmen zur Verringerung der Schulabbrecherquote und mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, genaue Beobachtung der Auswirkungen der jüngst ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit, und schließlich Erhöhung der Attraktivität des wirtschaftlichen Umfelds durch mehr Unterstützung für wettbewerbsfähige Märkte, für die Umsetzung von EU-Recht und für KMU.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

LUXEMBURG

	LU						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	244.7	247.7	252.7	263.0	278.6		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	176.9	166.4	168.9	174.4	183.3		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote	Insgesamt	62.7	62.2	62.5	63.6	63.6	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Weiblich	50.1	50.9	51.9	53.7	54.6	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	75.0	73.3	72.8	73.3	72.6	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	26.7	30.3	30.4	31.7	33.2	36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	16.4	20.6	22.2	24.9	27.8	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	37.2	39.7	38.3	38.3	38.7	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.65	1.66	1.63	1.57p		3.0	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	77.5	72.7b	72.5	71.1	69.3	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	75.8	75.6b	73.4	75.8	74.5	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	79.2	69.7b	71.6	66.6	64.0	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus	101.5	103.2	105.1	104.6	105.1		100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen	17.0	17.0	16.5	15.5	14.4		18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	12.0	11.0b	12.0	13.0			16.0e		
	Weiblich	12.0	12.0b	12.0	13.0			17.0e		
	Männlich	12.0	11.0b	12.0	13.0			15.0e		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	-	-	-	-	-	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	-	-	-	-	-	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	-	-	-	-	-	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	0.6	0.9	1.1	1.2	1.4	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	0.6	0.9	1.4	1.2	1.6	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	0.5	0.9	0.8	1.2	1.2	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	75.2	88.6	100.8	100.4			90.7	92.1		
Energieintensität der Wirtschaft	186.6	181.8	193.5	189.9			213.1	208.1		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	100.8	111.8	107.2	92.4	87.9e		99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Ungarn

1. Das Wirtschaftswachstum begann sich 2006 zu verlangsamen. Das BIP wird 2007 voraussichtlich um 2 % zunehmen und bleibt damit hinter dem Wachstum von 3,9 % im Jahre 2006 zurück. Das Wachstumsprofil spiegelt weitgehend die Korrektur der nicht tragfähigen Entwicklung der Haushaltspolitik in den letzten Jahren wider. Beschäftigung und Erwerbsquote liegen weiter deutlich unter dem EU-Durchschnitt, trotz der leichten Verbesserung auf 57,3 % bzw. 62 % im Jahre 2006. Nach dem Anstieg auf 9,2 % des BIP im Jahre 2006 wird das Haushaltsdefizit 2007 voraussichtlich auf 6,5 % des BIP sinken, und die Schuldenquote wird langsamer steigen.
2. Oberste Priorität für Ungarn ist die Fortsetzung des Haushaltskonsolidierungsprogramms, ergänzt durch solide Strukturreformen und eine umfassende Reform der Haushaltspolitik. Die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung werden die erwartete Rückkehr zu einem soliden Wachstum unterstützen. Gleichzeitig ist die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die stark gefährdet ist, zu gewährleisten. Institutionelle und legislative Maßnahmen zur Verbesserung des Funktionierens der Arbeitsmärkte und des mikroökonomischen Umfelds sollten durchgeführt werden, ohne jedoch die Haushaltskonsolidierung zu gefährden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt gehen aus dem ungarischen Umsetzungsbericht für 2007 begrenzte Fortschritte bei der Umsetzung des überarbeiteten nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 hervor. Ungarn unternimmt starke Anstrengungen, und die Fortschritte beschleunigten sich im letzten Jahr.
4. Im Hinblick auf die vom Europäischen Rat an Ungarn gerichteten vier länderspezifischen Empfehlungen konnten einige Fortschritte erzielt werden. Das Haushaltskonsolidierungsprogramm wird 2007 voraussichtlich zu einem besseren Haushaltsergebnis als erwartet führen. Das Defizit ist jedoch noch hoch und die mittelfristige Lage der öffentlichen Finanzen bleibt instabil. Weitere Anreize zur Arbeit und zum Verbleiben auf dem Arbeitsmarkt wurden eingeführt, und bei der Einführung des integrierten Beschäftigungs- und Sozialdienstleistungssystems wurden gute Fortschritte erzielt. Im Bereich der Bildung, Ausbildung und aktiven Arbeitsmarktpolitik waren die Fortschritte begrenzt, da Ungarns Priorität die Haushaltskonsolidierung ist.
5. Was die anderen Bereiche betrifft, auf die sich Ungarn nach den Schlussfolgerungen des Rates konzentrieren sollte, so wurden insbesondere bei der Entwicklung einer umfassenden Strategie für FuE, Innovation und IKT und bei der Umwandlung von Schwarzarbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse die größten Fortschritte erzielt.
6. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die Fortschritte Ungarns bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen zu den Bereichen für vorrangige Maßnahmen (Wissen, Erschließung des

Unternehmenspotenzials, Beschäftigung und Energie) begrenzt waren. Bei den meisten Verpflichtungen für Ende 2007 wurden ebenfalls begrenzte Fortschritte erzielt.

7. Die politische Steuerung und die Eigenverantwortung für das NRP wurden offenbar bis zu einem gewissen Grad gestärkt. Der Bericht wurde vom Parlament und von den Interessengruppen vor der Vorlage erörtert. Klare Zeitpläne für die Reformschritte wurden zwar vorgelegt, aber systematische Informationen über die Auswirkungen der verabschiedeten und geplanten Maßnahmen auf den Haushalt fehlen. Die von den Struktur- und Kohäsionsfonds mitfinanzierten operationellen Programme spielen eine wichtige Rolle bei der Durchführung des NRP, und ihre gemeinsame Verwaltung ist gewährleistet. Die Verwendung der Strukturfondsmittel für Wachstums- und Beschäftigungsziele könnte jedoch ausgeprägter sein.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Im NRP wurden der Abbau des Haushaltsdefizits und die Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als zentrale makroökonomische Aufgaben benannt. Die Fortschritte auf diesem Gebiet im Zeitraum 2005-2007 waren unterschiedlich. Nach Jahren einer lockeren Haushaltspolitik, die zu ernsthaften makroökonomischen Ungleichgewichten geführt hat, leitete die wiedergewählte Regierung in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 ein umfangreiches Haushaltskonsolidierungs- und Reformprogramm ein. Die ersten Ergebnisse beginnen Früchte zu tragen, aber weitere Fortschritte sind notwendig. Die Lohnentwicklung und die Entwicklung der Lohnnebenkosten sollte auch aufmerksam verfolgt werden, da es nötig ist, die Reaktion der Löhne auf wirtschaftliche Veränderungen zu verbessern.
9. Der Rat empfahl Ungarn, dem Staatsdefizit und der Staatsverschuldung zu begegnen, und die langfristige Tragfähigkeit des Haushalts und die wirtschaftliche Effizienz zu verbessern. Umfangreiche Steuererhöhungen und Ausgabenkontrollmaßnahmen wie das Einfrieren von Haushaltsposten bis Ende 2008 begrenzten das Defizit 2006 auf 9,2 % des BIP, was immer noch hoch, aber fast 1 % des BIP weniger als vorgesehen ist. Ungarn wird sein Ziel für 2007 von 6,8 % des BIP wahrscheinlich um ca. einen halben Prozentpunkt übertreffen. Die Senkung hätte jedoch um einen Prozentpunkt betragen können, wenn keine zusätzlichen Ausgaben getätigt worden wären. Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP wird sich voraussichtlich 2007-2008 bei ca. 66 % stabilisieren. Ein wichtiger Entwurf für die umfassende Reform der öffentlichen Finanzen wurde 2007 verabschiedet und sah die Einführung von Haushaltsvorschriften und institutionelle Neuerungen vor. Die Umsetzung dieser Vorschläge hängt jedoch davon ab, dass die entsprechenden Verfassungsänderungen verabschiedet werden. Eine Stärkung des Haushaltsrahmens wurde soeben eingeleitet und ist unerlässlich, da das Haushaltsdefizit zwar sinkt, aber nach wie vor das höchste in der EU ist.
10. Nachdem 2006 Gesetze zur Reform der Staatsverwaltung, des Gesundheitswesens, der Renten und des Bildungssystems verabschiedet wurden, hat die Regierung 2007 Umsetzungsmaßnahmen auf diesen Gebieten ergriffen. Es wurden erhebliche

Ausgabenkürzungen bei Preissubventionen, insbesondere für Arzneimittel und Erdgas, erreicht. Außerdem wurden die Verwaltung und das Krankenhaussystem weiter verschlankt, wenngleich Folgemaßnahmen wie die Verbesserung der ambulanten Behandlung noch ausstehen. Dank einer Reihe von finanziellen Anreizen wurde auch die Erbringung gemeinsamer Dienstleistungen auf kommunaler Ebene deutlich gestärkt. Im Bereich der Rentenreform wurden neben der Überarbeitung der Berufsunfähigkeitsrenten im Jahre 2007 einige andere Schritte unternommen, die Auswirkungen auf die langfristigen Rentenkosten haben werden. Dazu zählen ein niedrigeres Ausgangsniveau für neue Renten, eine versicherungstechnisch faire Rentenberechnung und strengere Berechtigungsvorschriften für die Frühverrentung. Die von der Regierung eingesetzte Sachverständigengruppe wird die Reform wichtiger Faktoren (Indexierung, Rentenalter) näher prüfen. Insgesamt ist die Tragfähigkeit der ungarischen öffentlichen Finanzen angesichts des erwarteten Anstiegs der langfristigen altersbedingten Ausgaben nach wie vor stark gefährdet. Weitere Maßnahmen sind in allen Bereichen erforderlich, auch im Hinblick auf die Gewährleistung der Sozialverträglichkeit.

11. Ungarn ist bei der Erfüllung der makroökonomischen Verpflichtungen in seinem NRP teilweise vorangekommen. Nach der mangelnden Haushaltsdisziplin in der Vergangenheit waren die jüngsten politischen Initiativen ziemlich entschlossen. Die Lage der öffentlichen Finanzen bleibt jedoch instabil. Ungarn muss das Momentum der Haushaltsanpassungen und Strukturreformen aufrecht erhalten. Die Empfehlungen bleiben daher gültig.

Mikroökonomische Politik

12. 2006 wurden im überarbeiteten NRP FuE und Innovation, das Unternehmensumfeld, der Wettbewerb, die Infrastrukturentwicklung und die Energiepolitik als mikroökonomische Schlüsselherausforderungen genannt. In seinen Schlussfolgerungen verwies der Rat auch auf die Reduzierung und Neuausrichtung staatlicher Beihilfen, die Entwicklung einer konsequenteren Strategie für FuE, Innovation und IKT und den weiteren Abbau der Verwaltungslast für die Unternehmen.
13. Das Fehlen konkreter Maßnahmen zum Abbau staatlicher Beihilfen und zu ihrer Umlenkung auf horizontale Ziele gibt weiter Anlass zu Bedenken. Es ist insbesondere fraglich, ob das Auslaufen von Beihilfen ausreichend sein wird. Im Bereich FuE und Innovation ist die vor kurzem verabschiedete Strategie zu begrüßen, aber weitere Fortschritte sind notwendig. Nach früheren Reformen ist die Verabschiedung der Strategie für Wissenschaft, Technologie und Innovation, welche die öffentliche und private FuE und Innovation koordinieren und die Schaffung und Nutzung von Wissen fördern soll, ein wichtiger Schritt. Ob jedoch die gesamten FuE-Ausgaben bis 2010 1,4 % des BIP (geändert von 1,8 %) erreichen werden, hängt von der Verfügbarkeit der Mittel und der effizienten Durchführung eines kürzlich verabschiedeten Aktionsplans ab. Fraglich ist nach wie vor, wie die Akademie der Wissenschaften in das Forschungs- und Innovationssystem zu integrieren und die Beziehung zwischen Forschung und Unternehmen zu verbessern ist. Neben der Vereinfachung des rechtlichen Rahmens für den elektronischen Geschäftsverkehr konzentrieren sich IKT-Initiativen auf die Entwicklung der Infrastruktur und die Ausweitung der Nutzung von IKT. Dies geht in die richtige Richtung, aber die Durchführung sollte beschleunigt werden. Raschere Fortschritte sind zu erwarten, da

die Strukturfonds der EU zunehmend genutzt werden. Der unternehmerischen Tätigkeit stehen nach wie vor Hindernisse im Weg, und die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom Frühjahr 2006 festgelegten Ziele wurden nur teilweise erreicht.

14. Die Politik der besseren Gesetzgebung konzentriert sich auf die Vereinfachung und die Verringerung der Verwaltungslast, für letztere wurde aber kein festes Ziel gesteckt. Die Vorbereitungen zur Verbesserung der Folgenabschätzungen sind im Gange, aber die Umsetzung ist noch unzureichend. Die Zeit für die Gründung von Unternehmen konnte jedoch erheblich verkürzt werden, und ab 2008 dürfte für die elektronische Registrierung eines Unternehmens weniger als eine Stunde erforderlich sein. Kürzlich verabschiedete Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Unternehmen zu Finanzierungen dürften KMU zugute kommen. Bei der Förderung der Heranbildung von unternehmerischer Kompetenz und der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Einstellung des ersten Arbeitnehmers wurden jedoch nur begrenzte Erfolge erzielt.
15. Die Öffnung des Schienengüterverkehrsmarkts hat sich verzögert, und die Ausarbeitung der kohärenten Verkehrsentwicklungsstrategie muss angesichts der Zusammensetzung der Infrastrukturausgaben und des Streits über die Machbarkeit der Schieneninfrastrukturfinanzierung über Zugangsgebühren beschleunigt werden. Ungarn sollte seine Anstrengungen fortsetzen, um eine fristgerechte und vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zu gewährleisten.
16. Im Bereich Umweltschutz und Energie ist das neue Gesetz zur Förderung umweltfreundlichen Stroms ein willkommener Schritt. Ungarn hat auch eine nationale Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels angekündigt, aber konkrete Maßnahmen müssen noch ausgearbeitet werden. Die Liberalisierung der netzgebundenen Wirtschaftszweige hat begonnen. Da jedoch das Eigentum am Stromleitungsnetz 2006 an den früheren Eigentümer zurückfiel, gibt es Bedenken hinsichtlich der effektiven Trennung von Infrastruktur und Stromversorgung.
17. Insgesamt gesehen sind zwar in einigen Bereichen ermutigende Anzeichen festzustellen, aber die Fortschritte von 2005 bis 2007 ergeben hinsichtlich der Politik zur Bewältigung der Herausforderungen im NRP ein gemischtes Bild. Ungarn muss die Geschwindigkeit und den Umfang der mikroökonomischen Reformen aufrechterhalten, wenn es das für rasche wirtschaftliche Verbesserungen erforderliche Wachstum erreichen und Arbeitsplätze schaffen will. Die Schwerpunkte im mikroökonomischen Bereich bleiben daher gültig.

Beschäftigungspolitik

18. 2006 wurden im überarbeiteten NRP folgende Prioritäten festgelegt: Stärkung der Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik, gezielte Unterstützung für die Beschäftigung benachteiligter Personen, Förderung des lebenslangen Lernens und Verbesserung der Qualität und Effizienz der Bildung.
19. Der Europäische Rat hat empfohlen, sich auf folgendes zu konzentrieren: Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Anreize zur Arbeit, Einführung eines integrierten Beschäftigungs- und Sozialdienstleistungssystems und Reform von

Bildung und Ausbildung, um die Kompetenzen und die Ausrichtung auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts zu verbessern.

20. Die aktive Arbeitsmarktpolitik dient zunehmend der Verbesserung der Arbeitssuche und der Beschäftigungsfähigkeit durch auf die am stärksten benachteiligten Gruppen ausgerichtete Maßnahmen. Umfang und Effizienz dieser Politik sind zu verbessern. Eine Reihe von Anreizen, zu arbeiten und länger auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, wurden eingeführt, einschließlich aktueller Maßnahmen zur Reform des Sozialleistungssystems. Weitere Reformen zum Abbau der Frühverrentung und zur Überarbeitung des Systems der Erwerbsunfähigkeitsleistungen sind ebenfalls zu begrüßen. Angesichts der sehr geringen Wahrscheinlichkeit, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes auf ihre Stelle zurückkehren, sind weitere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie einschließlich des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Reform langer Elternurlaube erforderlich. Die Integration von Beschäftigung und Sozialdienstleistungen ist im Gange, und der öffentliche Beschäftigungsdienst hat seit 2007 Umschulungsmaßnahmen koordiniert.
21. Die Zusammenlegung von Schulen und für diese geltende Beschränkungen bei der Auswahl von Schülern zählen zusammen mit der Einführung neuer landesweiter, auf Schlüsselkompetenzen ausgerichteter Lehrpläne zu den jüngsten Maßnahmen zum Abbau der Ungleichbehandlung an Schulen und zur Vermittlung von Kenntnissen an die Schüler, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts besser entsprechen. Außerdem wurde eine stärkere Ausrichtung der höheren Bildung auf Naturwissenschaften, IT und Technik vorangetrieben, um eine ausreichende Zahl von Absolventen auf diesen Gebieten zu gewährleisten. Trotz dieser willkommenen Schritte ist eine entschiedene Strategie für einen Systemwandel zur Verbesserung von Qualität, Offenheit und Effizienz von Bildung und Ausbildung nicht klar erkennbar.
22. Der Rat hat auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich auf die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation benachteiligter Gruppen, die Bekämpfung der Schwarzarbeit, den Abbau regionaler Ungleichgewichte in der Beschäftigung und die Umsetzung der Strategie zum lebenslangen Lernen zu konzentrieren. Obwohl eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation benachteiligter Gruppen durchgeführt wurde, bleiben die Ergebnisse abzuwarten. In einigen Bereichen sind die Fortschritte begrenzt. Neben der Unterstützung für Berufsanfänger, ältere Arbeitnehmer und Frauen sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte, Behinderte und Roma zu verbessern. Entschlossene und konsequente Maßnahmen, die sich auf Anreize und Sanktionen konzentrierten, haben zu sichtbaren Fortschritten bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit geführt. Da es sich jedoch um ein schwerwiegendes Problem handelt, ist es wichtig, diesen Ansatz fortzusetzen. Es gab keine erkennbaren Fortschritte beim Abbau des fortdauernden regionalen Beschäftigungsgefälles. Ein zusammenhängendes politisches Konzept, um dieser Herausforderung, einschließlich der geringen Mobilität der Arbeitnehmer, zu begegnen, steht noch aus. Die Umsetzung der Strategie zum lebenslangen Lernen hat zwar begonnen, bleibt aber eine erhebliche Herausforderung, die einer stärkeren Koordinierung und Beobachtung bedarf.
23. Ungarn hat begonnen, ein integriertes Flexicurity-Konzept zu erarbeiten. Der Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Modernisierung der Sozialversicherungssysteme und der Bekämpfung der Schwarzarbeit wurde

besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Beteiligung am lebenslangen Lernen muss weiter gefördert werden. Die Regierung arbeitet mit Beteiligung der Sozialpartner an einer umfassenden Neugestaltung des Arbeitsrechts, um der Vielfalt der Beschäftigungsformen Rechnung zu tragen und die Anpassungsfähigkeit zu gewährleisten.

24. Trotz deutlicher Verbesserungen in bestimmten Bereichen wurden 2005-2007 nur in Teilbereichen Fortschritte bei der Umsetzung der Politik bezüglich der Herausforderungen des Arbeitsmarkts erreicht. Die Antwort der Politik auf die Empfehlungen und Schwerpunkte war auch nur teilweise erfolgreich. Es ist wichtig, die Reformen zu vertiefen und zu beschleunigen, insbesondere im Bereich Bildung und Ausbildung.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

25. In Anbetracht des ungarischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
26. Ungarn hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 begrenzte Fortschritte erzielt. Dies gilt auch für die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.
27. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in unterschiedlichem Maße aufgegriffen wurden. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind gewisse Fortschritte festzustellen.
28. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt folgende positiven Entwicklungen erkennen: deutliche Verbesserungen bei der Haushaltskonsolidierung, die Verabschiedung verschiedener Strukturreformschritte, die Verkürzung der Gründungszeit für Unternehmen und die Bemühungen um eine Senkung der Verwaltungskosten, die Einführung weiterer Anreize zur Aufnahme einer Arbeit und zum Verbleib im Erwerbsleben und die Umwandlung von Schwarzarbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse.
29. Höchste Priorität ist im ungarischen nationalen Reformprogramm folgenden Punkten einzuräumen: Korrektur des überhöhten Defizits wie geplant, weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Verbesserung der Arbeitsmarktchancen benachteiligter Gruppen, Abbau des fortbestehenden regionalen Beschäftigungsgefälles und Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung. Vor diesem Hintergrund wird Ungarn empfohlen,
 - die notwendigen Maßnahmen zur dauerhaften Senkung des Haushaltsdefizits und der öffentlichen Schuldenquote fortzuführen und dabei verstärkt auf die Ausgabenkontrolle u.a. durch Einführung strengerer und umfassenderer Ausgabenvorschriften zu setzen,

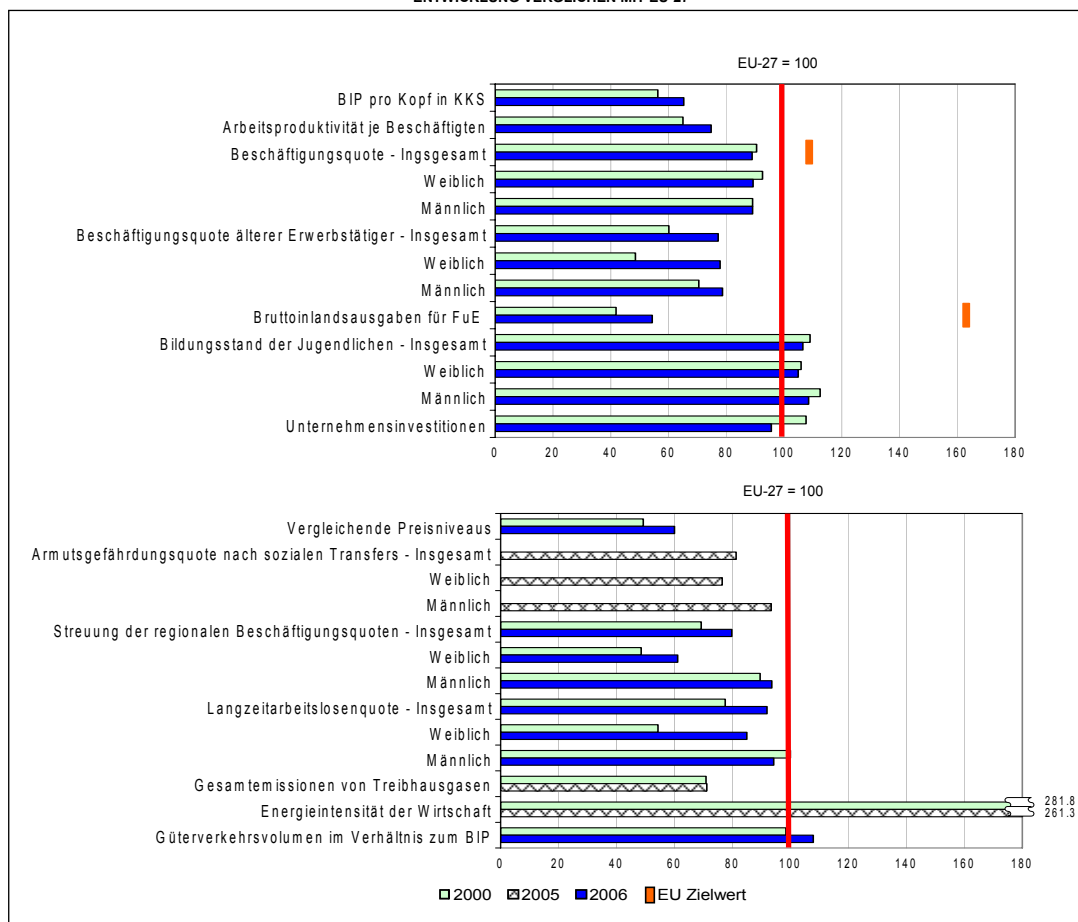
- die Reform der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheits-, Renten- und Ausbildungssystems fortzusetzen, die für eine langfristige Tragfähigkeit des Haushalts und für verbesserte wirtschaftliche Effizienz sorgt; dazu gehören eine weitere Begrenzung der Frühverrentung, die Senkung der Zahl neuer Empfänger von Erwerbsunfähigkeitsrenten und eine noch tiefgreifendere Umstrukturierung des Gesundheitswesens,
 - seine aktive Arbeitsmarktpolitik zu verstärken, um die Arbeitsmarktsituation benachteiligter Gruppen zu verbessern und das fortbestehende regionale Beschäftigungsgefälle abzubauen,
 - den Zugang aller zu einer qualitativ hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung sicherzustellen und die Ausrichtung der allgemeinen und beruflichen Bildung auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts zu verbessern.
30. Außerdem muss Ungarn im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: weitere Reform des öffentlichen Forschungssystems, effizientere Verwendung öffentlicher FuE-Mittel und bessere Verbindung öffentlicher mit privater FuE, Reduzierung und Neuausrichtung staatlicher Beihilfen, Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch weitere Senkung der Verwaltungslasten und Rechtsvereinfachung, Einführung weiterer Anreize zur Arbeit und zum Verbleib im Erwerbsleben, Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, Abschluss der Integration von Beschäftigungs- und sozialen Dienstleistungen, Umwandlung von Schwarzarbeit in reguläre Arbeitsverhältnisse und Umsetzung der Strategie für lebenslanges Lernen.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

UNGARN

	HU						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	56.3	63.6	63.9	64.8	65.3		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	65.0	71.7	72.7	73.9	74.8		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						58.7	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Insgesamt	56.3	57.0	56.8	56.9	57.3				
	Weiblich	49.7	50.9	50.7	51.0	51.1	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	63.1	63.5	63.1	63.1	63.8	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							36.9	42.3p	43.5p	
	Insgesamt	22.2	28.9	31.1	33.0	33.6				
	Weiblich	13.3	21.8	25.0	26.7	27.1	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	33.2	37.8	38.4	40.6	41.4	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.8	0.93	0.88	0.94	1.00	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
	Insgesamt	83.5	84.7b	83.5	83.4	82.9	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	84.0	86.1b	84.9	84.9	84.7	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	83.0	83.4b	82.0	81.9	81.2	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		49.2	58.2	61.6	63.2	60.0	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		19.8	18.6	18.9	18.8	17.4	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
	Insgesamt	11.0	12.0	:	13.0b	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	12.0	12.0	:	13.0b	:	:	17.0e	:	
	Männlich	11.0	12.0	:	14.0b	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
	Insgesamt	9.0	8.5	9.4	9.9	9.1	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	9.7	9.2	10.6	10.8	9.9	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	8.6	8.1	8.6	9.4	8.7	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	3.1	2.4	2.7	3.2	3.4	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	2.5	2.3	2.6	3.2	3.4	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	3.5	2.5	2.8	3.3	3.3	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		64.3	66.8	64.7	65.5		90.7	92.1		
Energieintensität der Wirtschaft		600.5	566.6	533.6	543.6		213.1	208.1		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		97.5	85.1	91.5	102.1	115.1	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Malta

1. Nachdem Maltas Wirtschaft zu Beginn des neuen Jahrtausends eine Phase des Abschwungs erlebte, hat sie sich seit 2004 wieder erholt. Das BIP wuchs 2006 um 3,2 %. Diese Konjunkturwende ist größtenteils auf die Inlandsnachfrage zurückzuführen. Im Vergleich zum EU-27-Durchschnitt hat die Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren abgenommen, konnte sich jedoch 2006 wieder stabilisieren. Das BIP pro Kopf erreichte im selben Jahr 75,5 % des EU-Durchschnitts. Die Beschäftigungsquote (54,8 % im Jahr 2006) bleibt weit unter dem Lissabon-Ziel. Besonders niedrig ist sie bei Frauen und älteren Arbeitnehmern. Das gesamtstaatliche Defizit konnte von 3,1 % des BIP im Jahr 2005 auf 2,5 % im Jahr 2006 gesenkt werden. Die Staatsverschuldung Maltas ging damit von 72,7 % des BIP im Jahr 2004 auf 64,7 % im Jahr 2006 zurück.
2. Aufgrund der strukturellen Schwächen der maltesischen Wirtschaft sind weitere Reformen notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und das langfristige Wachstumspotential Maltas auszuschöpfen. Die Fortführung struktureller Ausgabenreformen würde zu einer mittelfristigen Gesundung der öffentlichen Finanzen beitragen, so dass mehr Mittel in wachstumsfördernde Projekte in den Bereichen FuE und Innovationen fließen könnten. Weitere Anstrengungen zur Reformierung des Gesundheitswesens und zum Umbau des Sozialleistungssystems könnten zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen und gleichzeitig die Aufnahme regulärer Beschäftigungsverhältnisse fördern. Die Umsetzung kürzlich ins Leben gerufener Initiativen sowie der Abbau staatlicher Beihilfen bzw. ihre Neuausrichtung auf Bereiche von sektorübergreifendem Nutzen und die Stärkung des Wettbewerbs dürften Wachstum und Beschäftigung begünstigen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Dem nationalen Reformprogramm (NRP) Maltas für den Zeitraum 2005-2008 zufolge liegen die zentralen Herausforderungen in den Bereichen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Beschäftigung sowie allgemeine und berufliche Bildung. Die Kommission nannte darüber hinaus Wettbewerb, Qualität des Regelwerks und die Verbesserung der Attraktivität von Arbeit als wichtige Punkte.
4. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass Malta bei der Umsetzung des NRP im Zeitraum 2005-2007 in vielen Schlüsselbereichen gute Fortschritte erzielt hat. Malta hat in diesem Zeitraum eine konstante Reformpolitik betrieben. Das herausragende Ergebnis dieser Politik ist die Zustimmung des Rates zur Einführung des Euro in Malta zum 1. Januar 2008.
5. Die Empfehlungen des Rates, die Wettbewerbsbehörde zu stärken und mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurden von Malta jedoch nur in begrenztem Umfang aufgegriffen.
6. Außerdem sollte sich Malta den Schlussfolgerungen des Rates zufolge auf folgende Bereiche konzentrieren: Reformierung des Gesundheitswesens, Beschleunigung der

Fortschritte bei der Verbesserung und Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen, genauere Berechnung der FuE-Ausgaben, systematische Folgenabschätzung, Anbindung Maltas an die europäischen Energienetze, Hebung des Bildungsniveaus und Anhebung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer. Auch in diesen Bereichen sind die Fortschritte begrenzt.

7. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass Malta bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen (Wissen, Erschließung des Unternehmenspotenzials, Beschäftigung und Energie) teilweise Fortschritte erzielt hat. Seitdem sind einige weitere Fortschritte bei der Verbesserung der Rechtsvorschriften sowie in den Bereichen IKT und Innovation zu verzeichnen. Es müssen jedoch noch mehr konkrete Schritte unternommen werden, um allen Verpflichtungen zur Stärkung des Wettbewerbs nachzukommen.
8. Die Umsetzung des NRP zeichnet sich durch eine sehr gute Koordinierung aus. Alle zuständigen Ministerien werden einbezogen, und die verschiedenen Akteure werden ausführlich konsultiert. Das NRP und die Strukturfondsprogramme sind gut aufeinander abgestimmt. Für die Umsetzung der Lissabon-Strategie sind 45 % des gesamten NSRP-Haushalts vorgesehen (im Vergleich zu 20 % im vorangegangenen Planungszeitraum). Im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten wird nur ein geringer Anteil der Mittel aus den Strukturfonds zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verwendet. Dies ist auf Pläne zurückzuführen, wonach viel in die Umweltinfrastruktur investiert werden soll, um einen ökologisch nachhaltigen Tourismus gewährleisten zu können. Im Zeitraum 2007-2013 sollen Mittel in Höhe von 2,4% des BIP für die Kohäsionspolitik bereitgestellt werden.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

9. Malta hat bei der Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt. Der 2004 eingeleitete Prozess der Haushaltskonsolidierung ist gut vorangekommen. Die Haushaltsanpassung ist größtenteils durch eine restriktive Ausgabenpolitik erreicht worden, wenn auch ein Teil dieser Fortschritte auf einmalige Maßnahmen zurückzuführen ist. Das gesamtstaatliche Defizit ist 2006 auf 2,5 % des BIP gesunken. Bei der Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP konnte ein Abwärtstrend festgestellt werden. Im Ergebnis entschied der Rat, das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit aufzuheben, und machte damit den Weg für die Einführung des Euro zum 1. Januar 2008 frei. Der Umsetzungsbericht betont das Festhalten der maltesischen Regierung an einer restriktiven Ausgabenpolitik, um so die Haushaltskonsolidierung weiter voranzutreiben.
10. Auf dem Weg zu einer langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen konnten einige Fortschritte erzielt werden. Zu den wichtigsten Neuerungen im Rentensystem, die im Januar 2007 in Kraft getreten sind, zählen die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters, ein längerer Bezugszeitraum für die Berechnung der Renten und Änderungen in der Rentenindexierung.

11. Im Zeitraum 2005-2007 konnten bei der Umlenkung öffentlicher Mittel in wachstumsfördernde Bereiche einige Fortschritte erzielt werden. Insbesondere der Aufwertung des Humankapitals wurde dabei erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Umverteilung weiterer öffentlicher Mittel zugunsten von Innovation, Forschung und Entwicklung wurde dagegen mit weniger Nachdruck betrieben. Eine solche Umstrukturierung könnte jedoch dabei helfen, Investitionen im Bereich der Spitzentechnologie attraktiver zu machen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Maltas Wachstumspotenzial zu entfalten.
12. Der Rat wies auf die Notwendigkeit hin, die Maßnahmen zur Reformierung des Gesundheitswesens umzusetzen und zu verstärken, nachdem es in diesem Bereich bereits zu Verzögerungen gekommen ist. Die finanzielle Tragfähigkeit des Gesundheitssystems hängt von der Umkehrung der Kostenentwicklung in der Vergangenheit ab. Neue im NRP angekündigte Rechtsvorschriften zur Trennung von Regulierung und Erbringung von Diensten im Gesundheitswesen wurden noch nicht vollständig umgesetzt. Die maltesischen Behörden haben die für die Umsetzung erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen eingeleitet. In den Augen der Behörden ist die volle Umsetzung dieser Maßnahmen zudem eine Voraussetzung für die Verbesserung der Finanzverwaltung und der Kontrolle des öffentlichen Gesundheitssystems und für die Gewährleistung eines angemessenen Kosten-/Nutzenverhältnisses und einer effizienten Verwendung der Ressourcen.
13. Im Allgemeinen macht Malta bei der Verbesserung der öffentlichen Finanzen gute Fortschritte. Bei der Umlenkung öffentlicher Mittel in wachstumsfördernde Bereiche sind einige Fortschritte zu verzeichnen. Bei der finanziellen Tragfähigkeit des Gesundheitssystems macht Malta nur geringe Fortschritte. Die Kommission ist deshalb der Ansicht, dass dieser Bereich weiterhin besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Mikroökonomische Politik

14. Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt wurden im NRP als die zentralen Herausforderungen im Bereich der Mikroökonomie ausgemacht. Diese Herausforderungen betreffen u. a. die Rahmenbedingungen für Unternehmen und eine bessere Rechtsetzung, FuE, Innovationen und Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Tourismus, Infrastruktur und Wettbewerb. Insgesamt konnte Malta im Zeitraum 2005-2007 durch Initiativen für eine bessere Rechtsetzung, einen breitgefächerten Ansatz zur Stärkung von FuE und IKT und einige Maßnahmen zur Marktliberalisierung gute Fortschritte erzielen.
15. Der Rat empfahl Malta, Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs zu ergreifen, insbesondere zur Stärkung der Wettbewerbsbehörde, Liberalisierung der freien Berufe und zum Abbau bzw. Neuausrichtung der staatlichen Beihilfen. Die maltesischen Behörden sind dabei, Schritte zur Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit der Wettbewerbsbehörde zu ergreifen und das Wettbewerbsgesetz zu ergänzen. Diese Maßnahmen müssen jedoch noch umgesetzt werden. Die Beratungen und Gespräche zur Liberalisierung der freien Berufe sind noch im Gange, haben aber bisher noch zu keinen Reformmaßnahmen geführt. Malta muss seine Anstrengungen verstärken, um eine fristgerechte Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zu gewährleisten. Malta weist EU-weit das größte Volumen an staatlichen Beihilfen (2,25 % des BIP im Jahr 2006) mit dem höchsten Anteil an sektorspezifischen Beihilfen (93 %) auf. In diesem

Bereich müssen, auch aufgrund des Anstiegs der Vertragsverletzungsfälle, weitere Fortschritte erzielt werden. Malta sollte die Qualität der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften verbessern.

16. Außerdem forderte der Rat Malta auf, sich auf eine systematische Folgenabschätzung und eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften zu konzentrieren. Die Agenda für bessere Rechtsetzung findet bei den maltesischen Behörden starke politische Unterstützung. Bei der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen können Fortschritte verzeichnet werden. Der gesamte öffentliche Sektor ist nun in den Aktionsplan zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften („Simplification Action Plan“) einbezogen. In jedem Ministerium gibt es außerdem einen Koordinator für die Verbesserung der Rechtsetzung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen könnten durch weitere Anstrengungen zur Vereinfachung der Regelungen, eine systematische Folgenabschätzung und eine transparente Strategie der besseren Rechtsetzung noch verbessert werden. Zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands hat Malta für 2008 und 2009 mehrere Maßnahmen geplant, ohne jedoch bis jetzt ein konkretes Ziel zu setzen. Malta meldete auch die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen für Unternehmensgründungen, die jedoch offenbar noch nicht vollständig im Einsatz sind.
17. Der Rat betonte die Notwendigkeit, die FuE-Ausgaben genauer zu berechnen. Im Umsetzungsbericht wird Maltas Engagement, die FuE-Intensität bis 2010 auf 0,75 % des BIP zu erhöhen, bekräftigt. Die öffentlichen FuE-Ausgaben wurden 2006 auf 0,20 % des BIP angehoben. Außerdem wurden Schritte unternommen, um die Anzahl der Forscher zu erhöhen. Dazu wurden Fonds für Postgraduiertenstudien eingerichtet, die Einreise ausländischer Forscher erleichtert und Maßnahmen ergriffen, um den FuE-Bereich für Studenten attraktiver zu machen. In ausgewählten staatlichen Einrichtungen werden Forschungs- und Innovationsprogramme umgesetzt und mindestens 0,25 % ihrer Haushaltsmittel für 2008 darauf verwendet. Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Hochschulen wird gefördert. Der Bericht macht jedoch keine Angaben zu den FuE-Projekten im privaten Sektor, auf den fast 65 % der FuE-Ausgaben entfallen.
18. Des Weiteren forderte der Rat Malta auf, die Anbindung Maltas an das europäische Energienetz zu prüfen. Malta holt zurzeit fachlichen Rat dazu ein. Die Anbindung dürfte zu einem besser funktionierenden Energiemarkt führen und die derzeitige vollständige Abhängigkeit von Öleinfuhren verringern. Zusätzliche Maßnahmen könnten Energieeffizienz und erneuerbaren Energien ein größeres Gewicht geben.
19. Für Malta spielt IKT eine zentrale Rolle bei der Modernisierung der Wirtschaft. In diesem Bereich konnten in den letzten drei Jahren deutliche Fortschritte erzielt werden. Im Mittelpunkt stehen vor allem elektronische Behördendienste, die Verbreitung von IKT in Gesellschaft und Wirtschaft und die Erhöhung der Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Sektor durch die Förderung des Erwerbs von IKT-Kenntnissen. Große Fortschritte gab es bei der Online-Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen. Bei der Nutzung von IKT, insbesondere von elektronischen Dienstleistungen und Breitbandtechnologie, besteht jedoch Nachholbedarf. Die neue nationale IKT-Strategie für den Zeitraum 2008-2010 und das SmartCity-Projekt dürften weitere Fortschritte in diesem Bereich bringen. Malta verzeichnet einen Anstieg im Tourismussektor, der teilweise auf die wachsende Bedeutung von Kreuzfahrtschiffen und Billigfluglinien sowie auf strategische

Initiativen zur Weiterentwicklung dieses Bereichs zurückzuführen ist. Malta betont, dass die Gewährleistung der ökologischen Nachhaltigkeit Voraussetzung für eine erfolgreiche Tourismusstrategie ist. Dies wird auch in Zukunft eine Herausforderung bleiben.

20. Insgesamt gesehen hat Malta bei der Bewältigung der zentralen Herausforderungen im mikroökonomischen Bereich gute Fortschritte erzielt. Es besteht jedoch Handlungsbedarf zur Belebung des Wettbewerbs. Dazu gehört auch der Abbau der staatlichen Beihilfen bzw. deren Ausrichtung auf sektorübergreifende Ziele. Die länderspezifischen Empfehlungen zu diesem Bereich sind daher nach Auffassung der Kommission weiterhin gültig. Angesichts der begrenzten Fortschritte bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, der Vereinfachung der Rechtsvorschriften, der Folgenabschätzung, den zentralen Anlaufstellen für Unternehmensgründungen und der Diversifizierung der Energiequellen bedürfen diese Bereiche nach Auffassung der Kommission weiterhin besonderer Aufmerksamkeit.

Beschäftigungspolitik

21. Der Rat empfahl Malta, größere Anstrengungen zu unternehmen, um mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem verwies der Rat auf die niedrige Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern, das Bildungsniveau und die Zahl der frühen Schulabgänger. In den Bereichen Beschäftigung und Bildung konnten im Zeitraum 2005-2007 einige Fortschritte erzielt werden. Die Beschäftigungsquote ist insgesamt leicht angestiegen und erreichte 54,8 % im Jahr 2006. Die Beschäftigungsquote bei Frauen ist mit 34,9 % EU-weit immer noch die niedrigste. Von der angestrebten Beschäftigungsquote bei Frauen von 40 % bis 2010 ist Malta noch ein Stück entfernt. Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer bleibt ein Problem (sie ist mit 30 % im Jahr 2006 rückläufig). Besonders problematisch ist die Situation bei älteren Frauen (lediglich 11,2 %). Malta hat EU-weit die niedrigste Zahl an Sekundarschulabsolventen und die höchste Zahl an frühen Schulabgängern.
22. Malta setzt steuerpolitische Mittel ein, um mehr Menschen, insbesondere Frauen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zu diesen Maßnahmen gehören eine Reform der Einkommensteuerstufen, steuerliche Anreize für Frauen, die in den Arbeitsmarkt zurückkehren, steuerliche Unterstützung für Teilzeitbeschäftigte und Anerkennung der Arbeit von in Familienbetrieben mitarbeitenden Angehörigen. Weitere Initiativen zielen auf eine erhöhte Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsangeboten und die Bereitstellung von Ausbildungsangeboten. Durch die Ausweitung einiger Maßnahmen könnte ihre Effizienz noch gesteigert werden. Außerdem sollte mehr zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage getan werden. Im Umsetzungsbericht werden keinerlei Maßnahmen zur Anpassung des Sozialleistungssystems genannt. Die Anstrengungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zur Verringerung des Missbrauchs von Sozialleistungen zeigen erste Ergebnisse. Es ist jedoch noch unklar, welche Auswirkungen sie auf den Arbeitsmarkt haben werden.
23. Es gibt auch Bemühungen zur Verbesserung des Bildungssystems, insbesondere durch die Verbesserung der Infrastruktur und der Lehrqualität, durch Reformen im schulpflichtigen Bildungsbereich und ein größeres Lehrangebot an Sekundarschulen und Hochschulen. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf wissenschaftliche und

informationstechnologische Themen gelegt. Die Regierungsinitiative zur Senkung des Anteils der frühen Schulabgänger fasst anscheinend keine speziellen Risikogruppen ins Auge. Es dürften weitere Reformen der allgemeinen und beruflichen Bildung notwendig sein, um das Qualifikationsniveau der Bevölkerung anzuheben, die Zahl der frühen Schulabgänger zu senken und die Zahl derjenigen, die eine weiterführende Schule oder Universität besuchen, zu erhöhen.

24. Die aktuelle Rentenreform ist eine wichtige Maßnahme mit dem Ziel, das durchschnittliche Renteneintrittsalter anzuheben. Es sind keine Maßnahmen für die Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer vorgesehen, die die Anhebung des Renteneintrittsalters ergänzend begleiten könnten. Es gibt vereinzelt Maßnahmen, die helfen sollen, Langzeitarbeitslose und Menschen über 40 in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Es fehlt jedoch an einem umfassenden Ansatz, den Verbleib älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben zu fördern.
25. Malta hat das Flexicurity-Konzept im Ganzen noch nicht umgesetzt, wenngleich in Teilbereichen bereits einige Maßnahmen eingeleitet wurden. Bei der Förderung von Teilzeitarbeit und in der aktiven Arbeitsmarktpolitik konnten einige Fortschritte erzielt werden. Die Regierung hat verschiedene Initiativen zur Verbesserung des lebenslangen Lernens ergriffen. Es fehlt aber an einer kohärenten Strategie. Die Umsetzung einer solchen Strategie ist jedoch wichtig, um zu vermeiden, dass die Unterschiede im Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte zunehmen, und um der Arbeitslosigkeit unter geringqualifizierten jungen Menschen vorzubeugen.
26. Bei der Bewältigung der Herausforderungen in den Bereichen Beschäftigung und Bildung hat Malta einige Fortschritte erzielt. Während der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung verbessert und das soziale Sicherungssystem modernisiert werden konnten, gab es bei der Umstrukturierung des Sozialleistungssystems und bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer nur begrenzte Fortschritte. Die Anstrengungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sind vielversprechend. Es wird jedoch wenig getan, damit Arbeit sich vor allem für Frauen lohnt. Die länderspezifische Empfehlung behält daher nach Auffassung der Kommission ihre Gültigkeit. Die Kommission unterstreicht, dass es wichtig für Malta ist, sich auf die Hebung des Bildungsniveaus, die Senkung des Anteils früher Schulabgänger und die Anhebung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zu konzentrieren.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

27. In Anbetracht des maltesischen Umsetzungsberichts, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
28. Malta hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte gemacht. Das gilt auch für die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.

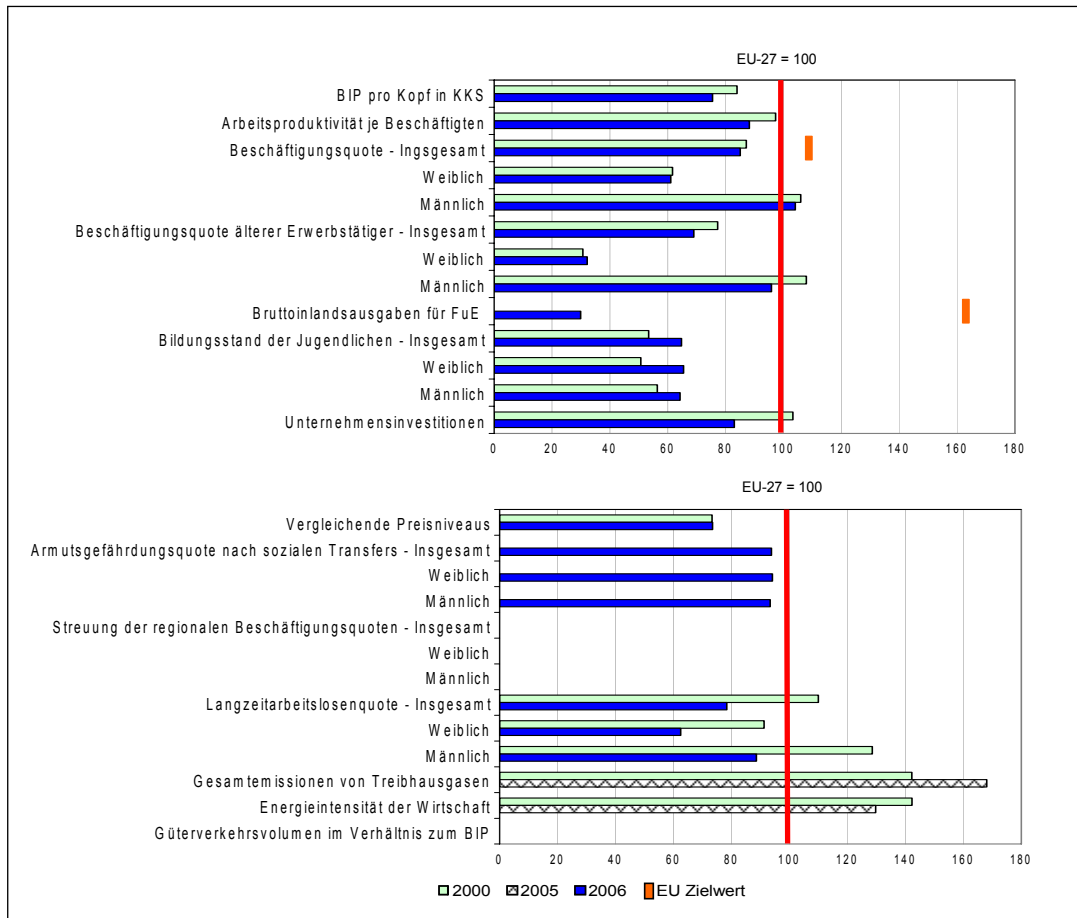
29. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in begrenztem Umfang aufgegriffen wurden. Das gilt auch für die anderen Bereiche, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.
30. Bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms Maltas sind folgende positive Entwicklungen zu erkennen: die Koordinierung des Reformprogramms, die Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung, die Fortschritte bei der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Liberalisierung bestimmter Märkte (z. B. Hafensektor), die Reformierung der Bildung sowie die vermehrte Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien.
31. Die Bereiche im nationalen Reformprogramm, denen höchste Priorität eingeräumt werden muss, sind die Wettbewerbspolitik und die anhaltenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund wird Malta empfohlen,
- weitere Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs zu ergreifen und u. a. die staatlichen Beihilfen abzubauen bzw. auf Bereiche mit sektorübergreifendem Nutzen auszurichten, die Wettbewerbsbehörde zu stärken und weitere Schritte zur Liberalisierung der freien Berufe zu unternehmen;
 - größere Anstrengungen zu unternehmen, um mehr Menschen, vor allem Frauen und ältere Arbeitnehmer, in den Arbeitsmarkt zu integrieren, gegen Schwarzarbeit vorzugehen und das Sozialleistungssystem so umzubauen, dass eine angemeldete Erwerbstätigkeit attraktiver wird.
32. Außerdem muss Malta während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: weitere Umsetzung und Verstärkung der Maßnahmen zur Reformierung des Gesundheitswesens, Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch eine weitere Vereinfachung der Rechtsvorschriften und eine systematische Folgenabschätzung und die Einrichtung effizient arbeitender zentraler Anlaufstellen für Unternehmensgründungen, ferner Diversifizierung der Energiequellen und Verbesserung der Energieeffizienz, Förderung erneuerbarer Energien und Anbindung Maltas an die europäischen Energienetze, weitere Anstrengungen zur Hebung des Bildungsniveaus und zur Senkung der Zahl der frühen Schulabgänger.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

MALTA

	MT						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	84.0	78.7	75.9	75.9	75.5		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	97.3	90.2	88.4	87.9	88.2		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						57.0	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Insgesamt	54.2	54.2	54.0	53.9	54.8	53.7	56.2p	57.2p	
	Weiblich	33.1	33.6	32.7	33.7	34.9	33.7	34.9	35.9	
	Männlich	75.0	74.5	75.1	73.8	74.5	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							36.9	42.3p	43.5p	
	Insgesamt	28.5	32.5	31.5	30.8	30.0	27.4	33.5p	34.8p	
	Weiblich	8.4	13.0	11.5	12.4	11.2	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	50.8	53.8	53.4	50.8	50.4	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		:	0.26	0.54	0.54	0.55p	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen							76.6	77.4	77.8	
	Insgesamt	40.9	45.1b	51.0	53.7	50.4	79.3	80.1	80.7	
	Weiblich	40.2	48.8b	52.4	57.0	52.8	73.8	74.7	74.8	
	Männlich	41.6	41.3b	49.8	50.5	48.1	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		73.3	72.0	72.8	72.8	73.5	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		19.0	14.9	15.4	14.6	15.1	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers								16.0e		
	Insgesamt	15.0	:	:	15.0b	:		17.0e		
	Weiblich	15.0	:	:	16.0b	:		15.0e		
	Männlich	15.0	:	:	14.0b	:				
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten		-	-	-	-	-	13.0	11.9	11.4	
	Insgesamt	-	-	-	-	-	20.0	16.8	16.2	
	Weiblich	-	-	-	-	-	9.6	9.7	9.3	
	Männlich	-	-	-	-	-	4.0	4.1p	3.7p	
Langzeitarbeitslosenquote							4.6	4.5p	4.0p	
	Insgesamt	4.4	3.2	3.4	3.4	2.9	3.5	3.8p	3.5p	
	Weiblich	4.2	2.4	3.0	3.2	2.5				
	Männlich	4.5	3.4	3.7	3.4	3.1				
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		129.0	140.0	145.9	154.8	:	90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		303.2	284.2	261.0	269.9	:	213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		:	:	:	:	:	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Niederlande

1. Nachdem der Wirtschaftsaufschwung 2004 und 2005 nur schleppend in Gang kam, hat sich das Wachstum 2006 beschleunigt. Das BIP-Wachstum erreichte 2006 3 % und wurde sowohl von den Exporten als auch von inländischen Faktoren gestützt. Dem frühen Stadium des Wirtschaftsaufschwungs entsprechend wuchsen die privaten Investitionen kräftig und legten real um 7 % zu. Das Pro-Kopf-BIP betrug 2006 125 % des EU-Durchschnitts. Das lebhafte Wirtschaftswachstum führte zu einer hohen Nachfrage nach Arbeitskräften, deren Deckung einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf gut 3 % im Jahr 2007 und einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsquote bewirkte. Gleichwohl ist die durchschnittliche Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten niedrig, teilweise aufgrund des relativ hohen Anteils der Teilzeitbeschäftigung.
2. Wenn der Haushalt 2008 ausgeführt ist, wird der Staatshaushalt wieder einen Überschuss aufweisen. Allerdings sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, unter anderem indem die Erwerbsbeteiligung und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden gesteigert werden. Das größte Potenzial für die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots besteht bei Frauen, benachteiligten Personengruppen und älteren Arbeitskräften. Auch durch Förderung der Innovation und der Wissensintensität der Wirtschaft kann das Wachstum gesteigert werden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Der von der neuen niederländischen Regierung vorgelegte Umsetzungsbericht 2007 zeigt, dass das Land im Zeitraum 2005-2007 bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) von 2005 deutlich vorangekommen ist. Im vergangenen Jahr scheint sich das Umsetzungstempo allerdings verlangsamt zu haben. In dem Bericht werden neue Ziele im Bereich Nachhaltigkeit und Energie bekannt gegeben. Bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlung von 2007 wurden im Hinblick auf das Arbeitsangebot gewisse Fortschritte erzielt.
4. Nach den Schlussfolgerungen des Rates sollten sich die Niederlande auf die Steigerung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Gesamtwirtschaft und die Erhöhung der FuE-Ausgaben des privaten Sektors konzentrieren. Trotz zahlreicher Politikmaßnahmen wurden in diesen Punkten doch nur begrenzte Fortschritte erzielt. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr stellte die Kommission abschließend fest, dass die Niederlande die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 vereinbarten Verpflichtungen in Bezug auf die Erschließung des Unternehmenspotenzials noch nicht in vollem Umfang erfüllt hatten. Seither sind bei den meisten bis Ende 2007 zu erfüllenden Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen gute Fortschritte erzielt worden. In ihrem jüngsten Umsetzungsbericht erläutern die Niederlande ihre Maßnahmen zur Erfüllung der Empfehlungen für den Euroraum. Sie rechnen mit einer deutlichen Absenkung des Haushaltsdefizits und haben ihre aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen verstärkt.

5. Die Konsultationen und Anstrengungen zur Stärkung der Eigenverantwortung für das NRP auf der zentralen und kommunalen Regierungsebene und bei den Sozialpartnern werden in erheblichem Umfang fortgesetzt. Der Umsetzungsbericht enthält Haushaltsangaben zu den geplanten und bereits durchgeführten Reformmaßnahmen. Die Lenkungsstrukturen für die Umsetzung des NRP und der Strukturfondsprogramme greifen recht eng ineinander. Mit fast dem gesamten ESF-Budget und 63 % der EFRE-Mittel ist die Zuweisung von Strukturfondsmitteln für die Ziele Wachstum und Beschäftigung zufriedenstellend.
6. Im Umsetzungsbericht 2007 werden die wichtigsten Prioritäten des NRP bestätigt: Erhöhung des Arbeitskräfteangebots, Beschleunigung des Arbeitsproduktivitätswachstums, insbesondere durch Förderung von FuE, Innovation und Bildung, und Steigerung der Preiswettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch Eindämmung der Arbeitskosten. Im Umsetzungsbericht wird auch die Bedeutung nachhaltiger Lebensbedingungen betont. Die Kommission stimmt diesen Prioritäten zu.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Im Umsetzungsbericht werden die Herausforderungen im makroökonomischen Bereich bestätigt: Förderung stabiler makroökonomischer Rahmenbedingungen und gut funktionierender Märkte sowie Herstellung einer auf Dauer tragfähigen Haushaltsposition. Im Jahr 2007 wurden die Unternehmenssteuern gesenkt und Rechtsvorschriften zur Beaufsichtigung von Pensionsfonds eingeführt.
8. Die Niederlande haben sich verpflichtet, bis 2011 einen strukturellen Haushaltsüberschuss von 1 % des BIP zu erreichen, was zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen wird. Nachdem 2006 noch ein Überschuss von 1 % des BIP erzielt worden war, verschlechterte sich der strukturelle Haushaltssaldo 2007 merklich und wurde zu einem geringen Defizit von 0,2 % des BIP. Für das Jahr 2008 wird mit einem Überschuss von 0,5 % des BIP gerechnet. Auf lange Sicht werden sich die geplanten Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, wie Steueranreize und Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Arbeit und Betreuungsaufgaben, positiv auf die Haushaltsposition auswirken. Allerdings sollte noch mehr unternommen werden, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Im Umsetzungsbericht heißt es, dass sich die Löhne in den letzten Jahren entsprechend den makroökonomischen Rahmenbedingungen entwickelt haben. Angesichts des Arbeitskräftemangels in bestimmten Branchen und der Tatsache, dass derzeit keine Tarifvereinbarungen vorgesehen sind, könnten sich unerwartet kräftige Lohnerhöhungen in den kommenden Jahren allerdings nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Ein weiterer Anstieg der Verschuldung der privaten Haushalte könnte sich auf die mittelfristigen Wachstumsaussichten niederschlagen.
9. Insgesamt kommen die Niederlande bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Erfüllung der im NRP genannten makroökonomischen Verpflichtungen voran. Allerdings dürften die Löhne durch das kräftige Wachstum und die Anspannung am Arbeitsmarkt allmählich unter Aufwärtsdruck geraten. Was die Empfehlung für den

Euroraum angeht, so wurden bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen begrenztere Fortschritte erzielt.

Mikroökonomische Politik

10. Die Steigerung des Wachstums der Arbeitsproduktivität durch Förderung von Innovation und FuE ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die niederländische Wirtschaft. Die Kommission begrüßt, dass die neue Regierung die Innovationskapazität stärken will, um gesellschaftliche Herausforderungen besser zu bewältigen. Der Rat rief dazu auf, sich auf Folgendes zu konzentrieren: Maßnahmen zur Erhöhung der FuE-Ausgaben des privaten Sektors und Schaffung einer einzigen Verwaltungsstelle, an die sich ein Unternehmer bei der Einstellung seines ersten Arbeitnehmers wenden kann.
11. Um die Entwicklung bei FuE sowie Innovation zu verbessern, führen die Niederlande neue Maßnahmen durch, die insbesondere Spitzenleistungen in Hochschulbildung und Forschung fördern, innovative Existenzgründungen erleichtern sowie Innovation in KMU und Schlüsselbranchen ankurbeln sollen. Zu den weiteren Maßnahmen zählen Ermittlung und Ausbau von Innovationsclustern („Hot Spots“), die Erhöhung der Zahl der Hochschulabsolventen und die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Die öffentliche Hand leistet nach wie vor einen erheblichen Beitrag zum FuE-Ziel von 3 %. Um die privaten FuE-Ausgaben zu steigern, bauen die Niederlande verschiedene Politikmaßnahmen aus (z.B. das Innovationsvoucher-Programm und das Steueranreizprogramm WSBO (Wet Bevordering Speur- en Ontwikkelingswerk)), haben eine umfassende KMU-Strategie auf den Weg gebracht, reagieren mit neuen Innovationsprogrammen auf den gesellschaftlichen Bedarf (Wasserwirtschaft, nachhaltige Energie, ökoeffiziente Innovationen und Gesundheitspflege) und setzen sich für die Zugänglichkeit und Transparenz von Politikmaßnahmen ein. Alles in allem kommen die Niederlande mit der Umsetzung dieser Maßnahmen gut voran, auch wenn sich die Fortschritte bei der stärkeren Einbindung der öffentlichen Forschung in Grenzen halten und sich die ausländischen FuE-Investitionen nach wie vor auf relativ niedrigem Niveau bewegen. Hier besteht Handlungsbedarf. Da die private FuE in den letzten Jahren stagniert hat und das 3 %-Ziel für 2010 sehr ehrgeizig ist, wird es entscheidend darauf ankommen, dass die von vielen verschiedenen Stellen durchgeführte FuE- bzw. Innovationspolitik weiterhin auf höchster politischer Ebene koordiniert wird.
12. Bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und zur Stärkung des Wettbewerbs, z.B. durch Entflechtung der Energieunternehmen, sind die Niederlande gut vorangekommen. Mit einem Paket flankierender Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsprogramms „Clean and Green“ gegen den Klimawandel und für erneuerbare Energie hat sich die neue Regierung ehrgeizige Ziele gesteckt. Bei der Erleichterung der Einstellung eines ersten Arbeitnehmers sind gute Fortschritte erzielt worden. Die Zahl der Verfahren wurde beträchtlich verringert, und in den meisten Fällen sind die Steuerbehörden nun einziger Ansprechpartner. Bei der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Existenzgründungen sind die Niederlande ein gewisses Stück vorangekommen, doch hat sich die landesweite Umsetzung verzögert, obgleich in den kommenden beiden Jahren Anstrengungen in diese Richtung unternommen werden sollen. Gute Fortschritte wurden schließlich auch bei der Förderung der unternehmerischen Ausbildung erzielt. Auch wenn die Vermittlung unternehmerischer Kompetenz nicht

zum Standardlehrplan gehört, ist mit ihrer freiwilligen Einbindung auf allen Bildungsstufen doch ein vielversprechendes Programm angelaufen. Das Straßennetz der Niederlande ist zunehmend überlastet. Damit sich die Lage auf kurze Sicht nicht noch verschärft, scheint die baldige Umsetzung einer umfassenden Strategie, unter anderem mit Straßenbenutzungsgebühren, unumgänglich.

13. Als einer der Vorreiter bei der besseren Rechtsetzung wollen die Niederlande auf der bereits erreichten 20 %igen Senkung der Bürokratiekosten für Unternehmen aufbauen und diese Kosten bis 2011 per saldo um weitere 25 % drücken. Mit verschiedenen Mitteln soll dabei gleichzeitig überprüft werden, ob der Bürokratieabbau für die Unternehmen spürbar ist. Auch wenn diese Konzentration auf die Bürokratielasten sehr zu begrüßen ist, wären detailliertere Angaben zu den Vereinfachungsmaßnahmen und Konsultationen im Umsetzungsbericht 2007 doch wünschenswert gewesen. Die Verbraucherschutzbehörde, die die Verbraucher über ihre Rechte und Pflichten aufklären soll, hat ihre Arbeit 2007 aufgenommen.
14. Generell sind die Niederlande bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Erfüllung der im NRP genannten mikroökonomischen Verpflichtungen gut vorangekommen. Die Punkte, die beim Geschäftsklima und der unternehmerischen Ausbildung im Auge behalten werden sollten, wurden in Angriff genommen und gut voran gebracht. Sie werden daher künftig nicht mehr besonders hervorgehoben. Bei den privaten FuE-Ausgaben wurden nach wie vor nur mäßige Fortschritte erzielt, so dass nach Auffassung der Kommission hierauf auch in Zukunft besonders geachtet werden muss. Was die Empfehlungen für den Euroraum angeht, so wurden bei der Stärkung des Wettbewerbs und der angestrebten vollständigen Integration der Finanzmärkte gute Fortschritte erzielt.

Beschäftigungspolitik

15. Im Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik standen 2005-2007 die Reform der Sozialleistungen, die Eindämmung des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben, der Ausbau und die Verbilligung der Kinderbetreuung sowie die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Senkung der Schulabbruchquote. Zusammen mit den bestehenden Arbeitsmarktinstitutionen haben diese Politikmaßnahmen zu insgesamt höheren Beschäftigungsquoten und sehr niedrigen Arbeitslosenquoten beigetragen. Bei der Steigerung der Zahl der von Teilzeitkräften geleisteten Arbeitsstunden und der Anhebung der Beschäftigungsquoten benachteiligter Personengruppen waren die Fortschritte begrenzter. Bei der Umsetzung der im niederländischen NRP 2005 genannten Politikmaßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsangebots fielen die Fortschritte im Zeitraum 2005-2007 dementsprechend unterschiedlich aus.
16. Der Rat gelangte zu dem Schluss, dass die Niederlande weitere Maßnahmen ergreifen müssen, um das Arbeitsangebot, namentlich bei älteren Arbeitskräften, Frauen und benachteiligten Gruppen, zu verbessern. Außerdem wurden die Niederlande aufgefordert, sich auf die Steigerung der Zahl der in der Gesamtwirtschaft geleisteten Arbeitsstunden zu konzentrieren. Die Niederlande haben daraufhin ein neues gesamtwirtschaftliches Beschäftigungsziel von 80 % für das Jahr 2016 (gegenüber 73 % 2006) festgelegt und ihre Politik neu ausgerichtet. Zu den neuen Maßnahmen zählen ein Aktionsplan zur Senkung der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte und eine neue Abgabe auf Renten, die bei einem Ausscheiden

aus dem Erwerbsleben vor Erreichung des gesetzlichen Rentenalters von 65 Jahren fällig und ab 2011 schrittweise eingeführt werden soll. Überdies wurden zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung in Aussicht gestellt. Durch neue Steueranreize für Frauen, die in den Niederlanden ungefähr 75 % des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials ausmachen, wird versucht, deren Erwerbsbeteiligung und die Zahl der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden zu erhöhen. Auch wenn die Wirkung der (für 2009 geplanten) Individualisierung der allgemeinen Steuergutschrift wegen der langen Übergangszeit (15 Jahre) auf kurze Sicht gering sein wird, ist diese doch ein Schritt in die richtige Richtung. Die Ausweitung des engen Anwendungsbereichs und eine deutliche Senkung des Grenzsteuersatzes auf Zweiteinkommen würden allerdings dazu beitragen, Hemmnisse für eine Erhöhung der Zahl der geleisteten Arbeitsstundenzahl aus dem Weg zu räumen.

17. Im Rahmen des Projekts „Everyone Participates“ sollen unter anderem 200 000 Menschen am unteren Ende des Arbeitsmarkts bis 2011 wieder in Arbeit gebracht werden, wobei insbesondere die langfristige (Wieder-)Eingliederung benachteiligter Gruppen, die nach wie vor eine Herausforderung darstellt, gefördert werden soll. Durch die Senkung der Altersgrenze für die Überprüfung der Empfänger von Erwerbsunfähigkeitsleistungen könnte sich das Arbeitsangebot verringert haben. Um die Beschäftigungsquote junger Immigranten zu erhöhen, sind Maßnahmen zur Förderung des Spracherwerbs und zur Senkung der Schulabbruchquote geplant. Ergänzend dazu sollen eine Antidiskriminierungsstrategie und ein neuer Integrationsplan umgesetzt werden. Mit der Ernennung eines Ministers für Jugend und Familie wurde die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes in diesem Bereich betont. Das Ziel, die Schulabbruchquote auf 8 % zu senken, wurde auf 2012 verschoben.
18. Der Umsetzungsbericht verweist auf „Flexicurity“ und spricht sich für einen integrierten Ansatz aus. Während sich die Reformen bis vor Kurzem noch auf Anreize im sozialen Sicherungssystem zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit konzentrierten, steht nun der Ausbau des lebenslangen Lernens im Vordergrund. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird weiterentwickelt; die Umsetzung entsprechender Maßnahmen muss sich stärker auf benachteiligte Gruppen konzentrieren. Um die aktuell gute Entwicklung der Beschäftigungsquoten und der Arbeitslosigkeit auf dem niederländischen Arbeitsmarkt zu erhalten, müssen die Anstrengungen zum Ausbau der Flexicurity-Maßnahmen fortgeführt werden, beispielsweise indem Änderungen des Beschäftigungsschutzes beschlossen werden. Um alle politischen Möglichkeiten für eine weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung zu prüfen, soll ein Ausschuss eingesetzt werden.
19. Generell sind die Niederlande bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Erfüllung der im NRP genannten beschäftigungspolitischen Verpflichtungen vorangekommen. Im Umsetzungsbericht werden zahlreiche Beschäftigungsmaßnahmen angekündigt. Da diese Maßnahmen zwar zu begrüßen, gemessen an den anstehenden Herausforderungen jedoch recht bescheiden sind und ihre Umsetzung gerade erst begonnen hat, gilt die Empfehlung zum Arbeitsangebot aus Sicht der Kommission weiter.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

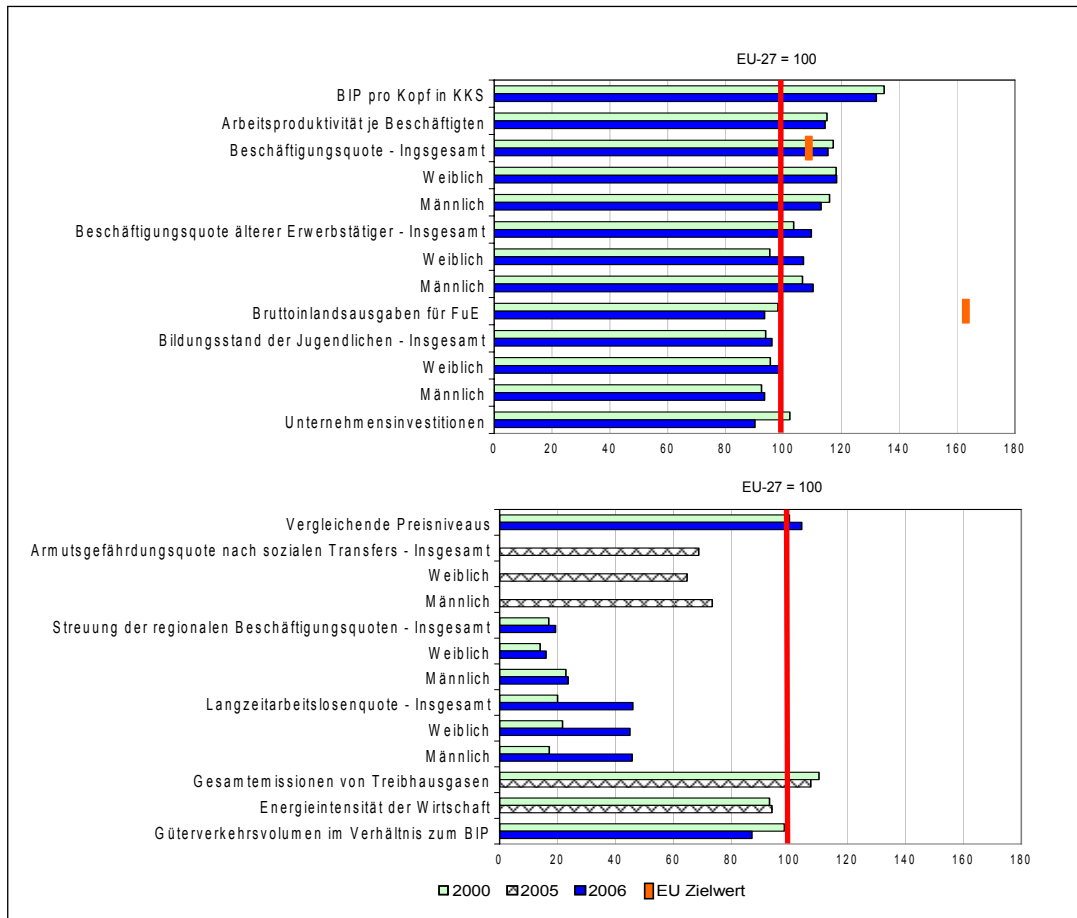
20. In Anbetracht des Umsetzungsberichts der Niederlande für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
21. Die Niederlande haben bei der Umsetzung ihres nationalen Reformprogramms im Zeitraum 2005-2007 deutliche Fortschritte erzielt. Dies gilt auch für die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.
22. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlung des Europäischen Rates vom Frühjahr 2007 teilweise aufgegriffen wurde. In den Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge Aufmerksamkeit verdienen, waren begrenzte Fortschritte zu verzeichnen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
23. Beim nationalen Reformprogramm und seiner Umsetzung sind folgende Punkte positiv hervorzuheben: die Anstrengungen zum Abbau der Bürokratielasten und zur Verbesserung des Geschäftsklimas, die ehrgeizigen Pläne im Bereich Energie und Klimaschutz und die Anreize zum Ausbau der Kinderbetreuung.
24. Der Bereich im nationalen Reformprogramm, dem die Niederlande höchste Priorität einräumen müssen, ist die Verbesserung des Arbeitsangebots. Vor diesem Hintergrund wird den Niederlanden empfohlen,
 - weitere Maßnahmen zu ergreifen, um das Arbeitsangebot, namentlich bei Frauen, älteren Arbeitskräften und benachteiligten Gruppen zu verbessern und so die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Gesamtwirtschaft zu erhöhen.
25. Außerdem müssen die Niederlande im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: verstärkte Anstrengungen zur Steigerung der privaten FuE-Ausgaben, indem eine fragmentierte FuE-Politik vermieden und eine kohärente FuE- bzw. Innovationsstrategie auf den Weg gebracht wird, die auf die Wechselwirkung zwischen privater FuE und öffentlicher Forschung sowie auf ausländische FuE-Investitionen abstellt.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

NIEDERLANDE

	NL						EU27				
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	134.8	129.9	130.3	131.9	132.1		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	115.0	110.7	112.7	114.7	114.4		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote						:				70.0	
	Insgesamt	72.9	73.6	73.1	73.2	74.3	62.2	63.4p	64.4p		
	Weiblich	63.5	66.0	65.8	66.4	67.7	53.7	56.2p	57.2p		
	Männlich	82.1	81.1	80.2	79.9	80.9	70.8	70.8p	71.6p		
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
	Insgesamt	38.2	44.3	45.2	46.1	47.7	36.9	42.3p	43.5p		
	Weiblich	26.1	31.8	33.4	35.2	37.2	27.4	33.5p	34.8p		
	Männlich	50.2	56.7	56.9	56.9	58.0	47.1	51.5p	52.6p		
Bruttoinlandsausgaben für FuE		1.82	1.76	1.78p	1.73p	1.72p	3.0	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
	Insgesamt	71.9	75.0	75.0	75.6	74.7	76.6	77.4	77.8		
	Weiblich	75.7	78.0	78.9	79.9	79.6	79.3	80.1	80.7		
	Männlich	68.2	72.0	71.2	71.4	69.9	73.8	74.7	74.8		
Vergleichende Preisniveaus		100.0	107.8	106.0	104.6	104.2	100.0	100.0	100.0		
Unternehmensinvestitionen		18.8	15.9	15.6	15.7	16.4	18.4	17.8	18.2		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
	Insgesamt	11.0p	12.0p	:	11.0b	:	:	16.0e	:		
	Weiblich	11.0p	12.0p	:	11.0b	:	:	17.0e	:		
	Männlich	10.0p	12.0p	:	11.0b	:	:	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
	Insgesamt	2.2	2.3	2.3	2.0	2.2	13.0	11.9	11.4		
	Weiblich	2.8	3.2	2.8	2.6	2.6	20.0	16.8	16.2		
	Männlich	2.2	2.0	2.1	2.1	2.2	9.6	9.7	9.3		
Langzeitarbeitslosenquote											
	Insgesamt	0.8	1.0	1.6	1.9	1.7	4.0	4.1p	3.7p		
	Weiblich	1.0	1.1	1.6	1.9	1.8	4.6	4.5p	4.0p		
	Männlich	0.6	1.0	1.5	1.9	1.6	3.5	3.8p	3.5p		
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		99.9	101.1	101.8	98.9	:	90.7	92.1	:		
Energieintensität der Wirtschaft		198.5	202.2	202.0	195.6	:	213.1	208.1	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		97.4	93.7	102.4	101.0	92.9e	99.1e	105.4e	106.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Österreich

1. Das BIP Österreichs dürfte 2007 um 3,3 % zunehmen und damit wie 2005-2006 um etwa 0,5 Prozentpunkte über dem Wachstum der Eurozone liegen. Den wichtigsten Wachstumsbeitrag leisteten die Nettoeinfuhren und Brutto-Anlageinvestitionen, während sich der private Verbrauch zurückhaltender entwickelte. Die Arbeitslosenquote ist seit 2005 zurückgegangen und dürfte sich 2007 knapp über der 4 %-Marke stabilisieren. Die Beschäftigungsquote (70,2 % im Jahr 2006) ist insgesamt relativ hoch, bei älteren Arbeitnehmern bleibt sie allerdings trotz eines beträchtlichen Anstiegs im vergangenen Jahr mit 35,5 % noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 43,5 %.
2. Unterstützend wirkten sich auf die starke Wirtschaftsleistung Österreichs kohärente politische Maßnahmen aus, die sich gegenseitig in ihrer Wirkung verstärkten. Es gibt einige wenige Schwachstellen, deren Beseitigung das Wachstumspotenzial des Landes weiter stärken könnte. Die Nutzung der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Ressourcen insbesondere aus den Reihen der älteren Arbeitnehmer könnte ebenso verbessert werden wie die Integration benachteiligter Jugendlicher. Die Nachhaltigkeit des Wachstums wird auch von einer stärkeren Haushaltskonsolidierung abhängen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt hat Österreich bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) von 2005 im Zeitraum 2005-2007 signifikante Fortschritte erzielt. Die länderspezifische Empfehlung des Rates zu älteren Arbeitnehmern und benachteiligten Jugendlichen wurde jedoch nur teilweise aufgegriffen. In anderen Bereichen, die der Rat der besonderen Aufmerksamkeit Österreichs empfohlen hatte (Wettbewerb im Dienstleistungssektor und Emissionssenkung), sind einige Fortschritte festzustellen. Für einen ausgeglichenen Haushalt 2008 wurden keine ausreichenden Anstrengungen unternommen. Bei der Stärkung der unternehmerischen Kultur und der Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt sind begrenzte Fortschritte feststellbar.
4. In ihrem Jahresfortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass Österreich auf die auf dem Frühjahrsgipfel 2006 des Europäischen Rates gefassten Beschlüsse zu den spezifischen Bereichen für vorrangige Maßnahmen (Wissen und Innovation, Erschließung des Unternehmenspotenzials, Beschäftigung und Energie) insgesamt angemessen reagiert hat. Österreich steht kurz davor, die Zusagen bis Ende 2007 zu erfüllen.
5. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen. Die Empfehlung zur Flexicurity hat Österreich gut umgesetzt. Es wurden Schritte unternommen, um die Finanzen der öffentlichen Hand und den Wettbewerb zu verbessern, wohingegen die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung weniger umfangreich ausfielen.
6. Die Bemühungen um Konsultierung und Stärkung der Eigenverantwortung für das NRP sind weiterhin erheblich. Die Zuständigkeit für die nationale Koordinierung

liegt auf der Ministerebene. Eine große Bandbreite von Beteiligten wurde konsultiert, u.a. das Parlament, die Sozialpartner, die Länder, die Kommunen sowie Wirtschaftsforschungseinrichtungen. Die Fortschritte werden von einem österreichischen Forschungsinstitut beobachtet. Die Verknüpfungen zwischen der politischen Steuerung der Umsetzung des NRP und den Struktur- und Kohäsionsfondsprogrammen sind eng; über 90 % der Strukturfondsmittel sind für Ziele der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie vorgesehen, einer der höchsten Werte in der EU.

7. Nach der Bildung einer neuen Regierung zu Jahresbeginn wird im Umsetzungsbericht 2007 bei Bestätigung der im NRP von 2005 gesetzten Prioritäten eine neue Betonung auf das Sozialsystem gelegt. Die Mittel für FuE und Innovation, Infrastruktur sowie Bildung wurden aufgestockt. Das Ziel der Vollbeschäftigung wird ergänzt, indem „Gute Arbeit“ forciert wird. Die Kommission stimmt diesen Prioritäten weitgehend zu.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Dank der vor kurzem durchgeführten Reform des Rentensystems sind die Gefahren für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Österreichs als relativ gering anzusehen. Dennoch hat sich Österreich im NRP von 2005 zu Ausgabenkürzungen verpflichtet, um die Lage weiter zu verbessern. Diese Kürzungen sollten vor allem durch allgemeine Zurückhaltung bei den Ausgaben und die Weiterführung der Reformen von Verwaltung und Gesundheitswesen ermöglicht werden. Die geplanten Einsparungen sind jedoch nicht in dem erwarteten Ausmaß eingetreten. Deswegen sind insgesamt bei der Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Zeitraum 2005-2007 nur begrenzte Fortschritte erzielt worden.
9. Der Rat hatte betont, dass besonderes Augenmerk darauf gelegt werden müsse, 2008 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Das Haushaltsdefizit dürfte von 1,4 % des BIP im Jahr 2006 auf 0,8 % des BIP im Jahr 2007 zurückgehen. Im aktualisierten Stabilitätsprogramm von März 2007 war jedoch das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts auf 2009/2010 vertagt worden. In seiner Stellungnahme zu dieser Aktualisierung forderte der Rat Österreich auf, nach dem niedriger als anvisiert ausgefallenen Defizit von 2006 die guten wirtschaftlichen Bedingungen weiter zu nutzen, die Anpassung 2008 verstärkt in Angriff zu nehmen und die Haushaltskonsolidierung auch danach fortzusetzen. Österreich hat daraufhin in seinem aktualisierten NRP eine Reihe von Maßnahmen (Reform von Verwaltung und Gesundheitswesen) aufgeführt, die zur Konsolidierung der Staatsfinanzen beitragen. Ausführlichere Angaben zu den Folgen dieser Maßnahmen für den Haushalt wären wünschenswert. Der längerwartete, ursprünglich für den 1. Januar 2007 vorgesehene mittelfristige Haushaltsrahmens wurde vom Parlament schließlich im Dezember 2007 angenommen und dürfte die Vorhersehbarkeit der Haushaltsentwicklung ab 2009 deutlich erleichtern.
10. Nach Auffassung der Kommission hat Österreich in dem seinem beonderen Augenmerk empfohlenen Punkt des Haushaltsausgleichs 2008 und bei den beiden

makroökonomischen Empfehlungen für die Eurozone begrenzte Fortschritte erzielt. Es wurden Schritte zur besseren Verwendung der öffentlichen Finanzen u.a. durch Erhöhung der Aufwendungen für FuE und Bildung sowie durch die Verwaltungsreform unternommen, aber die günstigen konjunkturellen Bedingungen wurden nicht vollständig ausgenutzt, um sich dem mittelfristigen Ziel anzunähern.

Mikroökonomische Politik

11. Österreich hat weitere Maßnahmen zur Stärkung der Innovationskapazität und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen ergriffen. Die FuE-Aufwendungen steigen weiter und dürften 2007 mit 2,5 % des BIP deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen. Neben der Unterstützung der technologischen Entwicklung wurden vermehrt Mittel zur Förderung der Humanressourcen bereitgestellt. Es wird jedoch nicht leicht sein, den Bedarf an Absolventen der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge zu decken. Bei vielen Innovationsindikatoren nimmt Österreich weiterhin eine hohe Stellung ein, allerdings mit einer bemerkenswerten Ausnahme hinsichtlich der Verfügbarkeit von Wagniskapital. Das Land hat eine Reihe von KMU-Programmen eingeführt, u.a. zur Förderung der Zusammenarbeit mit Forschungsorganisationen, und Maßnahmen für einen besseren Schutz und eine bessere Nutzung von Rechten an geistigem Eigentum ergriffen. Auch der Nachfrageseite widmet die Innovationspolitik Aufmerksamkeit; so wurde im Juli 2007 ein Leitfaden für das öffentliche Auftragswesen herausgegeben, durch den die Innovationstätigkeit angeregt werden soll.
12. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen wurden inzwischen zahlreiche Programme eingeführt, mit einem starken Schwerpunkt auf den KMU. Österreich bleibt gewillt, die Verwaltungskosten der Unternehmen bis 2010 um 25 % zu senken. Für Unternehmensgründer gibt es nun zentrale Anlaufstellen, wenn auch noch nicht im ganzen Land.
13. Die Infrastruktur spielt eine Schlüsselrolle bei der Sicherung der Attraktivität Österreichs als Unternehmensstandort. Die Umsetzung der Initiative i2010 zur Informationsgesellschaft hat seit 2006 ausgezeichnete Fortschritte gemacht, und Österreich hat als erster Mitgliedstaat elektronische Behördendienstleistungen vollständig online bereitgestellt. Die Ziele in Bezug auf die Verfügbarkeit von Breitband-Verbindungen wurden in den meisten Landesteilen erreicht. Zusätzliche Ressourcen werden für die Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt, und wichtige Projekte zur Beseitigung von Engpässen werden vorangebracht. Vorrang erhält dabei die Verbesserung der Straßen- und Schienenverbindungen zu den neuen Mitgliedstaaten.
14. Der Rat hatte Österreich nahegelegt, den Wettbewerb bei den Dienstleistungen zu intensivieren, die unternehmerische Kultur zu stärken und weitere Strategien und Maßnahmen für die Emissionssenkung festzulegen. Österreich hat Schritte hin zu einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ergriffen und erwägt weitere Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs auf dem Strom- und Gasmärkten. Im Bereich der freien Berufe wurden einige Reformen durchgeführt: die Zulassungsbestimmungen für Architekten wurden gelockert, und die Honorarleitlinien für Buchhalter, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Architekten abgeschafft. Einige erhebliche Beschränkungen bleiben jedoch bestehen, insbesondere bei Notaren, Apothekern und den Rechtsberufen.

15. Erhebungen zufolge ist der Unternehmensgeist unter den jungen Menschen in Österreich gering ausgeprägt. Die Erziehung zu unternehmerischer Initiative wurde in einigen, aber nicht allen Schulen in den Lehrplan aufgenommen und beschränkt sich oftmals auf die technische Ebene. Eine Vielzahl spezifischer Initiativen hat die Förderung unternehmerischer Kompetenzen zum Ziel. Diese Schritte gehen in die richtige Richtung, allerdings müsste eine umfassende, substanzielle Initiative zur Förderung unternehmerischer Einstellungen entwickelt werden.
16. Österreich hat mehrere politische Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen ergriffen, u.a. die diesjährige Anpassung der Klimastrategie von 2002, die Einrichtung eines Klima- und Energiefonds, die weitere Anwendung des Gesetzes über erneuerbare Energien, eine Klimaschutzinitiative (Klima aktiv) und den nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan. Auch Maßnahmen wie die Verbesserung der Schieneninfrastruktur sowie die Erhöhung der Lkw-Maut und der Mineralölsteuer sollten zur Emissionssenkung beitragen. Bei der Nutzung und dem Export von Umwelttechnik nimmt Österreich weiterhin einen guten Platz ein, was auch dem Wirtschaftswachstum und der Beschäftigung zugute kommt. Jedoch ist die gründliche Durchführung aller bestehenden und angekündigten Maßnahmen erforderlich, da Österreich den jüngsten Prognosen zufolge die Kyoto-Ziele mit den bestehenden Maßnahmen einschließlich der Kyoto-Mechanismen und Kohlenstoffsenken nicht erreichen wird.
17. Im allgemeinen hat Österreich die Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen in seinem NRP erfolgreich durchgeführt, insbesondere in den Bereichen FuE und Innovation, Infrastruktur und Rahmenbedingungen für Unternehmen. Die seiner besonderen Aufmerksamkeit empfohlenen Schwerpunkte und die Empfehlungen an die Länder der Eurozone wurden nach Ansicht der Kommission nur in begrenztem Umfang angegangen und bleiben daher gültig.

Beschäftigungspolitik

18. Dank der günstigen Konjunktur und insgesamt erfolgreicher beschäftigungspolitischer Maßnahmen wurden auf dem Arbeitsmarkt im Zeitraum 2005-2007 positive Ergebnisse erzielt. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wurde gestärkt, und der Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um Randgruppen des Arbeitsmarktes zu integrieren. Die Wirkung dieser Maßnahmen könnte allerdings noch verbessert werden. Die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit wurde mit einer Reihe wichtiger Maßnahmen wirksam in Angriff genommen. Ein neu konzipiertes Programm gegen Fachkräftemangel sieht zusätzliche Weiterbildungsmaßnahmen für Fachkräfte vor. Die vor kurzem ausgebauten Fachhochschulen haben dazu beigetragen, die bisher relativ niedrige Zahl an Graduierten zu erhöhen.
19. Der Rat hat Österreich empfohlen, für ältere Arbeitnehmer die Anreize für einen Verbleib im Arbeitsleben zu verstärken und die Bedingungen für die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher zu verbessern. Der Verbleib älterer Arbeitnehmer im Arbeitsleben wurde durch eine Reihe von Maßnahmen unterstützt, u.a. durch Sensibilisierungskampagnen und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderte berufliche und betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen. Die Unternehmen sollten allerdings noch stärker ermutigt werden, die Arbeitsbedingungen an die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer anzupassen; dazu zählen auch

Gesundheitsvorsorge-Programme. Infolge der Rentenreformen und mehrerer Steuervergünstigungen hat sich das tatsächliche Renteneintrittsalter beträchtlich erhöht. Die vor kurzem vorgenommene, über einen langen Übergangszeitraum gültige Verringerung der Abschläge für Frühpensionierungen gibt jedoch das falsche Signal. Zudem hat der Übergang in den Vorruhestand aus gesundheitlichen Gründen zugenommen. Die sprachliche Frühförderung von Kindern mit Migrationshintergrund und die Einführung eines verpflichtenden Kindergartenjahres für Kinder mit Sprachproblemen sind positive Schritte, die allerdings in eine umfassendere Strategie eingebettet werden müssten, zu der auch eine Reform des Bildungssystems zählt, um die frühe Selektion abzuschaffen.

20. Darüber hinaus hat der Rat auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, die geschlechtsspezifische Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch zusätzliche Kinderbetreuungsplätze in Angriff zu nehmen. Österreich hat die Kinderbetreuungsbeihilfe reformiert, so dass eine schnellere Rückkehr in den Arbeitsmarkt begünstigt wird. Bisher wurden die Kinderbetreuungseinrichtungen nicht in nennenswertem Umfang ausgebaut, aber ab Januar 2008 werden einige zusätzliche Mittel bereitgestellt. Ausreichend ehrgeizige bundesweite Zielvorgaben fehlen. Der neue Mindestlohn wird insbesondere Frauen zugute kommen, wird aber nicht ausreichen, um das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern beträchtlich zu reduzieren. Deswegen hat Österreich auf diesem Gebiet nur in begrenztem Ausmaß auf die Empfehlungen des Rates reagiert.
21. Unter Flexicurity versteht Österreich eine Kombination aus Flexibilität in Arbeitsverträgen mit angemessenen sozialen Absicherungen, begleitet von aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen und einem starken Vertrauen in die Sozialpartner. Eine Reihe kürzlich eingeführter Maßnahmen soll gleichzeitig für mehr Flexibilität und Sicherheit sorgen. Dazu gehören die Einführung flexiblerer Arbeitszeiten, strengere Kriterien für die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung, Attraktivierung der Bildungskarenz, besserer sozialer Schutz für atypisch Beschäftigte und Selbstständige sowie die Einführung von Abgaben, die Zeitarbeitsfirmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten entrichten müssen. Außerdem wird gerade eine neue juristische Definition des Beschäftigtenbegriffs ausgearbeitet. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um die Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit älterer und besonders gering qualifizierter Arbeitnehmer zu verbessern.
22. Im allgemeinen war Österreich mit den Maßnahmen zur Erfüllung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen in seinem NRP und zur Befolgung der Flexicurity-Empfehlungen für die Eurozone erfolgreich. Die länderspezifische Empfehlung und Schwerpunktsetzung wurde teilweise aufgegriffen und bleibt daher gültig.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

23. In Anbetracht des österreichischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

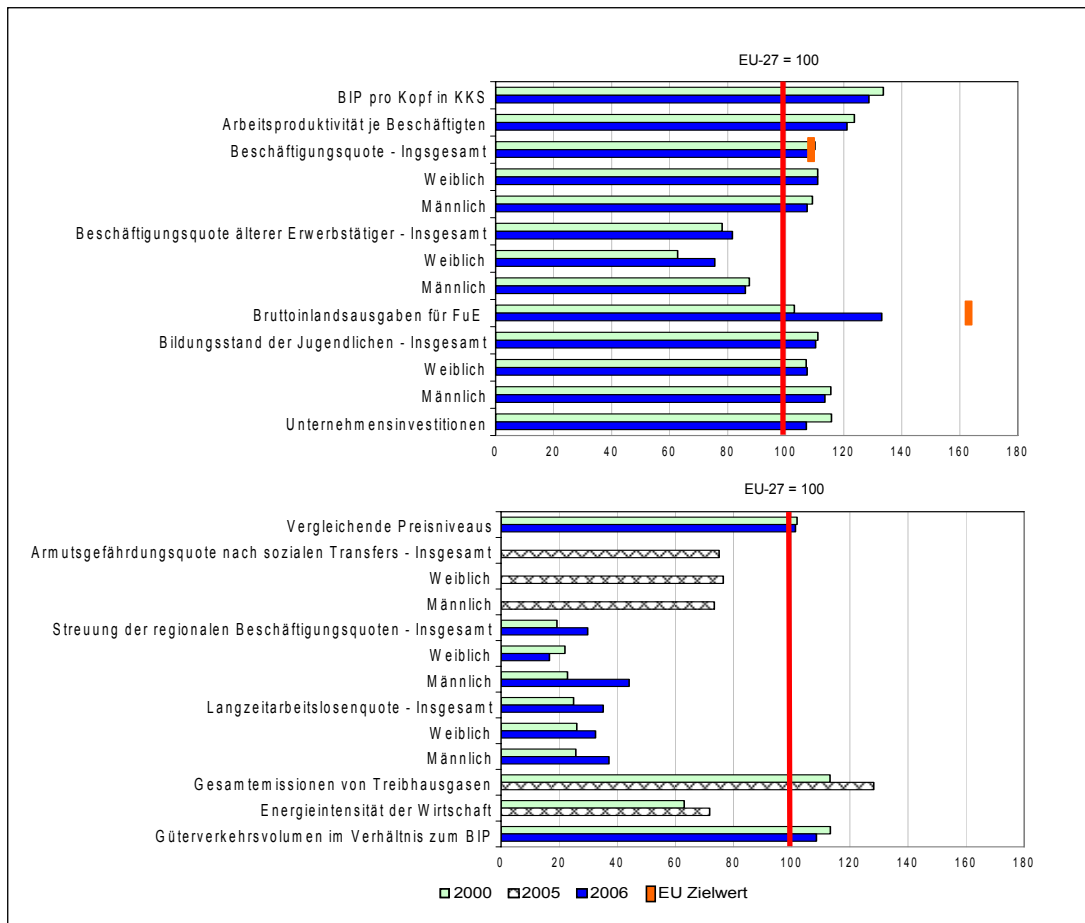
24. Österreich hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 beträchtliche Fortschritte erzielt. Gute Fortschritte sind bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen festzustellen.
25. Die Empfehlungen des Rates zur Beschäftigungspolitik sind dem Umsetzungsbericht zufolge teilweise aufgegriffen worden. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind gewisse Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
26. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt folgende positive Entwicklungen erkennen: vortreffliche Verfahren zur Innovationsförderung wie der „Innovationscheck Österreich“, Erhöhung der Haushaltsmittel für FuE im Einklang mit der 3 %-Zielvorgabe, Einrichtung eines Klima- und Energiefonds sowie die erfolgreiche Anwendung und Weiterentwicklung seines Flexicurity-Modells.
27. Mit höchster Priorität muss Österreich in seinem nationalen Reformprogramm gewährleisten, dass ältere Arbeitnehmer in größerem Umfang dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und Fertigkeiten und Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Jugendlicher verbessert werden. Vor diesem Hintergrund wird Österreich empfohlen,
 - für ältere Arbeitnehmer die Anreize für einen Verbleib im Arbeitsleben weiter zu verstärken und zu diesem Zweck insbesondere eine umfassende Strategie mit beruflichen Fortbildungsmaßnahmen, einer Anpassung der Arbeitsbedingungen und einer Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für Vorruhestandsregelungen umzusetzen und die Bildung benachteiligter Jugendlicher zu verbessern.
28. Außerdem muss Österreich während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: Straffung der Haushaltsanpassung, um vor 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, Intensivierung des Wettbewerbs bei den Dienstleistungen und insbesondere bei den freien Berufen, größeres Augenmerk auf die Erziehung zu unternehmerischer Initiative, Festlegung weiterer Strategien und Maßnahmen zur Emissionssenkung, Inangriffnahme der geschlechtsspezifischen Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch weitere zusätzliche Kinderbetreuungsplätze.

TEIL IV: SCHAUILLDER UND STATISTISCHE DATEN

ÖSTERREICH

	AT						EU27				
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	133.7	129.0	128.8	128.6	128.7		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	123.7	120.0	120.2	119.9	121.1		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote						3.0				70.0	
Insgesamt	68.5	68.9	67.8b	68.6	70.2		62.2	63.4p	64.4p		
Weiblich	59.6	61.6	60.7b	62.0	63.5		53.7	56.2p	57.2p		
Männlich	77.3	76.4	74.9b	75.4	76.9		70.8	70.8p	71.6p		
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger											
Insgesamt	28.8	30.3	28.8b	31.8	35.5		36.9	42.3p	43.5p		
Weiblich	17.2	20.8	19.3b	22.9	26.3		27.4	33.5p	34.8p		
Männlich	41.2	40.4	38.9b	41.3	45.3		47.1	51.5p	52.6p		
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.91e	2.23	2.22	2.41	2.45		1.86e	1.84e	1.84e		3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
Insgesamt	85.1	84.2	85.8	85.9	85.8		76.6	77.4	77.8		
Weiblich	84.9	83.4	86.5	87.3	86.7		79.3	80.1	80.7		
Männlich	85.3	85.1	85.1	84.6	84.9	73.8	74.7	74.8			
Vergleichende Preisniveaus	101.9	103.3	103.1	101.9	101.3	100.0	100.0	100.0			
Unternehmensinvestitionen	21.3	20.1	19.6	19.2	19.5	18.4	17.8	18.2			
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers											
Insgesamt	12.0	13.0b	13.0	12.0	:	:	16.0e	:			
Weiblich	14.0	14.0b	14.0	13.0	:	:	17.0e	:			
Männlich	9.0	12.0b	11.0	11.0	:	:	15.0e	:			
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten											
Insgesamt	2.5	3.0	3.5	4.1	3.4	13.0	11.9	11.4			
Weiblich	4.4	3.8	3.2	3.4	2.7	20.0	16.8	16.2			
Männlich	2.2	3.6	3.9	4.9	4.1	9.6	9.7	9.3			
Langzeitarbeitslosenquote											
Insgesamt	1.0	1.1	1.3b	1.3	1.3	4.0	4.1p	3.7p			
Weiblich	1.2	1.1	1.4b	1.4	1.3	4.6	4.5p	4.0p			
Männlich	0.9	1.1	1.3b	1.2	1.3	3.5	3.8p	3.5p			
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	102.7	117.7	115.5	118.1	:	90.7	92.1	:			
Energieintensität der Wirtschaft	134.4	149.0	147.1	149.3	:	213.1	208.1	:			
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	112.3	118.2	117.5b	112.2	115.8	99.1e	105.4e	106.7e			

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-27



Polen

1. Im Zeitraum 2005-2007 wuchs die polnische Wirtschaft um 5,4 % jährlich. 2007 dürfte das Pro-Kopf-BIP 55 % des EU-Durchschnitts erreichen. Getragen wurde dieses Wachstum hauptsächlich von der Inlandsnachfrage, insbesondere den Investitionen und dem Verbrauch der privaten Haushalte. Das öffentliche Defizit wurde von 4,3 % des BIP im Jahr 2005 auf 3,8 % des BIP im Jahr 2006 abgesenkt und wird 2007 voraussichtlich auf 2,7 % des BIP zurückgehen. Mit einer projizierten Arbeitslosenquote von unter 10 % im Jahr 2007 (gegenüber 17,7 % im Jahr 2005) hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt merklich verbessert. Dennoch sind nach wie vor große Probleme zu verzeichnen, wie die EU-weit niedrigste Beschäftigungsquote (Schätzungen zufolge 54 % im Jahr 2007) und eine sinkende Erwerbsquote (62,3 %).
2. Die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung Polens wird durch eine Reihe verbundener Strukturprobleme behindert, wie eine geringe Nutzung des Arbeitskräftepotenzials, langsame Fortschritte bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung, Investitionsdefizite und Ungleichgewichte bei den öffentlichen Finanzen. Würden die Anreize, keine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, beseitigt und die Ausgaben von Sozialleistungen auf wachstumsfördernde Maßnahmen umgeschichtet, könnte die Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarkts erhöht und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessert werden.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Dem Umsetzungsbericht 2007 zufolge ist Polen bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 alles in allem nur begrenzt vorangekommen. Allerdings scheint sich das Umsetzungstempo im Laufe des letzten Jahres leicht beschleunigt zu haben, und die neue polnische Regierung sollte für kontinuierliche Umsetzung sorgen.
4. Bei den vier länderspezifischen Empfehlungen des Rates sind gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Unzureichend sind die Fortschritte allerdings bei der Haushaltskonsolidierung und der Ausgabenkontrolle, der Intensivierung des Wettbewerbs in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen, der Verstärkung von FuE, der Erhöhung der Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern und der Verstärkung der Bemühungen um lebenslanges Lernen. Wenngleich weitere Schritte erforderlich sind, wurden bei der steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit, der Reformierung der Arbeitsverwaltung und der Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik erste Fortschritte erzielt.
5. In den anderen Bereichen, auf die sich Polen laut Schlussfolgerungen des Rates konzentrieren sollte, wurden gewisse Fortschritte erzielt, so beim Abbau und der Umlenkung staatlicher Beihilfen, der Gewährleistung wirksamer Rahmenbedingungen für den Wettbewerb im Finanzsektor und bei der Erhöhung des Umweltschutzes. Gute Fortschritte wurden bei der Verknüpfung von kohäsionspolitischen Instrumenten und Nationalem Reformprogramm und bei der Festlegung eines realistischeren FuE-Investitionsziels erzielt. Unzureichend sind die Fortschritte dagegen bei der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, der weiteren

Liberalisierung der Energiemärkte und der Beschleunigung der Anmeldeverfahren für Unternehmen.

6. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass Polen bei der Erfüllung der Verpflichtungen, die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 in den Bereichen für vorrangige Maßnahmen (Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie) eingegangen worden waren, nur begrenzt vorangekommen war. Auch seither wurden bei den meisten der bis Ende 2007 einzulösenden Verpflichtungen nur begrenzt Fortschritte erzielt.
7. Die Konsultationen und Bemühungen um Stärkung der Eigenverantwortung für das NRP auf der zentralen und kommunalen Regierungsebene sowie bei Parlament und Sozialpartnern wurden verstärkt. Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit organisierte die Regierung eine Reihe von Seminaren und öffentlichen Veranstaltungen. Die Lenkungsstrukturen des NRP sind eng mit denen der Kohäsionsprogramme verknüpft. 64 % der verfügbaren Strukturfondsmittel sind für die Ziele Wachstum und Beschäftigung vorgemerkt.
8. Auch wenn sich die Kommission der Tatsache bewusst ist, dass zurzeit eine neue Regierung gebildet wird, möchte sie dennoch auf die Notwendigkeit hinweisen, die in den länderspezifischen Empfehlungen des Rates genannten strukturellen Schwächen und sonstigen Schwachpunkte in Angriff zu nehmen.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

9. Die Konsolidierung und bessere Verwaltung der öffentlichen Finanzen werden im NRP als die zentrale makroökonomische Herausforderung genannt. Zwar hat Polen zu diesem Zweck eine Reihe von Maßnahmen geplant, wegen der Parlamentswahlen aber nicht umgesetzt. Der verbesserte Haushaltssaldo ist in erster Linie auf wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen sowie auf Datenkorrekturen, unerwartet niedrige Ausgaben und auf Haushaltsdisziplin zurückzuführen.
10. Der Rat hat Polen empfohlen, die Haushaltskonsolidierung fortzusetzen und den nominalen „Defizitanker“ (Defizitgrenze) um weitere Mechanismen zu ergänzen, damit die Ausgaben besser unter Kontrolle gehalten werden. Während die Haushaltskonsolidierung vorangeschritten ist, hat Polen keinerlei Maßnahmen zur Einführung einer Ausgabenregel ergriffen. Auch eine Reihe geplanter Maßnahmen, wie die Festlegung einheitlicher Grundsätze zur Bestimmung der Bezüge im Pensions- und Rentensystem, der Erlass eines neuen Gesetzes für die öffentlichen Finanzen, die Einführung von „Überbrückungsrenten“ (vorübergehende Renten für Beschäftigte mit schwierigen Arbeitsbedingungen), die Schaffung eines Krankenhausnetzverbands und die Festlegung garantierter Mindestleistungen des Gesundheitswesens wurden nicht umgesetzt.
11. Trotz des breit angelegten Konzepts der Regierung zur Erhöhung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen hat Polen alles in allem keine Maßnahmen getroffen, um die im NRP genannten makroökonomischen Verpflichtungen einzulösen. Auch wenn

die angekündigten Politikmaßnahmen nach Ansicht der Kommission vielversprechend und notwendig waren, wurde doch keine von ihnen vollständig umgesetzt, so dass die o.g. Empfehlung aufrechterhalten wird.

Mikroökonomische Politik

12. Im NRP wurden für die mikroökonomische Politik vier Herausforderungen genannt: Entwicklung unternehmerischer Kompetenzen, verstärkte Innovationstätigkeit der Unternehmen, Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur und Gewährleistung wettbewerbsfördernder Rahmenbedingungen in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen. Bei der Entwicklung unternehmerischer Kompetenzen wurden angemessene Maßnahmen eingeleitet, doch müssen bei der Unternehmenszulassung und der Aufholung des Rückstands bei der Umsetzung des Programms zur Verbesserung der Rechtsetzung noch weitere Anstrengungen unternommen werden; außerdem wurde in Bezug auf den Bürokratieabbau keine spezielle Zielvorgabe festgelegt.
13. Der Rat hat Polen empfohlen, den Rahmen für den Wettbewerb in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen zu verbessern, die Reform des öffentlichen Forschungssektors fortzusetzen, um FuE und Innovation Auftrieb zu geben, und den Rahmen für FuE des privaten Sektors zu verbessern, um optimalen Nutzen aus ausländischen Direktinvestitionen zu ziehen. Darüber hinaus hat der Rat Polen aufgefordert, bis 2010 für den FuE-Bereich eine verbindliche und realistische Zielvorgabe zu setzen und die Liberalisierung der Energiemärkte weiter voranzutreiben.
14. Polen hat die Strom- und Gasmärkte für alle Kunden geöffnet und die einschlägigen Richtlinien umgesetzt. Weitere Maßnahmen zielen auf die Neuordnung der Versorgungsstruktur und die Erhöhung der Versorgungssicherheit ab. Nichtsdestotrotz wurden gegen Polen zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren im Strom-, Gas- und Telekommunikationsbereich eingeleitet.
15. Die Reform von öffentlicher FuE, die in erster Linie einige wenige Großprojekte und die erfolgreichsten Institute zum Gegenstand hat, ist zu begrüßen. Doch bleiben die Fortschritte in erster Linie auf den Erlass von Rechtsvorschriften beschränkt. Auch wurde eine realistischere FuE-Zielvorgabe von nunmehr 0,92 % des BIP bis 2010 gesetzt. Zur Steigerung des polnischen Innovationspotenzials sind eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, über die das Papier „Innovationssteigerung im Zeitraum 2007-2013“ einen Überblick gibt, deren Umsetzung aber noch aussteht. Der unzureichenden Innovationstätigkeit der Unternehmen soll mit Steuerfreistellungen und Pilotprojekten für Cluster und Neugründungen von Technologieunternehmen entgegengewirkt werden. Eine Reform des öffentlichen Auftragswesens könnte innovative Güter und Dienstleistungen fördern. Parallel dazu muss eine umfassende Strategie entwickelt werden, um ausländische Direktinvestitionen in Branchen mit mittlerem und hohem Technisierungsgrad ins Land zu holen. Zwar sind bei den Innovationsbemühungen gewisse Fortschritte zu erkennen, doch müssen diese Maßnahmen nun umgesetzt und kontinuierlich bewertet werden.
16. Der Rat hat in seinen Empfehlungen auf eine Reihe von Bereichen hingewiesen, auf die sich die mikroökonomische Politik Polens konzentrieren sollte. So wurde eine Umweltschutzstrategie für den Zeitraum 2007-2010 beschlossen und zu diesem

Zweck eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet. Dieser Ansatz muss weiterverfolgt werden, sollen die mit dem Beitritt eingegangenen Verpflichtungen erfüllt und der Besitzstand im Bereich Umweltpolitik (wie NATURA 2000) umgesetzt werden. Bei der Verbesserung der Infrastruktur ging es bislang vor allem um Planungs- und institutionelle Fragen, während nun der raschen Umsetzung Vorrang zu geben ist. Darüber hinaus wurde eine neue Verkehrsstrategie für den Zeitraum 2007-2020 beschlossen, doch gilt es nun, die darin enthaltenen Investitionspläne umzusetzen. Zu diesem Zweck sind insbesondere die Strukturfonds wirksam einzusetzen, muss parallel dazu auf öffentlich-private Partnerschaften zurückgegriffen werden und sind die Investitionsverfahren zu vereinfachen.

17. Die Vergabe staatlicher Beihilfen wird besser überwacht und ein größerer Teil der Beihilfen ist nun auf horizontale Ziele gerichtet - eine Entwicklung, an der festgehalten werden muss. Bei den Rechtsvorschriften für den Finanzsektor hat sich der Stand der Umsetzung verbessert, wenngleich einige wichtige Rechtsakte noch immer nicht umgesetzt sind. Es wurden neue Regulierungsbehörden geschaffen, deren Unabhängigkeit sichergestellt werden muss. Das Umsetzungsdefizit bei den Binnenmarktvorschriften hat sich in jüngster Zeit verdoppelt, und es sind zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren anhängig, so dass jetzt unbedingt gehandelt werden muss. Eine zügige und gut koordinierte Umsetzung der IKT-Pläne wird dazu beitragen, zentrale Anmeldestellen für Unternehmen zu schaffen und andere verspätete Projekte für elektronische Behördendienste zu realisieren. Die Verknüpfung zwischen NRP und Strukturfonds wurde verstärkt und muss nun auch während der Umsetzung aufrechterhalten werden.
18. Polen hat die zur Einlösung der im NRP genannten mikroökonomischen Verpflichtungen erforderlichen Maßnahmen teilweise eingeleitet. Da sich die Politikmaßnahmen, die als Reaktion auf die länderspezifischen Empfehlungen getroffen wurden, als unzureichend erweisen könnten, sind die Empfehlungen nach Ansicht der Kommission nach wie vor gültig. Die ermittelten Schwachstellen wurden nach Auffassung der Kommission in gewissem Umfang in Angriff genommen, sind aber nach wie vor vorhanden, so dass das Reformtempo nun beschleunigt werden muss.

Beschäftigungspolitik

19. Für den Bereich Beschäftigung wurden im NRP zwei Herausforderungen genannt: Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und Abbau der Arbeitslosigkeit sowie Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen. Mit guten Fortschritten bei der Verfolgung der nationalen Beschäftigungsziele für 2010 und einem rapiden Rückgang der Arbeitslosenquote hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert. Angesichts des Anstiegs der Armutsquote (von 17 % im Jahr 2003 auf 21 % im Jahr 2005) auf den im EU-Vergleich höchsten Wert muss Polen vermehrt auf Präventionsprogramme setzen und sich stärker darum bemühen, für die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen einen integrativen Arbeitsmarkt zu schaffen.
20. Der Rat hat Polen empfohlen, eine Reihe von Reformen einzuleiten, um die Funktionsweise des Arbeitsmarkts zu verbessern. So wurden neue Rechtsvorschriften erlassen, um die Funktionsweise der staatlichen Arbeitsverwaltung zu verbessern, und bestehende Rechtsvorschriften geändert, so dass jeder Erwerbslose (je nach

Höhe seines Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung) nun innerhalb von 7 oder 30 Tagen eine Berufsberatung erhält. Parallel dazu wurden neue Programme zur Förderung der Integration benachteiligter Gruppen aufgelegt. Polen hat die Lohnnebenkosten gesenkt, indem die Beiträge für die Arbeitsunfähigkeitsversicherung für die Arbeitgeber von 13 % auf 6 % und für die Arbeitnehmer von 6,5 % auf 4,5 % herabgesetzt wurden. Dies dürfte die Attraktivität einer Beschäftigung für geringqualifizierte Arbeitnehmer erhöhen.

21. Polen hat EU-weit die niedrigste Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern und eines der niedrigsten Durchschnittsalter für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Um dies zu ändern, bedarf es einer umfassenden Strategie mit starken Anreizen für ein längeres Verbleiben im Erwerbsleben, besseren Fortbildungsmöglichkeiten und Anreizen für die Arbeitgeber, ältere Arbeitnehmer einzustellen. Untermauert werden muss dies durch eine Änderung der Vorruhestands- und Erwerbsunfähigkeitsbezüge, damit sich Arbeit lohnt und die Mittel von passiven auf aktive Arbeitsmarktmaßnahmen umgeschichtet werden. Eine Ausweitung des extrem geringen Angebots an Kinderbetreuung würde dazu beitragen, die Beschäftigungsquote bei Frauen - eine der niedrigsten in der EU - zu erhöhen. Bei der Strategie für lebenslanges Lernen ist es erneut zu Verzögerungen gekommen und auch bei der Qualität der Schulungsprogramme und ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt gibt es nach wie vor Probleme.
22. Im Bereich „Flexicurity“ verfolgt Polen einen zum Teil integrierten Ansatz. Das Arbeitsrecht wurde geändert, um flexible Formen der Arbeitsorganisation zu ermöglichen. Die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen wurden erhöht, müssen aber durch gezieltere Programme zur Vorbeugung von Langzeitarbeitslosigkeit ergänzt werden. Der Anteil der Bevölkerung, der am lebenslangen Lernen teilnimmt, ist einer der geringsten in der EU, und es wird zu wenig in die berufliche Bildung der Arbeitnehmer investiert. Bei der Reform des Sozialversicherungssystems, das verschiedene Formen der Frühverrentung ermöglicht, wurden keine Fortschritte erzielt. An einigen Flexicurity-Komponenten sind die Sozialpartner zum Teil beteiligt.
23. Polen hat die erforderlichen Maßnahmen zur Einlösung der im NRP genannten beschäftigungspolitischen Verpflichtungen teilweise eingeleitet. Die länderspezifische Empfehlung wurde in gewissem Umfang aufgegriffen, wobei die Maßnahmen in die richtige Richtung gehen, sich angesichts der derzeitigen Herausforderungen des Landes allerdings als unzureichend erweisen könnten. Die Kommission ist deshalb der Auffassung, dass diese Empfehlung nach wie vor gilt.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

24. In Anbetracht des Umsetzungsberichts Polens für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen:
25. Polen hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms im Zeitraum 2005-2007 nur begrenzt Fortschritte erzielt. Dies gilt auch für die Erfüllung der auf

der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.

26. Die Empfehlungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2007 sind dem Umsetzungsbericht zufolge unterschiedlich aufgegriffen worden. Auch in den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge Aufmerksamkeit verdienen, sind einige Fortschritte festzustellen.
27. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Polen folgende positive Entwicklungen erkennen: Bemühung um Stärkung der unternehmerischen Kompetenzen, erste Schritte zur Senkung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit, Vorrang für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Bereitstellung entsprechender Mittel und starke Verknüpfung der Prioritäten des Nationalen Reformprogramms mit den EU-Finanzmitteln.
28. Die Bereiche im nationalen Reformprogramm Polens, denen höchste Priorität eingeräumt werden muss, sind verstärkte Bemühungen um Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, entschlossene Maßnahmen zur Verbesserung der Regulierung und zur Förderung der Liberalisierung der netzgebundenen Wirtschaftszweige, rasche Umsetzung der FuE-Reformen, weitere Maßnahmen zur Erhöhung der niedrigen Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern, stärkere Fokussierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf die schwächsten Gruppen und Aufstellung einer Strategie für lebensbegleitendes Lernen. Vor diesem Hintergrund wird Polen empfohlen,
 - die Haushaltskonsolidierung zu verstärken und den nominalen „Defizitanker“ (Defizitgrenze) um weitere Mechanismen zu ergänzen, damit die Ausgaben besser unter Kontrolle gehalten werden,
 - die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen zu verbessern und zu diesem Zweck u.a. die Rolle der Regulierungsinstanzen zu überprüfen und die Liberalisierung der Energiemärkte auch weiterhin entschlossen voranzutreiben,
 - die Reform des staatlichen Forschungssektors fortzusetzen, um FuE und Innovation Auftrieb zu geben, und die Rahmenbedingungen für FuE des privaten Sektors zu verbessern, um optimalen Nutzen aus ausländischen Direktinvestitionen zu ziehen,
 - mit Blick auf einen integrierten Flexicurity-Ansatz Umfang und Wirkungsgrad der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen, insbesondere für ältere Arbeitnehmer und besonders von Armut bedrohte Bevölkerungsgruppen, die sozialen Systeme auf den Prüfstand zu stellen, um den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen, eine Strategie für lebenslanges Lernen zu schaffen und die allgemeine und die berufliche Bildung mit Blick auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu modernisieren.
29. Außerdem muss Polen im weiteren Verlauf des nationalen Reformprogramms insbesondere folgende Schwerpunkte setzen: Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Beschleunigung der Verfahren der Unternehmenszulassung, rechtzeitige Umsetzung

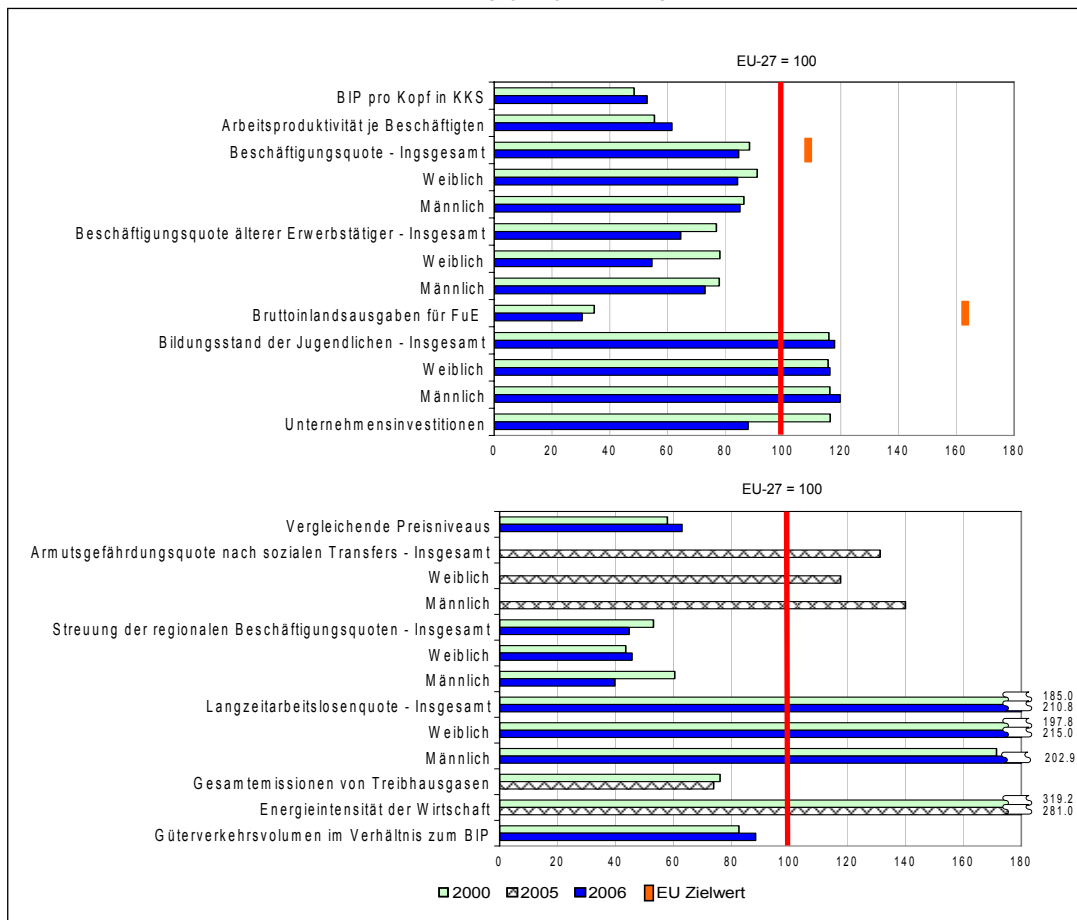
der Programme für elektronische Behördendienste, Verbesserung der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und Ausbau der Kinderbetreuung.

TEIL IV: SCHAUbilder UND STATISTISCHE DATEN

POLEN

	PL						EU27				
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	48.5	49.1	50.8	51.0	52.9		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	55.5e	59.9e	61.4e	60.4e	61.5e		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote						:	62.2	63.4p	64.4p	70.0	
	Insgesamt	55.0	51.2	51.7	52.8	54.5					
	Weiblich	48.9	46.0	46.2	46.8	48.2		53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	61.2	56.5	57.2	58.9	60.9		70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							36.9	42.3p	43.5p		
	Insgesamt	28.4	26.9	26.2	27.2	28.1					
	Weiblich	21.4	19.8	19.4	19.7	19.0		27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	36.7	35.2	34.1	35.9	38.4		47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.64	0.54	0.56	0.57	0.56	1.65 (2008)	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen											
	Insgesamt	88.8	90.3	90.9	91.1	91.7		76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	91.7	92.8	93.1	93.3	93.8		79.3	80.1	80.7	
	Männlich	85.8	87.9	88.7	88.9	89.6		73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		57.9	54.4	53.2	61.7	62.9		100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		21.4	14.9	14.7	14.8	16.0		18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers		16.0	:	:	21.0b	:		16.0e	:		
	Weiblich	16.0	:	:	20.0b	:		17.0e	:		
	Männlich	16.0	:	:	21.0b	:		15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten		6.9	7.2	6.4	5.6	5.1		13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	8.7	8.7	7.6	7.0	7.4		20.0	16.8	16.2	
	Männlich	5.8	6.4	6.0	5.1	3.7		9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote		7.4	11.0	10.3	10.2	7.8		4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	9.1	11.7	11.0	11.4	8.6		4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	6.0	10.3	9.6	9.3	7.1		3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		69.0	68.4	67.6	68.0	:		90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		680.2	623.1	596.4	584.7	:		213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		81.8	81.7	88.4b	89.0	94.2		99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Portugal

1. Im Jahr 2007 wuchs das BIP der portugiesischen Wirtschaft um schätzungsweise 1,8 % gegenüber 1,3 % im Jahr 2006. Angesichts des geringen Wirtschaftswachstums ist die Arbeitslosenquote von 4 % im Jahr 2001 auf 8 % im Jahr 2007 gestiegen. Die Erwerbsquote liegt weiterhin bei nahezu 68 % und somit über dem EU-Durchschnitt. Portugal hat nach wie vor ein Leistungsbilanzdefizit von fast 9 % des BIP, was die unzureichende außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes widerspiegelt. Dennoch ist bei den Ausfuhren ein starkes Wachstum zu verzeichnen (8,9 % im Jahr 2006 und 6,7 % im Jahr 2007). Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich positiver, denn das allgemeine öffentliche Defizit nimmt ab und wird im Jahr 2007 schätzungsweise 3 % des BIP ausmachen, wohingegen es 2005 noch 6,1 % des BIP betrug. 2008 dürfte sich das Defizit weiter verringern.
2. Wenngleich das jüngste Wirtschaftswachstum insbesondere dem Außenhandel zu verdanken ist, der sich angesichts der großen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte stabil zeigt, ist die Wettbewerbsposition der Wirtschaft nach wie vor labil. Die Inlandsnachfrage ist weiterhin schwach. Da die Aussichten auf solide öffentliche Finanzen gut stehen und weitere Strukturreformen durchgeführt werden, dürfte sich die Wirtschaftstätigkeit allmählich, wenn auch langsam beschleunigen. Behindert wird das Wirtschaftswachstum auch durch strukturelle Schwächen. Die Produktivität ist gering, was insbesondere auf die schlecht ausgebildeten Arbeitskräfte infolge der Mängel im System der allgemeinen und beruflichen Bildung zurückzuführen ist. Stärkerer Wettbewerb in einigen Marktsegmenten wäre hier hilfreich.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt verzeichnet der portugiesische Umsetzungsbericht 2007 gute Fortschritte bei der Durchführung des nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007. Im gesamten vergangenen Jahr kann von einem stetigen Fortschritt gesprochen werden.
4. Die vom Rat verabschiedeten länderspezifischen Empfehlungen sind gut aufgegriffen worden. Es wurden weitere Schritte eingeleitet, um das öffentliche Defizit nachhaltig zu verringern, die öffentliche Verwaltung und die Rentensysteme zu reformieren und den öffentlichen Sektor umzustrukturieren. Weniger eindeutig sind die Erfolge bei der Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben auf wachstumsfördernde Tätigkeiten. Zu verzeichnen sind gewisse Fortschritte bei der Reformierung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, bei der Modernisierung der Rechtsvorschriften zur Regelung der Beschäftigung sowie bei Maßnahmen, mit denen der Segmentierung des Arbeitsmarktes entgegengewirkt werden soll.
5. Auch in den übrigen Bereichen, in denen Portugal nach den Schlussfolgerungen des Rates ganz besonders tätig werden sollte, sind einige Fortschritte festzustellen. So wurden Maßnahmen eingeleitet, um den Wettbewerb im Energiesektor und auf dem Markt für Finanzdienstleistungen zu vergrößern; gewisse Probleme bestehen jedoch nach wie vor. Portugals Bemühungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen

dürften nicht ausreichen, damit das Land die im Kyoto-Protokoll festgelegten Ziele erreicht. Bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht ist Portugal nicht vorangekommen. Zwar hat man sich mit einigen Faktoren, die den sozialen Zusammenhalt gefährden, auseinandergesetzt, aber die Langzeitarbeit und die Ungleichgewichte bei der Einkommensverteilung sind immer noch nirgends in der EU so hoch wie hier.

6. Im letzten Jahr kam die Kommission in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht zu dem Schluss, dass Portugal bei den Verpflichtungen, die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 in den prioritären Aktionsbereichen Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie vereinbart worden waren, insgesamt gute Fortschritte erzielt hat. Seitdem sind bei den Verpflichtungen in den meisten der prioritären Aktionsbereiche gute Fortschritte zu verzeichnen. In seinem Umsetzungsbericht führt Portugal näher aus, wo es Anstrengungen unternimmt, um den Empfehlungen für die Eurozone insgesamt nachzukommen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass das Land sein mittelfristiges Ziel bis 2009 erreicht.
7. Die Lissabon-Strategie und das nationale Reformprogramm werden von einem starken politischen Konsens getragen. Der Lissabon-Koordinator ist dem Premierminister unmittelbar unterstellt, er ist für den Technologieplan zuständig und aktiv in die Koordinierung der Strukturfonds einbezogen. Die Durchführung des nationalen Reformprogramms wird durch die enge Zusammenarbeit aller zuständigen Regierungsstellen aufmerksam beobachtet. Der Umsetzungsbericht wird vor seiner Verabschiedung im Parlament und mit den Sozialpartnern und anderen Akteuren erörtert. Mit mehr als 200 Veranstaltungen auf nationaler und regionaler Ebene wurde viel getan, um die Lissabon-Strategie stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Verbindungen zwischen der Durchführung des NRP und den Programmen im Rahmen der Strukturfonds wurden durch die Annahme des nationalen strategischen Referenzrahmens für 2007-2013 verstärkt. Aus den Strukturfonds wurden für die Ziele Wachstum und Beschäftigung Mittel in zufriedenstellender Höhe zugewiesen (82 % der portugiesischen Strukturfonds 2007-2013).

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Aus der Sicht des nationalen Reformprogramms war Portugals Engagement zur Konsolidierung des Haushalts eine wesentliche makroökonomische Antriebskraft. Bis 2008 soll das allgemeine öffentliche Defizit auf weniger als 3 % des BIP verringert werden. Nachdem das zweite Jahr in Folge beachtliche Fortschritte zu verzeichnen waren, sank das Defizit von 6,1 % des BIP im Jahr 2005 auf 3,9 % im Jahr 2006 und wird 2007 nach Schätzungen 3 % betragen. Dies ist sowohl auf gestiegene Einnahmen als auch auf verminderte Ausgaben zurückzuführen. Auf der Grundlage der derzeitigen Politik dürfte sich diese Abwärtsbewegung in der nächsten Zukunft logischerweise fortsetzen. Der Anstieg der Staatsschulden im Verhältnis zum BIP scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Insgesamt konnten die finanziellen Ungleichgewichte im Bezugszeitraum des NRP korrigiert werden.

9. Die Reform der öffentlichen Verwaltung, ein Schlüsselinstrument zur Kontrolle der Staatsausgaben und zur Steigerung ihrer Effizienz, kommt gut voran. Sie umfasst die Umstrukturierung der zentralen Verwaltungsbehörden und die Straffung der Verwaltungsverfahren und internen Abläufe. Die Umsetzung dieser Reformen wurde durch den größeren Einsatz der IKT erleichtert. 2007 ging die Annahme neuer Rechtsvorschriften und ihre anschließende Anwendung zügig voran. Bei der Umsetzung sind zwar noch viele wichtige Schritte zu tun, aber bisher wurden schon gute Fortschritte erzielt.
10. Portugal hat bei der nachhaltigen Korrektur der Ungleichgewichte der öffentlichen Finanzen gute Fortschritte erzielt, beispielsweise durch Rationalisierungsmaßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Dies wurde durch Einkommens- und Einstellungsbeschränkungen im öffentlichen Sektor unterstützt. Die strengeren Zugangsvoraussetzungen für Leistungen bei Arbeitslosigkeit halten den Ausgabenanstieg unter Kontrolle, und neue Regeln für die Indexierung der Sozialleistungen sollen ebenfalls dazu beitragen. Dem Staatshaushalt ist darüber hinaus der kräftige Anstieg der Steuereinnahmen zugute gekommen.
11. 2007 wurden wichtige Rentenreformen verabschiedet, um die langfristigen Kosten einer immer älter werdenden Bevölkerung in den Griff zu bekommen. Sie gründen auf vier wesentlichen Maßnahmen: die Einbeziehung eines „Nachhaltigkeitsfaktors“, mit dem die Aufwendungen für Neurentner automatisch an die Entwicklung der Lebenserwartung angepasst werden; eine neue Indexierungsregel für Renten als eine Funktion von Wachstum und Verbraucherpreisinflation; zusätzliche Sanktionen bei frühzeitigem Renteneintritt und ein Bonus für über das Rentenalter hinaus geleistete Arbeitszeiten sowie eine andere Regel zur Rentenberechnung unter Berücksichtigung der Beitragszahlungen des gesamten Berufslebens. Es wurden zusätzliche Schritte unternommen, um die Vorschriften für Beamte mit denen für Beschäftigte in der Privatwirtschaft in Einklang zu bringen. Dies dürfte wesentlich dazu beitragen, die Rentenausgaben nachhaltig zu verbessern.
12. Portugal hat bei der Bewältigung der makroökonomischen Herausforderungen seines nationalen Reformprogramms gute Fortschritte erzielt. Die größten Fortschritte sind bei der Korrektur der steuerlichen Ungleichgewichte und bei der Reform der öffentlichen Verwaltung zu verzeichnen, weniger große Fortschritte jedoch bei den Bemühungen, die öffentlichen Ausgaben stärker auf wachstumsfördernde Tätigkeiten zu konzentrieren. Das Leistungsbilanzdefizit ist nach wie vor hoch. Die Kommission hält daher an der Empfehlung fest und fügt die Beobachtung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte als weitere Aufgabe hinzu.

Mikroökonomische Politik

13. Im mikroökonomischen Bereich soll Portugal nach Ansicht des Rates folgenden Bereichen besondere Aufmerksamkeit widmen: Sorge tragen, dass der viel versprechende Technologieplan durch Konsolidierung der Verknüpfungen zwischen Forschung und Industrie und durch stärkere Einbeziehung des privaten Sektors vollständig umgesetzt wird; wirksamer Wettbewerb im Energiesektor und auf dem Markt der Finanzdienstleistungen; Emissionsminderung sowie Abbau der Verzögerungen bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in portugiesisches Recht.

14. Wenngleich Portugal seine Maßnahmen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation auf der Grundlage des „Technologieplans“ ausgebaut hat, stellt jedoch das inoffizielle nationale Ziel, bis 2010 1,8 % des BIP für FuE aufzuwenden, eine Herausforderung dar. Indes sind erste Verbesserungen zu erkennen: für 2008 wurden bereits Haushaltsmittel für Wissenschaft und Technologie in Höhe von 1 % des BIP eingesetzt und die monatlichen Angaben der technologischen Zahlungsbilanzen wiesen systematisch Überschüsse aus. Zahlreiche Ansätze fördern den Wissenserwerb insbesondere bei den Arbeitskräften im öffentlichen und privaten Sektor sowie die verstärkte Vernetzung und Internationalisierung. Die weitere Umsetzung des Technologieplans ist neben weiteren Initiativen zur Stimulierung der Verknüpfungen zwischen Forschung, Hochschulbildung und Industrie sowie zur Unterstützung privater F&E-Tätigkeiten inzwischen wesentlich, um eine ausreichende Absorptionskapazität zu gewährleisten.
15. Probleme bestehen nach wie vor beim Wettbewerb im Energiesektor und auf dem Markt der Finanzdienstleistungen. Der Zugang zum Strommarkt ist für neue Anbieter noch immer schwierig, was zum Teil auf festgelegte Tarife zurückzuführen ist, und die liberalisierte (tariflich nicht geregelte) Stromversorgung verfügt nur über einen sehr bescheidenen Marktanteil. Einige vielversprechende Schritte wurden angekündigt beziehungsweise unternommen, aber Fortschritte brauchen ihre Zeit. Ungeachtet einiger anfänglicher positiver Entwicklungen auf dem Kreditkartenmarkt sind im Bereich der Finanzdienstleistungen weitere Schritte erforderlich, um die Bedenken auszuräumen, die die Kommission in ihrer branchenspezifischen Umfrage formuliert hat. Die Richtlinien betreffend den Aktionsplan für Finanzdienstleistungen wurden zwar verstärkt, sind jedoch noch unvollständig umgesetzt. Portugal hat sein Defizit bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in jüngster Zeit verringert, ist jedoch noch weit von dem gesteckten Zwischenziel entfernt; es laufen zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren. Es muss noch einige Richtlinien in den Bereichen öffentliches Auftragswesen und Rechte am geistigen Eigentum umsetzen und die rechtzeitige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie vorbereiten.
16. 2007 hat Portugal neue politische Ziele für erneuerbare Energiequellen festgelegt. Es wurden unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, um bis 2010 45 % des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen; außerdem wurden wichtige Initiativen für eine effizientere Nutzung der Energie eingeleitet. Aus den neuesten Prognosen geht hervor, dass Portugal die Kyoto-Ziele erreichen wird, wenn die derzeitige Politik, die Kyoto-Mechanismen, Kohlenstoffsinken und zusätzliche Maßnahmen miteinander verknüpft werden.
17. Portugal hat beträchtliche Fortschritte bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen gemacht. Das SIMPLEX-Programm führte zur Verbesserung der elektronischen Behördendienste und trug dazu bei, die Verwaltungsverfahren in vielen Wirtschaftsbranchen zu vereinfachen. In Portugal ist die Internetnutzung in den staatlichen Stellen weit verbreitet, und bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Bürger ist das Land führend, während es bei der Einführung der Informations- und Kommunikationstechnologien in einigen Bereichen zurückliegt. Weitere Anstrengungen sind insbesondere erforderlich, um die IKT-Verbreitung in Haushalten und Unternehmen voranzutreiben, wenngleich sich die Zahl der Haushalte mit Breitbandzugängen zwischen Dezember 2005 und Dezember 2007 verdoppelt hat und 98 % der Großbetriebe und 90 % der mittleren Unternehmen über

Breitbandanschlüsse verfügen. Es wurde eine Reihe von Initiativen eingeleitet, um den KMU den Zugang zu Kapital zu erleichtern. Die Pläne zur Einführung von Unterrichtseinheiten in unternehmerischem Denken und Handeln an Sekundarschulen müssen noch verwirklicht werden. Trotz einiger Fortschritte erfolgten Maßnahmen für eine bessere Regulierung bisher nur in begrenztem Umfang in Bereichen wie Folgenabschätzung und Konsultation der Interessengruppen, während der Abbau bürokratischer Hürden nicht als spezifisches Ziel formuliert wurde und ein umfassendes Konzept nach wie vor fehlt.

18. Portugal hat Maßnahmen zur Bewältigung der in seinem nationalen Reformprogramm genannten mikroökonomischen Herausforderungen ergriffen. Es wurden Anstrengungen unternommen, um die Maßnahmen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation auszubauen und umzusetzen und um das Unternehmensumfeld zu modernisieren. Trotz einiger Fortschritte beim Wettbewerb auf den Märkten der Energieversorgung und der Finanzdienstleistungen sowie bei den energierelevanten umweltpolitischen Herausforderungen sind noch nicht alle Probleme gelöst. Die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften ist nach wie vor problematisch. Die Kommission hält daher an den genannten Aufgabenfeldern fest.

Beschäftigungspolitik

19. Im nationalen Reformprogramm wurden fünf Prioritäten im Beschäftigungsbereich festgelegt: Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus, Schaffung von Arbeitsplätzen, Bewältigung von Umstrukturierungen, Förderung von Flexibilität und Sicherheit sowie Modernisierung des Sozialschutzes. Alle geplanten Maßnahmen wurden durchgeführt und durch neue Maßnahmen ergänzt. Insgesamt wurden bei der Umsetzung der Maßnahmen einige Fortschritte erzielt.
20. Der Rat empfahl Portugal, Maßnahmen zu treffen, um das Bildungsniveau junger Menschen deutlich zu erhöhen, und ein Berufsbildungssystem zu entwickeln, das sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert und auf einem „nationalen Qualifikationsrahmen“ beruht. Reformen auf allen Ebenen des Bildungssystems fördern die allgemeine und berufliche Bildung und führen dazu, dass das Bildungsangebot besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abgestimmt ist. Einen deutlichen Fortschritt markiert insbesondere die Initiative „Novas Oportunidades“, die darauf abzielt, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern und das Qualifikationsniveau zu heben. In den Sekundarschulen ist die Zahl der Schulabbrecher um 7 % zurückgegangen. Dennoch ist die Zahl der frühen Schulabgänger in Portugal hoch (36,3 % im Jahr 2006) und viele Jugendliche erreichen nur niedrige Bildungsabschlüsse (49,6 %), so dass weitere Maßnahmen erforderlich sind. Auf politischer Ebene müssen diese Herausforderungen zu einer Verbesserung von Qualität und Wirkungsgrad des gesamten Systems der allgemeinen und beruflichen Bildung führen, um bessere Bildungsabschlüsse zu gewährleisten und die Beschäftigungsfähigkeit der Bevölkerung zu erhöhen.
21. Der Rat empfahl Portugal ferner die Modernisierung des Beschäftigungsschutzes und der einschlägigen Rechtsvorschriften zur Förderung von Flexibilität und Sicherheit, um der starken Segmentierung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken. Portugal hat Maßnahmen ergriffen, um den Beschäftigungsschutz weiter zu modernisieren; so wurde eine unabhängige Arbeitsgruppe eingesetzt, die den bestehenden rechtlichen Rahmen prüfen sollte. Sie wird Ende 2007 einen Abschlussbericht vorlegen, und das

Arbeitsgesetz wird voraussichtlich im Jahr 2008 geändert. Weitere Schritte sind erforderlich, um der Segmentierung des Arbeitsmarktes wirkungsvoll zu begegnen.

22. Nach Ansicht des Rates müssen ferner die Faktoren, die den sozialen Zusammenhalt gefährden, in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Anhebung des Qualifikationsniveaus und der Ausbau der sozialen Infrastrukturen zur Betreuung von Kindern und alten Menschen wurden als Priorität eingestuft. Für schutzbedürftige Gruppen wie insbesondere für Menschen mit Behinderungen und für Immigranten wurden spezifische Strategien entwickelt. Es ist wichtig, die Verknüpfungen mit dem nationalen Aktionsplan für soziale Eingliederung und den makro- und mikroökonomischen Maßnahmen zu verstärken.
23. Portugal verfolgt teilweise einen integrierten Ansatz im Bereich der Flexicurity. Es wurden zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, um - insbesondere durch die „Novas Oportunidades“ - zum lebenslangen Lernen anzuregen, und im Juni 2007 wurde ein Vorschlag zur Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorgelegt. Ferner wurden Maßnahmen verabschiedet, um die Modernisierung der Systeme für sozialen Schutz und Leistungen bei Arbeitslosigkeit voranzutreiben. Weitere Anstrengungen sind insbesondere in Bezug auf die Rechtsvorschriften im Bereich des Beschäftigungsschutzes erforderlich. Die Sozialpartner sind in die wichtigen, derzeit stattfindenden Reformen einbezogen und wurden im Vorfeld konsultiert.
24. Portugal ist den beschäftigungspolitischen Vorgaben seines NRP erfolgreich nachgekommen. Im Beschäftigungsbereich wurden die Empfehlungen und der besonders zu beachtende Aufgabenbereich durch entsprechende Maßnahmen gut aufgegriffen. Dennoch steht das Land weiterhin vor großen Herausforderungen; so sind bei den Bildungsabschlüssen nachhaltige Verbesserungen erforderlich, und im Zusammenhang mit der Flexicurity bedarf es eines integrierten Ansatzes, bei dem die Verringerung der Arbeitsmarktsegmentierung im Vordergrund steht. Die Kommission hält daher an der in diesem Bereich ausgesprochenen Empfehlung und den festgestellten Aufgabenfeldern fest.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

25. In Anbetracht des portugiesischen Umsetzungsberichts für 2007 und der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission sowie auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
26. Portugal hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt. Auch bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 vereinbarten Verpflichtungen zu vorrangigen Maßnahmen in vier Bereichen wurden gute Fortschritte gemacht.
27. Die Empfehlungen des Rates sind dem Umsetzungsbericht zufolge gut aufgegriffen worden. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind einige Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.

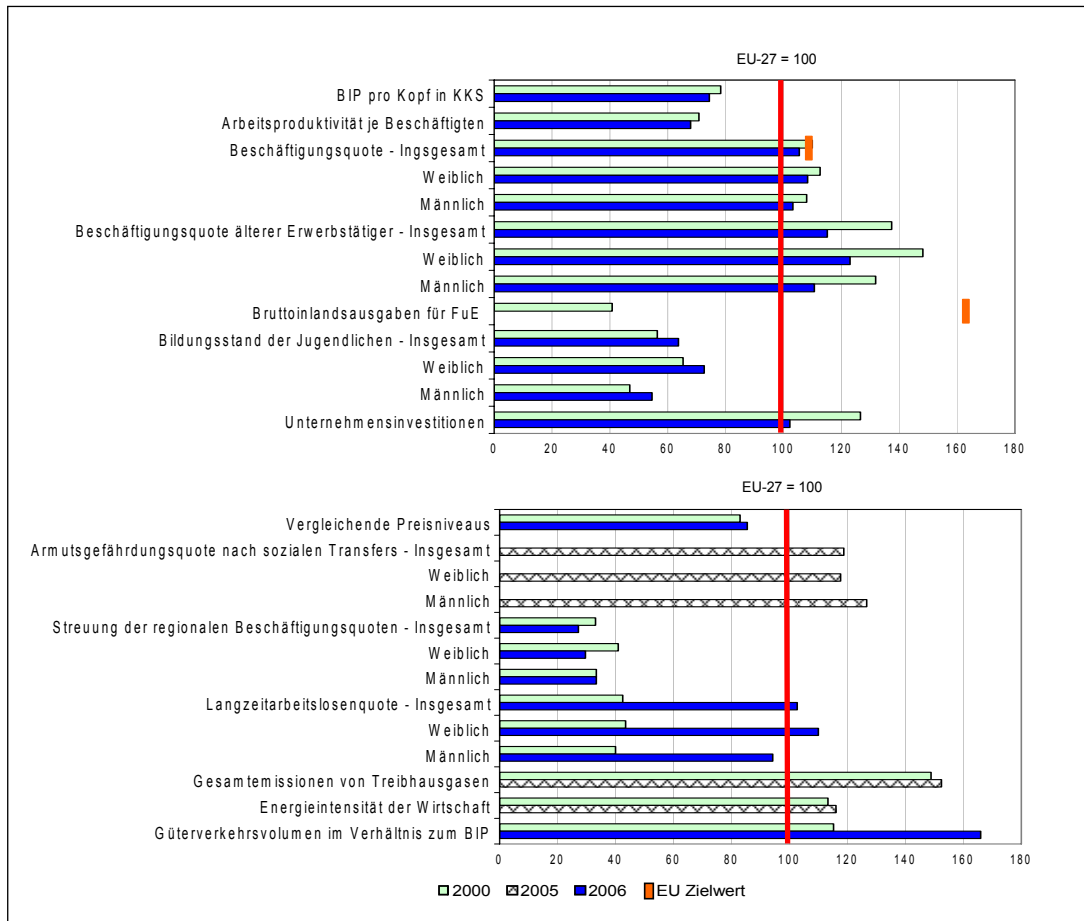
28. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Portugal folgende positive Entwicklungen erkennen: Fortschritte bei der Korrektur der finanziellen Ungleichgewichte und bei der Förderung nachhaltiger Reformen der öffentlichen Verwaltung sowie bei der Renten- und Gesundheitsreform, Fortschritte bei der Erschließung des Potenzials der Unternehmen und bei der Umsetzung des Technologieplans.
29. Die vordringlichsten Herausforderungen stellen sich in folgenden Bereichen des portugiesischen nationalen Reformprogramms: Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer Qualität und Tragfähigkeit sowie Einsatz der öffentlichen Mittel zur Steigerung des portugiesischen Wachstumspotentials; Steigerung der Effizienz des Bildungssystems insbesondere durch Hebung des Bildungsniveaus und Verringerung der Zahl der Schulabbrecher; Modernisierung des Beschäftigungsschutzes zur Zügelung der Segmentierung des Arbeitsmarktes. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Portugal:
- im Zusammenhang mit der derzeitigen Korrektur der Haushaltsungleichgewichte und der Reform der öffentlichen Verwaltung die öffentlichen Ausgaben stärker in wachstumsfördernde Bereich lenkt und gleichzeitig die öffentlichen Gesamtausgaben streng kontrolliert;
 - weitere Maßnahmen trifft, um die Effizienz des Bildungssystems deutlich zu verbessern, insbesondere durch Hebung des Bildungsniveaus junger Menschen, Bekämpfung der hohen Schulabbrecherquote und Entwicklung eines Berufsbildungssystems, das sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert und auf dem nationalen Qualifikationsrahmen beruht;
 - weitere Anstrengungen zur Modernisierung des Beschäftigungsschutzes und der dazugehörigen Rechtsvorschriften gemäß dem Flexicurity-Konzept unternimmt, um der starken Segmentierung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken.
30. Außerdem muss Portugal während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte für die Zukunft setzen: nachhaltige Senkung des aktuellen Leistungsbilanzdefizits; weitere Umsetzung des Technologieplans durch Konsolidierung der Verknüpfungen zwischen Forschung, Hochschulbildung und Industrie sowie durch stärkere Einbeziehung des privaten Sektors; Sicherstellung eines wirksamen Wettbewerbs insbesondere auf dem Energiemarkt und dem Markt für Finanzdienstleistungen; weitere Umsetzung des Programms zur Verwaltungsvereinfachung und insbesondere Verbesserung des Folgenabschätzungssystems sowie Abbau der Verzögerungen bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in portugiesisches Recht; Festlegung und Durchführung von Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie weitere Auseinandersetzung mit den Faktoren, die den sozialen Zusammenhalt gefährden.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

PORTUGAL

	PT						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	78.3	77.0b	75.2	75.4	74.4f		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	70.8	69.8f	67.3f	68.1f	67.9f		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						70.0	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Insgesamt	68.4	68.1	67.8	67.5	67.9				
	Weiblich	60.5	61.4	61.7	61.7	62.0	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	76.5	75.0	74.2	73.4	73.9	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger							36.9	42.3p	43.5p	
	Insgesamt	50.7	51.6	50.3	50.5	50.1				
	Weiblich	40.6	42.4	42.5	43.7	42.8	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	62.1	62.1	59.1	58.1	58.2	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.76e	0.74	0.77	0.81	:	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
	Insgesamt	43.2	47.9	49.6	49.0	49.6	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	51.8	55.5	58.7	57.5	58.6	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	34.6	40.4	40.8	40.8	40.8	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		83.0	86.0	86.7	85.0	85.5	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		23.3	19.8	19.5	18.7	18.6	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
	Insgesamt	21.0	19.0p	20.0b	19.0	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	22.0	:	22.0b	20.0	:	:	17.0e	:	
	Männlich	19.0	:	19.0b	19.0	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
	Insgesamt	4.3	3.9	3.5	3.3	3.1	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	8.2	6.3	5.9	5.6	4.8	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	3.2	3.2	3.2	3.1	3.1	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	1.7	2.2	2.9	3.7	3.8	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	2.0	2.7	3.4	4.2	4.4	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	1.4	1.8	2.6	3.2	3.3	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		135.0	136.1	138.9	140.4	:	90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		241.5	234.7	238.0	241.4	:	213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		114.2	113.7	163.7b	171.2	177.1e	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-27



Rumänien

1. Rumänien verzeichnete von 2003 bis 2006 ein kräftiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 6,4 % jährlich; 2007 werden 6 % und 2008 5,9 % erwartet. Das Wachstum wurde überwiegend durch Auslandsinvestitionen und die rasch wachsende Inlandsnachfrage bestimmt, was zu einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits (13,3 % des BIP in den letzten 12 Monaten bis August 2007) und zu einem Anstieg der Inflation führte. Das BIP pro Kopf ist mit ca. 38 % des EU-Durchschnitts im Jahre 2006 niedrig. Die Arbeitslosigkeit betrug 2006 7,3 % und wird 2007 voraussichtlich auf 7,1 % sinken. Die Erwerbsquote (58,8 %) liegt deutlich unter dem Lissabon-Ziel von 70 % und dem derzeitigen EU-Durchschnitt. Die rumänische Jugendarbeitslosigkeit ist mit über 20 % eine der höchsten in der EU.
2. Rumänien trat der Europäischen Union am 1. Januar 2007 bei. Seine stark wachsende Wirtschaft zeigt deutliche Zeichen der Überhitzung mit einem sehr hohen und zunehmenden Zahlungsbilanzdefizit, einer zunehmenden Verknappung der Arbeitskräfte trotz einer erheblichen ungenutzten Arbeitskräftereserve, hohen Lohnerhöhungen und einem raschen Anstieg der Kreditaufnahme der privaten Haushalte, was den Inflationsdruck erhöht hat. Rumänien steht vor der Herausforderung, diesen makroökonomischen Schwächen rasch zu begegnen und gleichzeitig die Strukturreformen zu beschleunigen, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Wirtschaft bei allmählich erodierenden Niedriglohnvorteilen auf innovativere und hochwertigere Aktivitäten auszurichten.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das Ende Juli 2007 vorgelegte rumänische nationale Reformprogramm (NRP) weist auf sechs Herausforderungen hin, denen zu begegnen ist, um die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung weiterer Reformen zu schaffen: bessere Steuerung der Staatsausgaben im Rahmen einer vorsichtigen makroökonomischen Politik, Verbesserung des Funktionierens der Märkte, weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen, Erhöhung der Beschäftigung und der Erwerbsquote, nachhaltige Nutzung der Ressourcen, und zuvorderst die Verbesserung der Verwaltungskapazität. Die Kommission stimmt dieser Einschätzung der Hauptprioritäten und der von Rumänien geplanten stufenweisen Verwirklichung der Reformen uneingeschränkt zu.
4. Das letztendliche Ziel des NRP – Einholen der anderen EU-Staaten durch solides Wachstum und Erhöhung der Erwerbsquote – erscheint realistisch. Für die Durchführung der Reformen wird jedoch ein hohes Maß an politischer Initiative, Kontinuität und Entschlossenheit erforderlich sein. Für den Erfolg wird es notwendig sein, die verschiedenen politischen Akteure – das nationale Parlament und Interessengruppen – unter einer ehrgeizigen Strukturreformagenda zu vereinen, für die das NRP eine gute Grundlage darstellt. Das NRP sollte weiter entwickelt werden, damit es als echte strategische Orientierung dienen kann. Dabei ist zu erläutern, wie die Reformen in verschiedenen Bereichen miteinander verknüpft sind und welche möglichen Synergien sie bieten; dies erfordert ausreichend detaillierte Zeitpläne,

entsprechende Vorkehrungen für den Haushalt und Kontroll- und Bewertungsverfahren, um die Umsetzbarkeit der geplanten politischen Initiativen abzuschätzen.

5. Trotz einiger Fortschritte wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Rumäniens noch durch eine schwache öffentliche Verwaltung behindert. Die Stärkung der Verwaltungskapazität ist besonders dringend im Bereich Haushaltsplanung und -durchführung, Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften, Aufsichts- und Regulierungsbehörden (insbesondere für netzgebundene Wirtschaftszweige und Finanzmärkte), Modernisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsdienste sowie Gewährleistung eines kohärenten Justizsystems. Im NRP wird eingeräumt, dass die Verwaltungskapazität sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene ausgeweitet werden muss, aber es sind wenige konkrete Maßnahmen vorgesehen. Die Korruption beeinträchtigt noch die Rahmenbedingungen der Unternehmen und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sowie deren Qualität. Auch in diesem Bereich sind daher deutliche Verbesserungen erforderlich. Fortschritte bei diesen Aspekten werden durch das Kooperations- und Kontrollverfahren der Kommission überprüft.
6. Das NRP sieht verschiedene Maßnahmen vor, um den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 in den prioritären Bereichen Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie nachzukommen. Es sind jedoch größere Anstrengungen erforderlich, um eine ausreichende Vereinfachung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu gewährleisten. Informationen über die Erleichterung der Einstellung des ersten Arbeitnehmers oder Maßnahmen für junge Arbeitslose sind im NRP kaum vorhanden.
7. Bei der Ausarbeitung des NRP wurden erhebliche Anstrengungen zur Stärkung der politischen Eigenverantwortung unternommen. Ein nationaler Lissabon-Koordinator wurde eingesetzt, und das Büro des Premierministers wurde eng einbezogen. Die Konsultation der Beteiligten, insbesondere des Parlaments, der Sozialpartner und der kommunalen Behörden, ist zu verstärken. Im Bereich der Überwachung sind stärkere Anstrengungen erforderlich. Insbesondere sollte die Koordinierung zwischen den Ministerien verbessert werden.
8. Rumänien wird im Zeitraum 2007-2013 19,67 Mrd. EUR an Finanzmitteln aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds erhalten. Die Struktur- und Kohäsionsfondsprogramme sind eng an das NRP angebunden. Von den Programmmitteln sind 56 % für Lissabon-Ziele vorgemerkt. Es wurden einige Schritte zur Stärkung der Verwaltungskapazität unternommen, aber weitere Anstrengungen, insbesondere auf kommunaler Ebene, sind notwendig, damit die Mittel wirklich genutzt und ausgeschöpft werden.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

9. Die rumänische Haushaltspolitik ist noch nicht vorhersehbar genug; häufige Änderungen im Laufe des Jahres führen zu höheren Ausgaben und zur Umverteilung von Investitionen auf laufende Ausgaben. Im NRP wird einer besseren Steuerung der

Staatsausgaben hohe Priorität auf makroökonomischer Ebene zugewiesen, um Anlageinvestitionen in einem vorsichtigen makroökonomischen Rahmen zu gewährleisten und die Glaubwürdigkeit der Haushaltspolitik zu verbessern. Die Kommission stimmt dieser Orientierung uneingeschränkt zu.

10. Laut NRP wird die Haushaltspolitik auf die Wahrung der makroökonomischen Stabilität und die Bekämpfung der Inflation ausgerichtet. Die Einführung eines mittelfristigen Ausgabenrahmens und einer teilweise auf Programme gestützten Haushaltsführung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung; um seine volle Wirkung zu entfalten, sollte er auf alle Ministerien ausgeweitet werden. Die Anstrengungen sollten verstärkt werden, um diese Instrumente effizient und wirksam einzusetzen. Dies würde dazu beitragen, die Ausgaben umzuschichten, um die Qualität der öffentlichen Finanzen dort zu verbessern, wo mehr Fortschritte nötig sind.
11. Das NRP sieht vor, dass sich das Haushaltsdefizit 2009-2010 auf 2 % des BIP verbessert. Wenn dies erreicht wird, würde die eher lockere prozyklische Haushaltspolitik seit 2006 gestrafft, was zur Eindämmung des sich ausweitenden Leistungsbilanzdefizits beitragen würde, welches eine zunehmende Gefahr für die makroökonomische Stabilität darstellt. Im NRP wird jedoch nicht deutlich genug herausgestellt, wie das Haushaltsdefizit nachhaltig gesenkt werden soll, insbesondere angesichts des Drucks durch die demografische Entwicklung. Die begonnene Reform des Renten- und Gesundheitssystems wird beispielsweise beschrieben, aber es wird nicht auf ihre langfristigen Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen eingegangen. Dennoch hat die Rentenreform dazu beigetragen, das gesetzliche Rentenalter zu erhöhen, aber weitere Schritte in diesem Bereich werden erforderlich sein.
12. Eine sich anspannende Arbeitsmarktlage und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die zu einem nicht geringen Teil auf die starke Abwanderung zurück zu führen waren, haben dazu geführt, dass die Löhne in der Privatwirtschaft viel schneller stiegen als die Produktivität. Gleichzeitig stiegen die Lohnkosten im öffentlichen Dienst 2006-2007 durchschnittlich um ca. 30 %. Dies nährt die Inflation und führt zu höheren Staatsausgaben, welche die Wettbewerbsfähigkeit Rumäniens rasch zu erodieren drohen. Dies macht es umso dringender erforderlich, ehrgeizige Strukturreformen im Bereich der mikroökonomischen Politik und der Beschäftigungspolitik durchzuführen, um neue dauerhaftere Wachstumsquellen zu erschließen und mehr Innovation zu fördern.
13. Insgesamt werden im NRP die wichtigsten makroökonomischen Herausforderungen Rumäniens weitgehend angegangen. Während das NRP gute Absichten erkennen lässt, hängen seine Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit stark davon ab, dass die Staatsorgane in der Lage sind, die Haushaltsplanung und –durchführung zu verbessern und die öffentlichen Ausgaben auf Investitionen zur Steigerung des Wachstumspotentials umzuschichten. Darüber hinaus bedarf es weiterer Maßnahmen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten; dazu zählt die Erhöhung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die allmähliche Anhebung des Rentenalters und die weitere Reform des Gesundheits- und Altersversorgungssystems.

Mikroökonomische Politik

14. Im rumänischen NRP werden die Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Unternehmen und die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen als wichtigste mikroökonomische Herausforderungen genannt. Die Kommission stimmt diesen Prioritäten zu.
15. Im NRP wird eine Reihe von Initiativen allgemein beschrieben, von denen die meisten Investitionen der Strukturfonds zur Verbesserung der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieversorgungsinfrastruktur betreffen werden; die erwarteten Ergebnisse scheinen jedoch in einigen Fällen übertrieben zu sein. In jedem Fall wird es nötig sein, verschiedene Ministerien und Verwaltungsebenen eng abzustimmen, um einen möglichst großen Nutzen zu erzielen. Wenn die netzgebundenen Märkte und der Dienstleistungsbereich wie im NRP vorgesehen liberalisiert werden, wird dies den Wettbewerb beleben. Die angegebenen Einzelheiten sind jedoch nicht ausreichend, um die voraussichtlichen Auswirkungen zu beurteilen, insbesondere im Stromversorgungs- und Telekommunikationsbereich, wo hinsichtlich Personalausstattung und Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde weiterhin Bedenken bestehen. Die Summe der staatlichen Beihilfen (in Prozent des BIP) ist wesentlich höher als im EU-Durchschnitt, und Rumänien sollte seine staatlichen Beihilfen weiter reduzieren und nach horizontalen Zielen wie die Innovation neu ausrichten.
16. Kostspielige Regulierungsvorschriften, lange Genehmigungsfristen und Rechtsunsicherheit sind ernste Hindernisse für Wachstum und Innovation, insbesondere für KMU. Während das NRP zwar einige positive Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen vorsieht, wie elektronische Behördendienste und die Einführung von Folgenabschätzungen bei einigen neuen Maßnahmen sowie eine gewisse Vereinfachung der Vorschriften, werden tiefgreifendere Probleme nicht angepackt. Angesichts der rumänischen Ausgangslage hätte das NRP wesentlich ehrgeiziger sein können, insbesondere was den Abbau der Verwaltungslasten und der Bürokratie betrifft. Rumänien sollte seine Anstrengungen zur rechtzeitigen Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie verstärken und diese Gelegenheit nutzen, sein Genehmigungs- und Lizenzsystem zu verschlanken.
17. Zu den Hauptfaktoren, die Rumäniens Innovationsfähigkeit beschränken, zählen die weit verstreuten Forschungstätigkeiten (und die geringe Qualität der Ergebnisse vieler Einrichtungen), die schwachen Verbindungen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen und ein niedriger FuE-Gehalt bei den ausländischen Direktinvestitionen. Das NRP sieht einen deutlichen Anstieg der Staatsausgaben für FuE von 0,19 % des BIP 2005 und 0,5 % 2007 auf 1 % bis 2010 vor. Die Haushaltspläne tragen dieser Steigerung bis 2008 Rechnung. Im NRP wird ein FuE-Ziel von insgesamt 3 % des BIP bis 2015 festgelegt. Um dieses Ziel zu erreichen und Aufnahme-probleme zu vermeiden, sollte Rumänien mehr tun, um die Zahl der Forscher zu erhöhen, die Verwaltungskapazität zu stärken und zwischengeschaltete Finanzierungsorgane einzurichten.

18. Die Umsetzung einer neuen nationalen Strategie für Forschung, Entwicklung und Innovation 2007-2013 wurde eingeleitet. Darin ist ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit, Technologietransfer und Investitionen in Humankapital sowie eine umfassende Orientierung der Finanzierung an Wettbewerbskriterien vorgesehen. Letzteres könnte bei konsequenter Anwendung die dringend benötigte Konsolidierung der rumänischen Forschungsinstitute beschleunigen. Daneben bedarf es einer deutlicheren Herausstellung der Stärken und einer gezielteren Verwendung der öffentlichen Mittel einschließlich der Strukturfonds, um stärkere FuE-Investitionen der Privatwirtschaft auszulösen. Um die Entwicklung zu einer Wissensgesellschaft zu erleichtern, müssen Ineffizienzen im rumänischen Bildungssystem beseitigt werden. Im NRP wird die Bedeutung der breiteren Verwendung der IKT uneingeschränkt anerkannt, aber wenig dazu gesagt, wie dies geschehen könnte.
19. Nachhaltige Ressourcen stehen oben auf der rumänischen Reformagenda. Einige Maßnahmen sind vorgesehen, um die Energieeffizienz während der Laufzeit des NRP um 2,5 bis 3 % jährlich zu steigern. Es sollte mehr getan werden, da die hohe Energieintensität der Wirtschaft (das Sechsfache des EU-Durchschnitts) und rasch steigende Energiekosten zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt untergraben. Es könnten beispielsweise mehr Strukturfondsmittel für die Energieeffizienz aufgewendet werden. Im NRP wird auf die eigenständige Bedeutung des Umweltschutzes hingewiesen, aber auch auf die für den Tourismus, der an Bedeutung für die Wirtschaft gewinnt.
20. Die Auswirkungen der rumänischen mikroökonomischen Politik sind unklar, da Angaben zu konkreten Maßnahmen, Zeitplänen und Haushaltsmitteln fehlen. Die geplanten Schritte zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und zum Abbau der Bürokratie sind nicht ausreichend, um die Herausforderungen zu bewältigen.

Beschäftigungspolitik

21. Die rumänische Wirtschaft leidet unter zunehmendem Arbeitskräftemangel aufgrund des raschen Wachstums und der starken Abwanderung. Die Erwerbsquote ist dennoch nach wie vor niedrig und die Unterbeschäftigung hoch, so dass im Prinzip noch eine große ungenutzte Arbeitskräftenreserve vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich das rumänische NRP darauf, mehr Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln und in Arbeit zu halten, indem die hohen Lohnnebenkosten gesenkt, die vertraglichen Regelungen flexibler gestaltet, die berufliche Bildung und Weiterbildung verbessert und die Kapazität der öffentlichen Arbeitsvermittlungsdienste ausgeweitet werden. Die Kommission stimmt dem zu.
22. Auf die Landwirtschaft entfällt fast ein Drittel der Beschäftigung, aber sie trägt weniger als 10 % zum BIP bei. Politische Maßnahmen sind erforderlich, um die landwirtschaftliche Produktion zu modernisieren und Subsistenzlandwirte (wieder) in andere Wirtschaftszweige zu integrieren. Entschiedenere Schritte sind erforderlich, um die sehr hohe Zahl erwerbsloser Menschen zu reduzieren und insbesondere die Langzeitarbeitslosen, die Jugendlichen und benachteiligte Gruppen ins Erwerbsleben zu integrieren. Zur Eingliederung der Roma sind beschäftigungs- und bildungspolitische Maßnahmen vorgesehen, aber hier besteht noch erheblicher Handlungsbedarf.

23. Im NRP wird festgestellt, dass Bildung und Arbeitsmarktbedürfnisse relativ schwach aufeinander abgestimmt sind. Schulabbrüche sind ein ernstes Problem. Die Politik sollte sich stärker auf die Schüler konzentrieren, die aufgrund ihres sozialen oder geografischen Hintergrunds am wahrscheinlichsten ihren Bildungsweg früh beenden werden. Im NRP wird auf Gesetzentwürfe für voruniversitäre und universitäre Bildung sowie auf laufende Anstrengungen zur Verbesserung des Bildungssystems hingewiesen, aber es ist unklar, wann die Maßnahmen ergriffen werden und ob sie ausreichend sein werden, um den Problemen zu begegnen.
24. Im NRP wird ein ehrgeiziges Ziel für die Weiterbildung Erwachsener gesteckt, die mit 1,5 % die niedrigste in der EU ist. Dies soll durch einen nationalen Qualifizierungsrahmen und die Erhöhung der Investitionen in die berufliche Weiterbildung, u.a. mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds, erreicht werden. Die Sozialpartner sollten stärker an der Gestaltung und Durchführung der Ausbildung beteiligt werden, damit die Anstrengungen auf Bereiche konzentriert werden, in denen die Qualifizierungsdefizite am größten sind.
25. Die Maßnahmen zur Verstärkung der Teilnahme am lebenslangen Lernen sind nicht kombiniert mit Maßnahmen zur Modernisierung der Sozialversicherungssysteme und des Arbeitsrechts oder zur Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen eines integrierten Flexicurity-Konzepts. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung vertraglicher Regelungen sind geplant, aber entschlosseneren Schritte zur Stärkung des Zusammenhangs von Beiträgen und Leistungen und zu einer energischeren Rechtsdurchsetzung sind notwendig, wenn der erhebliche Anteil der Schwarzarbeit eingedämmt werden soll. Die Wirksamkeit und Flächendeckung öffentlicher Arbeitsvermittlungsdienste muss insbesondere auf regionaler und kommunaler Ebene weiter verbessert werden. Rumänien hat in allen vier Politikbereichen Maßnahmen geplant, aber eine breite Diskussion zwischen Politik und Sozialpartnern über die Flexicurity steht noch aus.
26. Insgesamt wurden zu bestimmten Aspekten der Beschäftigungspolitik erste Schritte unternommen, aber bisher gibt es noch kein zusammenhängendes Gesamtkonzept oder eine nachhaltige Integration der Bildungs- und Beschäftigungspolitik. Größere Anstrengungen sind notwendig, um die Beschäftigungsaussichten benachteiligter Gruppen, wie insbesondere der Roma, der Jugendlichen und der älteren Arbeitnehmer durch Maßnahmen zur besseren Qualifikation der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitskräfte, durch die Stärkung der Anreize zur Arbeit und durch die Bekämpfung der Schwarzarbeit zu verbessern. Die Verlängerung des Erwerbslebens und der Abbau der Frühverrentung dürften zur Angemessenheit und langfristigen Tragfähigkeit des Rentensystems beitragen und das Arbeitskräfteangebot erhöhen.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

27. In Anbetracht des rumänischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung des nationalen Reformprogramms durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
28. Insgesamt konzentriert sich das nationale Reformprogramm auf die richtigen Herausforderungen. Allerdings mangelt es dem Programm in einigen kritischen

Bereichen wie der Stärkung der Verwaltungskapazität und der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen an Ehrgeiz. In anderen Bereichen fehlen häufig Informationen über den Inhalt der Maßnahmen, ihre Fristen und ihre Finanzierung, was die Beurteilung erschwert, ob die festgestellten Probleme und Herausforderungen durch diese Maßnahmen gelöst werden können.

29. Positiv hervorzuheben sind Initiativen zur Einführung eines mittelfristigen Ausgabenrahmens, zur Verringerung der Lohnnebenkosten und zur Reform der Forschungsstrukturen.

30. Folgenden Bereichen des rumänischen nationalen Reformprogramms ist nun höchste Priorität einzuräumen: Stärkung der Verwaltungskapazität, Maßnahmen gegen Konjunkturüberhitzung, zur Verbesserung der Haushaltsplanung und der Ausgabenqualität; Bürokratieabbau und Aktivierung des Arbeitskräfteangebots sowie Anhebung des Qualifikationsniveaus. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass Rumänien:

- seine Verwaltungskapazität auf zentraler und lokaler Regierungsebene durch den Aufbau eines wirksamen Regelungs-, Kontroll- und Durchsetzungsrahmens umgehend stärkt,
- eine prozyklische Finanzpolitik vermeidet, um das zunehmende Leistungsbilanzdefizit und den Inflationsdruck einzudämmen, die Lohnentwicklung im Rahmen des Produktionswachstums zu halten, und die Haushaltsplanung und -ausführung sowie die Qualität der öffentlichen Finanzen durch eine Neustrukturierung der öffentlichen Ausgaben und durch eine Verringerung und Umwidmung der staatlichen Beihilfen auf horizontale Ziele zu verbessern,
- schnell die Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren im Rahmen einer kohärenten Bemühung um eine bessere Rechtsetzung deutlich verkürzt und damit die rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert, was auch dem Kampf gegen Korruption zugute kommen wird,
- ein integriertes Konzept für mehr Beschäftigung, höhere Erwerbsquoten und ein höheres Produktivitätsniveau umsetzt. Dies soll insbesondere bewirkt werden durch eine Beschleunigung der Reformen im Bildungssystem, um dem Bedarf des Arbeitsmarktes besser entsprechen zu können, durch eine Senkung der Schulabbrecherquote, durch eine wesentlich stärkere Einbeziehung von Erwachsenen in die Aus- und Fortbildung sowie durch die Umwandlung von Subsistenz-/Nebenerwerbslandwirtschaft in nachhaltige Beschäftigung.

31. Außerdem sollte Rumänien sich während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms konzentrieren auf: weitere Maßnahmen zur Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, insbesondere gegenüber möglichen Risiken im Hinblick auf die Angemessenheit und Tragfähigkeit der Ruhegehälter; intensivere Maßnahmen zur Beseitigung der zersplitterten Forschungsbasis bei gleichzeitiger Gewährleistung, dass die geplante Erhöhung der öffentlichen Forschungsmittel wirksame Ergebnisse zeitigt, indem die nationale FuE- und Innovationsstrategie kraftvoll umgesetzt wird und ihre Ergebnisse regelmäßig überprüft werden, ferner ein stärker integriertes Konzept zur Entwicklung von

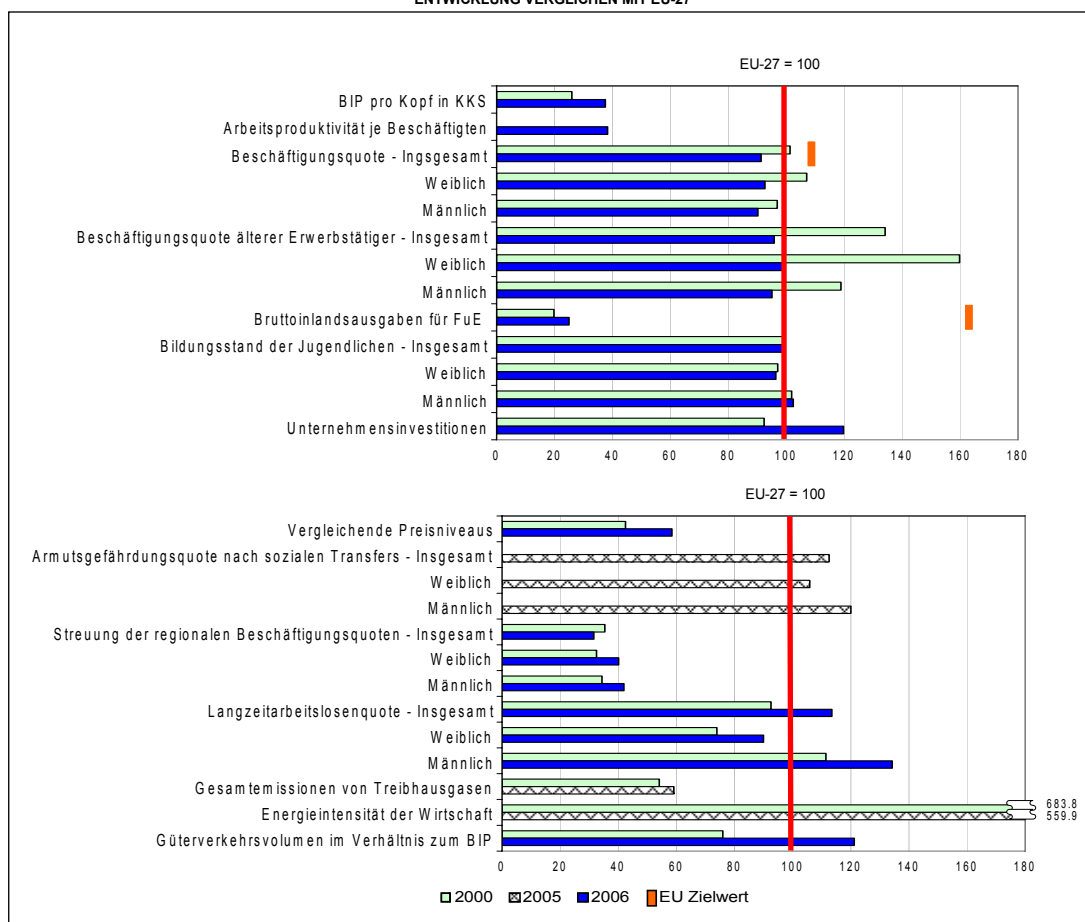
Infrastruktur und IT, stärkere Bemühungen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit; erfolgreicher arbeitende und geographisch besser verteilte Arbeitsämter, insbesondere zur Unterstützung besonders benachteiligter Gruppen.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

RUMÄNIEN

	RO						EU27				
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert	
BIP pro Kopf in KKS	26.0	31.5	33.6	34.4	37.6f		100.0	100.0	100.0		
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	:	32.1	34.7	35.6f	38.3f		100.0	100.0	100.0		
Beschäftigungsquote	Insgesamt	63.0	57.6	57.7	57.6	58.8	63.0	62.2	63.4p	64.4p	70.0
	Weiblich	57.5	51.5	52.1	51.5	53.0		53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	68.6	63.8	63.4	63.7	64.6		70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger	Insgesamt	49.5	38.1	36.9	39.4	41.7		36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	43.8	33.3	31.4	33.1	34.5		27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	56.0	43.5	43.1	46.7	50.0		47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		0.37	0.39	0.39	0.41	0.46	1.8	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen	Insgesamt	76.1	75.0	75.3	76.0	77.2		76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	77.0	75.7	76.1	76.8	77.8		79.3	80.1	80.7	
	Männlich	75.2	74.3	74.6	75.2	76.6		73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		42.5	43.4	44.3	55.5	58.5		100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		17.0	18.2	18.9	19.3	21.8		18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	Insgesamt	17.0	17.0	18.0	18.0	:		:	16.0e	:	
	Weiblich	18.0	18.0	18.0	18.0	:		:	17.0e	:	
	Männlich	17.0	17.0	18.0	18.0	:		:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten	Insgesamt	4.6	3.5	4.9	4.5	3.6		13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	6.5	6.1	7.7	8.2	6.5		20.0	16.8	16.2	
	Männlich	3.3	2.6	3.1	2.8	3.9		9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote	Insgesamt	3.7	4.3	4.8	4.0	4.2		4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	3.4	4.1	3.8	3.4	3.6		4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	3.9	4.6	5.5	4.6	4.7		3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		49.1	55.8	56.7	54.4	:		90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		1457.2	1353.7	1226.9	1164.9	:		213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		75.3	95.6	104.3b	131.1	129.3		99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-27



Slowenien

1. Die slowenische Wirtschaft ist im vergangenen Jahrzehnt und insbesondere zwischen 2005 und 2007, als der Anstieg über 5% betrug, stark gewachsen. 2006 erreichte das BIP-Wachstum mit 5,7% einen Höhepunkt und kam pro Kopf gemessen am Kaufkraftstandard auf 89% des Durchschnitts der EU-27, wobei die Inlandsnachfrage die Haupttriebfeder war. Die Inflationsrate lag 2006 bei 2,5%, hat aber 2007 merklich zugenommen und dürfte im Durchschnitt mit 3,5% den höchsten Wert in der Eurozone erreichen. Die Arbeitslosenquote betrug 2006 6% und geht weiter zurück. Allerdings weist der Arbeitsmarkt immer noch strukturelle Probleme auf, und geschlechtsspezifische Unterschiede nehmen in diesem Bereich zu.
2. Am 1. Januar 2007 führte Slowenien als erster neuer Mitgliedstaat den Euro ein und verwirklichte damit ein wesentliches Ziel seiner Wirtschaftspolitik. Die Mitgliedschaft in der Eurozone verschärft die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung und einer Beseitigung der starren Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und den Produktmärkten. Verbesserungen in diesem Bereich werden Slowenien das Auffangen von auf das Inland begrenzten Erschütterungen erleichtern und die Anpassungsfähigkeit seiner Volkswirtschaft stärken. In diesem Zusammenhang muss weiterhin den durch die Alterung der Bevölkerung entstehenden Gefahren für die langfristige Stabilität der Staatsfinanzen besondere Beachtung geschenkt werden. Die Eindämmung des Binnen-Inflationsdrucks in der Eurozone ist ebenfalls unerlässlich, um Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt geht aus dem slowenischen Bericht hervor, dass bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) zwischen 2005 und 2007 gute Fortschritte erzielt wurden.
4. Die beiden länderspezifischen Empfehlungen des Rates wurden in einem gewissen Umfang berücksichtigt. Die Reform der Altersversorgung und die Förderung einer längeren Verweildauer im Erwerbsleben sowie die Verbesserung der Arbeitsvermittlung müssen jedoch mit erheblich größerem Nachdruck in Angriff genommen werden.
5. In den übrigen Punkten im mikroökonomischen und im Beschäftigungsbereich, die der Rat der besonderen Aufmerksamkeit Sloweniens anempfohlen hatte, sind einige Fortschritte festzustellen. Insbesondere in einigen mikroökonomischen Bereichen sollten die Reformen jedoch intensiviert werden.
6. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die Fortschritte Sloweniens bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen (Wissen, Erschließung des Unternehmenspotenzials, Beschäftigung und Energie) eher begrenzt waren. Seither hat es einige Fortschritte in einigen Bereichen gegeben, beispielsweise die Verkürzung der Fristen für die Neugründung von Unternehmen.

7. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt nicht ausdrücklich die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang jedoch die noch nicht abgeschlossene umfassende Steuerreform, durch die die Finanzlage der öffentlichen Hand verbessert wurde. Allerdings besteht weiterer Handlungsbedarf. Slowenien hat die günstige Konjunktur nicht in ausreichendem Maße für schnellere Fortschritte in Richtung auf das mittelfristige Ziel im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts genutzt. Das strukturelle Haushaltsdefizit bleibt den Prognosen zufolge 2007 trotz der guten Wirtschaftslage unverändert. Überdies fehlt es weiter insbesondere im Versorgungssektor an Wettbewerb. Der Finanzsektor ist weiterhin klein, ineffizient und wenig offen. Bei der Einführung von Flexicurity-Grundsätzen in der Arbeitsmarktpolitik wurden Fortschritte gemacht, aber es besteht weiterer Handlungsbedarf.
8. Das Bemühen um eine Identifikation mit dem NRP auf zentraler und regionaler Ebene und die zu diesem Zweck veranstalteten Konsultationen wurden intensiviert, und die Sozialpartner wurden in erheblichem Umfang eingebunden. Die Zuständigkeit für die landesweite Koordinierung liegt auf der Ministerebene. Das Parlament ist in hohem Maß beteiligt. Auch in den Medien sind die Reformen ein vielbeachtetes Thema. Die Kontrollverfahren bedürfen jedoch einiger Verbesserungen. Für die Verwendung der im Rahmen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 zur Verfügung gestellten Gelder sieht Slowenien eine schrittweise Mittelplanung vor. Im strategischen Rahmenplan werden provisorisch mehr als 60% der Struktur- und Kohäsionsfondsmittel für Lissabon-Ziele veranschlagt.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

9. Zwischen 2005 und 2007 wurden bei einigen der im NRP eingegangenen Verpflichtungen gute Fortschritte erzielt. Slowenien hat den Euro erfolgreich eingeführt und damit eins der wichtigsten Ziele des NRP verwirklicht. Mit einer breiten Steuerreform wurde die Abgabenbelastung der Faktoren Arbeit und Kapital verringert, gleichzeitig aber auch eine qualitative Verbesserung der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte erreicht. Slowenien ist auf einem guten Weg, die angestrebte Verringerung der Ausgabenquote im Verhältnis zum BIP zu verwirklichen, da die Ausgaben für soziale Transferleistungen und Zinsen sowie für staatliche Tätigkeiten zurückgingen. Auf anderen Gebieten fielen die Fortschritte jedoch weniger zufriedenstellend aus. Der geringe Spielraum im Haushalt ist weiterhin problematisch, insbesondere weil der hohe Anteil an Pflichtausgaben wenig Möglichkeiten belässt, Mittel auf wachstumsfördernde Maßnahmen umzuschichten. Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst birgt einige Risiken für die Haushaltskonsolidierung und die Preisstabilität. Wegen seiner Zugehörigkeit zur Währungsunion ist es unbedingt notwendig, dass Slowenien weiterhin nachdrücklich auf Preisstabilität als einen wichtigen Beitrag zu wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen bedacht ist.
10. Der Rat hatte Slowenien empfohlen, die Reform des Rentensystems fortzusetzen und das aktive Altern zu fördern mit dem Ziel, die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte zu erhöhen und die langfristige Nachhaltigkeit zu verbessern. Die

Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer liegt mit 32,6% (Stand 2006) immer noch unter dem Durchschnitt der Eurozone, tendiert aber dank verschiedener Fördermaßnahmen wie Anreizen für private Unternehmen und einer allmählichen Anhebung des Rentenalters durch die Rentenreform von 1999 nach oben. Allerdings hat die Regierung die in der Reform enthaltene Indexierung der Renten nach Nachhaltigkeitskriterien 2005 aufgegeben. Der Empfehlung folgten keine neuen Maßnahmen im Jahr 2007, obwohl der erwartete Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gefährdet. Eine Strategie für aktives Altern wird noch erarbeitet.

11. Allgemein hat Slowenien bei der Erfüllung der makroökonomischen Verpflichtungen in seinem NRP Teilerfolge aufzuweisen. Bei der Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung sind die Fortschritte jedoch begrenzt.

Mikroökonomische Politik

12. Slowenien hat die in seinem nationalen Reformprogramm aufgeführten mikroökonomischen Herausforderungen mit einigem Erfolg angepackt. Das Land hat das positive Wirtschaftsklima in Europa genutzt, und die Ausfuhren haben zwischen August 2006 und August 2007 um 25% zugenommen. Weniger erfolgreich war Slowenien in dem Bemühen um ausländische Direktinvestitionen. Der Privatisierungsprozess verzögert sich insbesondere im Banken- und Versicherungssektor, allerdings wurde die Privatisierung des zweitgrößten Geldinstituts des Landes inzwischen eingeleitet. Der Wettbewerb ist in der Öffentlichkeit zu einem vielbeachteten Thema geworden, insbesondere nachdem die Preise im Lebensmitteleinzelhandel, bei den Bankdienstleistungen für Privatkunden, im Fremdenverkehr (Gaststätten) und bei den (kommunalen) Versorgungsleistungen unerwartet stark gestiegen sind. Die Regulierung der netzgebundenen Wirtschaftszweige hat insbesondere im Telekommunikationssektor gute Ergebnisse gebracht, wo zahlreiche neue Anbieter tätig geworden sind und die Preise zurückgehen. Die Liberalisierung des Energiesektors hat Mitte 2007 pünktlich begonnen. Die Verbesserung der Rechtsetzung genießt weiterhin einen hohen Stellenwert auf der politischen Agenda. Gute Fortschritte macht der Abbau der Verwaltungslasten. In einigen besonders wichtigen Bereichen wird ein Abbau im Umfang von 25% vorgesehen. Allerdings hat Slowenien noch kein umfassendes Konzept für Folgenabschätzungen eingeführt.
13. Der Rat wies darüber hinaus auf die Notwendigkeit hin, konkrete und realistische Ziele für FuE-Investitionen festzusetzen, den Wettbewerb vor allem bei den freien Berufen zu intensivieren, die Wettbewerbsbehörde zu stärken, Umwelttechnologien und Energieeffizienz zu fördern und den Zeit- und Kostenaufwand für Unternehmensgründungen zu verringern. Slowenien hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: die Ausgaben für FuE sollen bis 2010 auf 3% des BIP anwachsen. Die öffentlichen Investitionen bleiben jedoch hinter den zunehmenden Investitionen aus der privaten Wirtschaft zurück. Deswegen sind die FuE-Investitionen insgesamt in den vergangenen fünf Jahren mit ungefähr 1,5 BIP-% konstant geblieben; daran wird das Fehlen einer angemessenen FuE-Strategie mit einer eindeutigen Aufgabenverteilung zwischen den zuständigen Stellen deutlich. Dem Umsetzungsbericht zufolge wurde mit der Deregulierung der freien Berufe – überprüft werden derzeit die Regeln für Notare, Apotheker und Architekten – begonnen. Bisher ist jedoch ein einziges Ministerium alleine zuständig, und es findet

keine Koordinierung mit den Beteiligten (z.B. berufsständische Vertretungen) statt. Mit einem neuen Gesetz, das ihr die Verhängung von Geldbußen erlaubt, wurde die Handlungsfähigkeit der Wettbewerbsbehörde gestärkt. Im Umsetzungsbericht wird anerkannt, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen zu Energieeffizienz, erneuerbaren Energien, saubereren Kraftstoffen und zur Senkung der CO₂-Emissionen nicht ausreichen und die Kyoto-Ziele ohne zusätzliche Maßnahmen nicht erreicht werden. Durch Einführung eines zentralen elektronischen Anmeldesystems wurde der Kosten- und Zeitaufwand für Selbständige bei der Aufnahme einer neuen Geschäftstätigkeit erheblich gesenkt. Anfang 2008 soll dieses System erweitert werden, so dass eine GmbH binnen vier Tagen gegründet werden kann. Flankierend wurden eine unternehmensfreundliche Steuerreform, Steuervergünstigungen für FuE-Tätigkeiten, Wagniskapital-Investitionen für einheimische Unternehmen sowie ein verbesserter Zugang zu Finanzmitteln für KMU in der Anlaufphase eingeführt. Mehr getan werden muss bei der Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen, der Ausrichtung politischen Handelns auf die Bedürfnisse der KMU und zur Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Formalitäten zur Einstellung des ersten Arbeitnehmers.

14. Allgemein hat Slowenien bei der Erfüllung der mikroökonomischen Verpflichtungen in ihrem NRP Teilerfolge aufzuweisen. Dem Hinweis, den Rahmenbedingungen für Unternehmen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wurde auf zufriedenstellende Weise nachgekommen. In den besonders zu beachtenden Bereichen einer angemessenen Strategie für FuE-Investitionen und der Energieeffizienz insbesondere in Bezug auf CO₂-Emissionen sind jedoch nur begrenzte Fortschritte festzustellen. Die Kommission begrüßt die Stärkung der Wettbewerbsbehörde, sieht aber bei der Deregulierung der freien Berufe nur begrenzte Fortschritte.

Beschäftigungspolitik

15. Zwischen 2005 und 2007 hat Slowenien die meisten der im NRP vorgesehenen großen Beschäftigungsreformen in Angriff genommen. Die Maßnahmen zur Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt wurden intensiviert und die Ansprüche auf Sozialleistungen an strengere Voraussetzungen geknüpft. Mit den Sozialpartnern wurde vor kurzem ein Konsens über eine Änderung des Arbeitsvertragsrechts erzielt, durch den auf dem Arbeitsmarkt mehr Flexibilität eingeführt werden soll. Die Flexicurity-Reformen blieben jedoch hinter den Ankündigungen von 2005 zurück. Neue Rechtsvorschriften und Finanzmittel sollen die Reformen im Bildungswesen ergänzen und eine stärkere Anbindung an die Wirtschaft gewährleisten. Obwohl die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer leicht zugenommen hat, wurde das Renten- und Erwerbsunfähigkeitsgesetz nicht geändert, um eine längere Verweildauer im Erwerbsleben zu fördern. Hier besteht weiterhin wesentlicher Handlungsbedarf. Deswegen fallen die Fortschritte bei der Bewältigung der im NRP von 2005 genannten beschäftigungspolitischen Herausforderungen unterschiedlich aus.
16. Der Rat hatte Slowenien empfohlen, vor dem Hintergrund des Trends zu flexibleren vertraglichen Vereinbarungen und angesichts der bereits verschärften Voraussetzungen für den Leistungsbezug die Arbeitsmarktdienste auszubauen und insbesondere Hilfen bereits in einem frühen Stadium der Arbeitslosigkeit anzubieten. Die Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Arbeitsmarkt-Dienstleistern wird intensiviert, um die Effizienz der Arbeitsvermittlung zu verbessern. Trotz

Modernisierung und zusätzlicher Ausbildungsmaßnahmen leidet der Arbeitsvermittlungsdienst in Slowenien an einem Kapazitätsmangel, der eine wirkungsvolle, persönliche Betreuung erschwert. Daher sollten diese Dienste weiter verbessert werden, um insbesondere Menschen mit geringen Beschäftigungschancen zu unterstützen.

17. Der Rat hatte ferner darauf hingewiesen, dass eine stärkere Verbindung zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt hergestellt, die Segmentierung des Arbeitsmarktes verringert und die Eingliederung junger Menschen verbessert werden sollte. Im NRP ist als ehrgeiziges Ziel festgehalten, dass bis 2008 jeder Hochschulabgänger binnen sechs Monaten nach seinem Abschluss eine Anstellung finden soll. Aus dem Umsetzungsbericht geht nicht hervor, ob dieses Ziel erreicht wurde. Das Ziel wird jedoch mittels arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und einer Werbekampagne für Fachrichtungen mit besseren Beschäftigungsaussichten verfolgt. Es wurden ein neues Stipendiengesetz verabschiedet und zusätzliche Mittel bereitgestellt, um die Zahl der Stipendienempfänger zu erhöhen und eine engere Anlehnung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu gewährleisten. Die Reform der beruflichen Bildung und des Hochschulwesens werden fortgesetzt. Nach Ansicht der Kommission hat Slowenien damit angemessen auf die Herausforderungen reagiert und sollte diesen Kurs beibehalten. Das vermehrte Angebot an Studiengängen sollte jedoch nicht auf Kosten der Qualität gehen.
18. Slowenien ist sichtlich gewillt, ein Flexicurity-Konzept zu entwickeln, muss aber seine Bemühungen fortsetzen, um zu einer geeigneten Kombination von Arbeitsmarktflexibilität und Beschäftigungssicherheit zu finden. Das Sozialversicherungssystem funktioniert relativ gut, und es wurden Schritte unternommen, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu erleichtern. Beim lebenslangen Lernen sind bemerkenswerte Fortschritte festzustellen. Die entsprechenden Änderungen des Gesetzes über die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurden mit den Sozialpartnern ausgehandelt, die voll in den Reformprozess eingebunden sind. Die Änderungen steigern jedoch nicht die Flexibilität der Personen in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen in dem erforderlichen Ausmaß, sondern verlangen eher den „Outsidern“ mehr Flexibilität ab. Außerdem sind bei der Eingliederung „studentischer“ Nebentätigkeiten in den ersten Arbeitsmarkt keine Fortschritte festzustellen. Daher besteht die Gefahr, dass sich die vor allem junge Menschen treffende Segmentierung des Arbeitsmarktes fortsetzt. Die neue dreiseitige Sozialvereinbarung 2007-2009 bildet eine wichtige Grundlage für weitere Maßnahmen.
19. Insgesamt gesehen war Slowenien bei der Umsetzung der beschäftigungspolitischen Vorgaben seines NRP teilweise erfolgreich. Die länderspezifische Empfehlung und die besonders empfohlenen Schwerpunkte wurden in gewissem Umfang aufgegriffen.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

20. In Anbetracht des slowenischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

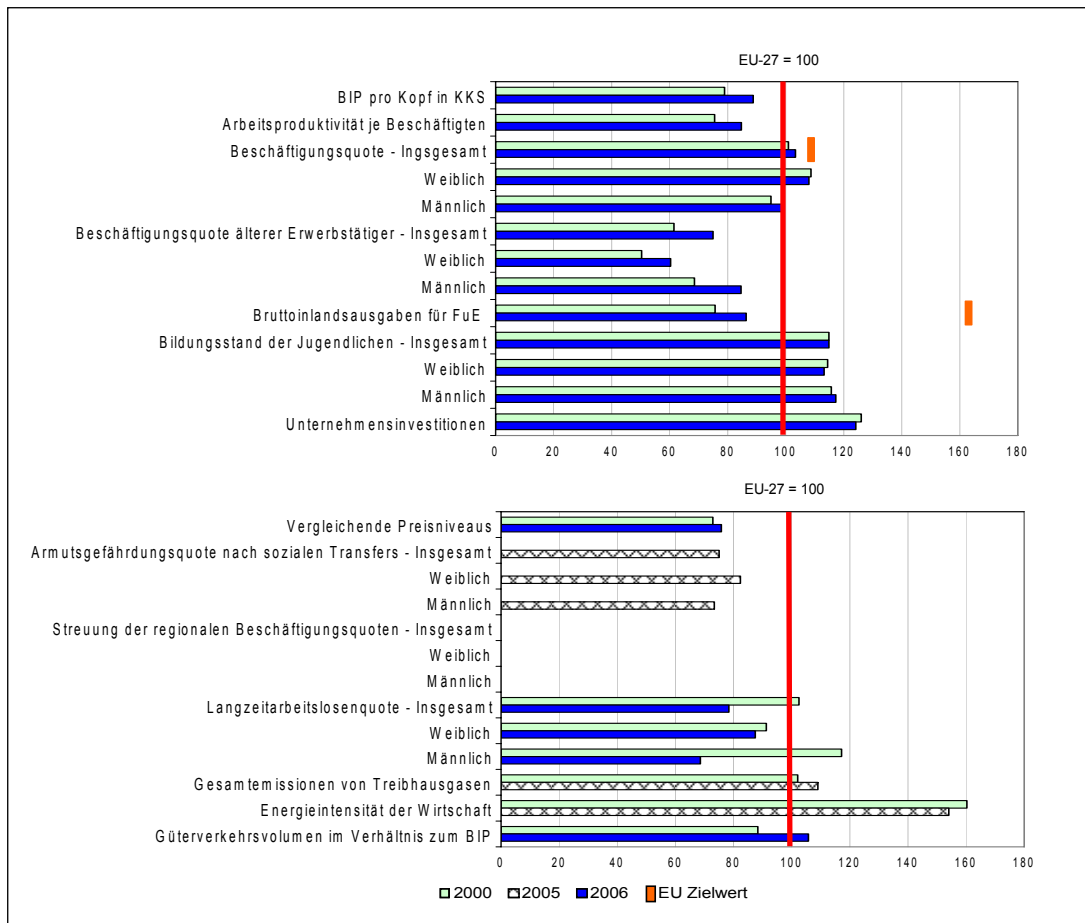
21. Slowenien hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte erzielt. Einige Fortschritte sind bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen zu verzeichnen.
22. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in gewissem Umfang aufgegriffen wurden. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind einige Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt jedoch nicht ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
23. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Slowenien folgende positiven Entwicklungen erkennen: die Einbeziehung der Sozialpartner bei der Ausarbeitung aller großer Arbeitsmarktreformen, Bemühungen um eine Stärkung der Verbindung zwischen dem Bildungs- und Stipendiensystem und der Wirtschaft, die Verkürzung der Gründungsphase für neue Unternehmen und die Verringerung der Verwaltungslasten. Mit dem zum Euro-Raum hat Slowenien auf der makroökonomischen Ebene einen entscheidenden Schritt voran gemacht.
24. Höchste Priorität muss im slowenischen nationalen Reformprogramm folgenden Bereichen eingeräumt werden: Fortsetzung der Reform des Rentensystems und wirksame Umsetzung der Strategie zur Verlängerung des Erwerbslebens, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts in Verbindung mit stärker auf die Bedürfnisse des Einzelnen zugeschnittenen Konzepten bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Vor diesem Hintergrund wird Slowenien empfohlen,
 - weitere Schritte ergreift, um die Reform des Rentensystems fortzusetzen und das aktive Altern zu fördern mit dem Ziel, die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte zu erhöhen und die langfristige Tragfähigkeit zu verbessern,
 - im Zuge eines Flexicurity-Gesamtkonzepts flexiblere vertragliche Vereinbarungen für alle Arbeitnehmer zu fördern und die Leistungsfähigkeit der Arbeitsmarktdienste insbesondere für Personen mit geringen Beschäftigungsaussichten zu verbessern, um einer vor allem junge Menschen treffenden Segmentierung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken.
25. Außerdem muss Slowenien während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: Entwicklung einer wirksamen Forschungs- und Innovationsstrategie und tatsächliche Umsetzung, Intensivierung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor, vor allem bei den Finanzdienstleistungen, den Versorgungsunternehmen und den freien Berufen, nicht zuletzt zur Eindämmung der Inflation, ferner verbesserte Umsetzung von Energieeffizienz-Maßnahmen insbesondere im Zusammenhang mit CO₂-Emissionen und nicht erreichten Kyoto-Zielen, Durchführung des ehrgeizigen Plans einer stärkeren Verbindung zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

SLOWENIEN

	SI						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	78.9	82.5	85.0	86.6	88.8		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	75.5	77.9	80.3	82.3	84.7		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						67.0 (2008)				70.0
Insgesamt	62.8	62.6	65.3	66.0	66.6		62.2	63.4p	64.4p	
Weiblich	58.4	57.6	60.5	61.3	61.8		53.7	56.2p	57.2p	
Männlich	67.2	67.4	70.0	70.4	71.1	70.8	70.8p	71.6p		
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
Insgesamt	22.7	23.5	29.0	30.7	32.6	36.9	42.3p	43.5p		
Weiblich	13.8	14.6	17.8	18.5	21.0	27.4	33.5p	34.8p		
Männlich	32.3	33.2	40.9	43.1	44.5	47.1	51.5p	52.6p		
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.41	1.29	1.42	1.46	1.59	3.0	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
Insgesamt	88.0	90.8	90.5	90.5	89.4	76.6	77.4	77.8		
Weiblich	90.8	94.0	94.1	93.2	91.4	79.3	80.1	80.7		
Männlich	85.4	87.7	87.1	88.0	87.7	73.8	74.7	74.8		
Vergleichende Preisniveaus	72.9	76.2	75.4	75.6	75.8	100.0	100.0	100.0		
Unternehmensinvestitionen	23.2	20.8	22.0	22.2	22.6	18.4	17.8	18.2		
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
Insgesamt	11.0	10.0	:	12.0b	:	:	16.0e	:		
Weiblich	12.0	11.0	:	14.0b	:	:	17.0e	:		
Männlich	11.0	9.0	:	11.0b	:	:	15.0e	:		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
Insgesamt	-	-	-	-	-	-	13.0	11.9	11.4	
Weiblich	-	-	-	-	-	-	20.0	16.8	16.2	
Männlich	-	-	-	-	-	-	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
Insgesamt	4.1	3.5	3.2	3.1	2.9	4.0	4.1p	3.7p		
Weiblich	4.2	3.6	3.4	3.3	3.5	4.6	4.5p	4.0p		
Männlich	4.1	3.4	3.1	2.9	2.4	3.5	3.8p	3.5p		
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	92.6	96.8	98.4	100.4	:	90.7	92.1	:		
Energieintensität der Wirtschaft	341.7	341.1	324.7	320.5	:	213.1	208.1	:		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	87.6e	86.5	97.5	110.0	112.8	99.1e	105.4e	106.7e		

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Slowakei

1. Für das Jahr 2007 wird aufgrund der anhaltenden Inlands- und Auslandsnachfrage mit einem weiter hohen BIP-Wachstum von real 8,7 % gerechnet, nach 8,5 % im Jahr 2006. Die Beschäftigungsquote ist 2006 auf 59,4 % gestiegen, nach 57,4 % im Vorjahr. Dieser Anstieg erfasste alle Gruppen und Altersstufen, insbesondere aber ältere Arbeitnehmer, bei denen die Beschäftigungsquote im gleichen Zeitraum von 30,3 % auf 33,1 % gestiegen ist – ein Wert allerdings, der noch immer unter dem EU-Durchschnitt liegt. Der starke Rückgang der Arbeitslosenquote von 16,3 % im Jahr 2005 auf 13,4 % im Jahr 2006 dürfte sich fortsetzen, aber die für 2007 prognostizierte Quote von 11,2 % liegt weiterhin erheblich über dem EU-Durchschnitt. Vor allem dank des geringeren Anstiegs der regulierten Preise im Energiesektor Anfang 2007 und des höheren Wechselkurses dürfte die Inflation von 4,3 % im Jahr 2006 auf unter 2 % im Jahr 2007 sinken. Das Haushaltsdefizit fällt 2007 voraussichtlich unter 3 % des BIP und dürfte 2008 bei etwa 2,3 % liegen.
2. Die in den letzten Jahren durchgeführten umfassenden Reformen der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik haben zur Beschleunigung des BIP-Wachstums und des Beschäftigungszuwachses beigetragen. Allerdings bestehen weiterhin große regionale Unterschiede und die Arbeitslosenquote bleibt eine der höchsten in der EU. Trotz einer der EU-weit höchsten Wachstumsraten bei der Arbeitsproduktivität liegt die Slowakei beim Pro-Kopf-BIP noch immer unter dem EU-Durchschnitt, was hauptsächlich auf eine niedrigere Arbeitsproduktivität und eine geringe Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials zurückzuführen ist.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Das nationale Reformprogramm (NRP) 2005-2008 wurde 2006 von der neuen Regierung leicht überarbeitet, wobei aber die wesentlichen Herausforderungen – Informationsgesellschaft, FuE und Innovation, Rahmenbedingungen für Unternehmen, Bildung und Beschäftigung – die gleichen geblieben sind. Insgesamt verzeichnet der slowakische Umsetzungsbericht für das Jahr 2007 einige Fortschritte bei der Durchführung des NRP im Zeitraum 2005-2007, wobei das Reformtempo gegenüber dem Vorjahr offenbar unverändert geblieben ist.
4. Die Slowakei hat hinsichtlich der länderspezifischen Empfehlungen des Rates einige Fortschritte erzielt. Die Ausgaben für FuE und Bildung wurden nur unzureichend angehoben und trotz Verabschiedung einiger Strategiepapiere fehlt es nach wie vor an einer kohärenten Reform des FuE-Bereichs zur Verknüpfung von Forschungseinrichtungen und Wirtschaft. Es wurde eine Strategie für lebenslanges Lernen beschlossen, aber es muss noch mehr getan werden, um die Teilhabe von Erwachsenen und Randgruppen an allgemeiner und beruflicher Bildung zu verbessern. Die Überarbeitung der Arbeitsmarktpolitik hat noch keine Wirkung auf die sehr hohe Dauerarbeitslosigkeit und den rapiden Anstieg des Anteils gering Qualifizierter.
5. Was die Bereiche anbelangt, auf die sich die Slowakei dem Rat zufolge außerdem konzentrieren sollte, so gab es zwar einige Fortschritte bei der Ausarbeitung von

Rechtsvorschriften in Bezug auf das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, aber es bedarf noch weiterer Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Durchsetzung. Bei der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Breitband-Infrastruktur, besserer Rechtsetzung und Entwicklung einer Strategie für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben ist die Slowakei hingegen nicht deutlich vorangekommen.

6. In ihrem Fortschrittsbericht vom vergangenen Jahr war die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die Fortschritte der Slowakei bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den Bereichen für vorrangige Maßnahmen (Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie) unterschiedlich ausfallen. Im vergangenen Jahr gab es bei einigen Verpflichtungen mit einer Frist im Jahr 2007 begrenzte Fortschritte, aber in Bezug auf die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen und das „Think Small First“-Prinzip ist noch nichts geschehen. Weiterer Anstrengungen bedarf es auch bei der Einführung von zentralen Anlaufstellen und der Unterstützung von jungen Arbeitslosen.
7. Das NRP und die anschließenden Umsetzungsberichte wurden unter der Leitung der Staatskanzlei und des Finanzministeriums in Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten ausgearbeitet. Zur Verbesserung des Monitoring und der Politikkoordinierung insgesamt wurde 2007 das Berichtswesen ausgebaut und eine Reihe von Indikatoren festgelegt. Die Zuweisung von Mitteln aus nationalen Quellen und den Strukturfonds zur Förderung der Lissabon-Ziele erfolgt nun nach neuen Verfahren. Die Umsetzung des NRP und der Struktur- und Kohäsionsfondsprogramme ist relativ eng miteinander verknüpft. Die Zuweisung von Strukturfondsmitteln für Wachstums- und Beschäftigungsziele wird in zufriedenstellender Weise gehandhabt.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Um bis 2010 langfristig tragfähige öffentliche Finanzen zu erreichen, hat sich die Slowakei vorgenommen, das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2007 auf unter 3 % des BIP und bis 2010 das strukturelle Defizit auf unter 1 % des BIP zu senken.
9. Die Regierung beschloss 2006 eine expansive Haushaltspolitik, die zusammen mit nichtdiskretionären defiziterhöhenden Faktoren (Zunahme der Kosten für die Rentenreform von 0,8 % des BIP im Jahr 2005 auf 1,2 % im Jahr 2006) zu einem Anstieg des Haushaltsdefizits von 2,8 % des BIP im Jahr 2005 auf 3,7 % im Jahr 2006 geführt hat. Trotzdem soll durch die Maßnahmen der Regierung das Defizit 2007 auf unter 3 % des BIP und 2008 auf etwa 2,3 % gesenkt werden. Den im NRP 2005 festgelegten finanzpolitischen Ziele ist man daher im Zeitraum 2005-2007 auch etwas nähergekommen.
10. Der Rat hatte der Slowakei die Umschichtung von Ausgaben auf die Bereiche FuE und Bildung empfohlen. Die Slowakei legte fest, dass 2010 die FuE-Investitionen aus öffentlichen Mitteln 0,8 % des BIP und diejenigen aus privaten Mitteln 1 % des BIP erreichen sollen. Die in den Haushalten 2007 und 2008 vorgesehene Steigerung

der Ausgaben für Bildung liegt unter dem erwarteten nominalen BIP-Wachstum. Da 2007 und 2008 auch die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen und die slowakische Akademie der Wissenschaften – gemessen am BIP – zurückgehen sollen, hat die Slowakei die Schlussfolgerungen des Rates nach Ansicht der Kommission in diesem Bereich in begrenztem Umfang aufgegriffen.

11. Insgesamt hat die Slowakei bei der Erfüllung der makroökonomischen Verpflichtungen in ihrem NRP Teilerfolge aufzuweisen. Die länderspezifische Empfehlung im Bereich der Makroökonomie wurde nur in begrenztem Maße umgesetzt und wird daher aufrechterhalten.

Mikroökonomische Politik

12. In Bezug auf die im slowakischen NRP 2005 festgestellten wesentlichen Herausforderungen – Rahmenbedingungen für Unternehmen, FuE und Innovation sowie Informationsgesellschaft – sind die im Zeitraum 2005-2007 erzielten Fortschritte unterschiedlich ausgefallen. Im vergangenen Jahr wurden in begrenztem Maße Fortschritte erzielt.
13. Der Rat hatte der Slowakei empfohlen, die Ausarbeitung einer kohärenten nationalen FuE- und Innovationsstrategie durch eine enge Verknüpfung von Forschungseinrichtungen und Unternehmen abzuschließen. Im Laufe des Jahres 2007 hat die slowakische Regierung eine Reihe von Strategiedokumenten zu FuE und Innovation im Zeitraum 2007-2013 angenommen, mit denen jedoch die notwendige Systemreform der öffentlichen Forschung nicht in Angriff genommen wird. Es bedarf der Durchführung einer kohärenten FuE- und Innovationsstrategie mit angemessener Personal- und Finanzausstattung der einschlägigen Strukturen.
14. Der Europäische Rat hatte auch darauf hingewiesen, dass die Anstrengungen auf dem Gebiet der IKT, insbesondere bei der Breitband-Infrastruktur und der Verbesserung der Rechtsetzung, fortgeführt werden müssten. Trotz einiger Fortschritte in den Bereichen elektronische Behördendienste (eGovernment) und digitale Kompetenz liegt die Slowakei bei der Entwicklung der Informationsgesellschaft noch immer zurück. Die Einführung elektronischer Behördendienste ist ins Stocken geraten und die Regelung über die elektronische Signatur ist noch nicht angenommen. Es bedarf noch weiterer gezielter Maßnahmen zur Verbreitung der IKT und zum Ausbau der Breitband-Infrastruktur.
15. Bei den Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen gibt es nur in begrenztem Maße Fortschritte. Die Konsolidierung verschiedener Folgenabschätzungsmethoden ist zwar vorgesehen, aber bisher wurden noch keine Durchführungsstrukturen ausgearbeitet. Der Aktionsplan zum Abbau des Verwaltungsaufwands enthält als Zielvorgabe zwar eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands um 25 %, gibt aber keine allgemeinen Grundsätze für gute Rechtsetzung und wirksame Koordinierung vor. Zwar hat man sich um die Einrichtung zentraler Anlaufstellen für die Gründung von Einzelunternehmen bemüht, aber es bleibt noch viel zu tun, um dieses System auf eingetragene Gesellschaften auszuweiten. Im Rahmen der derzeitigen Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung sollte die Vermittlung von unternehmerischen Kompetenzen in den Lehrplänen der Sekundarstufe und der Hochschulen verankert

werden. Bei der Umsetzung des EU-Binnenmarktrechts in innerstaatliches Recht kommt die Slowakei weiterhin sehr gut voran.

16. Die Slowakei hat zwar in ihrem überarbeiteten NRP die Energiewirtschaft als neue Priorität ausgewiesen, der Wettbewerb auf dem Strommarkt muss aber noch entwickelt werden. Das Haupthindernis dabei ist die beherrschende Stellung der etablierten Unternehmen, die sich negativ auf die Verbraucherpreise auswirkt. Die Slowakei hat sich entschieden, diese Auswirkungen vorübergehend durch eine umfassende Preisregulierung zu mildern. Da zugleich aber die Unabhängigkeit der Regulierungsstelle für Netzindustrien beschnitten wird, könnte dieser Policy-Mix die Entwicklung des Wettbewerbs in diesen Sektoren verhindern.
17. Die Slowakei hat eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz getroffen und hat eine „Strategie für die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien in der Slowakei“ beschlossen. Die Energieintensität ist zwar seit 2001 kontinuierlich zurückgegangen, liegt aber noch immer etwa um das Vierfache über dem EU-27-Durchschnitt. Eine Stärkung der Querschnittsfunktion des Wirtschaftsministeriums bei der Beobachtung der Energieeffizienz und der Umsetzung des Energieeffizienzkonzepts sowie des Aktionsplans für Energieeffizienz käme einer weiteren Effizienzsteigerung zugute und würde zum Erreichen des für 2010 angestrebten Ziels hinsichtlich der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen beitragen.
18. Die Slowakei ist bei der Erfüllung der in ihrem NRP niedergelegten mikroökonomischen Verpflichtungen teilweise vorangekommen. Der länderspezifischen Empfehlung zur slowakischen FuE-Strategie wurde zwar in gewissem Umfang nachgekommen, aber die angenommenen Strategien müssen nun umgesetzt werden. Der Schwerpunktbereich IKT wurde in gewissem Maße in Angriff genommen, aber bei der Rechtsetzung in diesem Bereich sind die erforderlichen Verbesserungen nur begrenzt festzustellen.

Beschäftigungspolitik

19. Das Beschäftigungswachstum im Zeitraum 2005-2007 ist auf Wirtschaftswachstum und umfangreiche Arbeitsmarktreformen zurückzuführen. Trotzdem waren einige besorgniserregende Entwicklungen zu verzeichnen, u.a. eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit (10,2 % bei einem EU-Durchschnitt von 3,7 %) in Verbindung mit einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, geringer Beschäftigungsfähigkeit von Angehörigen bestimmter sozialer Gruppen und einem Rückgang der Beschäftigung von Jugendlichen.
20. Der Rat hatte der Slowakei empfohlen, ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu entwickeln, das insbesondere auf gezielten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die am stärksten benachteiligten Gruppen beruht. Diesbezüglich wurde Verschiedenes unternommen, u.a. überarbeitete, besser auf benachteiligte Arbeitssuchende ausgerichtete aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Vorarbeiten für neue Rechtsvorschriften im Bereich der Beschäftigungspolitik und ein Plan zur Einführung von Lohnergänzungsleistungen. Die Langzeitarbeitslosigkeit, von der in sehr hohem Maße gering Qualifizierte und Angehörige der Roma-Minderheit betroffen sind, ist aber weiterhin hoch und bedarf daher intensiverer politischer Bemühungen.

21. Der Rat hatte der Slowakei außerdem empfohlen, eine Strategie für lebenslanges Lernen zu beschließen sowie ihr allgemeines und berufliches Bildungswesen zu reformieren. Die Strategie für lebenslanges Lernen wurde 2007 beschlossen, ihre Umsetzung stellt jedoch angesichts der anhaltenden Diskrepanz zwischen vorhandenen und nachgefragten Qualifikationen und der weiterhin viel zu geringen Beteiligung Erwachsener an einschlägigen Maßnahmen eine große Herausforderung dar. Die Verabschiedung des Primar- und Sekundarschulgesetzes wurde verschoben. Die Kernvorschriften des Hochschulgesetzes wurden überarbeitet, aber die qualitative Verbesserung der Hochschulbildung und die Stärkung der Verbindung zwischen Bildungswesen, Forschung und Wirtschaft bleibt eine Schlüsselherausforderung. Die Einbeziehung der benachteiligten Roma-Gemeinschaften in das allgemeine und berufliche Bildungswesen hat trotz einiger erfolgreicher Initiativen nach wie vor hohe Priorität.
22. Der Rat hatte auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, das geschlechtsspezifische Lohngefälle anzugehen und eine Strategie für das längere Verbleiben älterer Menschen im Erwerbsleben zu entwickeln, um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu steigern. Trotz schärferer gesetzlicher Bestimmungen zur gleichen Entlohnung und eines Verbots der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist das geschlechtsspezifische Lohngefälle weiterhin sehr hoch (22 %). Zudem haben die geschlechtsspezifischen Unterschiede sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Arbeitslosen in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die kürzlich beschlossene Strategie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat nicht in ausreichendem Maße zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Frauen oder des Zugangs zu flexiblen Formen der Arbeitsorganisation beigetragen. Die Beschäftigung älterer Menschen hat zugenommen, hauptsächlich infolge der allmählichen Anhebung des Rentenalters und von Anreizen zum Verbleib im Erwerbsleben. Diese Maßnahmen sollten durch ein aktives Konzept zur Verbesserung der Bedingungen für diese Altersgruppe auf dem Arbeitsmarkt ergänzt werden, das Arbeitsrecht, aktive Arbeitsmarktpolitik, einen Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten und den Gesundheitsschutz abdeckt. Nach Ansicht der Kommission wird damit nur in begrenztem Maße auf die Herausforderungen reagiert, weshalb es weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation bei Frauen und älteren Arbeitnehmern bedarf.
23. Die Slowakei hat kein integriertes Flexicurity-Modell geschaffen, sondern eine Reihe von einschlägigen Einzelmaßnahmen getroffen. Im Zuge der letzten Überarbeitung des Arbeitsrechts wurden neue Formen der Arbeitsorganisation eingeführt und zugleich der Schutz der Arbeitnehmer im Rahmen der tarifvertraglichen Vereinbarungen verbessert. Die Umsetzung der neuen Strategie für lebenslanges Lernen dürfte die sehr geringe Beteiligung an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen erhöhen. Trotz aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zugunsten von benachteiligten Arbeitssuchenden sind diese nach wie vor nur in geringem Maße beschäftigungsfähig und können den sich abzeichnenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften nicht beheben. Die Einbeziehung der Sozialpartner in die Politikgestaltung, namentlich die Konsultation der Gewerkschaften, wurde geringfügig verbessert.
24. Insgesamt hat die Slowakei bei der Durchführung von Maßnahmen zur Erfüllung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen in ihrem nationalen Reformprogramm Teilerfolge erzielt. Die länderspezifischen Empfehlungen und die besonders zu

beachtenden Punkte wurden in gewissem Umfang aufgegriffen, aber es bedarf nun weiterer Initiativen und der Umsetzung der beschlossenen Strategien. Nach Auffassung der Kommission bleiben die Empfehlungen und die besonders zu beachtenden Punkte gültig.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

25. In Anbetracht des slowakischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
26. Die Slowakei hat bei der Umsetzung ihres nationalen Reformprogramms zwischen 2005 und 2007 einige Fortschritte erzielt. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen sind die Fortschritte begrenzt.
27. Der Umsetzungsbericht zeigt, dass die Empfehlungen des Rates in unterschiedlichem Maße aufgegriffen wurden. Es bedarf noch weiterer Reformen zur Steigerung der FuE- und der Bildungsausgaben, zur Umsetzung von Strategien im Bereich der Mikroökonomie, zur Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und zum Abschluss der Reform des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens. In den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge Aufmerksamkeit verdienen, sind die Fortschritte unterschiedlich.
28. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für die Slowakei folgende positive Entwicklungen erkennen: 2007 voraussichtliche Reduzierung des Defizits der öffentlichen Haushalte auf unter 3 % des BIP, Annahme einer Reihe von Strategiedokumenten in den Bereichen FuE und Innovation, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, zum Teil erfolgte Einführung einer zentralen Anlaufstelle für Unternehmensgründungen, Reform des Arbeitsrechts, Annahme der Strategie für lebenslanges Lernen und Bemühungen um eine Überarbeitung der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zwecks besserer Anpassung an die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.
29. Die Slowakei muss folgenden Bereichen in ihrem nationalen Reformprogramm höchste Priorität einräumen: Anhebung der Ausgaben für Bildung, FuE und Innovation, Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit, Abschluss der Reform des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens und dessen qualitative Verbesserung entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts. Vor diesem Hintergrund wird der Slowakei empfohlen,
 - Ressourcen auf Bildung, FuE und Innovation umzuschichten und eine kohärente FuE- und Innovationsstrategie mit besonderem Augenmerk auf der institutionellen Reform der öffentlichen Forschung und einer wesentlichen Verbesserung der Kooperation zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen umzusetzen;
 - die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, und zwar insbesondere im Wege der Umsetzung einer umfassenden Strategie für bessere Rechtsetzung, die

sowohl Folgenabschätzungen als auch eine Vereinfachung der bestehenden Rechtsvorschriften beinhaltet;

- im Rahmen eines integrierten Flexicurity-Konzepts die Strategie für lebenslanges Lernen entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts umzusetzen, die Bildungsreform im Primar-, Sekundar- und Hochschulbereich im Hinblick auf Verbesserung der Qualifikationen und Kenntnisse abzuschließen und den Zugang zu Beschäftigung insbesondere für Langzeitarbeitslose und Benachteiligte zu verbessern.

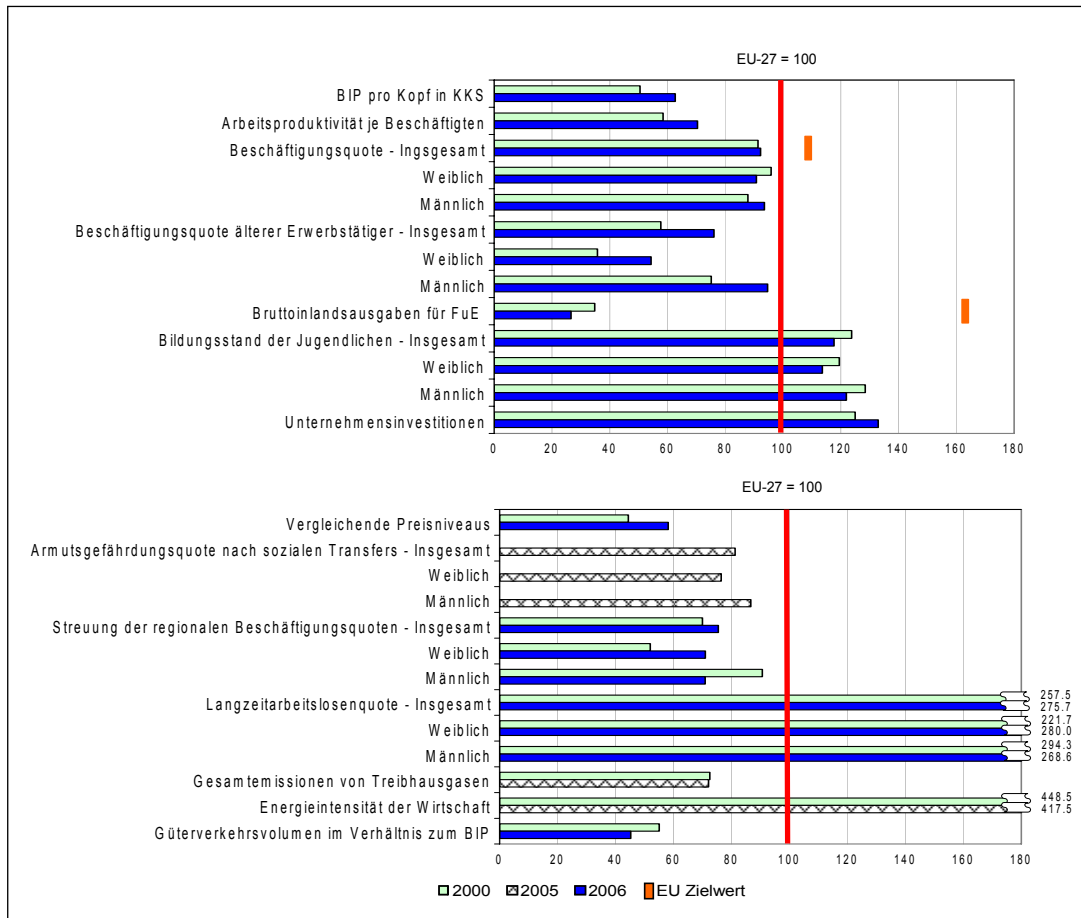
30. Außerdem muss die Slowakei im weiteren Verlauf ihres nationalen Reformprogramms folgende Schwerpunkte setzen: Weiterentwicklung der IKT-Politik insbesondere in Bezug auf die Breitband-Infrastruktur, Einführung zentraler Anlaufstellen für Unternehmensgründungen, Heranbildung von unternehmerischer Kompetenz, Stärkung des Wettbewerbs bei der Stromversorgung, Abbau der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Lohn und Beschäftigung, Entwicklung einer Strategie für einen längeren Verbleib der Menschen im Erwerbsleben sowie Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen.

TEIL IV: SCHAUbilder UND STATISTISCHE DATEN

SLOWAKEI

	SK						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	50.5	55.2	56.7	59.8	62.7		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	58.5	62.7	64.7	67.8	70.4		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						:				70.0
Insgesamt	56.8	57.7	57.0	57.7	59.4		62.2	63.4p	64.4p	
Weiblich	51.5	52.2	50.9	50.9	51.9		53.7	56.2p	57.2p	
Männlich	62.2	63.3	63.2	64.6	67.0		70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
Insgesamt	21.3	24.6	26.8	30.3	33.1		36.9	42.3p	43.5p	
Weiblich	9.8	11.2	12.6	15.6	18.9		27.4	33.5p	34.8p	
Männlich	35.4	41.0	43.8	47.8	49.8		47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	0.65	0.58	0.51	0.51	0.49	0.8	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
Insgesamt	94.8	94.1	91.7	91.8	91.5		76.6	77.4	77.8	
Weiblich	94.8	94.5	92.0	92.6	91.7		79.3	80.1	80.7	
Männlich	94.8	93.7	91.3	91.0	91.2		73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus	44.4	50.7	54.9	55.8	58.2		100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen	23.0	22.4	21.7	24.7	24.2		18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
Insgesamt	:	:	:	13.0b	:		:	16.0e	:	
Weiblich	:	:	:	13.0b	:		:	17.0e	:	
Männlich	:	:	:	13.0b	:		:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
Insgesamt	9.1	7.6	9.0	9.8	8.6		13.0	11.9	11.4	
Weiblich	10.4	9.0	10.5	11.7	11.5		20.0	16.8	16.2	
Männlich	8.7	6.7	8.1	8.5	6.6		9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
Insgesamt	10.3	11.4	11.8	11.7	10.2		4.0	4.1p	3.7p	
Weiblich	10.2	11.7	12.4	12.3	11.2		4.6	4.5p	4.0p	
Männlich	10.3	11.3	11.3	11.2	9.4		3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	65.8	68.0	67.5	66.4	:		90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft	955.9	929.6	910.2	868.6	:		213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	54.6	48.8	48.6	52.0e	48.3		99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Finnland

1. Die finnische Wirtschaft konnte in den letzten Jahren einen deutlichen Aufschwung verzeichnen. Der Anstieg des BIP erreichte 2006 mit 5 % einen Höchststand und wird 2007 nur leicht zurückgehen. Das Wachstum basiert weiterhin auf einer breiten Grundlage mit einer starken Auslandsnachfrage. Das Beschäftigungswachstum belief sich im Zeitraum 2006-2007 auf jährlich 2 %. Die Arbeitslosigkeit fiel rasch auf 7,7 % im Jahr und dürfte 2007 um einen weiteren Prozentpunkt zurückgehen. Innerhalb der Eurozone liegt Finnland mit seiner Arbeitslosenquote damit jedoch weiterhin nur im Mittelfeld.
2. Trotz der relativ hohen Arbeitslosenquote mangelt es in zahlreichen Wirtschaftssektoren zunehmend an Arbeitskräften, was auf strukturelle Defizite des Arbeitsmarkts hindeutet. Verbessern könnte sich die Lage durch die Verstärkung der derzeitigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Regierung und die weitere Verbesserung des Unternehmensumfelds. Diese Verbesserungen könnten darüber hinaus die Auswirkungen einer alternden Erwerbsbevölkerung auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ausgleichen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Der Umsetzungsbericht 2007 zeigt, dass Finnland bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms (NRP) von 2005 bis 2007 generell sehr gute Fortschritte macht. In den meisten Bereichen sind kontinuierliche Fortschritte zu verzeichnen.
4. Der Rat kam zu dem Schluss, dass Finnland sich darauf konzentrieren sollte, Reformen umzusetzen, um den Wettbewerb und die Produktivität in einigen Dienstleistungsbereichen zu verbessern, die Einstellungsverfahren für Unternehmen zu vereinfachen, lokale Tarifverhandlungssysteme zu fördern und Engpässe am Arbeitsmarkt anzugehen, um die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, insbesondere bei geringqualifizierten und jungen Arbeitnehmern, zu bekämpfen. Finnland hat gute Fortschritte bei der Vereinfachung der Einstellungsverfahren und bei lokalen Tarifverhandlungen erzielt. Auch beim Wettbewerb und bei der Produktivität des Dienstleistungssektors sind einige Fortschritte zu verzeichnen. Nur begrenzte Fortschritte wurden bei der Bekämpfung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt und der anhaltend hohen strukturellen Arbeitslosigkeit erzielt.
5. Im Fortschrittsbericht des Vorjahres kam die Kommission zu dem Schluss, dass Finnland im Allgemeinen den auf der Frühjahrstagung 2006 des Europäischen Rates eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie in hohem Maße nachgekommen ist. Seither wurden weiter gute Fortschritte erzielt.
6. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen; beim Wettbewerb und beim ausgewogenen Verhältnis von Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt müssen jedoch noch Fortschritte erzielt werden.

7. Im Frühjahr 2007 ist eine neue Regierung angetreten. Der Umsetzungsbericht 2007 bestätigt die wichtigsten Prioritäten des NRP und setzt auf die Nutzung politischer Komplementaritäten. Die finnische Regierung hat außerdem neue politische Maßnahmen angekündigt. So gibt es ausführliche Konsultationen zwischen Regierungsbeamten und einer breiten Palette von Akteuren und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen. Die Zusammenführung einiger wichtiger Politikbereiche im geplanten neuen Ministerium für Arbeit und Industrie verstärkt eine integrierte Vorgehensweise. Die neue Generation der finnischen Strukturfondsprogramme zeigt eine deutliche Ausrichtung an der Lissabon-Agenda: Ungefähr 88 % der gesamten Programmfinanzmittel werden für Aktivitäten zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und der Schaffung von Wachstum und Beschäftigung bereitgestellt, also deutlich mehr als das von der Kommission geforderte Minimum von 75 %. Die finnische Strukturfondsstrategie für den Zeitraum 2007-2013 stimmt weitgehend mit den im NRP festgelegten Prioritäten überein.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Das im nationalen Reformprogramm festgelegte übergeordnete politische Ziel besteht darin, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen angesichts des demografischen Wandels sicherzustellen. Trotz der insgesamt sehr guten gesamtwirtschaftlichen Leistungen Finnlands ist dies mittel- und langfristig eine große Herausforderung. Wichtige Aufgaben sind die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben, die Sicherung der Finanzierbarkeit der Sozialleistungen und die Steigerung der Produktivität im öffentlichen Sektor.
9. Die neue Regierung hat das System zur Begrenzung der Ausgaben der Zentralregierung überarbeitet. Die wichtigsten Grundsätze der mittelfristigen Ausgabenplanung bleiben erhalten, verschiedene Anpassungen des Systems zur Ausgabenbegrenzung sorgen jedoch für eine größere Flexibilität. Die Begrenzung der Ausgaben der Zentralregierung bleibt auch weiterhin ein wichtiges Instrument zur Beschränkung der Regierungsausgaben.
10. Die Reformen zur Steigerung der Produktivität des öffentlichen Sektors und der Qualität seiner Dienstleistungen schreiten gut voran – die horizontalen Aufgaben der Zentralregierung (Verwaltung, Personal, IT usw.) werden konsolidiert. Die Zentralregierung versucht, ihr Produktivitätsprogramm durch neue Maßnahmen zu verstärken, die im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Ausgabengrenzen im Frühjahr 2008 beschlossen werden sollen. Die Reformbemühungen bei den Gemeinderegierungen gehen weiter; das Gesetz zur Neustrukturierung der Gemeinden und Dienstleistungen ist Anfang 2007 in Kraft getreten. Die meisten der erwarteten positiven Auswirkungen werden erst mittel- bis langfristig sichtbar sein; bereits jetzt sind jedoch gewisse Fortschritte bei Zusammenschlüssen von Gemeinden und bei der Verbesserung der Dienstleistungsstrukturen erkennbar.
11. Die Rentenreform schreitet gemäß den gesetzten Plänen und Zielen voran. Das wichtigste Ziel dabei ist die langfristige Heraufsetzung des Rentenalters um etwa drei Jahre; hier wurden dank Reformanreizen und dem konjunkturellen Aufschwung klare

Fortschritte erzielt. Bei den Investitionen in Berufsrentenfonds und deren Verwaltung sind Anfang 2007 Gesetzesänderungen in Kraft getreten, die ermöglichen, dass diese Fonds stärker in Aktien investieren und damit eine höhere Rendite erzielen können.

12. Finnland hat im Allgemeinen von 2005 bis 2007 sehr gute Fortschritte bei der Umsetzung der gezielten makroökonomischen Maßnahmen seines NRP gemacht. Diese Maßnahmen dürften zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen und helfen, langfristige Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung zu bewältigen. Finnland hat den derzeitigen Konjunkturaufschwung genutzt, um gemäß der ersten Empfehlung für die Eurozone seine öffentlichen Finanzen weiter zu stärken.

Mikroökonomische Politik

13. Finnlands nationales Innovationssystem ist ein Vorbild für ein technologieorientiertes Wirtschaftsreformprogramm. Finnland investiert 3,5 % des BIP in Forschung und Entwicklung. Da die FuE-Ausgaben jedoch stagnieren, stellt die Steigerung auf die angestrebten 4 % bis zum Jahr 2011 (2010 im letztjährigen Umsetzungsbericht) allerdings eine Herausforderung dar. Die öffentlichen FuE-Ausgaben sind 2007 auf knapp unter 1 % des BIP gefallen (teilweise aufgrund des BIP-Anstiegs). Neue Kenntnisse müssen häufiger in praktische Anwendungen münden. Es wurden einige sektorale Reformprogramme durchgeführt, so die Reform des öffentlichen Forschungsbereichs, die Modernisierung der Hochschulen, die Einrichtung strategischer Fachzentren in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation sowie die Schaffung von Clustern von Fachzentren. 2007 hat die neue Regierung die Ausarbeitung einer neuen nationalen Innovationsstrategie und die Einrichtung eines neuen Ministeriums zur Koordinierung der Innovationspolitik eingeleitet. Davon wird ein Pioniervorhaben für eine breit angelegte Innovationspolitik erwartet, das über die herkömmlichen Bereiche der Wissenschaft und Technologie hinausgeht und alle Organisationen verpflichtet wird, Innovationen auf koordinierte und sich gegenseitig verstärkende Weise zu fördern.
14. Die steigende Zahl von Unternehmen ist ein gutes Zeichen, und das Unternehmensumfeld begünstigt Unternehmensgründungen. Besorgniserregend ist hingegen das begrenzte Wachstum bei den KMU. Die Regierung versucht, gemeinsam mit den Versorgungseinrichtungen mehr Risikokapital verfügbar zu machen. Zwar ist der Verwaltungsaufwand bereits gering; weitere Verbesserungen könnten dadurch erreicht werden, dass wie im Rat vereinbart ein konkretes Ziel festgelegt wird. Um den bürokratischen Aufwand für Unternehmen weiter zu begrenzen, wird die Regierung aufgefordert, ihren nationalen Aktionsplan für eine bessere Rechtssetzung und die neuen Leitlinien für die Folgenabschätzung rasch anzunehmen und umzusetzen. In Bezug auf die Informationsgesellschaft ist Finnland eines der führenden Länder in Europa. In den letzten drei Jahren hat es seine Hauptziele im Bereich der IKT-Infrastruktur erreicht (z. B. beim Einsatz der Breitbandtechnologie). Das Produktivitätsprogramm für die öffentliche Verwaltung sieht 100 Mio. EUR vor, um das zentrale IT-System zu überarbeiten, die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern und die IKT in der Zentralregierung und den Gemeinderegierungen besser zu nutzen.

15. Es wird davon ausgegangen, dass Finnland ohne zusätzliche Strategien und Maßnahmen seine Kyoto-Emissionsziele nicht erreicht. Diese Maßnahmen werden derzeit ausgearbeitet; Finnland wird jedoch aufgefordert, dem Klimawandel mehr Gewicht beizumessen, um sicherzustellen, dass diese Maßnahmen so bald wie möglich durchgeführt werden. Die finnische Wirtschaft ist sehr energieintensiv; die Klima-, Umwelt- und Energiepolitik kann sich auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Daher ist es notwendig, dass entsprechende Maßnahmen rechtzeitig angekündigt werden, um der Wirtschaft Zeit zu geben, sich auf die neuen Verpflichtungen einzustellen. Die erforderlichen Maßnahmen können jedoch auch neue Marktchancen eröffnen.
16. Der Rat hat darauf verwiesen, dass Reformen notwendig sind, um Wettbewerb und Produktivität im Dienstleistungssektor zu verbessern. Die Produktivität ist in vielen Dienstleistungsbereichen zwar höher als ursprünglich angenommen; der Wettbewerb ist jedoch schärfer geworden, und die Preise im Dienstleistungssektor liegen immer noch ungefähr 30 % über dem EU-Durchschnitt, mit großen Produktivitätsunterschieden in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen. Branchenspezifische, wettbewerbsbeschränkende Vorschriften wurden zwar weitgehend abgeschafft, im Dienstleistungsbereich gibt es jedoch weiterhin derartige Vorschriften, z. B. für Apotheken und bei den Ladenöffnungszeiten. Die Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften wurde während des gesamten Zeitraums gestärkt. Die wirksame Umsetzung der Wettbewerbsvorschriften wird jedoch bisweilen durch die Länge der Gerichtsverfahren behindert. Im Juni 2007 traten neue Vorschriften in Kraft, die den Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen fördern dürften. Der Zugang von KMU zu öffentlichen Aufträgen ist ein wichtiges Thema in Finnland, da der Anteil der KMU an öffentlichen Aufträgen dort europaweit am niedrigsten ist (ungefähr 31 % der Verträge und nur 8 % des Auftragswerts). Finnland hat gute Ergebnisse erzielt in Bezug auf weniger und bessere staatliche Beihilfen (mit Ausnahme der weiterhin hohen Beihilfen für die Landwirtschaft). Nach einem anfänglichen Anstieg ist es Finnland gelungen, das Defizit bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften zu verringern und sich dem Zielwert von 1 % anzunähern.
17. Der Rat hat außerdem angemerkt, dass Finnland die Einstellungsverfahren für Unternehmen vereinfachen muss, auch durch spezielle Maßnahmen für die Einstellung des ersten Beschäftigten. Es wurden mehrere Verbesserungen erzielt, unter anderem Fortschritte auf dem Weg zu einer zentralen virtuellen Anlaufstelle für die Einstellung von Beschäftigten. Als Teil des neuen Regierungsprogramms sollte ein ähnliches Verfahren für Unternehmensgründungen eingeführt werden. Die Regierung erwägt ferner, die Unternehmen bei der Einstellung des ersten Beschäftigten zu unterstützen, was das Unternehmenswachstum fördern könnte. Die Kommission ist daher der Ansicht, dass Finnland angemessen auf die Forderungen reagiert hat.
18. Finnland hat gute Fortschritte bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der mikroökonomischen Schlüsselherausforderungen gemacht und sich angemessen mit den kritischen Punkten bei den Einstellungsverfahren befasst. Trotz der Verbesserung von Wettbewerb und Produktivität im Dienstleistungssektor werden Wohlfahrtsgewinne in Form von niedrigeren Preisniveaus weiterhin kaum ausgeschöpft; weitere Maßnahmen sind erforderlich. Eine Strategie des nachhaltigen Wachstums erfordert mutige politische Maßnahmen, die die Anpassungsfähigkeit der

Wirtschaft auf die Probe stellen. Rechtzeitig getroffene Maßnahmen würden diese Anpassungskosten begrenzen.

Beschäftigungspolitik

19. Finnland hat im Jahr 2007 das Beschäftigungsziel von 70 % erreicht; die Frauenerwerbsquote ist mit 67,3 % auf einen der höchsten Werte in der EU gestiegen. Der Zuwachs der Erwerbsbeteiligung von Frauen erklärt sich zum Teil durch eine Zunahme bei der Teilzeitarbeit. Weitere Verbesserungen können durch eine Verringerung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen erzielt werden, das unbereinigt ungefähr 20 % beträgt. Die Rentenreform zur Verlängerung des Arbeitslebens hat die Beschäftigungsquote älterer Menschen erhöht. Die Arbeitslosenquote ist weiterhin relativ hoch, ebenso die strukturelle Arbeitslosigkeit; gleichzeitig nehmen die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu. Bei den Fortschritten hinsichtlich der Funktionsweise des Arbeitsmarktes ist die Bilanz für den Zeitraum 2005-2007 gemischt; auf politischer Ebene sind dringend Maßnahmen erforderlich.
20. Der Rat hat angemerkt, dass lokale Tarifverhandlungssysteme gefördert und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt vermieden werden müssten, insbesondere mit Blick auf die Verbesserung der Erwerbsbeteiligung junger Menschen und die Bekämpfung der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit. Lokale Tarifverhandlungen haben zugenommen, und die Kommission ist daher der Ansicht, dass Finnland angemessen auf die Herausforderung reagiert hat, geeignete Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen festzulegen, um regionalen Produktivitätsunterschieden und den Anforderungen des Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen. Dieser Ansatz sollte unbedingt weiterverfolgt werden.
21. Der Mangel an Arbeitskräften kann das künftige Wirtschaftswachstum maßgeblich beeinträchtigen. Einige Wirtschaftssektoren verzeichnen bereits akute Probleme bei der Stellenbesetzung; ein Drittel der Arbeitgeber findet nur schwer angemessen qualifiziertes Personal. Bisher wurden nur begrenzte Fortschritte bei der Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit erzielt, obwohl die Reform der Arbeitsvermittlungen zur besseren Eingliederung von Langzeitarbeitslosen beigetragen hat. Die 2006 eingeführte Einwanderungspolitik hat die internationale Mobilität noch nicht angekurbelt; die Behörden weisen jedoch darauf hin, dass dieses Thema auf politischer Ebene durch die Ernennung eines für Migration zuständigen Ministers angegangen wurde. Weitere Maßnahmen zur Förderung der beschäftigungsbedingten Einwanderung werden erwartet. Es werden Maßnahmen zur Bekämpfung des vorzeitigen Schulabbruchs durchgeführt. Benötigt werden weiterhin wirksame Maßnahmen, um Nichterwerbspersonen in den Arbeitsmarkt einzugliedern.
22. Finnland beschäftigt sich mit dem Thema Flexicurity auf umfassende Weise, indem Maßnahmen in den vier Bereichen der Flexicurity durchgeführt werden. Die Sozialpartner werden umfassend in politische Programme einbezogen. 2007 wurde eine Dreier-Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit Flexibilität und Sicherheit auf dem finnischen Arbeitsmarkt auseinandersetzen sollte. Das lebenslange Lernen wurde durch Programme zur Arbeitsplatzentwicklung gefördert. Die 2007 eingeleitete umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme wird als Anlass begrüßt, um die Arbeitsanreize gründlich zu überprüfen. Die gesetzlichen Vorschriften für befristete Beschäftigungsverhältnisse wurden geändert, und besondere Aufmerksamkeit sollte

der übermäßig hohen Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse bei Frauen gewidmet werden. Seit einem Jahr existiert ein System, das Arbeitnehmern nach Entlassungen helfen soll, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

23. Finnland hat bei der Umsetzung seines NRP gute Fortschritte gemacht und ist den meisten beschäftigungspolitischen Verpflichtungen gut nachgekommen; es hat sich angemessen mit Kernfragen der lokalen Tarifverhandlungen beschäftigt. Die anhaltenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt geben jedoch weiterhin Grund zur Besorgnis. Angesichts der wachsenden Probleme, freie Stellen an Arbeitslose zu vermitteln, ist die Kommission der Ansicht, dass Finnland bei der Beseitigung der Engpässe auf dem Arbeitsmarkt nur begrenzte Fortschritte gemacht hat. Die Reformen sollten beschleunigt werden, um das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

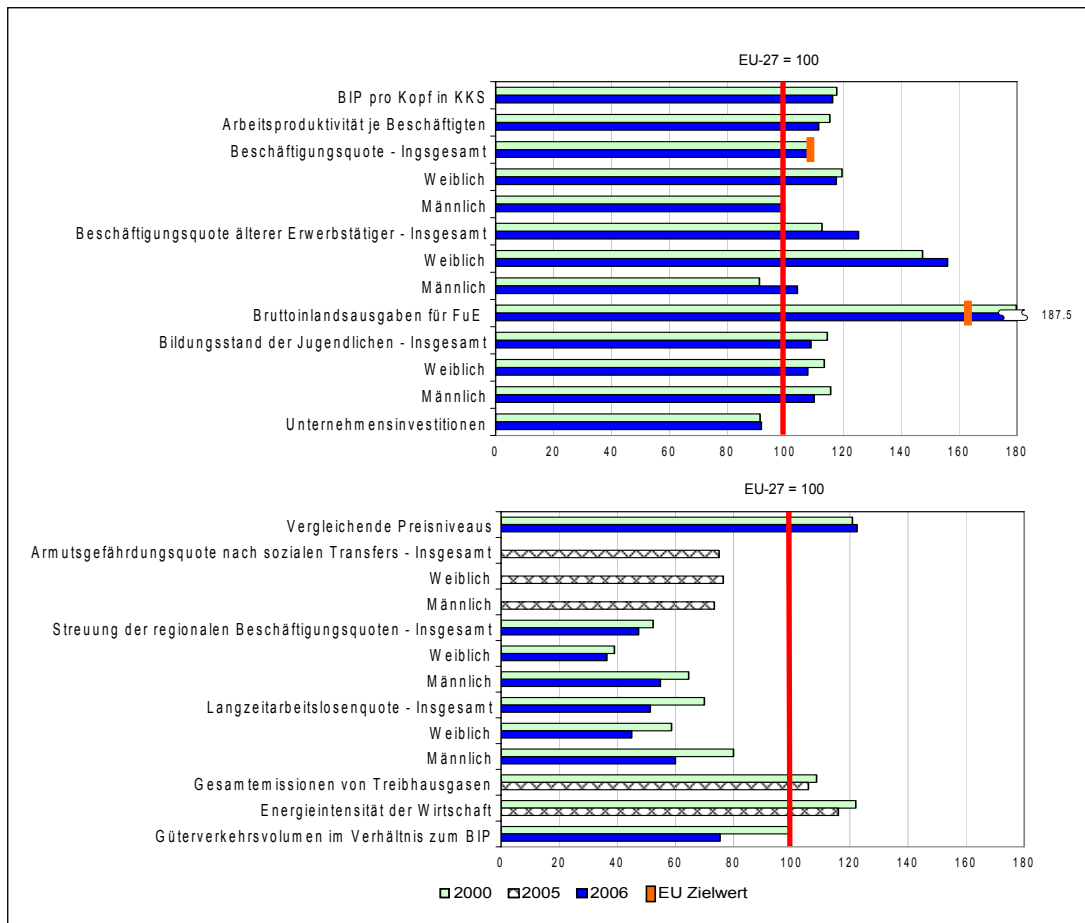
24. In Anbetracht des finnischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen.
25. Finnland hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms von 2005 bis 2007 sehr gute Fortschritte gemacht. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen sind in den vier prioritären Bereichen gute Fortschritte zu verzeichnen.
26. Laut Umsetzungsbericht sind auch in den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates auf der Frühjahrstagung 2007 zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, gewisse Fortschritte festzustellen. Der Umsetzungsbericht berücksichtigt ausdrücklich auch die an die Länder der Eurozone gerichteten Empfehlungen.
27. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für Finnland folgende positive Entwicklungen erkennen: die laufenden Reformen zur weiteren Verbesserung der Funktionsweise des nationalen Innovationssystems und den Anstieg der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer.
28. Während der Laufzeit des nationalen Reformprogramms muss Finnland folgende Schwerpunkte setzen: Fortsetzung der Reformen zur Verbesserung des Wettbewerbs und der Produktivität im Dienstleistungssektor, und dadurch Reduzierung des hohen Preisniveaus; Durchführung der angekündigten Maßnahmen zur Erreichung des Kyoto-Ziels; Fortsetzung der Reformen zur Beseitigung der Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere mit Blick auf die Bekämpfung der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit, vor allem der Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten, einschließlich junger Menschen, und unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Beitrags, den die Migration leisten kann.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

FINNLAND

	FI						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	117.8	113.5	115.9	114.5	116.3		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	115.4	109.3	111.8	109.8	111.5		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						75.0 (2011)				70.0
Insgesamt	67.2	67.7	67.6	68.4	69.3		62.2	63.4p	64.4p	
Weiblich	64.2	65.7	65.6	66.5	67.3		53.7	56.2p	57.2p	
Männlich	70.1	69.7	69.7	70.3	71.4		70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
Insgesamt	41.6	49.6	50.9	52.7	54.5		36.9	42.3p	43.5p	
Weiblich	40.4	48.3	50.4	52.7	54.3	27.4	33.5p	34.8p		
Männlich	42.9	51.0	51.4	52.8	54.8	47.1	51.5p	52.6p		
Bruttoinlandsausgaben für FuE	3.34	3.43	3.45	3.48	3.45	4.0	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
Insgesamt	87.7	85.3	84.5	83.4	84.7		76.6	77.4	77.8	
Weiblich	90.0	87.6	87.0	85.7	87.0		79.3	80.1	80.7	
Männlich	85.4	83.0	81.9	81.0	82.3		73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus	120.9	126.6	123.8	123.5	122.5		100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen	16.8	15.2	15.3	16.3	16.7		18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
Insgesamt	11.0	11.0	11.0b	12.0	:		:	16.0e	:	
Weiblich	13.0	12.0	11.0b	13.0	:		:	17.0e	:	
Männlich	9.0	11.0	10.0b	11.0	:		:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
Insgesamt	6.8	6.1	5.5	5.5	5.4		13.0	11.9	11.4	
Weiblich	7.8	6.7	6.2	6.1	5.9		20.0	16.8	16.2	
Männlich	6.2	5.7	5.2	5.1	5.1		9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
Insgesamt	2.8	2.3	2.1	2.2	1.9		4.0	4.1p	3.7p	
Weiblich	2.7	2.0	2.0	1.9	1.8		4.6	4.5p	4.0p	
Männlich	2.8	2.6	2.3	2.4	2.1		3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	98.5	119.9	114.1	97.4	:		90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft	260.1	280.1	268.9	241.5	:		213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	98.7	90.5	90.3	86.0	80.4e		99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-27



Schweden

1. Im Zeitraum 2005-2007 verzeichnete die schwedische Wirtschaft ein starkes und solides Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,5 % jährlich. Die Auslandsnachfrage war ein wichtiger Motor. Aufgrund der jüngsten Abschwächung der Weltwirtschaft ließ das Exportwachstum jedoch nach. Die nach wie vor lebhaftere Binnennachfrage wird unterstützt durch eine kräftige Zunahme des Verbrauchs und umfangreiche Investitionen. Die Beschäftigungsquote ist hoch. In jüngster Zeit gab es eine starke Zunahme in allen Altersgruppen, insbesondere bei den jungen Menschen. Die Arbeitslosenquote ist auf unter 6 % gesunken.
2. Die starke Binnenwirtschaft ist teilweise das Ergebnis verschiedener politischer Maßnahmen der Regierung. Hierzu gehören eine geringere Besteuerung des Faktors Arbeit und andere Arbeitsmarktmaßnahmen, die zu einem starken Beschäftigungswachstum, einer deutlichen Senkung der Arbeitslosigkeit und einem Anstieg des verfügbaren Haushaltseinkommens beigetragen haben. Dies hat den privaten Konsum angekurbelt und wird dies auch weiterhin tun.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt geht aus dem schwedischen Durchführungsbericht 2007 hervor, dass bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 sehr gute Fortschritte erzielt wurden. Die Fortschritte haben sich offenbar im letzten Jahr deutlich beschleunigt.
4. An Schweden wurden keine länderspezifische Empfehlungen gerichtet. Es wurde jedoch vereinbart, sich auf sich auf folgende Punkte zu konzentrieren: Erhöhung des Wettbewerbs, Verbesserung des Systems zur Folgenabschätzung, Verfolgung eines kohärenteren Ansatzes in Bezug auf eine bessere Rechtsetzung sowie Stärkung der Strategie zur Erhöhung von Arbeitskräfteangebot und Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. In Bezug auf bessere Rechtsetzung, Folgenabschätzung und Maßnahmen zur Erhöhung von Arbeitskräfteangebot und Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wurden passende Initiativen ergriffen. Bei der Erhöhung des Wettbewerbs hat Schweden jedoch keine ausreichenden Fortschritte erzielt.
5. Laut Vorjahresbericht hat Schweden gute Fortschritte bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen Wissen, Unternehmertum, Beschäftigung und Energie gemacht. Seitdem wurden sehr gute Fortschritte bei den meisten Verpflichtungen für Ende 2007 erzielt.
6. Die Bemühungen um Konsultierung und Stärkung der Verantwortlichkeit für das NRP sind weiterhin erheblich. Die politische Sichtbarkeit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung hat nach Festlegung der Zuständigkeit auf Ministerebene zugenommen. Im Umsetzungsbericht werden alle Leitlinien sorgfältig berücksichtigt und die im Vorjahresbericht angesprochenen Herausforderungen in Angriff genommen. Die Anhörung der Sozialpartner, der Bürgergesellschaft und junger Menschen verlief seriös. Die Bemühungen um eine Einbeziehung der Kommunalbehörden wurden mit der Einrichtung eines nationalen Forums für den

politischen Dialog zwischen der nationalen und regionalen Ebene weiter intensiviert, um Fragen der regionalen Entwicklung und die Umsetzung der Lissabon-Strategie zu verfolgen. Es gibt eine starke Verbindung zwischen der Umsetzung des NRP und den Strukturfondsprogrammen. Die Zuweisung von Mitteln aus den Strukturfonds für Wachstums- und Beschäftigungsziele wird in zufriedenstellender Weise gehandhabt (EFRE 79,5 % und ESF 96 % der Mittel). Die ESF-Prioritäten konzentrieren sich auf die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch Gewährleistung angemessener Qualifikationen für Beschäftigte und eine bessere Integration benachteiligter Gruppen. Der EFRE fördert vor allem FuE, Innovationen, Unternehmertum und Risikokapital.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

7. Schweden wird den wichtigsten makroökonomischen Herausforderungen, nämlich der Wahrung gesunder öffentlicher Finanzen und der Gewährleistung der finanziellen Tragfähigkeit, in überzeugendem Maße gerecht. Der gesamtstaatliche Haushalt hat Überschüsse von deutlich über 2 % des BIP jährlich verzeichnet und somit zu einer weiteren Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beigetragen. Im Jahr 2007 hat die Regierung den regelgestützten Haushaltsrahmen weiter gestärkt und damit die Gesamtstrategie gefördert, insbesondere durch Verdeutlichung und Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Ziele, auf die sie sich stützt. Die Umsetzung zahlreicher Arbeitsmarktreformen und die Verbesserungen im Steuer- und Leistungssystem haben zu Beschäftigungswachstum und niedrigerer Arbeitslosigkeit beigetragen. Mehr Beschäftigung und eine hohe Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials haben allerdings auch zu höheren Tarifabschlüssen geführt. Der Lohnzuwachs dürfte in den nächsten fünf Jahren über der aufgrund der jüngsten Produktivitätsentwicklung erwarteten Quote liegen. Die Inflationsrate ist trotz eines allmählichen Anstiegs niedrig geblieben.
8. Schweden hat im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte bei der Umsetzung der im NRP festgelegten makroökonomischen Maßnahmen erzielt, insbesondere im Hinblick auf gesunde Haushaltspolitik, finanzielle Tragfähigkeit, Erhöhung des Arbeitskräfteangebots, Beschäftigung und Zahl der geleisteten Arbeitsstunden.

Mikroökonomische Politik

9. Schweden hält auch den mikroökonomischen Herausforderungen stand, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung eines besseren Umfelds für Unternehmertum und KMU, die Stärkung der Verbindung zwischen akademischer Forschung und industrieller Verwertung sowie die Förderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung.
10. Der Anteil der FuE-Ausgaben am BIP belief sich 2006 auf 3,82 %. Seit 2005 wurden mehr öffentliche Mittel für FuE bereitgestellt, und zusätzliche Mittel zur Graduiertenförderung sind für 2007-2009 eingeplant. Es gibt Raum für eine stärkere Berücksichtigung der KMU im FuE- und Innovationssystem, insbesondere durch Konzentration auf Forschungs- und Innovationsunternehmen sowie durch eine stärkere Verbindung zwischen größeren Unternehmen und Universitäten. Die

Bemühungen um eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren sollten fortgesetzt werden. Finanzpolitische Anstrengungen wurden unternommen, um das Unternehmertum im Dienstleistungsbereich, insbesondere bei den Sozialleistungen, zu fördern. Allerdings leiden Privatunternehmen immer noch unter ungleichen Wettbewerbsbedingungen gegenüber Behörden. Vernünftige Verbesserungen wurden eingeführt, um den Regelungs- und Finanzrahmen für Kleinunternehmer zu vereinfachen. Allerdings wird die Beteiligung der KMU am öffentlichen Beschaffungswesen nach wie vor durch umfangreiche Anwendung großer Rahmenverträge behindert.

11. Schweden dürfte mühelos seine Kyoto-Ziele zur Verringerung der CO₂-Emissionen erreichen. Die Bemühungen um eine nachhaltige Wirtschaft standen in den letzten drei Jahren für Schweden an oberster Stelle. Die Regierung plant die Ausgabe von einer Mrd. SEK für Klimaschutzmaßnahmen im Zeitraum 2008-2010. Im Jahre 2007 legte die Regierung ein Programm zum Ausbau der Kapazitäten im Bereich Umwelttechnik mit einer umfangreichen Mittelausstattung für 2007 und 2008 vor.
12. Der Rat erinnerte daran, dass Schweden rasch die geplanten Verbesserungen des Folgenabschätzungssystems umsetzen und ein einheitlicheres Konzept für eine bessere Rechtsetzung entwerfen muss. Im Juni 2007 stellte die schwedische Regierung die erste Phase eines soliden und umfassenden Aktionsplans zur Vereinfachung der Rechtsetzung einschließlich allgemeiner Leitlinien und einer Vielzahl von Maßnahmen zum Bürokratieabbau vor. Die Verbreitung elektronischer Behördendienste in der gesamten öffentlichen Verwaltung seit 2005 kann dazu beitragen, das ehrgeizige Ziel zum Abbau der Bürokratie um 25 % bis 2010 zu erreichen. Die Regierung hat sich verpflichtet, eine Verordnung über Folgenabschätzungen zu erlassen und zusätzliches Personal für eine bessere Rechtsetzung abzustellen, insbesondere durch die Einrichtung eines Regelungsrates, der für die Qualität der Folgenabschätzungen sorgt.
13. Der Rat empfahl ferner, dass Schweden weitere regulatorische Maßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbs, insbesondere im Dienstleistungsbereich, ergreift. Verschiedene im Umsetzungsbericht genannte Initiativen gehen in die richtige Richtung. Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens ist die Fusion des Amtes für öffentliche Beschaffungen mit der Wettbewerbsbehörde ein positiver Schritt. Die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften sollte ohne weitere Verzögerung abgeschlossen werden, und die Empfehlungen der Wettbewerbsbehörde in diesem Bereich sollten umgesetzt werden. Die geplanten Maßnahmen im Hinblick auf den Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen sollten verabschiedet werden. Es bleibt abzuwarten, ob die vorgesehene Neufassung des Wettbewerbsrechts die Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften ausreichend verbessern wird, insbesondere durch die Stärkung der Befugnisse der Wettbewerbsbehörde und der Abschreckungsmechanismen im Falle von Wettbewerbsverstößen.
14. Insgesamt hat Schweden im Zeitraum 2005-2007 gute Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der mikroökonomischen Herausforderungen gemacht. Die Kommission ist der Auffassung, dass Schweden den Rat, sich auf eine bessere Rechtsetzung zu konzentrieren, gut aufgegriffen hat. Dieses Konzept muss nun 2008 und 2009 eine Fortsetzung finden. Der kritische

Punkt im Wettbewerbsbereich wurde teilweise berücksichtigt. Es ist wichtig, das Reformtempo zu erhöhen.

Beschäftigungspolitik

15. Die Regierung konzentriert sich weiterhin auf die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und der Beschäftigung sowie auf die Senkung der Zahl der Erwerbslosen. Die Beschäftigungsquote ist mit einem Gesamtwert von nach wie vor 73,1 % in allen Gruppen hoch. Die Arbeitslosenquote fiel vor kurzem auf unter 6 %. Das Arbeitskräfteangebot hat nach dem Rückgang in den letzten Jahren wieder zugenommen. Es gibt Anzeichen für eine bessere Integration von Gruppen, die bislang nicht am Arbeitsmarkt teilhatten. Auf junge Menschen entfiel die Hälfte der jüngsten Zunahme der Beschäftigtenzahlen. Gleichwohl bleibt die Jugendarbeitslosigkeit mit über 18 % hoch. Nach wie vor gibt die Beschäftigungslücke von mehr als 14 Prozentpunkten zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung Anlass zur Sorge. Weiterhin erhalten 551 000 Menschen Erwerbsunfähigkeitsrenten (rund 9 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter). Die jüngsten Reformen konzentrieren sich auf stärkere Anreize zur Aufnahme von Arbeit, die Reform einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und das Bildungswesen. Die Fortschritte Schwedens im Zeitraum 2005-2007 bei der Erhöhung des Arbeitskräfteangebots sind gut.
16. Der Rat hatte die Stärkung der Strategie zur Erhöhung von Arbeitskräfteangebot und Zahl der geleisteten Arbeitsstunden angemahnt, indem u.a. die Vorschläge für stärkere Arbeitsanreize umgesetzt und energische Maßnahmen getroffen werden, um die Erwerbsquote von Migranten und jungen Menschen zu erhöhen und Personen, die krankheitsbezogene Leistungen erhalten, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
17. Schweden hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um Arbeitsanreize zu schaffen, insbesondere subventionierte Arbeitsplätze im Privatsektor (niedrigere Sozialbeiträge), Steuergutschriftsregelungen und strengere Kontrollen der Sozialversicherungssysteme. Die Reformpakete für junge Menschen und Migranten konzentrieren sich auf Arbeitsanreize und andere zielgerichtete Maßnahmen. Bei jungen Menschen folgen auf eine intensive Beratung Fortbildungsmaßnahmen oder Arbeitspraxis, größere Mittel werden den Arbeitsämtern für Job-Matching bereitgestellt, und Arbeitgeber müssen nur noch die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge leisten, wenn sie junge Menschen beschäftigen. Alle diese Maßnahmen sollen zum Integrationsprozess beitragen. Die geplanten Reformen im Bildungswesen (mehr Qualität, Auffrischung der Fähigkeiten der Lehrer, Modernisierung der Sekundarstufe II und ein neues Lehrlingsprogramm) sollen dazu beitragen, die Schulabbrecherquote zu senken.
18. Um Migranten besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, werden mittlerweile subventionierte Arbeitsplätze in Verbindung mit Sprachkursen angeboten. Ferner werden außerhalb Schwedens erworbene Qualifikationen anerkannt, und Aufbaustudiengänge für Menschen mit einer ausländischen Ausbildung in den Bereichen Jura, Schule und öffentliche Verwaltung eingeführt. Kommunen erhalten mittlerweile finanzielle Unterstützung, wenn sie Flüchtlingen Arbeitsplätze anbieten. Die jüngsten Reformen zur Wiedereingliederung von Menschen, die krankheitsbezogene Leistungen erhalten, enthalten Maßnahmen zur

Rehabilitation, Beschränkungen des Krankenversicherungssystems und erhebliche Kürzungen der Sozialbeiträge. Für Menschen mit Behinderungen werden rund 3000 neue Arbeitsplätze durch Lohnsubventionen und geschützte Beschäftigung geschaffen. Für 2008 sind eine Reihe neuer Maßnahmen vorgesehen, beispielsweise ein Ausbau der Steuergutschriften.

19. Insgesamt verfolgt Schweden ein ausgewogenes Konzept im Hinblick auf Flexicurity und wendet es integriert an. Die Regierung hat die Verwendung befristeter Arbeitsverträge erleichtert, die als Einstieg in den Arbeitsmarkt fungieren sollen. Die jüngsten Reformen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung beinhalten Einschränkungen, bieten jedoch nach wie vor eine angemessene Einkommenssicherheit. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wurde reformiert, wobei der Schwerpunkt auf einer besseren Abstimmung und Reform der nationalen Arbeitsverwaltung lag. Die Maßnahmen im Bereich des lebenslangen Lernens konzentrieren sich auf das Schulsystem und weniger auf die Erwachsenenbildung. Die Sozialpartner sind an den meisten Flexicurity-Maßnahmen vollständig beteiligt.
20. Insgesamt hat Schweden Maßnahmen zur Verwirklichung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen in seinem NRP erfolgreich durchgeführt. Die kritischen Punkte im Beschäftigungsbereich wurden vernünftig angegangen, und es ist nunmehr wichtig, sich auf die Umsetzung und Folgenabschätzung zu konzentrieren. Deutliche Probleme verbleiben, insbesondere im Hinblick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die große Beschäftigungslücke zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung und die hohe Anzahl von Menschen mit Berufsunfähigkeitsrenten.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

21. In Anbetracht des schwedischen Umsetzungsberichts für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
22. Schweden hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms im Zeitraum 2005-2007 sehr gute Fortschritte erzielt. Dies gilt auch für die Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vier vorrangigen Bereichen.
23. In den Bereichen, die der Rat als besonderer Aufmerksamkeit bedürftig eingestuft hat, sind dem Umsetzungsbericht zufolge gute Fortschritte zu verzeichnen.
24. Der schwedische Umsetzungsbericht 2007 lässt folgende positiven Entwicklungen erkennen: den Aktionsplan zur Rechtsvereinfachung und die Verpflichtung zur Verbesserung des Systems für Folgenabschätzungen, ferner die Fortschritte bei der Anhebung der Erwerbsquote und der Senkung der Arbeitslosigkeit, die nachhaltige Nutzung von Energie und die Fortschritte bei der Aufstockung öffentlicher FuE-Investitionen.
25. Schweden muss weitere Maßnahmen auf der Regulierungsebene ergreifen, um insbesondere im Dienstleistungsbereich den Wettbewerb zu erhöhen, sich auf die

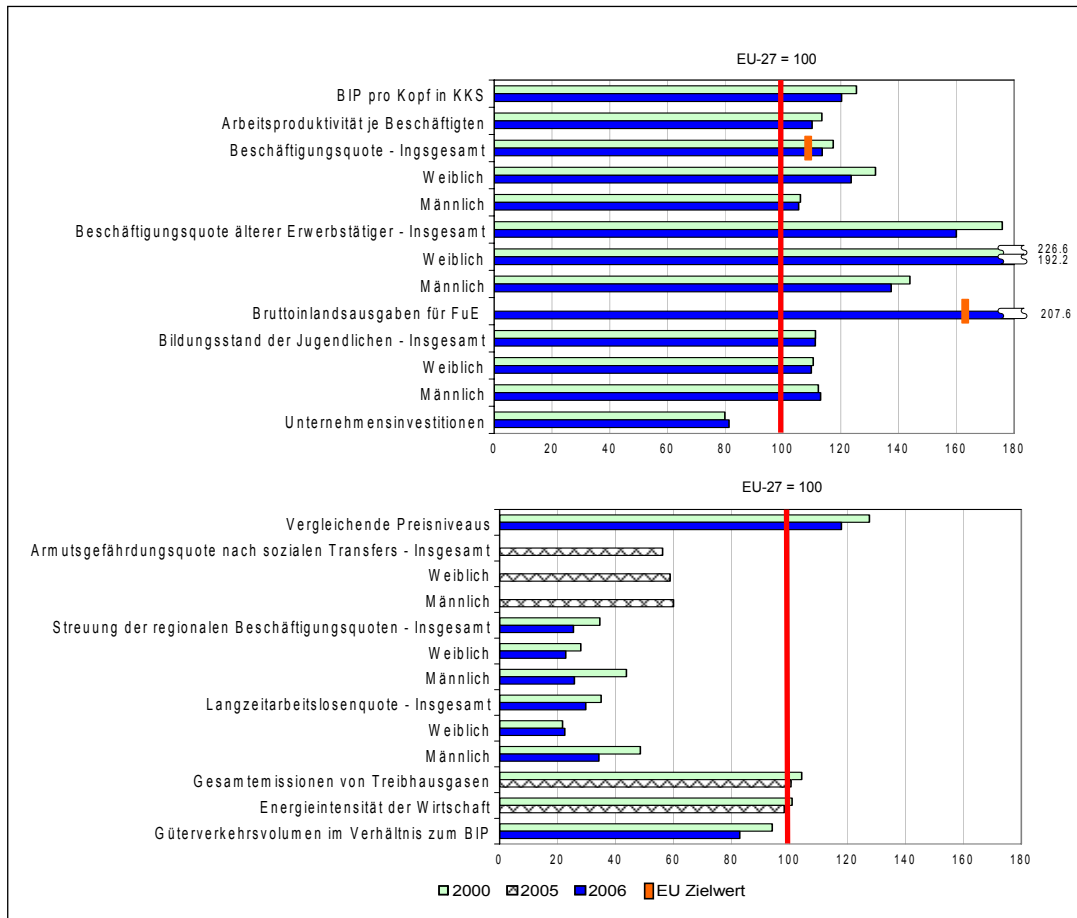
Umsetzung und Folgenabschätzung der jüngsten Reformen zur Erhöhung von Arbeitsanreizen konzentrieren, die Jugendarbeitslosigkeit bewältigen, die Erwerbsquote von Migranten anheben und Personen, die krankheitsbezogene Leistungen erhalten, wieder in den Arbeitsmarkt integrieren.

TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

SWEDEN

	SE						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	125.4	120.5	120.4	119.1	120.3		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	113.5	108.3	109.6	109.0	110.1		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						:				70.0
	Insgesamt	73.0	72.9	72.1	72.5b	73.1	62.2	63.4p	64.4p	
	Weiblich	70.9	71.5	70.5	70.4b	70.7	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	75.1	74.2	73.6	74.4b	75.5	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
	Insgesamt	64.9	68.6	69.1	69.4b	69.6	36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	62.1	66.3	67.0	66.7b	66.9	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	67.8	70.8	71.2	72.0b	72.3	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		:	3.95	3.71	3.89	3.82	1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
	Insgesamt	85.2	85.8	86.0	87.5	86.5	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	87.6	87.2	87.2	88.7	88.6	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	82.8	84.3	84.8	86.4	84.5	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		127.6	123.5	121.8	118.5	117.9	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		14.7	12.9	13.2	14.2	14.8	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers		:	:	11.0b	9.0	:	:	16.0e	:	
	Weiblich	:	:	12.0b	10.0	:	:	17.0e	:	
	Männlich	:	:	10.0b	9.0	:	:	15.0e	:	
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten		4.5	4.3	4.4	3.0	2.9	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	5.6	4.8	4.3	3.5	3.7	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	4.2	4.1	4.8	2.8	2.4	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote		1.4	1.0	1.2	1.4b	1.1	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	1.0	0.8	1.0	1.2b	0.9	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	1.7	1.2	1.4	1.5b	1.2	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		94.5	97.9	96.4	92.6	:	90.7	92.1	:	
Energieintensität der Wirtschaft		215.0	217.1	214.7	204.3	:	213.1	208.1	:	
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		93.2	90.6	88.6	89.7	88.4e	99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Vereinigtes Königreich

1. Für 2007 wird im Vereinigten Königreich ein reales BIP-Wachstum von 3,1 % erwartet. Das robuste gesamtwirtschaftliche Wachstum der letzten zwei Jahre wurde von der Binnennachfrage getragen, begleitet von einem beträchtlichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht. Das gesamtstaatliche Defizit konnte im Haushaltsjahr 2006/2007 auf 2,6 % des BIP gegenüber 3,2 % im Vorjahr zurückgeführt werden. Die Beschäftigungsquote (71,5 % im Jahr 2006) liegt über der Zielvorgabe der EU. Das Arbeitskräfteangebot hat teilweise bedingt durch Einwanderung und durch den gestiegenen Anteil weiblicher und älterer Arbeitnehmer zugenommen. Die Arbeitslosenquote ist 2007 mit rund 5,3 % stabil geblieben.
2. Arbeits-, Kapital- und Produktmärkte sind sehr flexibel, doch trotz stetigen Wachstums, guter Beschäftigungsergebnisse und einer gewissen Verringerung der Produktivitätslücke gegenüber anderen Mitgliedstaaten stellt die Produktivität für das Vereinigte Königreich nach wie vor ein Problem dar. Das Vereinigte Königreich hat sich auf Strategien zur Verbesserung des Qualifikationsniveaus, zur Steigerung der FuE-Intensität sowie zur Verbesserung der Rechtsetzung und des Wettbewerbssystems konzentriert. Zur Stützung des Produktivitätszuwachses sind allerdings noch weitere Verbesserungen erforderlich. Die geplante Rentenreform sollte eine angemessenere Altersversorgung bewirken und gleichzeitig die Anreize für eine Beteiligung am Arbeitsmarkt erhöhen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

3. Insgesamt geht aus dem Bericht des Vereinigten Königreichs 2007 hervor, dass bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms (NRP) im Zeitraum 2005-2007 deutliche Fortschritte erzielt wurden. Das Reformtempo hat sich offenbar im letzten Jahr leicht beschleunigt.
4. In Bezug auf die Empfehlung, dass Vereinigte Königreich solle Grundkompetenzen und darauf aufbauende Kompetenzen mittleren Niveaus erhöhen, um die Produktivität zu steigern und die Beschäftigungsaussichten für besonders benachteiligte Personengruppen zu verbessern, sind gute Fortschritte zu verzeichnen. Es wird jedoch einige Zeit dauern, bevor das neue Paket zur Qualifikationsförderung voll umgesetzt ist.
5. In Bezug auf die anderen Bereiche, denen sich das Vereinigte Königreich besonders widmen sollte, ist Folgendes festzustellen: Bei der Rentenreform und bei der Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots sind gute Fortschritte zu verzeichnen. Bei der FuE- und der Innovationspolitik sind einige Fortschritte erzielt worden. Was die Erhöhung des Wohnraumangebots betrifft, so sind zwar Maßnahmen getroffen worden, doch ist es noch zu früh, um deren Wirksamkeit beurteilen zu können.
6. Dem Jahresfortschrittsbericht vom Vorjahr zufolge hatte das Vereinigte Königreich gute Fortschritte bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006 eingegangenen Verpflichtungen in den vorrangigen Bereichen Wissen,

Unternehmertum, Beschäftigung und Energie gemacht. Seither sind weitere gute Fortschritte bei allen Verpflichtungen festzustellen.

7. Das Bemühen um eine Identifikation mit dem NRP auf Ebene der Zentralregierung, der lokalen Gebietskörperschaften sowie der Sozialpartner und die zu diesem Zweck veranstalteten Konsultationen können weiterhin als gut bewertet werden. Die Regionalverwaltungen in Schottland, Wales und Nordirland wurden, soweit sie selbst betroffen waren, in die Ausarbeitung des Umsetzungsberichts mit einbezogen. Auch zu vielen politischen Einzelfragen fand eine Konsultation statt. Zum Umsetzungsbericht selbst fand eine besondere Anhörung in Form eines Seminars mit den Stakeholdern und einer webgestützten Befragung statt.
8. Die Umsetzung des NRP ist eng mit den Struktur- und Kohäsionsfondsprogrammen verknüpft. Die Zuweisung von Mitteln aus den Strukturfonds für Wachstums- und Beschäftigungsziele wird in zufriedenstellender Weise gehandhabt. Die übergeordneten Zielsetzungen für neue Strukturfondsprogramme stärken die Antriebskräfte für Produktivität und Beschäftigung auf regionaler Ebene, sie tragen dem rascher werdenden Tempo wirtschaftlicher Veränderungen und der Globalisierung der Märkte Rechnung, sie verbessern die finanzielle Tragfähigkeit der Gebietskörperschaften und stärken die ökologische Nachhaltigkeit.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

9. Makroökonomische Stabilität und langfristige finanzielle Tragfähigkeit sind dem nationalen Reformprogramm des Vereinigten Königreichs zufolge die übergeordneten makroökonomischen Prioritäten der Regierung. Die Inflation wurde im Programmzeitraum eingedämmt. Ein markanter Inflationsanstieg Anfang 2007 konnte zurückgeführt werden. Die finanzielle Vorausschau 2007 („Comprehensive Spending Review“) enthält die auf drei Haushaltsjahre ab April 2008 angelegten Mittelzuweisungen für die einzelnen Ministerien mit einem durchschnittlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben um real 2,1 % jährlich. Die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung wird im Fortschrittsbericht nicht eigens herausgestellt, obwohl für die Haushaltsjahre 2007/2008 und 2008/2009 ein Haushaltsdefizit in der Nähe des Referenzwerts von 3 % des BIP erwartet wird. Im Mittelpunkt des Berichts stehen in erster Linie die Qualität der öffentlichen Finanzen, die Rentenreform und die Erhöhung des Wohnraumangebots. Die Fortschritte bei der Lösung der makroökonomischen Probleme des Vereinigten Königreichs ergeben daher für die Jahre 2005 bis 2007 ein gemischtes Bild.
10. Der Rat sah es als wichtig an, dass für eine wirksame Umsetzung der aktuellen Vorschläge zur Rentenreform gesorgt wird. Die Pläne der Regierung, die zum Teil bereits vom Parlament verabschiedet worden sind, sehen eine Anhebung und Ausweitung der staatlichen Rente dergestalt vor, dass die Rentenzahlungen ab 2012 an den Durchschnittsverdienst gekoppelt werden (soweit finanzierbar) und das Renteneintrittsalter entsprechend der durchschnittlichen Lebenserwartung heraufgesetzt wird. Zudem wird die private Vorsorge durch Einführung einer automatischen Beteiligung der Arbeitnehmer an einer betrieblichen Altersversorgung, durch Pflichtbeiträge der Arbeitgeber und durch eine neue

Regelung über persönliche Rentenkonto gefördert. Wie sich diese Maßnahmen auswirken, wird sich zur Gänze erst nach längerer Zeit feststellen lassen.

11. Der Rat erachtete es ferner als wichtig, dass das Wohnraumangebot im Vereinigten Königreich schrittweise erhöht wird, um die angespannte Lage bei den Immobilienpreisen mittelfristig zu verbessern. Die Regierung gab im Juli 2007 ein Grünbuch zum Wohnungsbau heraus, wonach bis 2016 in England jährlich 240 000 zusätzliche Wohnungen (insgesamt 2 Millionen neue Wohnungen) gebaut werden sollen – d. h. etwa 30 % mehr als bisher – sowie 50 % mehr Sozialwohnungen bis 2010/2011. Im Bericht über den Haushaltsvorentwurf 2007 („Pre-Budget Report“) und in der finanziellen Vorausschau („Comprehensive Spending Review“) wurde für den Zeitraum 2007/2008 bis 2010/2011 eine Aufstockung der Ausgaben für den Wohnungsbau angekündigt. Einige Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, weitere Maßnahmen wurden angekündigt wie der Förderplan der Regierung für den Wohnungsbau („Housing and Planning Delivery Grant“), der Gebietskörperschaften finanziell unterstützt, die in größerem Umfang Wohnraum bereitstellen. Dies sind Schritte in die richtige Richtung, aber die meisten Reformen befinden sich erst im Anfangsstadium, so dass es sicher noch einige Zeit dauern wird, bis sich ihre konkrete Wirkung abschätzen lässt.
12. Insgesamt hat das Vereinigte Königreich bei der Erfüllung der makroökonomischen Zielvorgaben seines NRP Teilerfolge aufzuweisen. Die Kommission hält die Maßnahmen zur Reform des Rentensystems für sehr gut: Sie setzen bei einer angemessenen Altersversorgung an und begrenzen gleichzeitig das Risiko für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Eine Verbesserung der Haushaltslage und eine weitere mittelfristige Konsolidierung sind jedoch erforderlich.

Mikroökonomische Politik

13. Im mikroökonomischen Bereich werden dem NRP des Vereinigten Königreichs zufolge FuE und Innovation sowie der Aufbau eines dynamischen und flexiblen Unternehmenssektors als die zentralen Herausforderungen angesehen. Im Bereich FuE und Innovation sind Fortschritte zu verzeichnen: Die öffentliche Forschung wurde auf eine tragfähige Grundlage gestellt. Weitere Fortschritte sind bei der Förderung des Technologietransfers sowie der Förderung von Privatinvestitionen in FuE durch erweiterte FuE-Steuervergünstigungen festzustellen. Darüber hinaus wurde ein unabhängiger Technology Strategy Board eingerichtet. Das Vereinigte Königreich bietet auch weiterhin einen unternehmerfreundlichen Ordnungs- und Wettbewerbsrahmen. Fortschritte wurden ferner bei der Einrichtung zentraler Anlaufstellen für Unternehmensneugründungen und Unternehmensdienstleistungen erzielt sowie bei der Verbesserung des Zugangs von KMU zu öffentlichen Aufträgen. Die positive Entwicklung bei der Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen und Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für kleine Unternehmen hat sich bestätigt. Das Vereinigte Königreich hat sich verpflichtet, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen um 25 % zu senken. Die Liberalisierung der Energiemärkte ist im Vereinigten Königreich bereits fortgeschritten. Im Weißbuch zur Energiepolitik vom Mai 2007 wird eine Strategie zur Bewältigung des Klimawandels und zur Sicherung der Energieversorgung vorgestellt. Zurzeit finden Konsultationen zu einzelnen Aspekten des Weißbuchs statt.

14. Der Rat wies darüber hinaus auf die Notwendigkeit hin, sich auf die Umsetzung der Wissenschafts- und Innovationsstrategie zu konzentrieren, wobei sich das Vereinigte Königreich zudem ein mittelfristiges Ziel für 2010 setzen und Maßnahmen ergreifen sollte, um die Innovations- und die Investitionsbereitschaft des privaten Sektors im FuE-Bereich weiter zu erhöhen. Das Vereinigte Königreich beabsichtigt, die Empfehlungen des kürzlich vorgelegten Sainsbury-Berichts aufzugreifen. Dies wird sich in einer aktiveren Förderung von FuE und Innovationen niederschlagen mit einer Führungsrolle und mehr Mitteln für das Technology Strategy Board, in konkreten Zielvorgaben für die Research Councils, was den Wissenstransfer angeht, und in effizienteren und besser koordinierten öffentlichen FuE-Ausgaben. Die geplante Erhöhung der öffentlichen FuE-Ausgaben (einschließlich der beträchtlichen Strukturfondsmittel) und die voraussichtlichen Privatinvestitionen reichen jedoch nicht aus, um sich der für 2014 angestrebten FuE-Intensität anzunähern. Die Steigerung der privaten FuE-Investitions- und Innovationstätigkeit wird somit für das Vereinigte Königreich in einer zunehmend wissensbasierten Wirtschaft auch weiterhin eine große Herausforderung darstellen. Das Vereinigte Königreich sollte auf der Stärke seines Dienstleistungssektors aufbauen und weitere Maßnahmen zur Förderung von FuE und Innovationen und Verbesserung der Qualifikationen in diesem Bereich ergreifen. Dies schließt eine Beurteilung der Problempunkte und des bestehenden politischen Rahmens als Teil der allgemeinen Überprüfung des Investitionsrahmens für Wissenschaft und Innovation ein.
15. Nach Ansicht der Kommission hat das Vereinigte Königreich im mikroökonomischen Bereich einige Fortschritte erzielt. Es kommt nun darauf an, die Empfehlungen des Sainsbury-Berichts zur Wissenschafts- und Innovationspolitik umzusetzen und sich stärker auf die Förderung von FuE und Innovationen - vor allem bei den Dienstleistungen - zu konzentrieren.

Beschäftigungspolitik

16. Das NRP sieht im Bereich Beschäftigung zwei wichtige Aufgaben: Anhebung des Qualifikationsniveaus und Erhöhung der Beschäftigungsmöglichkeiten durch Verbesserung des Zugangs für Bevölkerungsgruppen, die eine niedrige Beschäftigungsquote aufweisen. In beiden Bereichen sind Fortschritte zu verzeichnen. Im Zeitraum 2005-2007 ist die Beschäftigung gestiegen, wenn sich auch die Beschäftigungsquote aufgrund des Bevölkerungszuwachses kaum verändert hat. Die Nichterwerbsquote ist insgesamt gesunken. Die Beschäftigungsdefizite bei Frauen, Alleinerziehenden, älteren Arbeitnehmern und ethnischen Minoritäten sind zurückgegangen, bei Personen ohne abgeschlossene Ausbildung jedoch gestiegen. Bei der Durchführung der NRP-Maßnahmen zur Bewältigung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt wurden im Zeitraum 2005 bis 2007 gute Fortschritte gemacht.
17. Der Rat hatte dem Vereinigten Königreich empfohlen, Grundkompetenzen und darauf aufbauende Kompetenzen mittleren Niveaus zu erhöhen, um die Produktivität zu steigern und die Beschäftigungsaussichten für besonders benachteiligte Personengruppen zu verbessern. Im Juli 2007 legte die Regierung Pläne zur Umsetzung der Empfehlungen des Leitch-Berichts zum Qualifikationsniveau in England vor. Der Bericht war auch von den Regionalverwaltungen positiv aufgenommen worden. Gleichzeitig wurde ein Grünbuch herausgegeben, in dem die nächsten Schritte zur Reform des staatlichen Fürsorgesystems dargelegt wurden. Die Berufsbildungsreform zielt auf eine stärker nachfrageorientierte Berufsbildung ab.

Die Regierung hat hierzu eine Art Ausbildungspakt („Skills Pledge“) ins Leben gerufen. Danach verpflichten sich Arbeitgeber öffentlich dazu, ihren gering qualifizierten Arbeitnehmern Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Gleichzeitig wird das Programm zur Förderung dieser Ausbildung erweitert. Es wird Änderungen institutioneller Art geben, die den Arbeitgebern mehr Mitsprache einräumen, unter anderem durch die Einsetzung einer Kommission für Beschäftigung und Qualifikation. Eine Aufgabe dieser neuen Kommission wird es sein, die Regierung zu beraten, wie das Beschäftigungs- und Qualifikationsniveau angehoben werden kann, und die dabei erzielten Fortschritte zu würdigen. Von den neuen Maßnahmen werden einige bereits umgesetzt, andere sollen in den nächsten drei Jahren oder so folgen. Von den bisher ergriffenen Maßnahmen gehen deutliche Impulse zur Erreichung der Zielvorgaben aus. Der Erfolg hängt von einer größeren Ausbildungsbereitschaft der Arbeitgeber und ihrem Einverständnis mit der Ausarbeitung eines neuen Qualifikationsrahmens ab. Bei den Bemühungen, die Privatwirtschaft stärker in die Erbringung von Dienstleistungen für Arbeitslose einzubeziehen, ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Anreizen zu mehr Innovation und der Erfüllung der komplexen Bedürfnisse stärker benachteiligter Personen zu achten.

18. Der Rat verwies auch auf die Notwendigkeit, das Kinderbetreuungsangebot weiter zu verbessern. Das Kinderbetreuungsgesetz („Childcare Act 2006“), das im April 2007 in Kraft getreten ist, verpflichtet die lokalen Gebietskörperschaften, für ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot, insbesondere für Eltern mit niedrigem Einkommen oder mit behinderten Kindern, zu sorgen. Die Umsetzung der auf zehn Jahre angelegten Kinderbetreuungsstrategie in England kommt voran. Hierzu zählt die Einrichtung von Kindertagesstätten und außerschulischen Betreuungsplätzen, ein Anspruch auf 15 Wochenstunden kostenlosen Vorschulunterricht für Drei- und Vierjährige bis 2010 sowie ein Recht auf Elternurlaub. Die Wirkung dieser Maßnahmen macht sich in den Statistiken bereits bemerkbar. Bis die Zielvorgaben der Regierung erreicht sind, ist jedoch noch einiges zu tun. Nicht gänzlich geklärt ist die Frage der Finanzierung und der Wahlmöglichkeiten für die Eltern.
19. Das Vereinigte Königreich geht die Flexicurity-Problematik mit einer umfassenden Gesamtstrategie an. Aktive Arbeitsmarktprogramme könnten mehr zu nachhaltiger Beschäftigung beitragen, wenn sie stärker auf den Verbleib im Erwerbsleben und das Fortkommen im Beruf abstellen. Eine bessere Integration der Arbeitsvermittlung und Qualifizierungsmaßnahmen würde das Aus- und Fortbildungsangebot und die Aufstiegschancen verbessern. Die Sozialpartner sind an der Ausarbeitung der Reformen nicht direkt beteiligt, werden aber regelmäßig konsultiert.
20. Das Vereinigte Königreich hat allgemein gute Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Erfüllung der beschäftigungspolitischen Verpflichtungen in seinem NRP sowie bei der Befolgung der länderspezifischen Empfehlung und im Umgang mit dem Schwerpunktbereich erzielt, auf den es besonders hingewiesen wurde. Zum Qualifikationsniveau und zur Verbesserung der Beschäftigungsaussichten benachteiligter Gruppen hat die Regierung eine umfassende, ausgewogene Strategie auf den Weg gebracht und mit der Durchführung von Maßnahmen begonnen, die Ausdruck der neuen politischen Dynamik in diesem Bereich sind. Es wird jedoch einige Zeit dauern, bevor das ganze Paket umgesetzt ist und messbare Ergebnisse vorliegen.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

21. In Anbetracht des Umsetzungsberichts des Vereinigten Königreichs für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und unter Berücksichtigung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen.
22. Das Vereinigte Königreich hat bei der Umsetzung seines nationalen Reformprogramms von 2005 bis 2007 deutliche Fortschritte erzielt. Bei der Erfüllung der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rats 2006 eingegangenen Verpflichtungen sind in den vier vorrangigen Bereichen gute Fortschritte zu verzeichnen.
23. Die Empfehlung des Europäischen Rates ist dem Umsetzungsbericht zufolge gut aufgegriffen worden. Auch in den anderen Bereichen, die den Schlussfolgerungen des Rates zufolge besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, sind gute Fortschritte festzustellen.
24. Der Umsetzungsbericht 2007 lässt für das Vereinigte Königreich folgende positive Entwicklungen erkennen: die Pläne für ein integriertes Beschäftigungs- und Qualifizierungskonzept, die Ansätze zur Schaffung eines unternehmerfreundlichen Ordnungsrahmens und die zukunftsweisenden Pläne zur Energiepolitik.
25. Der Punkt im nationalen Reformprogramm des Vereinigten Königreichs, dem jetzt höchste Priorität eingeräumt werden muss, ist die Verbesserung des Qualifikationsniveaus mit dem Ziel, die Produktivität zu steigern und Nachteile auf dem Arbeitsmarkt zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, dass das Vereinigte Königreich:
 - die neuen Pläne zur substanziellen Verbesserung des Qualifikationsniveaus umsetzt und ein integriertes Beschäftigungs- und Qualifizierungskonzept zur Steigerung der Produktivität und Verbesserung der Beschäftigungschancen für benachteiligte Arbeitnehmer einführt.
26. Außerdem muss das Vereinigte Königreich folgende Schwerpunkte für die Zukunft setzen: Es muss schrittweise mehr Wohnraum bereitstellen, um mittelfristig den Nachfragedruck drosseln zu können, und die jüngste Reform der FuE- und Innovationspolitik voll umsetzen, um sich seiner Zielvorgabe hinsichtlich der FuE-Intensität, insbesondere durch stärkere Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse des Dienstleistungssektors, weiter annähern zu können.

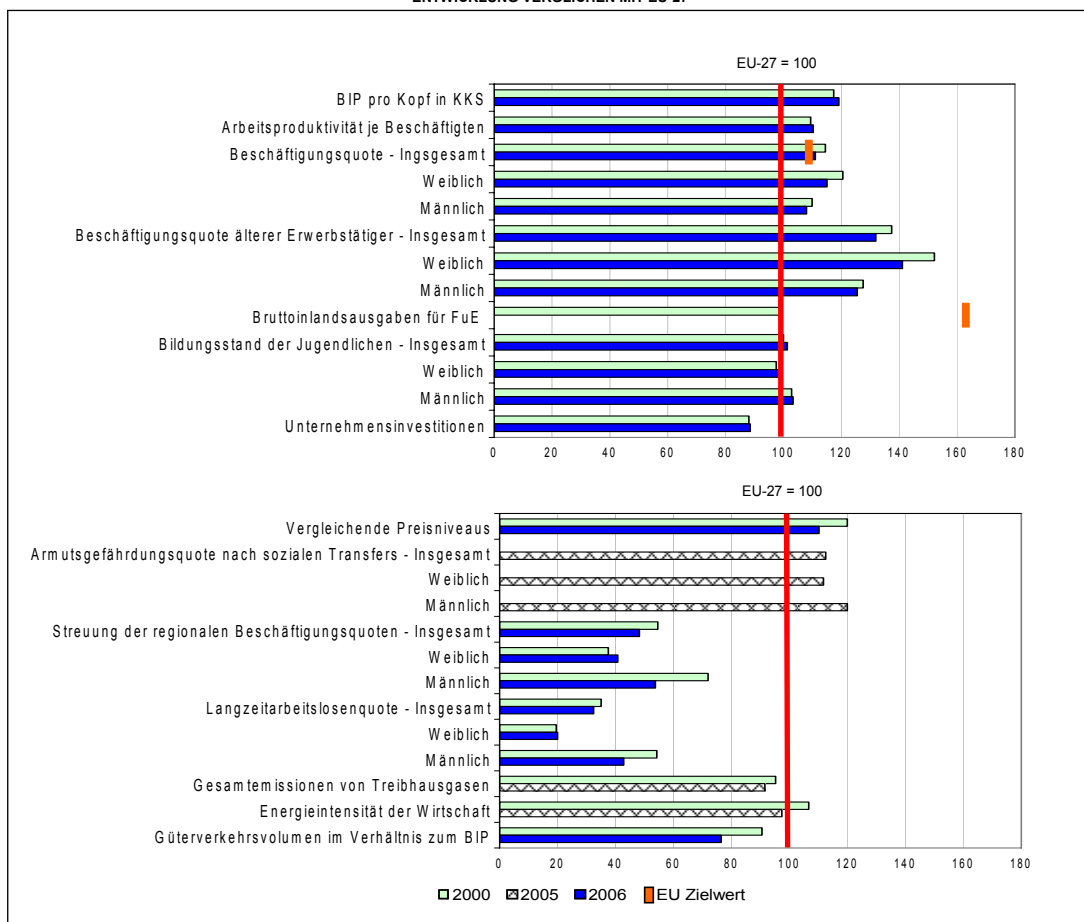
TEIL IV: SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

VEREINIGTES KÖNIGREICH

	UK						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	117.4	120.0	121.8	119.6	119.1		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	109.4	110.3	111.7	109.8	110.3		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote						*				70.0
	Insgesamt	71.2	71.5	71.6	71.7	71.5	62.2	63.4p	64.4p	
	Weiblich	64.7	65.3	65.6	65.9	65.8	53.7	56.2p	57.2p	
	Männlich	77.8	77.7	77.8	77.6	77.3	70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
	Insgesamt	50.7	55.4	56.2	56.9	57.4	36.9	42.3p	43.5p	
	Weiblich	41.7	46.3	47.0	48.1	49.1	27.4	33.5p	34.8p	
	Männlich	60.1	64.8	65.7	66.0	66.0	47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE		1.85	1.78	1.72	1.76		1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen						2.5 (2014)				
	Insgesamt	76.6	78.7	77.0	78.2	78.8	76.6	77.4	77.8	
	Weiblich	77.3	78.9	78.0	78.9	80.3	79.3	80.1	80.7	
	Männlich	75.9	78.4	76.0	77.4	77.3	73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus		120.0	107.8	107.9	109.2	110.2	100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen		16.2	15.1	15.3	16.5	16.1	18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers										
	Insgesamt	19b	18.0		18.0b			16.0e		
	Weiblich	21b	19.0		19.0b			17.0e		
	Männlich	16b	17.0		18.0b			15.0e		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten										
	Insgesamt	7.1	6.1	5.9	5.7	5.5	13.0	11.9	11.4	
	Weiblich	7.5	6.7	6.5	6.4	6.6	20.0	16.8	16.2	
	Männlich	6.9	5.8	5.7	5.6	5.0	9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
	Insgesamt	1.4	1.1	1.0	1.0	1.2	4.0	4.1p	3.7p	
	Weiblich	0.9	0.7	0.6	0.7	0.8	4.6	4.5p	4.0p	
	Männlich	1.9	1.4	1.2	1.3	1.5	3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen		86.4	85.0	84.7	84.3		90.7	92.1		
Energieintensität der Wirtschaft		227.3	212.1	206.0	202.6		213.1	208.1		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP		89.7	84.5	83.9e	82.1e	81.6e	99.1e	105.4e	106.7e	

* Nationaler Zielwert: 80% gemäß der nationalen Definition

ENTWICKLUNG VERGlichen MIT EU-27



Mitgliedstaaten der Eurozone

1. Seit der Erneuerung der Lissabon-Strategie im Jahr 2005 ist die Wirtschaftsleistung der Eurozone gestiegen. Das BIP-Wachstum hat sich 2006 auf 2,8 % erhöht, für 2007 wird aber mit einem leichten Rückgang auf 2,6 % gerechnet. Das geschätzte Wachstumspotenzial ist seit 2005 um etwa $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf rund $2\frac{1}{4}$ % im Jahr 2007 gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten hat zwischen 2005 und 2007 um 4,3 Millionen zugenommen, während die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum von 8,9 % auf 7,3 % zurückgegangen ist. Das Wirtschaftswachstum der letzten Zeit wirkte sich außerordentlich positiv auf die Beschäftigung aus, wobei die Beschleunigung des Produktivitätszuwachses nicht nur konjunkturell bedingt sein dürfte. Die enge Verzahnung der Volkswirtschaften der Eurozone zeigt sich daran, dass der Handel innerhalb der Eurozone im Jahr 20 % des BIP der Eurozone ausmacht.
2. Die finanz- und geldpolitischen Entwicklungen in der Eurozone haben zur Stabilität beigetragen und zugleich den Wirtschaftsaufschwung unterstützt. Da die Haushaltsdefizite und Schulden der Mitgliedstaaten der Eurozone auf tragfähigere Niveaus zurückgehen, sind sie finanziell insgesamt besser für die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung gerüstet. Infolge von Strukturreformen haben sich die wirtschaftlichen Grunddaten und die Widerstandskraft der Wirtschaft verbessert. Die Inflation in den Mitgliedstaaten der Eurozone wurde trotz steigender Energie- und Nahrungsmittelpreise eingedämmt. Diese positiven Ergebnisse konnten mit historisch niedrigen Zinssätzen erreicht werden, was einer anhaltenden Kapitalbildung förderlich sein dürfte.
3. Die Eurozone wird größer: 2007 wurde Slowenien Mitglied der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und 2008 werden Malta und Zypern beitreten. Damit wird die Eurozone fünfzehn Mitgliedstaaten und ungefähr 320 Millionen Menschen umfassen.

TEIL I: ALLGEMEINE BEWERTUNG

4. Die Mitgliedstaaten der Eurozone haben angesichts der vor ihnen liegenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen substanzielle Strukturreformen eingeleitet, wobei allerdings einige Mitgliedstaaten auf manche Herausforderungen robuster reagiert haben als andere. Um den Mitgliedstaaten entsprechende Impulse zu vermitteln, einigte sich der Rat auf länderspezifische Empfehlungen in den Bereichen Makroökonomie, Mikroökonomie und Beschäftigungspolitik.
5. Eine stabilitätsorientierte makroökonomische Politik fördert die Wachstumsbedingungen und trägt – insbesondere in der derzeit kritischen Phase – entscheidend zur Beseitigung von Unsicherheiten bei. Strukturreformen sind für alle EU-Mitgliedstaaten wichtig, besonders aber für die Volkswirtschaften in der Eurozone. Ursprünglich zielten die Strukturreformen auf mehr Wachstum und Beschäftigung ab, aber sie fördern auch die Integration und die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaften der Eurozone und synchronisieren deren Konjunkturzyklen.

Angesichts sich wandelnder globaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sind funktionierende Arbeits-, Dienstleistungs und Produktmärkte und höhere Investitionen in Qualifikationen besonders wichtig, da sie die Umschichtung von Ressourcen erleichtern. Besser integrierte Volkswirtschaften und die einheitliche Währung stimulieren Wettbewerb und Handel im EU-Binnenmarkt, fördern Innovationen und verbessern das Preis-/Leistungsverhältnis. Regionale Nachfrageunterschiede können durch Lieferungen aus anderen Teilen der Eurozone leichter ausgeglichen werden, sodass kein Preisdruck entsteht. Da für die einzelnen Mitgliedstaaten der Wechselkurs als Steuerungsinstrument ausfällt, bieten in erster Linie flexible Arbeitsmärkte und gesunde Staatsfinanzen Schutz vor Wachstumsschwankungen nach unten (Rezession) und nach oben (Konjunkturüberhitzung). Stärker synchronisierte Konjunkturzyklen ermöglichen eine Geldpolitik, die sich mehr an den Bedürfnissen der WWU insgesamt und der einzelnen Mitgliedstaaten ausrichtet.

6. Wenn die gemeinsamen Herausforderungen für die Eurozone koordiniert angegangen werden, profitieren die Mitgliedstaaten wegen der massiven Spillover-Effekte umso mehr. Der Rat empfahl daher den Mitgliedstaaten der Eurozone, bei der Haushaltskonsolidierung ehrgeizigere Ziele anzustreben, die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern, den Wettbewerb, insbesondere im (Finanz-) Dienstleistungsbereich zu stärken und auf den Arbeitsmärkten ein ausgewogeneres Verhältnis von Flexibilität und Sicherheit zu schaffen. Es versteht sich von selbst, dass diese Empfehlungen nicht für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen relevant sind. Die Kommission hat (in ihrer Mitteilung für die informelle Tagung des Europäischen Rates im Oktober 2007) ebenso wie der Rat auf die Bedeutung einer wirksamen Koordinierung der Politik insbesondere im Rahmen der Eurogruppe und gegebenenfalls in internationalen Gremien hingewiesen.
7. Auf die Forderung nach einer wirksameren Koordinierung der Politik in der Eurozone hat die Eurogruppe mit einer intensiveren Analyse und Überwachung der Strukturreformen reagiert. Während des letzten Jahres wurden sämtliche Themen, die Gegenstand der Empfehlungen für die Eurozone waren, erörtert. Die Minister waren so über die Strategien, Möglichkeiten und Herausforderungen sowohl in Bezug auf die einzelnen Mitgliedstaaten als auch auf die Eurozone als Ganzes besser informiert, was den Konsens über die Notwendigkeit einer Politik, die den Prozess der Anpassung in der Eurozone verbessert, förderte. Erwähnenswert ist auch, dass zehn Mitgliedstaaten der Eurozone (AT, BE, DE, ES, FI, IT, LU, NL, PT und SI) in ihren Umsetzungsberichten erläutert haben, welche Maßnahmen sie speziell als Reaktion auf die Empfehlungen für die Mitgliedstaaten der Eurozone getroffen haben. Beide Entwicklungen gehen zwar in die richtige Richtung, doch sind die Möglichkeiten für eine wirksame Koordinierung der Politik noch nicht ausgeschöpft.

TEIL II: BEWERTUNG NACH POLITIKBEREICHEN

Makroökonomische Politik

8. Makroökonomische Stabilität und eine solide Finanzpolitik fördern das Wachstum, schaffen Spielraum für die Reaktion auf widrige konjunkturelle Bedingungen und tragen zur Erhaltung von Preisstabilität und niedrigen Zinssätzen bei. Das Haushaltsdefizit in der Eurozone geht 2007 voraussichtlich auf 0,8 % des BIP

zurück, nachdem es 2005 noch 2,5 % betragen hat. Die Gesamtverschuldung, die 2005 noch bei über 70 % des BIP lag, dürfte 2007 auf 66,5 % zurückgehen. Dies kam dem geldpolitischen Ziel der Wahrung der Preisstabilität zugute und hat zusammen mit den durchgeführten Rentenreformen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beigetragen, was wiederum Möglichkeiten eröffnet, den Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf die Haushalte zu begegnen. Trotz angespannterer Arbeitsmärkte und eines erheblichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit hielt sich der Lohnzuwachs im Zeitraum 2005-2007 weiterhin in Grenzen. Dank solider Grunddaten der heimischen Volkswirtschaften konnte die Wirtschaft der Eurozone dem anhaltenden Anstieg der Öl- und Rohstoffpreise und den im Sommer 2007 einsetzenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten relativ gut standhalten. Es steht allerdings zu erwarten, dass die Auswirkungen des geänderten Klimas in der Weltwirtschaft und insbesondere auf den Finanzmärkten ihren Tribut fordern werden. Dass diese Auswirkungen unterschiedlich ausfallen dürften, zeigt sich an den bereits laufenden Korrekturen in Mitgliedstaaten, die in den letzten Jahren einen Immobilienboom verzeichnet haben.

9. Auf die Empfehlung hin, bei der Haushaltskonsolidierung weiterhin ehrgeizige Ziele zu verfolgen, verpflichteten sich die Mitgliedstaaten der Eurozone im April 2007, ihre Haushaltspläne für 2007 unter Vermeidung von Ausgabenüberschreitungen wie geplant auszuführen und unerwartete zusätzliche Einnahmen zur Senkung des Haushaltsdefizits und des Schuldenstandes zu verwenden. Ferner einigten sie sich darauf, bei den Haushaltsplanungen für 2008 sorgfältig vorzugehen, sodass die Anpassung an die mittelfristigen Ziele beschleunigt bzw. in Mitgliedstaaten, die diese Ziele bereits erreicht haben, eine Verschärfung makroökonomischer Ungleichgewichte vermieden wird. Aktuelle Informationen deuten darauf hin, dass sich die Haushaltssalden in der Eurozone 2007 um 0,7 Prozentpunkte des BIP verbessern dürften. Die strukturellen (d.h. um zyklische Faktoren sowie einmalige und vorübergehende Effekte bereinigten) Salden der Staatshaushalte in der Eurozone dürften sich 2007 infolge besserer Salden in zehn Mitgliedstaaten der Eurozone um fast einen halben Prozentpunkt des BIP verbessern. Obwohl einige Mitgliedstaaten (AT, EL, NL und PT) mit einer signifikanten Verringerung des gesamtstaatlichen Defizits rechnen, dürfte die Haushaltskonsolidierung in der Eurozone insgesamt 2008 und 2009 zum Stillstand kommen. Die meisten Mitgliedstaaten der Eurozone, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben (AT, EL, FR, IT, PT und SI), dürften es auch 2009 kaum erreichen.
10. Die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen wird empfohlen, weil die Ausgaben- und Einnahmenpolitik des Staates sowie der institutionelle Rahmen zu einem höheren Wachstumspotenzial und zur Anpassung an sich wandelnde wirtschaftliche Verhältnisse beitragen können, beispielsweise durch eine Umschichtung von konsumptiven Ausgaben hin zu produktiven Investitionen wie FuE, Bildung oder Qualifikationen. In der Eurozone ist dies von besonderer Bedeutung, da sowohl der Anteil der öffentlichen Ausgaben am BIP als auch die Steuern auf den Faktor Arbeit relativ hoch sind. Da in vielen Mitgliedstaaten der Eurozone die öffentlichen Ausgaben zu einem großen Teil in die soziale Sicherung fließen, dürfte es angesichts der beobachteten Unterschiede bei der Wirksamkeit der Sozialausgaben erheblichen Spielraum für Effizienzsteigerungen geben. Einige Mitgliedstaaten (z.B. DE, ES und FI) führen in ihren Umsetzungsberichten Maßnahmen auf, deren Ziel es ist, Zusammensetzung und Höhe der öffentlichen

Ausgaben zu optimieren und Spielraum für die Mittelverwendung zu schaffen. Von einigen Mitgliedstaaten (AT, DE, FI und SI) angekündigte wichtige Maßnahmen auf der Einnahmenseite gelten dem Abbau von steuerlich bedingten Verzerrungen sowie der Senkung der administrativen und durch Rechtsvorschriften bedingten Kosten. Einige Mitgliedstaaten (DE, ES und FR) haben sich die Verbesserung institutioneller Elemente vorgenommen. Einvernehmen herrscht dahingehend, dass die Methoden zur Analyse und zur Messung der Qualität der öffentlichen Finanzen weiterentwickelt werden müssen. Dazu bedarf es größerer Anstrengungen bei der Bereitstellung von detaillierten Daten über die Zusammensetzung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben.

11. Im Großen und Ganzen ist es der Eurozone gelungen, die Stabilität zu fördern und Voraussetzungen zu schaffen, die dem Wirtschaftswachstum zugute kommen. Die Empfehlungen im Bereich der Makroökonomie wurden bis zu einem gewissen Grad aufgegriffen. Um die angestrebte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu erreichen, bedarf es dort, wo die mittelfristigen Ziele noch nicht erreicht sind, einer weiteren Konsolidierung der Haushalte. Außerdem kann die Qualität der öffentlichen Finanzen durch Koordinierung der einschlägigen Politik im Verein mit einem verstärkten Austausch vorbildlicher Verfahrensweisen weiter verbessert werden.

Mikroökonomische Politik

12. Ein funktionierender Binnenmarkt sorgt für Wettbewerb, Produktivitätswachstum und niedrigere Preise. Er trägt auch dazu bei, dass die Volkswirtschaften der Eurozone besser mit den sich wandelnden äußeren Bedingungen und dem steigenden Wettbewerbsdruck aus Drittstaaten zurechtkommen. Die anhaltenden Bemühungen um einen besser funktionierenden Binnenmarkt sowie die Einführung des Euro haben Handel, ausländische Direktinvestitionen und grenzübergreifende Unternehmenszusammenschlüsse in der Eurozone gefördert. Die Mitgliedstaaten der Eurozone würden von weiteren Reformen der Produkt- und Dienstleistungsmärkte profitieren, die auf den Abbau von Hindernissen für den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und die Verbreitung von Kenntnissen abzielen und das Problem der niedrigen FuE-Ausgaben und des Mangels an Dynamik und Wettbewerb in netzgebundenen Wirtschaftszweigen angehen. Hilfreich wäre auch eine weitergehende Integration der Finanzmärkte und ein stärkerer Wettbewerb auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen für Privatkunden.
13. Der Rat empfahl den Mitgliedstaaten der Eurozone, Maßnahmen für mehr Wettbewerb insbesondere bei Dienstleistungen zu treffen, die Integration der Finanzmärkte zu beschleunigen und den Wettbewerb bei Finanzdienstleistungen für Privatkunden zu stärken. Eine vollständige und fristgerechte Durchführung der Dienstleistungsrichtlinie bis Dezember 2009 ist für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes unerlässlich. Kommen die Mitgliedstaaten dabei nicht gleichmäßig voran, kann das wirtschaftliche Potenzial des Dienstleistungssektors nicht vollständig ausgeschöpft werden, was herbe Einbußen bedeuten würde, da in diesem Sektor 70 % des BIP der Eurozone erwirtschaftet werden, ein hoher Preis wäre. In einigen wenigen Mitgliedstaaten der Eurozone sind Fortschritte bei der Durchführung weiterer Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor erkennbar. Bei netzgebundenen Dienstleistungen wurden nur wenige wirklich einschneidende Maßnahmen durchgeführt, und zwar in den Bereichen Eisenbahn (NL), Telekommunikation (EL, SI und FI) und Energie (NL).

Der Einzelhandel war (ES und IT) bzw. wird voraussichtlich (FR) Gegenstand von Maßnahmen sein. Dem letztjährigen Fortschrittsbericht zufolge ist der Wettbewerb bei den freien Berufen in neun Mitgliedstaaten der Eurozone unzureichend. Obwohl einige dieser Mitgliedstaaten (BE, ES, FI, IT und NL) einschlägige Maßnahmen getroffen haben, hat sich die Lage nicht signifikant gebessert.

14. Die Integration der Finanzmärkte ist auf EU-Ebene in bemerkenswerter Weise vorangekommen. Das Europäische Parlament hat den Vorschlag für eine Richtlinie über Zahlungsdienste angenommen; zwei weitere Richtlinien sind auf den Weg gebracht. Die Durchführung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten steht kurz vor dem Abschluss, aber einige Mitgliedstaaten müssen noch die Transparenzrichtlinie und die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente umsetzen. Im Mittelpunkt der Rechtsetzungsmaßnahmen stand hauptsächlich die Integration der Märkte für Großkundengeschäfte, während die europäischen Märkte für Bankgeschäfte mit Privatkunden nach wie vor viel stärker fragmentiert sind. Während sich die vorhandenen Finanzaufsichtsmechanismen bei den Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Sommer 2007 als wirksam erwiesen haben, müssen die Vorkehrungen zur Wahrung der Finanzstabilität, einschließlich gemeinsamer Grundsätze für den Umgang mit grenzübergreifenden Finanzkrisen, noch weiter ausgebaut werden.
15. Insgesamt gesehen haben die Mitgliedstaaten der Eurozone bei der Durchführung von Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs bei Dienstleistungen Teilerfolge erzielt. Es wurden auch Maßnahmen zur Beschleunigung der Integration der Finanzmärkte getroffen. Diese Maßnahmen gehen zwar nach Ansicht der Kommission in die richtige Richtung, führen aber nicht zu integrierten, wettbewerbsorientierten Dienstleistungsmärkten mit erkennbar höherer Preisflexibilität und höherem Produktivitätszuwachs. Die Empfehlung im Bereich der Mikroökonomie wurde zumindest teilweise aufgegriffen, wenn auch die aus der Koordinierung der Politik erwachsenden Vorteile noch nicht genutzt wurden.

Beschäftigungspolitik

16. Es gibt Anzeichen dafür, dass der Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre auf die zuvor durchgeführten Strukturreformen zurückzuführen ist, insbesondere diejenigen, die auf die Steigerung des Arbeitskräfteangebots und die Schaffung von Anreizen zur Aufnahme einer Beschäftigung ausgerichtet waren. Starre Lohnstrukturen und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in einigen sozialen Gruppen legen aber den Schluss nahe, dass die Arbeitsmarktstrukturen noch nicht flexibel und anpassungsfähig genug sind, zumal die grenz-, regionen- und beschäftigungsübergreifende Mobilität der Arbeitskräfte in der Eurozone nur gering ausgeprägt ist.
17. Die Mitgliedstaaten der Eurozone haben die Empfehlung aufgegriffen, Flexibilität und Sicherheit auf den Arbeitsmärkten zu verbessern. Dementsprechend gehen in einigen Mitgliedstaaten die Tarifverträge allmählich immer mehr in Richtung Lohn- und Arbeitszeitflexibilisierung und -differenzierung, während Preisstabilität und Wettbewerbsfähigkeit durch stärkere Koordinierung der Tarifverhandlungen erreicht werden. So gibt es in einigen Mitgliedstaaten (AT, ES, FI und IT) Anzeichen für eine stärkere Dezentralisierung von Tarifverhandlungen, in anderen Mitgliedstaaten (PT und SI) wurden differenziertere Tarifverträge ausgehandelt und in IE wurde eine „Antiinflationgruppe“ eingerichtet. Einige Mitgliedstaaten (z.B. AT, FI, IE und NL)

sind auf dem Weg zu einem integrierten Flexicurity-Konzept vorangekommen, während andere darauf hinarbeiten (FR, IT und SI). Die Reformen betrafen alle vier Flexicurity-Komponenten. Fortschritte in Bezug auf vertragliche Regelungen sind in AT und LU zu erkennen. Immer häufiger werden Strategien für lebenslanges Lernen beschlossen, aber sie werden nach wie vor nur in begrenztem Maße umgesetzt. Es wird verstärkt aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben (z.B. AT und BE). Die sozialen Sicherungssysteme werden verbessert (z.B. BE und DE). Die Mobilität der Arbeitskräfte stand zwar im Mittelpunkt einiger EU-Initiativen (Empfehlung für einen „Europäischen Qualifikationsrahmen“ und Europäischer Aktionsplan zur beruflichen Mobilität), aber von einigen Ausnahmen abgesehen (z.B. AT, BE, FI und IT) gab es bei der grenzüberschreitenden Mobilität nur begrenzte Fortschritte.

18. Insgesamt haben die Mitgliedstaaten der Eurozone bei den Maßnahmen zur Überprüfung der Tarifverhandlungsmechanismen und zur Steigerung der finanziellen Anreize zur Beteiligung am Arbeitsmarkt Teilerfolge erzielt. Dies sind nach Ansicht der Kommission nützliche Schritte in die richtige Richtung. Die in einigen Mitgliedstaaten und Bereichen erzielten Ergebnisse müssen weiter verbreitet werden. Das Flexicurity-Konzept ist noch in keine umfassende politische Strategie eingemündet. Insgesamt sind die Mitgliedstaaten der Eurozone der Empfehlung teilweise nachgekommen, aber in weiteren Bereichen besteht noch Reformbedarf. Diejenigen Mitgliedstaaten, die noch keine einschlägigen Maßnahmen getroffen haben, sollten dies tun. Die unbedingt erforderlichen weiteren Reformen könnten durch eine stärkere Koordinierung der Politik stimuliert werden, insbesondere, indem gemeinsame Lehren aus vorangegangenen erfolgreichen Reformen gezogen werden.

TEIL III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

19. In Anbetracht der Umsetzungsberichte der Mitgliedstaaten der Eurozone für 2007, der Beurteilung der Fortschritte bei der Durchführung wichtiger Strukturreformen durch die Kommission und auf der Grundlage der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung sind die nachstehenden Schlussfolgerungen zu ziehen:
20. Die Umsetzungsberichte der Mitgliedstaaten der Eurozone zeigen, dass bei den Maßnahmen zur Verbesserung des Funktionierens der Eurozone gewisse Fortschritte erzielt wurden.
21. Es bedarf weiterer umfangreicher Reformen, um den Empfehlungen in den Bereichen Mikroökonomie und Beschäftigung nachzukommen. Die 2007 erzielten Fortschritte im Bereich der Makroökonomie müssen auf Dauer angelegt werden.
22. Die Umsetzungsberichte 2007 lassen für die Mitgliedstaaten der Eurozone folgende positive Entwicklungen erkennen: Haushaltsanpassung im Jahr 2007, Erlass von Rechtsvorschriften zur Förderung der Integration der Finanzmärkte und in einigen Mitgliedstaaten die Lohnflexibilität befördernde Tarifverhandlungssysteme.
23. In der Eurozone sind folgenden Bereichen höchste Priorität einzuräumen: Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und deren Beitrag zum Wachstum, Wettbewerb auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten, insbesondere bei letzteren, sowie Integration der Finanzmärkte und Wettbewerb bei Finanzdienstleistungen für Privatkunden, um die Anpassung zu erleichtern und eine

flexiblere Preisgestaltung zu ermöglichen, angemessene Lohnentwicklung insgesamt sowie auf sektoraler, regionaler und tätigkeitsbezogener Ebene, Flexicurity auf den Arbeitsmärkten und mehr Mobilität der Arbeitskräfte, damit sich die Arbeitsmärkte besser anpassen können.

24. Vor diesem Hintergrund ergehen neben den länderspezifischen Empfehlungen die folgenden Empfehlungen an die Mitgliedstaaten der Eurozone:
- Fortführung der Haushaltskonsolidierung entsprechend den jeweiligen mittelfristigen Zielen gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, wobei als Eckpunkt eine jährliche strukturelle Anpassung von mindestens 0,5 % gilt;
 - Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen durch Überprüfung der öffentlichen Ausgaben und der Steuerpolitik zwecks Steigerung von Produktivität und Innovation als Beitrag zu Wirtschaftswachstum und finanzieller Tragfähigkeit;
 - wirksame Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs, insbesondere bei Dienstleistungen, und Intensivierung der Maßnahmen zur Förderung der vollständigen Integration der Finanzmärkte und des Wettbewerbs bei Finanzdienstleistungen für Privatkunden bei gleichzeitiger Stärkung der Stabilitäts- und Aufsichtsregelungen;
 - Steigerung von Flexibilität und Sicherheit auf den Arbeitsmärkten u.a. mittels „Flexicurity“-Strategien, besserer Abstimmung der Lohn- und der Produktivitätsentwicklung sowie Maßnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden und tätigkeitsübergreifenden Arbeitskräftemobilität.
25. Außerdem bedarf es in der Eurozone künftig einer weiter verbesserten Regierungsführung, um aus der Währungsunion größtmögliche Synergien zu schöpfen, sowie einer ausgeprägteren Reformbereitschaft. In dieser Hinsicht sind die von der Eurogruppe im April 2007 in Berlin beschlossenen Leitlinien für die öffentlichen Finanzen zu begrüßen; in anderen Bereichen sollte ähnlich vorgegangen werden. Der Euro, der das Potenzial zum Stabilitäts- und Wachstumspol besitzt, sollte daher in internationalen Finanzinstitutionen und -foren stärker repräsentiert werden.

TEIL IV - SCHAUBILDER UND STATISTISCHE DATEN

EUROZONE

	EUROZONE						EU27			
	2000	2003	2004	2005	2006	2010 Nationaler Zielwert	2000	2005	2006	2010 EU Zielwert
BIP pro Kopf in KKS	113.9	111.9	110.9	110.9	110.1		100.0	100.0	100.0	
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	114.6	111.5	110.6	110.8	110.3		100.0	100.0	100.0	
Beschäftigungsquote										70.0
Insgesamt	61.5	62.6	63.0	63.7p	64.6p		62.2	63.4p	64.4p	
Weiblich	51.4	53.6	54.5	55.6p	56.7p		53.7	56.2p	57.2p	
Männlich	71.6	71.5	71.5	71.8p	72.6p		70.8	70.8p	71.6p	
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger										
Insgesamt	34.3	37.8	38.6	40.4p	41.7p		36.9	42.3p	43.5p	
Weiblich	24.3	27.9	29.0	31.5p	32.9p		27.4	33.5p	34.8p	
Männlich	44.8	48.1	48.5	49.7p	50.8p		47.1	51.5p	52.6p	
Bruttoinlandsausgaben für FuE	1.85e	:	:	:	:		1.86e	1.84e	1.84e	3.0
Bildungsstand der Jugendlichen										
Insgesamt	73.1	73.1	73.5	73.6	73.8		76.6	77.4	77.8	
Weiblich	76.5	76.3	77.2	77.2	77.6		79.3	80.1	80.7	
Männlich	69.6	69.8	69.9	70.1	70.1		73.8	74.7	74.8	
Vergleichende Preisniveaus	100.5	103.5	103.7	102.7	102.6		100.0	100.0	100.0	
Unternehmensinvestitionen	18.9	17.6	17.8	18.1	18.6		18.4	17.8	18.2	
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers				15.0e				16.0e		
Weiblich				17.0e				17.0e		
Männlich				14.0e				15.0e		
Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten							13.0	11.9	11.4	
Insgesamt										
Weiblich							20.0	16.8	16.2	
Männlich							9.6	9.7	9.3	
Langzeitarbeitslosenquote										
Insgesamt	4.0	3.9	4.1	4.0p	3.8p		4.0	4.1p	3.7p	
Weiblich	4.9	4.5	4.7	4.5p	4.3p		4.6	4.5p	4.0p	
Männlich	3.2	3.4	3.6	3.5p	3.4p		3.5	3.8p	3.5p	
Gesamtemissionen von Treibhausgasen	99.0	101.7	102.1	101.4			90.7	92.1		
Energieintensität der Wirtschaft	184.2	186.7	185.7	183.4			213.1	208.1		
Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP	104.2e	102.8e	109.3be	109.7e	110.5e		99.1e	105.4e	106.7e	

ENTWICKLUNG VERGLEICHEN MIT EU-27

